

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2012

I

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Peter Brandt:</i> Gesellschaftliche Entwicklung, Arbeiterbewegung und Sozialismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts	5
<i>Simone Herzig:</i> Die „Ära Posadowsky“. Posadowskys Beitrag zur staatlichen Sozialpolitik im Deutschen Kaiserreich	47
<i>Peter Hübner:</i> Arbeiter und Technik in der DDR. Eine Anmerkung zum „arbeiterlichen Staatssozialismus“	60
<i>Thomas Reichel:</i> Verhinderten Arbeiter die DDR-Wirtschaftsreform?	85

Von der 47. Linzer Konferenz der ITH

<i>Jürgen Hofmann:</i> Ist eine Welt möglich?	108
<i>Vijay Prashad:</i> Die Leiden der internationalen Solidarität	113

Biografisches

<i>Kurt Schilde:</i> „Dennoch ging ich diesen Weg“. Wolfgang Szepanskys „geschichtsträchtiges Leben“ (1910-2008)	129
--	-------	-----

Berichte

- Andreas Diers*: Rosa Luxemburg: Theorie, Kontext, Aktualität.
Konferenz zum 140. Geburtstag in Moskau 145
- Wilfriede Otto*: Nach dem Schweigen. Erinnerungsorte,
Gedenkbücher, Opferlisten des sowjetischen Exils.
Konferenz in Berlin 151

Informationen

- Rainer Holzke/Kurt Metschies*: Der Geschichte der
Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen verpflichtet 154
- Holger Czitrich-Stahl*: Zur Datierung von zwei Briefen
Rosa Luxemburgs an Arthur Stadthagen 163

Leserzuschriften

- Heinz Deutschland*: Eine Ergänzung zum Beitrag
von Anette Eklund Hansen im JahrBuch III/2011 166
- Joachim Eichler*: Kritische und ergänzende Bemerkungen
zum Beitrag von Mario Keßler im JahrBuch II/2011 170
- In eigener Sache 172

Buchbesprechungen

- Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe.
Erste Abteilung: Bd. 30: Mai 1883 bis September 1886,
Bd. 31: Oktober 1886 bis Februar 1891,
Bd. 32: März 1891 bis August 1895 (*Georg Fülberth*) 173
- Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens
(*Günter Benser*) 175

Heidi Beutin u. a. (Hrsg.): Die Frau greift in die Politik. Schriftstellerinnen in Opposition, Revolution und Widerstand (<i>Mirjam Sachse</i>) 177
Emma Goldman: Gelebtes Leben. Autobiografie (<i>Jochen Weichold</i>) 178
Ursula Herrmann: Aus dem Alltag eines Arbeitervereins 1891 bis 1901. Der sozialdemokratische Arbeiterverein von Lichtenberg-Friedrichsberg (<i>Ingo Materna</i>) 180
Gerhard Engel: Johann Knief – ein unvollendetes Leben (<i>Günter Benser</i>) 182
Narihiko Ito/Annelies Laschitza/Ottokar Luban (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes (<i>Ingo Materna</i>) 185
Annika Wilmers: Pazifismus in der internationalen Frauenbewegung (1914-1920) (<i>Gisela Notz</i>) 187
David North: Verteidigung Leo Trotzki's (<i>Jochen Weichold</i>) 190
Anerkennung und Repression. Dokumente zur Geschichte der Tarifpolitik der IG Metall und ihrer Vorgänger 1918-1945; In freier Verhandlung. Dokumente zur Tarifpolitik der IG Metall 1945 bis 2002 (<i>Reiner Tosstorff</i>) 192
Petra Weber: Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918-1933/39) (<i>Peter Hübner</i>) 195
Sandra Dahlke: Individuum und Herrschaft im Stalinismus. Emel'jan Jaroslavskij (1878-1943) (<i>Wladislaw Hedeler</i>) 196
Peter Huber (in Zusammenarbeit mit Ralph Hug). Die Schweizer Spanienfreiwilligen. Biografisches Handbuch (<i>Herbert Mayer</i>) 199
Bob, du mußt rennen, der Krieg ist vorbei! Zeitzeugen erinnern sich an den 8. Mai 1945, den Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus (<i>Daniela Schnitter</i>) 201

Siegfried Kupper: Zone – Macht – Staat. Politische und ökonomische Entwicklungen in der sowjetischen Besatzungszone (<i>Rolf Badstübner</i>) 202
Mario Niemann/Andreas Herbst (Hrsg.): SED-Kader: Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon 1946 bis 1989 (<i>Werner Berthold</i>) 204
Herbert Graf: Interessen und Intrigen. Wer spaltete Deutschland? Ein Exkurs über internationale Beziehungen (<i>Rolf Badstübner</i>) 206
Jens Hildebrandt: Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB 1955 bis 1969 (<i>Stefan Müller</i>) 208
Klaus Froh: Chronik der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der DDR 1956-1990 (<i>Horst Klein</i>) 210
Peter Birke/Bernd Hüttner/Gottfried Oy (Hrsg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion (<i>Thomas Klein</i>) 212
Dario Azzellini: Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela (<i>Günter Bublke</i>) 216
Franz Walter: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie (<i>Harald Lange</i>) 218
Annette Jensen: Im Osten was Neues. Unterwegs zur sozialen Einheit (<i>Jörg Roesler</i>) 221
Autorenverzeichnis 224
Impressum 225

Gesellschaftliche Entwicklung, Arbeiterbewegung und Sozialismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Peter Brandt

Es ist fraglich, ob Historiker geeignet sind, besonders treffsicherere Zukunftsprognosen zu erstellen. Auch zu gesellschaftlich-politischen Gegenwartsdiagnosen fühlen sie sich in der Regel nicht berufen, jedenfalls nicht in ihrer Eigenschaft als Fachwissenschaftler. Äußern sie sich als politisch Engagierte, was im Bereich der Arbeiterbewegungsgeschichte aus nahe liegenden Gründen, die den in die Jetztzeit hinein ragenden Gegenstand selbst betreffen, wohl häufiger vorkommt als in anderen historischen Arbeitsbereichen, treten sie in einer anderen Rolle auf. Und doch wird ihre Intervention stets maßgeblich von ihren professionellen Prägungen und Erfahrungen mitbestimmt sein, so wie umgekehrt die politische Orientierung die Themenwahl, die Fragestellung und generell den Zugang zur arbeiterbewegungsgeschichtlichen Forschung bzw. Publizistik mit beeinflussen wird. Die idealtypische Unterscheidung verschiedener Rollen des politisch engagierten Wissenschaftlers, hier des Historikers, verliert in der Praxis somit einiges an Eindeutigkeit, insbesondere dann, wenn es – wie im Folgenden – um einen breit ausholenden Essay und nicht um eine quellengesättigte Detailstudie geht. Mein Versuch knüpft thematisch an den vor einem Jahrzehnt im „JahrBuch“ erschienenen Beitrag zur Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhundert¹ an, zielt aber auf die Erweiterung der Perspektive in die Gegenwart, auch in geografischer Hinsicht.

Eine zweite Vorbemerkung: Die Konnotation Arbeiterbewegung – Sozialismus erscheint heute weit weniger selbstverständlich als im größeren Teil des 20. Jahrhunderts (in dem das Verhältnis ebenfalls komplizierter war als damals vielfach angenommen). Ich will diesen Problemkomplex hier indessen nicht im Hinblick auf die theoretische Stimmigkeit unterschiedlicher Konzepte aus früheren Epochen diskutieren. Vielmehr soll

¹ Peter Brandt: Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkung – Perspektive, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2002/I, S.5-20. – Im Folgenden sind im Hinblick auf den eher analytischen Charakter des Beitrags nur wörtliche Zitate und im Text direkt oder indirekt angesprochene Autoren nachgewiesen. Weiterführende Literatur siehe: www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de/heft2012_1_br_lit.html.

schon im Titel deutlich werden, dass mich die Arbeiterbewegung nicht nur als eine der großen Sozial- und Emanzipationsbewegungen der Menschheitsgeschichte (was sie fraglos war) interessiert, sondern stets auch als potenzielle soziale Trägerin einer grundsätzlichen Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung, einer Alternative, deren prinzipielle Möglichkeit und gegebenenfalls konkrete Charakteristika ihrerseits zur Debatte stehen. Das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Sozialismus hat Gegenstand von Untersuchung zu sein; es kann nicht durch ideologische Setzungen geklärt werden.

Ferner sei in diesem Sinn eingangs betont, dass die beiden Begriffe „Arbeiterbewegung“ und „Sozialismus“ hier in ihrem weitesten Sinn gemeint sind: alle – spontanen wie organisierten – Artikulationen von Lohnabhängigen bzw. abhängig Beschäftigten zur Vertretung ihrer Interessen als Gruppe einerseits, und auch sämtliche sich auf ein, wie immer im Einzelnen definiertes, sozialistisches Ziel (als solidarische Gesellschaft der Freien und Gleichen) beziehenden Gedanken, Aktionen, Organisationen und politische Systeme sowie mit dieser Tradition historisch und in ihrer spezifischen Funktion weiterhin verbundene Einrichtungen.

*Der traditionelle Überhang: Kommunisten und Sozialdemokraten,
Revolution und Reform*

Die sich unter Berufung auf Lenin kommunistisch nennenden Strömungen, wie sie sich auch unterscheiden: von ultra-stalinistischen bis zu trotzkistischen, hatten und haben eine wesentliche Gemeinsamkeit: Ihr zentraler positiver Bezugspunkt sind die Bolschewiki und die Oktoberrevolution. Erst dadurch bekam die bei Marx noch recht unbestimmte, aufgrund der kurzen Existenz der Pariser Kommune gewonnene Erkenntnis, das Proletariat könne den alten Staatsapparat nicht einfach für seine Zwecke benutzen, sondern müsse diesen „zerschlagen“, um eine Staats- und Regierungsform neuer Qualität an seine Stelle zu setzen, einen konkreten Inhalt.² Als deren Organisationsform boten sich die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte an, wie sie in Russland 1905/06 sowie ab 1917 als Kampforgane, Repräsentation und Teilhaber einer Doppelherrschaft entstanden und dann auch in etlichen der Krieg führenden und neutralen Staaten gebildet wurden. Bis dahin hatten sich die europäischen Sozialis-

² Siehe Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich (1871), in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 17, S.313-365; W. I. Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution (1917), in: Ders.: Werke, Bd. 25, S.393-507.

ten den „Zukunftsstaat“ des Übergangs zur neuen Gesellschaft in der Regel als eine uneingeschränkt demokratische Republik vorgestellt, in der die politische Macht in der Volksvertretung konzentriert wäre. Nach dem Aufstand gegen den Zarismus im Frühjahr 1917 („Februarrevolution“) und dann während und im Gefolge des Oktoberumsturzes konzipierten die Bolschewiki, speziell Lenin, das Programm einer „Sowjet-(Räte)-Demokratie“ des werktätigen Volkes, die in ihrem partizipatorischen Gehalt jeder „bürgerlichen Demokratie“ überlegen sein sollte. Die Niederhaltung der, zahlenmäßig kleinen, ehemals herrschenden Klassen und ihrer – vermeintlichen – politischen Vertretungen mochte in der Anfangseuphorie des revolutionären Umbruchs als relativ einfache und ohne viel Blutvergießen zu erledigende Aufgabe erschienen sein, die die demokratische Selbstbestimmung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten nicht wesentlich beeinträchtigen würde.

Bekanntlich blieb von der Sowjetdemokratie schon während des Bürgerkriegs zugunsten der Diktatur der Avantgarde-Partei, in der allerdings noch offen und kontrovers diskutiert wurde, wenig übrig. Das endgültige Verbot der konkurrierenden sozialistischen Parteien und namentlich das interne Fraktionsverbot der Bolschewiki – gerade angesichts des Übergangs zur Neuen Ökonomischen Politik mit ihrer teilweisen Wiederherstellung der Marktwirtschaft für erforderlich gehalten – erledigte 1921 den Rest. Gewiss kann die Entwicklung nicht einseitig Lenin, Trotzki und ihren engeren Mitstreitern angelastet werden; auch aufseiten der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre war die Bereitschaft gering, zu einer gemeinsamen Regierung der „revolutionären Demokratie“ zu kommen. Eine solche hätte Anfang 1918 sowohl in den Sowjets als auch in der frisch gewählten Konstituante über eine überwältigende Mehrheit verfügt. Als die „Weißen“ den bewaffneten Widerstand begannen, kurz nachdem schon ausländische Mächte interveniert hatten, machte sich die Eigendynamik des Bürgerkriegs geltend, der von beiden Seiten mit großer Brutalität und Grausamkeit geführt wurde (neun bis zehn Millionen Opfer). Was man den früheren Bolschewiki, namentlich Lenin und Trotzki, vorwerfen muss, ist die Unbedenklichkeit, mit der sie sich – vermeintlich nur dem „Gaul Geschichte“ auf die Sprünge helfend – über alle Einwände und Skrupel hinwegsetzten, am Ende zwar die Macht bewahrten, aber angesichts des nicht wirklich einkalkulierten Ausbleibens der „Weltrevolution“ eigentlich keinen Plan hatten, was sie, in Russland isoliert, vernünftigerweise damit anfangen sollten.

Die Partei unter Führung Lenins und ihre Diktatur war etwas qualitativ anderes als die persönliche Herrschaft Stalins, unter der personell, struk-

turell und geistig der ursprüngliche Bolschewismus in einen neuen, irrational-despotischen Aggregatzustand überführt wurde. Wie immer man den sozialen und politischen Charakter des Stalinismus im engeren Sinn definiert, es handelte sich zweifellos um eine der repressivsten Staatsordnungen der Geschichte, terroristisch nicht nur gegenüber jeder Art von tatsächlicher und vermuteter Dissidenz, sondern gegenüber dem gesamten Volk. Die Agrar-Kollektivierungskampagne in den Jahren um 1930 und die „Großen Säuberungen“ der späteren 30er-Jahre bedeuteten für Russland – nach dem Ersten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg – die dritte humanitäre Katastrophe mit wiederum etlichen Millionen Toten. Es bleibt ein historisches Verdienst Nikita Chruschtschows, den Massenterror beendet, die Einmandiktatur Stalins durch eine „Kollektive Führung“ ersetzt, ein begrenztes Maß an Rechtssicherheit im Alltag geschaffen und vor allem die Millionen Sklavenarbeiter des Gulag, politische Gefangene verschiedener Kategorien, befreit zu haben. Die mittlerweile auch sozial verselbstständigte Herrschaft der Nomenklatura blieb bestehen, konsolidierte sich sogar, doch für die Sowjetbürger und für die Bewohner der anderen Warschauer-Pakt-Staaten bedeutete die begrenzte Entstalinisierung seit 1953/56 eine gewisse Normalisierung des Daseins. Die „totalitäre“ Diktatur verwandelte sich in eine eher „autoritäre“.

In Erwartung der Fortsetzung des weltrevolutionären Prozesses, der 1917 eingeleitet zu sein schien, hatte die kühne Aktion der Bolschewiki zunächst eine begeisterte Resonanz beim linken Flügel der Arbeiterbewegung aller Länder – und Sympathie darüber hinaus – gefunden. Nach den Schrecken des Völkerkriegs im Interesse der konkurrierenden Imperialismen schien der Einsatz auch massiver Gewalt zum Sturz des kapitalistischen Systems mehr als gerechtfertigt. Mit der Norwegischen Arbeiterpartei, der Mehrheit der USPD, der französischen Sozialisten und anderen gewann die 1919 neu gegründete Kommunistische Internationale westeuropäische Massenparteien von beträchtlichem Gewicht. Doch kamen schon bei der Spaltung mehrerer der großen Parteien über die Frage des Beitritts zur Dritten Internationale spezifische statutarische Methoden zur Geltung (die „21 Bedingungen“), mit denen man auf administrativem Weg die weitere Mitgliedschaft „reformistischer“ und „zentristischer“ Elemente in den neuen kommunistischen Parteien unmöglich machen wollte. Ein beträchtlicher Teil der Mitglieder ging, auch aufgrund künstlicher Versuche, der Roten Revolution namentlich in Deutschland doch noch zum Sieg zu verhelfen (Märzaktion 1921), schnell wieder verloren. Auch im Hinblick auf die Kommunistische Internationale und die ihr angehörenden Parteien gilt, dass das innere Leben der Organisation in

den ersten fünf bis zehn Jahren noch von echten Auseinandersetzungen um die richtige Politik gekennzeichnet war, bevor die Stalin-Fraktion jede Kontroverse unterband und ein striktes Gefolgschaftssystem mit automatischem Nachvollzug der in Moskau, zum Teil in jähren Wendungen, jeweils beschlossenen „Generallinie“ durchsetzte. Und doch blieb in allen Phasen die Bindung der kommunistischen Parteien, wenn sie nicht bedeutungslose Sekten werden wollten, an den autochthonen Arbeiterradikalismus ihrer Länder mehr oder weniger intensiv bestehen. Ungeachtet dessen geriet der kommunistische Flügel der internationalen Arbeiterbewegung durch das unvermeidliche (und hemmungslos ausgenutzte) Übergewicht der sowjetrussischen Partei von Anfang an in eine Schiefelage. Es geschah das, was Rosa Luxemburg in ihrem Text über die Russische Revolution (der zugleich eine Verteidigungsschrift war) prophezeit und was Leo Trotzki schon 1904 in einer luziden Kritik des Leninschen „Substitutionalismus“ formuliert hatte.³ (Trotzki und die Trotzkiisten wollten davon später nichts mehr wissen, weil sie aus Legitimationsgründen allein auf die ab Frühjahr 1917 klar dominierende Übereinstimmung der beiden Revolutionsführer abhoben.)

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts waren die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien – Letztere gab es außer in Europa namentlich in Ozeanien in nennenswerter Größe – zu mächtigen Massenorganisationen mit vielfach breiter Wählerunterstützung herangewachsen; der Zuwachs hielt, beinahe kontinuierlich, bis 1914 an. Die deutsche Sozialdemokratie, schon seit 1890 wählerstärkste Partei, errang in der letzten Vorkriegswahl mehr als ein Drittel der Stimmen (in ähnlicher Größenordnung bewegten sich die Ergebnisse in mehreren anderen Ländern, namentlich in Nordeuropa). Die Mitgliederzahl der SPD übertraf am Vorabend des Weltkriegs eine Million, die der Konsumvereine bzw. Genossenschaften 1,3 Millionen und die der Freien Gewerkschaften 2,5 Millionen. Im Jahr 1909 saßen Sozialisten in Parlamenten von 14 europäischen Ländern, darunter alle größeren außer Russland, zudem in British Columbia (Kanada), in Neuseeland und Australien, wo 1910 mit der Labour Party erstmals eine Regierung aus der Arbeiterbewegung berufen werden musste. Ebenfalls die Mandatsmehrheit und annähernd die Stimmenmehrheit errangen die Sozialdemokraten 1916 in dem noch stark agrarisch geprägten Finnland, das als Großfürstentum mit Sonderstatus dem

3 Siehe Rosa Luxemburg: Die russische Revolution (1918), in: Dies.: Politische Schriften, Bd. 3, Frankfurt/Main 1968, S.196-141; Leo Trotzki: Schriften zur revolutionären Organisation, Reinbek bei Hamburg 1970 (darin insb.: Unsere politischen Aufgaben, 1904).

Zarenreich angegliedert war. Die Sozialdemokratie und später auch linkssozialistische Gruppierungen sowie die Kommunistische Partei konnten sich neben den Industrie-, Transport- und Forstarbeitern dort von Anfang an auch auf Landarbeiter und Kleinbauern stützen.

Parallel zu den Wahlerfolgen entwickelte sich der Massenstreik in den expandierenden Investitionsgüterindustrien und in der Textilindustrie (als dem quantitativ bedeutendsten Gewerbebranchen der Zeit) zur schärfsten außerparlamentarischen Waffe der Arbeiter. Außer in den wirtschaftlichen Konflikten kam in verschiedenen Ländern der Massen- und Generalstreik mit unterschiedlichem Erfolg auch beim Wahlrechtskampf zum Einsatz. Am hartnäckigsten geschah das in Belgien, wo in den Jahren 1886, 1888, 1893, 1902 und 1913 für ein demokratisches Wahlrecht gestreikt wurde. Erst mit dem Ende des Ersten Weltkriegs gelang dort die Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, zunächst für Männer.

In den zwei Jahrzehnten vor 1914 wurden auch Tendenzen zur Integration der Arbeiterbewegung in die bestehenden politischen Systeme deutlich sichtbar, jedenfalls in den Verfassungsstaaten, besonders in den schon parlamentarisierten. 1894 engagierte sich erstmals ein britischer Premier in einer Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Unternehmern als Schlichter. Ähnliches geschah fünf Jahre später in Frankreich – in demselben Jahr, als der Sozialist Alexandre Millerand als Handelsminister in eine bürgerlich-liberale Regierung eintrat und damit eine lange und heftige Kontroverse in den sozialistischen Parteien über den „Ministersozialismus“ auslöste. In Dänemark einigten sich im Jahr 1899 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sogar auf ein Rahmenabkommen zur Regulierung des Arbeitsmarkts, das 1910 um die Institutionen eines Schlichters und eines Gerichts ergänzt wurde. Dieses „Zentralabkommen“ sollte den Weg zur vorrangig friedlichen Lösung von Tarifauseinandersetzungen ebnen und gilt bis heute als eine Art frühes Grundgesetz der Arbeitsbeziehungen.

Schon ein flüchtiger Blick in die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte macht indessen deutlich, dass die abstrakte Gegenüberstellung von „Reform“ und „Revolution“ wenig aussagekräftig ist. Relativ genau kann man bestimmen, ob im verfassungsrechtlichen Sinn ein Bruch des politischen Systems eintrat, wofür die Französische Revolution von 1789 ebenso ein Beispiel ist wie die Russische Revolution von 1917 (sowohl die „Februar“- als auch die „Oktoberrevolution“). Das gilt aber auch für weniger dramatische Ereignisse wie die deutsche Novemberrevolution 1918 oder der als Militärputsch begonnene Sturz der autoritären Ordnung in Portugal 1974.

Wann eine gescheiterte revolutionäre Erhebung als – wenn auch misslungene – „Revolution“ anzusehen ist, stellt sich schon wesentlich komplizierter dar. Damit kommen zwei andere Kriterien ins Spiel: die Massenbeteiligung und die Radikalität des Geschehens, auch im Hinblick auf die sozioökonomische Basis. Deren weitgehend eigendynamische Umwälzungen werden ja häufig ebenfalls als „Revolution“ bezeichnet, selbst wenn sie sich, wie bei der Durchbruchphase der Industrialisierung, über Jahrzehnte hinziehen. Über die „Revolution von oben“ sind profunde konzeptionelle Überlegungen angestellt worden,⁴ und man könnte ergänzend die „Revolution von außen“ als verwandten Typ identifizieren.

So wenig – sei es umgangssprachlich, sei es theoretisch-begrifflich reflektiert – Revolution gleich Revolution ist, so wenig bedeutet Reform stets das Gleiche. Man hat systemüberwindende systemimmanente Reformen gegenübergestellt, was zweifellos ein wesentlicher Gesichtspunkt ist. Aber was ist mit dem „System“ gemeint: die gesellschaftliche Großformation oder die politische bzw. Verfassungsordnung? Ein Beispiel: Gesellschaftspolitisch bedeutet der Wechsel vom Konstitutionalismus mit Vorrang des Monarchen zum Konstitutionalismus mit Vorrang des Parlaments in Frankreich 1830, wobei nur die Figur des Königs ausgewechselt und einige Verfassungsartikel geändert sowie das Wahlrecht (nicht besonders stark) erweitert wurden, lediglich eine Verschiebung innerhalb des herrschenden Machtblocks zugunsten der (Finanz-)Bourgeoisie. Die im Juli 1830 durchaus vorhandenen Elemente einer darüber hinausgehenden, im sozialen Inhalt bürgerlich-demokratischen Revolution kamen, letztlich wegen eines geschickten Krisen-Managements, nicht zum Tragen. Doch zweifellos förderte die „Juli-Revolution“ die weitere Ausbildung einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in Frankreich.

Auch im Hinblick auf deren Ablösung beinhaltet die Grenzbeziehung zwischen „Reform“ und „Revolution“ eine Reihe von Problemen, die hier nur angedeutet werden können: Das Programm der chilenischen Unidad Popular, mit dem Salvador Allende 1970 den Präsidentschaftswahlkampf gewann, hatte ebenso wie das Regierungsprogramm der verbündeten Sozialisten und Kommunisten im Frankreich der 1970er-Jahre eine den Kapitalismus transzendierende Stoßrichtung, doch war in beiden Fällen nicht an die Abschaffung der repräsentativen Demokratie, allenfalls an

4 Siehe Ernst Engelberg: Über die Revolution von oben. Wirklichkeit und Begriff, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 22 (1974), S.1183-1212; Hans-Ulrich Wehler: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973. Siehe auch Peter Brandt: Art. „bürgerliche Revolution“, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Hamburg 1995, Sp.394-400.

deren Ausbau und Erweiterung gedacht. Im Inhalt war das (bzw. wäre zweifellos gewesen) ein von einer breiten Massenbewegung begleiteter, revolutionärer Vorgang, formal jedoch ein Reformprozess.

Zudem sind die Intentionen wie die Wirkungen von Reformen, die im Rahmen der gegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung bleiben, nicht immer eindeutig zu bestimmen. Die preußischen Reformer des frühen 19. Jahrhunderts wollten gewiss die Monarchie und den Staat Preußen erhalten, entwickelten zu diesem Zweck aber ein (dann aufgrund der gesellschaftlichen Machtverhältnisse nur teilweise verwirklichtes) Reformprogramm, das sozioökonomisch wie verfassungspolitisch eine qualitative Veränderung, gewissermaßen eine Substitution der bürgerlichen Revolution, beinhaltete.

Die schwedischen Sozialdemokraten nutzten im Herbst 1918 das tiefe Erschrecken der einheimischen Konservativen vor der mit dem Sturz der Monarchie begonnenen Revolution in Deutschland, um diesen demokratisierende Wahlrechtsreformen, insbesondere im Hinblick auf Frauen sowie die Kommunen und die Erste Kammer, abzutrotzen, wobei die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft die nötige Drohkulisse schuf. Dem waren vor dem Ersten Weltkrieg bereits entscheidende Erweiterungen des Stimmrechts und 1917 der Wechsel zur parlamentarischen Regierungsform vorausgegangen, Ziele, die lange im Bündnis mit den Liberalen, auch außerparlamentarisch, verfolgt worden waren. Die parlamentarische Mehrheit wollte man, darüber gibt es keinen Zweifel, nach dem Krieg zur gesetzlichen Verwirklichung des Sozialismus – der Sozialisierung und der Planwirtschaft – nutzen, also für ein inhaltlich revolutionäres Ziel.

Erst die Trägheit der Verhältnisse, die – gemessen am strategischen Ziel der eigenen Mehrheit – Langsamkeit des Stimmenzuwachses während der 20er-Jahre und die verheerenden Wirkungen der Weltwirtschaftskrise ab 1929 ließen einen neuen Politikansatz zur Geltung kommen, der im Bündnis mit der politischen Vertretung der Bauernschaft agrarprotektionistische Maßnahmen, staatliche Arbeitsbeschaffung, den Ausbau der Sozialsysteme und quasi keynesianische Staatsintervention kombinierte. Ergebnis dieses über Jahrzehnte verfolgten Kurses war der avancierte schwedische Wohlfahrtsstaat, der im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft blieb und die kapitalistische Produktionsweise nicht überwand, das im klassischen Sinn auch nicht beanspruchte. Er wurde aber von den Sozialdemokraten Schwedens als der Weg zu einem „funktionalen Sozialismus“ verstanden und legte die Frage nach der Systemtranszendenz niemals ganz ad acta. Den Grundgedanken hatte Nils Karleby schon

1926 formuliert, wonach das kapitalistische Eigentum kein monolithischer Block sei, sondern ein Konglomerat aus wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Funktionen sowie gesellschaftlichen Normen. Man sollte, so Karleby, die einzelnen sozialen und wirtschaftlichen Reformen nicht als Vorbereitung von etwas verstehen, was eines Tages als komplett Neues erkämpft werden würde, sondern diese Veränderungen seien selbst schon ein Teil einer neuen, sozialistischen Qualität.⁵

Auch die reflektierenden Köpfe der deutschen Sozialdemokratie und der mit ihnen informell verbundenen Freien Gewerkschaften zur Zeit der Weimarer Republik verstanden ihre reformstrategisch-gradualistischen Konzepte als den Kapitalismus transzendierend. „Wirtschaftsdemokratie“ war als Übergang zum Sozialismus gedacht, wobei die wichtigsten einzelnen Programmpunkte die Demokratisierung des Bildungswesens und die Weiterentwicklung des Arbeitsrechts (mit betriebsdemokratischen Aspekten), die Schaffung von Selbstverwaltungskörpern in der Wirtschaft unter staatlicher Kontrolle und die Stärkung des Genossenschaftswesens bzw. der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft sowie die Ausweitung öffentlicher Betriebe waren. Auch die kommunale Selbstverwaltung sollte in ihren Kompetenzen und in ihrem demokratischen Gehalt erweitert werden. Die durchaus wahrgenommenen Veränderungen im Kapitalismus interpretierte man in der Konsequenz – konträr zur kommunistischen Deutung – als Herausbildung eines „organisierten Kapitalismus“. Dieser würde imstande sein, die Konjunkturzyklen immer besser abzufedern und böte aus sich heraus Ansatzpunkte für einen von der Arbeiterbewegung im Rahmen der bestehenden politischen Institutionen voranzutreibenden, gewissermaßen fließenden Übergang zum Sozialismus. Dass eine solche Programmatik durch die Weltwirtschaftskrise und den Hitler-Faschismus zur Makulatur und für viele Zeitgenossen als realitätsblind desavouiert wurde, heißt nicht automatisch, dass in den einschlägigen Analysen und Rezepten nicht auch Wahres und unter anderen Umständen Brauchbares steckte.

Unabhängig von der Stimmigkeit der Grundannahmen solcher reformsozialistischen Ansätze ist offensichtlich (und wurde Jahrzehnte später auch von den, insbesondere den großen, kommunistischen Parteien Westeuropas so gesehen), dass für die hoch entwickelten Länder der nördlichen Hemisphäre eine Revolution nach dem Muster des russischen Oktober aus vielerlei Gründen nahezu als unvorstellbar galt, weshalb sie auch nicht

5 Siehe Nils Karleby: *Socialismen inför verkligheten* [Der Sozialismus angesichts der Wirklichkeit], Stockholm 1926.

anzustreben sei. (Nicht das fürchteten übrigens die Sozialdemokraten in der Hochphase des Kalten Krieges, sondern eher eine, eventuell von Einheimischen unterstützte, jedenfalls von außen geförderte schleichende Machtexpansion von Kommunisten im Besitz von Schlüsselstellungen des Staatsapparats analog den „antifaschistisch-demokratischen“ und „volksdemokratischen“ Umwälzungen im Osten Europas nach 1945.) Die seit den frühen 1960er-Jahren entwickelten kommunistischen Konzepte „antimonopolistischer“ Veränderungen, „demokratischer“ bzw. „antikapitalistischer“ Strukturreformen suchten dieser Situation Rechnung zu tragen. Auch die Massenstreikbewegungen der späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre, selbst solche vorrevolutionären Charakters wie im französischen Mai 1968, machten die neuen strategischen und programmatischen Überlegungen nicht gegenstandslos. Der „Eurokommunismus“ versuchte vielmehr, die von den Arbeiterkämpfen und der Jugendradikalisierung ausgehenden Basisimpulse in eine Reformstrategie zu integrieren.

Jenseits aller Exzesse des Stalinismus waren im frühen Sowjetstaat und in den Rätebewegungen in Europa nach 1917, später im Zuge der Volksfront- bzw. ausgeweiteten Bündnispolitik durchaus Elemente einer neuen, den Kapitalismus überwindenden Volksdemokratie ohne Anführungszeichen enthalten. Die kommunistischen Parteien der entwickelten kapitalistischen Welt taten sich jedoch bis zum Schluss schwer mit einem wirklich pluralen Verständnis von Bündnispolitik und Demokratie, wenn sie sich dem nicht gänzlich verschlossen.

In Demokratie drückt sich die Selbstbestimmung des „Volkes“, in seiner Mehrdeutigkeit einst ein Zentralbegriff der politischen Agitation der Arbeiterbewegung, aus. Demokratie hat in diesem Sinn mit der Würde des Kollektivs und der beteiligten Individuen zu tun und ist andererseits auch das einzige Mittel, die Verselbstständigung von Führungsgruppen und dadurch verursachte Fehlentscheidungen zu verhindern. Demokratie braucht formale Regeln; es reicht nicht, sie inhaltlich zu definieren. Das Staatsverständnis schon der klassischen Sozialdemokratie vor 1914 entbehrte einer eigenen Verfassungs- und Demokratietheorie, während man programmatisch diesbezüglich die alten Forderungen des bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Radikalismus weiter transportierte, wie allgemeines, gleiches Wahlrecht, Volksbewaffnung usw. In verständlicher und bis zu einem gewissen Grad berechtigter Kritik an der „formalen Demokratie“, die im günstigsten Fall den politischen Überbau der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft bildete, unterschätzte man die Wichtigkeit verlässlicher, kodifizierter Strukturen des staatlichen Zusammenle-

bens. Der ungeheure zivilisatorische Fortschritt, den speziell der europäische Kontinent mit der Festigung autonomer Gewalten, der institutionellen Trennung von Staat und Kirche sowie zunehmender Religionsfreiheit und einem (zunächst adeligen) Widerstandsrecht, seit dem Aufgeklärten Absolutismus dann mit der schrittweisen Festigung von Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit (in einer sozial extrem ungleichen Gesellschaft), schließlich mit der Ausdehnung von Partizipation und der Einschränkung der Exekutive über Jahrhunderte erlangt hatte – in der Zwischenkriegszeit wurde er noch einmal gründlich infrage gestellt –, schien nicht hintergebar.

Die politische Form von Demokratisierung innerhalb des Rahmens des Kapitalismus oder eines diesen transzendierenden Prozesses kann – auch im Hinblick auf die historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts – nur die demokratische Republik mit einem festen Regelwerk sein, einschließlich rechtsstaatlicher Sicherungen. Die „Diktatur des Proletariats“ war immer schon ein missverständlicher Terminus. Auch eine sozialistische Demokratie mit qualitativ erweiterten Partizipationsmöglichkeiten für die Volksmassen ist nur möglich als Mehrparteiensystem mit der vollen Freiheit der Staatsbürger zu wählen, wen immer sie wollen, der Freiheit der Meinungsäußerung sowie der Freiheit auch für nichtsozialistische Auffassungen, sich zu organisieren.

Kapitalismus mit menschlichem Gesicht?

Die schrittweise Angleichung großer Teile Südost- und Ostmitteleuropas an die Herrschafts- und Gesellschaftsordnung der Sowjetunion seit 1944/45 und in ihrem Gefolge die Entstehung eines sowjetisch geführten östlichen Blocks – von vornherein beabsichtigt oder nicht – machte zwar die amerikanische Leitvorstellung der „Einen Welt“ unter informeller US-Hegemonie hinfällig, erleichterte aber den USA ganz wesentlich die Formierung eines westlichen Blocks mit der NATO als politisch-militärischem Kern der „freien Welt“ und unter weitgehender Einbeziehung des sozialdemokratischen Zweigs der internationalen Arbeiterbewegung als eine Art linker Flügel der „Weltdemokratie“. Es gab nur noch zwei „Supermächte“. Der Ost-West-Konflikt – zugleich Großmachtkonkurrenz, Konflikt zwischen Kapitalismus und bürokratisch-kollektivistischem Etatismus sowie Auseinandersetzung zwischen den politischen Ordnungen der repräsentativen Demokratie und der pseudo-plebiszitären, diktatorischen „Volksdemokratie“ – beeinflusste und überlagerte für Jahrzehnte sämtliche zwischen- und innerstaatlichen Auseinandersetzungen: den

Ungarnaufstand 1956 und die diversen israelisch-arabischen Kriege ebenso wie die portugiesische Revolution 1974/75 und namentlich die Befreiungsbewegungen in der nun so genannten „Dritten Welt“.

Die militärische Ausschaltung der Achsenmächte und die Beendigung innerimperialistischer Rivalitäten, namentlich die Degradierung Großbritanniens zu einem auch finanziell abhängigen Bündnispartner zweiter Ordnung, und damit eine historisch einmalige Konzentration militärischer und politischer Macht, setzten die USA nach 1945 in stand, die Grundlinien der neuen Weltwirtschaftsordnung, jedenfalls für die kapitalistischen Länder, zu bestimmen. Diese sollte durchaus unmittelbaren amerikanischen Interessen dienlich sein, war aber zugleich von dem Gedanken getragen, eine erneute Zerrüttung des ökonomischen und politischen Gefüges des Globus zu verhindern. Eine wesentliche Erkenntnis bestand darin, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau (West-)Europas ohne die Einbeziehung Westdeutschlands nicht möglich sein würde. Der Marshall-Plan zwang Sieger und Besiegte zur Kooperation und fügte sich in das mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und dem auf weitgehenden, aber regulierten Freihandel zielenden Regime ein. Die Verwirklichung der wirtschaftsliberalen Prinzipien erfolgte somit nur schrittweise und selektiv.

Diese Neujustierung des globalen Gefüges, das eine Voraussetzung für die neuen Arrangements auf nationaler Ebene im Sinne eines Klassenkompromisses zwischen Kapital und Arbeit bildete, wäre ohne die Herausforderung durch die Sowjetunion und die von ihr abhängigen bzw. mit ihr verbündeten Staaten sowie politischen Kräfte vermutlich nicht in der Weise erfolgt und weiter betrieben worden. Insofern lässt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit sagen, dass die beachtlichen materiellen Zugeständnisse und Sozialreformen, die in Europa und Japan unter Regierungen unterschiedlicher politischer Ausrichtung realisiert wurden, durch die Existenz der UdSSR mindestens befördert wurden. Geschwächt wurden indessen angesichts des wenig einladenden sowjet-kommunistischen Modells dadurch paradoxerweise gerade weitergehende Bestrebungen zur Überwindung des Kapitalismus, insbesondere in Westdeutschland.

Die Wiederbelebung des Weltmarkts unterstützte die Wachstumsimpulse, die vom materiellen Wiederaufbau ausgingen. Die Rekonstruktionsperiode setzte sich fort in einem lang anhaltenden, wenig unterbrochenen Boom. Erst in den 1950er- und 1960er-Jahren wurde der Kontinent als ganzer (mit weiterhin erheblichen geografischen Unterschieden) durchindustrialisiert, was bis dahin nur für die fortgeschrittensten Länder, vor allem für Großbritannien und Deutschland, gegolten hatte. Um 1970 ar-

beiteten doppelt so viele Europäer in der Industrie (und fast ebenso viele im Dienstleistungssektor) wie in der Landwirtschaft. Diese musste, ebenso wie das Kleingewerbe, unter dem Modernisierungsdruck dieser Periode im großen Umfang Arbeitskräfte, nicht zuletzt aus der Familienwirtschaft, abgeben.

In den hoch entwickelten Ländern Nordamerikas, Westeuropas und Japans nahmen seit den 1950er-Jahren erstmals die breiten Schichten des werktätigen Volkes, speziell der Arbeiterschaft, als Konsumenten auch langlebiger Güter am Wirtschaftswachstum teil. Infolge der hohen Produktivitätssteigerung wuchs der durchschnittliche Reallohn bei abhängiger Beschäftigung über einen langen Zeitraum in einer Geschwindigkeit und in Höhen, die frühere Generationen nicht für möglich gehalten hätten. Die Arbeitslosigkeit ging schnell zurück, und Arbeitskräftemangel machte sich bemerkbar. Die durchschnittliche Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit (bei erheblich steigender Arbeitsintensität) sank. Der Anteil des Familieneinkommens, den Arbeiter für Ernährung und Kleidung ausgeben mussten, nahm drastisch ab. Die deutliche Verbesserung des Wohnstandards und der Wohnsicherheit (verbesserter Mieterschutz) wurde durch die Steigerung desjenigen Anteils vom Lohn erkauft, der für Wohn- (wie für Transport-)kosten aufgewandt werden musste.

In den USA reichten die Anfänge des Konsumkapitalismus, dessen Symbol der private PKW wurde, bis in die 1920er-Jahre zurück. Der Kern des „fordistischen“ Modells bestand im Übergang von einer „extensiven“ zu einer „intensiven“, auf tayloristischer Arbeitsorganisation und Massenproduktion von Gebrauchsgütern gerichteten Akkumulation. Der traditionelle Facharbeiter, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen bestimmend gewesen war, verschwand nicht, wurde aber in den mechanisierten Großbetrieben sukzessive verdrängt durch den für Europa neuen Typ des angelernten Massenarbeiters. Neben die klassischen Wachstumsindustrien Kohle, Stahl, Maschinenbau, Chemie und Elektro trat als neue dynamische Branche die Automobilindustrie.

In Westeuropa und etwas anders auch in Japan wurde der Fordismus ergänzt durch den Ausbau der, jetzt auch verstärkt als prophylaktisch verstandenen, sozialstaatlichen Systeme in einem Ausmaß, dass eine neue Qualität der Sicherung erreicht wurde. Die einschlägigen Verbesserungen beinhalteten in der Regel die Garantierung eines materiellen Minimums, ein neues, Existenz sicherndes Konzept der Altersrente, die zumindest teilweise Finanzierung der Sozialsysteme aus Steuern und das Prinzip des einklagbaren Rechts auf die betreffenden Leistungen. Die USA hatten

während des New Deal seit 1933 Schritte in die Richtung eines Interventions- und Wohlfahrtsstaats gemacht. Gleichzeitig erfolgte dies in Schweden und anderen Ländern Nordeuropas unter sozialdemokratischen Regierungen, wobei das Meiste auch dort erst nach 1945 auf den Weg gebracht wurde und sich in das gesamt(west-)europäische Bild grundlegender Sozialreformen seit der zweiten Hälfte der 1940er Jahre einfügte. Die Sozialausgaben wuchsen noch ganz erheblich schneller als die Wirtschaft und nahmen im westeuropäischen Durchschnitt in den Jahren 1960 bis 1974 jährlich um fast die Hälfte zu.

„Keine andere Periode der Geschichte Europas hatte eine solche Steigerung des Lebensstandards zu verzeichnen.“⁶ Diese Feststellung, die ebenso für die USA und Japan gilt, ist grundlegend für das Verständnis der Geschichte der Nachkriegszeit, selbst wenn die regionalen Unterschiede, auch innerhalb der einzelnen Länder, beträchtlich blieben.

Das Ineinandergreifen von Nachkriegskonjunktur, US-Hegemonie, keynesianisch inspirierter Wirtschaftspolitik und Wohlfahrtsstaat begünstigte die Gewerkschaften, die in den zweieinhalb Jahrzehnten nach 1948 ihre hohe Zeit erlebten. In dieser Zeit, einer Phase annähernder Vollbeschäftigung, erlangten sie mit einer festen und noch breiter werdenden sozialen Basis in der Industriearbeiterschaft eine starke Verhandlungsposition, waren als Tarif- (und darüber hinausgehend „Sozial“-)Partner voll anerkannt und konnten in mehreren Ländern weitgehende Mitbestimmungsregelungen erwirken. Teilweise mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung begünstigte die gesamtgesellschaftliche Entwicklung auf parteipolitischer Ebene die der Arbeiterbewegung entstammende und mit den (oder bestimmten) Gewerkschaften verbundene Sozialdemokratie, die, am ausgeprägtesten in Nordeuropa, eine spezifische Variante demokratischen und sozialstaatlichen Korporatismus organisierte und repräsentierte. Das Goldene Zeitalter des Kapitalismus wurde auch zum Goldenen Zeitalter der – reformistischen – Arbeiterbewegung.

Der neoliberale Kapitalismus

Die Prosperitätsperiode fand ihr Ende in der durch den Ölpreisschock vom Herbst 1973 ausgelösten internationalen Konjunkturkrise, die in eine Phase langsameren Wachstums und erhöhter Krisenanfälligkeit überleitete. Das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Arrangement der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte schien für die Kapitaleseite jetzt nicht mehr

6 Hartmut Kaelble: Sozialgeschichte Europas 1945 bis zur Gegenwart, München 2007, S.94f.

tragbar, da sie durch die starke Stellung der Gewerkschaften und den avancierten Wohlfahrtsstaat angesichts geringerer Produktivitätssteigerung in eine Profitklemme geriet. Wie nach 1945 spielten objektive, aus veränderten Akkumulationsbedingungen resultierende, auch durch technologische Neuerungen ermöglichte Entwicklungen zusammen mit einer bewusst und gezielt eingeleiteten politischen Umsteuerung unter Federführung der konservativen und rechtsliberalen Parteien, die dann aber auch von den Kräften der linken Mitte weitgehend akzeptiert und sogar betrieben wurde.

Eine besondere Bedeutung erlangten die Regierungswechsel in Großbritannien (zu Margaret Thatcher und den Tories) 1979 und in den USA (zu Ronald Reagan und den Republikanern) 1981. Im britischen Fall wurde ein alter, unter Anpassungsproblemen leidender Wohlfahrtsstaat mit erheblichem öffentlichen Sektor und einer starken Stellung der Gewerkschaften unter Aufkündigung der vorher gültigen Umgangsregeln konfrontativ in Richtung auf ein neues, liberalistisches Kapitalismus-Modell umgebaut. Die von Frau Thatcher und anderen realisierten Änderungen – Deregulierung, Privatisierung, Steuersenkung – beförderten den Globalisierungsschub der 1980er- und 1990er-Jahre, indem sie dem Privatkapital auch auf internationaler Ebene einen erweiterten Spielraum verschafften. In den USA, wo die wohlfahrtsstaatlichen Elemente aus den 1930ern (New Deal) und 1960ern (Great Society) institutionell leichter rücknehmbar konstruiert waren, gingen die gewerkschaftlichen Errungenschaften der 1960er- und 1970er-Jahre weitgehend wieder verloren. Die Reagan-Regierung setzte aber auch international zu einem großen Rollback an, das alles ins Visier nahm, was aus ihrer Sicht mit „Sozialismus“ zu tun hatte.

Parallel zum permanent steigenden Druck auf die Arbeiterbewegung und den Wohlfahrtsstaat in den reichen Ländern des Westens geriet auch das System des „real existierenden Sozialismus“, der kommunistische Etatismus, im Osten in Bedrängnis. Der Zusammenbruch des Sowjetblocks bzw. – in China – die Umwandlung der Diktatur in eine Agentur einer halb staats-, halb privatkapitalistisch betriebenen Industrialisierung und Modernisierung beruhten zu einem erheblichen Teil darauf, dass sich das alte System mit den wirtschaftlichen Effizienzmängeln, der Semiautarkie und der Unbeweglichkeit der politischen Steuerungsmechanismen gegen die Sogkraft des Weltmarkts nicht behaupten konnte. Das Scheitern der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ zeigte sich vor allem in der Endphase, als die Strukturen immer eklatanter mit den Anforderungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien kollidierten.

Dazu kamen die recht begrenzte, aber angesichts der prinzipiellen Geschlossenheit des Systems subversiv wirkende Öffnung des Ostblocks im Gefolge der Entspannungspolitik und des Helsinki-Prozesses sowie indirekte Einflüsse der westlichen Friedensbewegung. Schließlich musste sich die neue Kremlführung unter Michail Gorbatschow eingestehen, sogar auf dem Feld der militärischen, vor allem atomaren Rüstung den Wettlauf mit den USA verloren zu haben, und entließ die Staaten des Warschauer Pakts aus der Kuratel. Zu allen diesen Bedingungsfaktoren musste jedoch noch das Handeln der Reformkräfte innerhalb der Apparate und, mehr noch, das Aufbegehren der revolutionären Demokratisierungsbewegung kommen. Der wirtschaftlich-soziale und politische Ordnungswandel in den Jahren 1989 bis 1991 mündete nicht wegen der (eher emanzipatorisch-basisdemokratischen) Ziele der Opposition oder ihres konkreten Handelns, sondern wegen der „Großwetterlage“, der gegebenen historischen Konstellation, in die (zum Teil liberalistisch-brutale) Wiederherstellung kapitalistischer Marktökonomien.

Der Epochenwechsel, der sich seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre vollzog, ließ über die extreme Verschuldung und das folgende monetaristisch-neoliberale Tilgungsregime schließlich auch die Staaten des Südens nicht ungeschoren, wo etliche Versuche einer eigenständigen und autozentrierten Entwicklung aufgegeben werden mussten, so etwa das Nehru'sche Konzept für Indien. Ob sie ihre vorwiegende Rolle in der internationalen Arbeitsteilung als Lebensmittel- und Rohstofflieferanten angenommen hatten (weil die führenden Klassenfraktionen als Großgrundbesitzer bzw. Kaufleute davon profitierten) oder eine Politik autonomer, importsubstituierender Industrialisierung – sei es unter mehr privatkapitalistischen, sei es unter mehr staatskapitalistischen Vorzeichen – dagegen gesetzt hatten, die Länder waren in aller Regel nicht in der Lage, ein Pro-Kopf-Wachstum in einer Größenordnung und Dauer zu erreichen, das die Bevölkerungsvermehrung deutlich übertroffen und eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards sowie eine durchgreifende gesamtgesellschaftliche Modernisierung ermöglicht hätte.

In den vier Jahrzehnten zwischen 1960 und 2000 stagnierte das durchschnittliche Bruttosozialprodukt pro Kopf in den Ländern der „Dritten Welt“ unter geringen Schwankungen bei etwa 4,5 Prozent desjenigen der „Ersten Welt“. Hauptsächlich innerhalb der „Triade“ Nordamerika/Westeuropa/Japan flossen also mehr denn je die Ströme des wirtschaftlichen Austauschs und speziell der Auslandsinvestitionen. Die Rolle der USA kehrte sich dabei regelrecht um. Allein ihre politisch-militärische Machtposition ermöglichte es den USA, bei Aufrechterhaltung des Dollar als

internationale Leitwährung, zum Hauptschuldner und größten Empfänger von ausländischen Investitionen zu werden. Trotz der in verschiedenen Fällen gelungenen Industrialisierung bzw. Teilindustrialisierung einzelner Länder und der damit verbundenen Urbanisierung und Modernisierung blieb der Nord-Süd-Gegensatz im Hinblick auf die durchschnittliche Einkommenslage unverändert dramatisch groß.

In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre setzte diejenige Stufe der „Globalisierung“ ein, mit der wir es derzeit zu tun haben. Sie erhielt um 1990 einen weiteren kräftigen Schub. Schon länger ablaufende Prozesse, namentlich die Ausweitung und Verdichtung der internationalen Handelsbeziehungen, setzten sich fort und beschleunigten sich. Der Welthandel nahm in den 1990er-Jahren doppelt so stark zu wie die Weltproduktion. Noch erheblich schneller wuchs die Summe der Direktinvestitionen im jeweiligen Ausland. Multinationale Konzerne, die es schon seit dem späten 19. Jahrhundert gab, entwickelten sich zu gewaltigen transnationalen Einheiten, die mit ihren Strategien zunehmend die Formen des internationalen Handels und der Investitionen bestimmten und die weltweit günstigsten Produktionsbedingungen nutzten. Damit forcierten sie den „Standortwettbewerb“ der politischen Einheiten mit der Tendenz, sich im Hinblick auf Steuern, Löhne bzw. Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen gegenseitig zu unterbieten.

Die neuen bzw. modernisierten Technologien im Kommunikations-, Informations- und Transportwesen, namentlich das Internet und die Satellitenkommunikation, waren und sind entscheidende Voraussetzungen für die Beschleunigung des Globalisierungsprozesses. Das gilt im besonderen Maß für die Finanzmärkte: für den Handel mit Wertpapieren, für Geld- und Devisengeschäfte sowie für Kredite, bei denen inzwischen ein beinahe grenzloser und kaum regulierter Kapitalverkehr stattfindet. Durch die globale Orientierung der führenden Banken und durch prozedurale Erleichterungen im internationalen Kreditgeschäft (Vergabe und Vermittlung) können dort spekulativ astronomische Summen verdient werden. Die Akkumulation wird zunehmend von Finanzkonglomeraten (Investment- und Versicherungsfonds) betrieben, die im erbitterten Wettbewerb die kurzfristigen Profitinteressen der „Shareholder“ des Finanzkapitals – anstelle der jahrzehntelang dominierenden, längerfristiger planenden „Stakeholder“ des Industriekapitals – realisieren. Dabei löst sich das spekulative Kapital tendenziell vom realen Kapital ab. Finanzmarktkapitalismus bedeutet zudem eine schleichende Verschiebung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse sowie der politisch-gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten des großen Kapitals.

Gegenüber einer weit verbreiteten Annahme, der zufolge der Durchbruch des Neoliberalismus als total anzusehen ist – wo ein ausgeprägter Wohlfahrtsstaat bestand wie in Nordeuropa, sei von diesem nur noch eine Fassade übrig geblieben –, betont die Forschungsrichtung der „Varieties of Capitalism“⁷ die Unterschiedlichkeit der bis in die 70er- und 80er-Jahre des vorigen Jahrhunderts ausgeformten Typen, die auch unter den veränderten Bedingungen ihre Bedeutung nicht verlören. Den beiden, in sich wiederum differenzierten, historisch und sozio-kulturell verankerten Haupttypen entsprechen verschiedene Reaktionsweisen auf den Finanzmarktkapitalismus, der das tradierte Set von Institutionen und Verhaltensweisen nicht einfach zerstöre, sondern überlagere: In der „liberalen Marktwirtschaft“, in erster Linie in allen angelsächsischen Ländern, erfolgt die Hauptkoordination der wirtschaftlichen Entscheidungen in der Konkurrenz der verschiedenen Akteure rein marktförmig, und viele Unternehmen sind hauptsächlich am Kapitalmarkt orientiert. In der Regel ist das mit einer schwachen Rolle der Gewerkschaften wie auch der Unternehmerverbände verbunden. Hingegen ist die „koordinierte Marktwirtschaft“ in Nord-, dem deutschsprachigen Mittel- und dem kontinentalen Westeuropa sowie in Japan durch korporatistische Regulationsstrukturen (entweder die Kooperation von Unternehmern und Gewerkschaften allein betreffend oder zusätzlich den Staat einschließend), starke Gewerkschaften und überbetriebliche Lohnabschlüsse, meist auf Branchenebene, sowie eine Vernetzung der Unternehmen mit öffentlichen Forschungseinrichtungen gekennzeichnet. Gegenüber der Massenproduktion mit häufigen Arbeitsplatzwechseln der Beschäftigten bleibt für den zweiten Typ eine diversifizierte Qualitätsproduktion durch qualifizierte Stammebelegschaften in höherem Maß weiterhin typisch. Dementsprechend unterscheidet sich auch das Bildungswesen: Allgemeinwissen bzw. -fertigkeiten versus stärkere berufliche Fachausbildung.

Obwohl ein mehr oder weniger einschneidender Rückbau des Wohlfahrtsstaats auch in den Ländern des Kapitalismustyps der koordinierten Marktwirtschaft zu konstatieren ist, konnten doch die meisten Errungenschaften der ersten Nachkriegsjahrzehnte bisher bewahrt werden. Namentlich das (reduzierte) nordeuropäische Modell mit dem Schwergewicht auf der Steuerfinanzierung der Sozialsysteme und dem Primat der

7 Siehe Peter A. Hall/David Soskice (Hrsg.): *Varieties of Capitalism, The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford 2001; Martin Powell/Martin Hewitt: *Welfare State and Welfare Change*, Buckingham 2002; Thomas Meyer: *Theorie der Sozialen Demokratie*, Wiesbaden 2005; Ders.: *Praxis der Sozialen Demokratie*, Wiesbaden 2006.

Finanzierung gemeinschaftlicher Einrichtungen gegenüber individuellen Zahlungen konnte sich auch ökonomisch erfolgreich behaupten. Die empirische sozialwissenschaftliche Forschung hat jedenfalls die pauschale These von der alles zerstörenden Dampfwalze des globalisierten Neoliberalismus nicht bestätigt und mahnt uns, die in der Regel damit angesprochenen Vorgänge der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, der Reallohnverluste und der Erosion des Sozialstaats eher als Tendenzen zu begreifen, die im Einzelfall in recht unterschiedlichem Maß zum Tragen kommen können.

Auflösung der Arbeiterklasse?

Die innere Heterogenität der Kategorie der Lohnabhängigen ist keine neue Erscheinung. Vielmehr lässt sich ein ständiger Wechsel von Abbau und Aufbau neuer Binnendifferenzierungen beobachten: zwischen den Geschlechtern, den Qualifikationsstufen und den Branchen. Allerdings überwogen in den Jahrzehnten vor und um 1900 in den hoch entwickelten Ländern die Vereinheitlichungstendenzen, auch bei Berücksichtigung der gesamten Lebenswelt der Betroffenen: der Wohnsituation, damit auch des spezifischen proletarischen Milieus, und der Ausbreitung der Arbeiterbewegung in allen ihren Erscheinungsformen. Auch wenn niemals und nirgendwo, auch nicht annähernd, die Mehrheit der Arbeiter fest eingebunden war, ergab sich in einigen Ländern Europas (namentlich in Deutschland durch die politische Ausgrenzung bis 1914/18) eine Art „wirtschaftliche, soziale und politische Dreifaltigkeit von Arbeiterklasse, Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur“.⁸ Schon in der Zwischenkriegszeit begann sich diese mehr oder weniger enge Verbindung aufzulösen: Politische bzw. sozialpolitische Integrationsbestrebungen, auch auf kommunaler Ebene, wurden von einer beginnenden Desintegration des proletarischen Milieus begleitet. Doch erst nach dem Zweiten Weltkrieg, mit dem westeuropäischen Wirtschafts- und Konsumwunder, konnten diese Ansätze voll wirksam werden, wiederum (wegen der mit Krieg und Nachkrieg besonders schweren sozialen Verwerfungen) am deutlichsten in Deutschland (West), wo man seit den späten 1950er-Jahren vom Ende der proletarischen Notkultur sprechen kann.

Die Anhebung des Lebensstandards der Handarbeiterschaft bedeutete noch nicht die Abstreifung aller mit körperlicher Leistung, Geschicklich-

⁸ Klaus Tenfelde: Ende der Arbeiterkultur: Das Echo auf eine These, in: Wolfgang Kaschuba u.a. (Hrsg.): Arbeiterkultur seit 1945 – Ende oder Veränderung?, Tübingen 1991, S.28.

keit und produktiver Tätigkeit verbundenen spezifischen Identitätsmerkmale. Doch dominierte die Tendenz zur Herausbildung einer breiten, relativ nivellierten „Arbeitnehmer“-Klasse, also zu einer beidseitigen Annäherung des Rechts- und Sozialstatus von, zumal qualifizierten, Arbeitern einerseits, den einfachen Angestellten und sogar der Mehrzahl der Beamten andererseits, und zwar eher zum Angestelltenstatus hin. Im Hinblick auf die Wohnstandards, die familiäre Struktur und das Konsumverhalten vollzog sich zwischen den 1960er- und den 1980er-Jahren eine weitgehende Angleichung der Masse der Arbeitnehmer, begleitet von der Zunahme übergreifender Kommunikation. Die quantitative Reduzierung der Arbeit im Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensrhythmus bestärkte die in der expandierenden Freizeitkultur angelegte Tendenz zu einer auch qualitativen Zurückstufung der Arbeit und des Arbeitslebens für das Selbstverständnis und das Selbstwertgefühl des Einzelnen, für den die Eigenschaft des Konsumenten zunehmend neben, wenn nicht vor die des Produzenten trat.

Global gesehen, ist die Arbeiterklasse „an sich“ im weiteren wie im engeren (industrie-proletarischen) Sinn in den vergangenen Jahrzehnten weiter gewachsen und tut dieses fortwährend, sowohl absolut als auch relativ: Die Zahl der abhängig Arbeitenden hat sich seit 1970 weltweit ungefähr verdoppelt; sie umfasst heute etwa die Hälfte der erwerbsfähigen Weltbevölkerung. In den hoch entwickelten Ländern sind inzwischen mehr als 90 Prozent der Erwerbstätigen abhängig beschäftigt, während der Anteil der Industriearbeiter auf nicht viel mehr als ein Viertel gesunken ist. Neben dem umgekehrt proportionalen Wachstum des kommerzialisierten Dienstleistungssektors (der privaten wie der öffentlichen Dienste) auf über zwei Drittel ist ferner, damit verbunden, eine Erhöhung der weiblichen Beschäftigungsquote auf inzwischen deutlich über 40 Prozent im europäischen Durchschnitt feststellbar. Generell haben Tätigkeiten stark zugenommen, die sich mit Verwaltung, Kauf und Verkauf, Marketing, Medien, Consulting und Supervision beschäftigen.

Tertiarisierung muss keine höhere Qualifikations- und Stausebene enthalten und tut das de facto in der Mehrzahl der Fälle auch nicht. Die Zahl der niedrig entlohnten Dienstleister (von Wachdiensten über Pflegeberufe und Reinigungskräfte bis zu Sekretariatsbeschäftigten) wächst schneller als die der gut bezahlten Angestellten mit disponierender Tätigkeit.

Auch die Industriearbeit ist von der Polarisierung innerhalb der Großgruppe der abhängig Beschäftigten betroffen. Weitgehend haben die Unternehmen die arbeitsintensiven Produktionsstufen in die südliche Hemisphäre verlagert. In der Mikroelektronik, die in den letzten Jahrzehnten

durch die Computerisierung zu einer Art Leitindustrie geworden ist, verbleiben bei den Hochlohnländern im Wesentlichen die Forschung, Entwicklung und Management betreffenden Arbeitsplätze. Die Belegschaften anderer Industrien setzen sich noch stärker aus traditionellen Facharbeitern und Angelernten zusammen, doch generell ändert sich die Arbeit durch die Einführung neuer Technologien. Die geringere Zahl der Beschäftigten ist mehr mit der Entwicklung, Einrichtung und Überwachung automatisierter Anlagen beschäftigt, wobei keineswegs alle diese neuen Tätigkeiten kreativ und hoch bezahlt sind. Die systembedingt flacheren Unternehmenshierarchien und das größere Maß an Selbstverantwortung bedeutet für die betreffenden Arbeitnehmer durchaus eine Verbesserung, auch wenn die Internalisierung des Kapitalverwertungsinteresses Elemente von Selbstausbeutung einschließt.

In fast allen europäischen Ländern ging diese letzte, große und anhaltende Veränderung der Arbeitswelt einher mit einem deutlichen Ansteigen der Arbeitslosigkeit seit den 1970er-Jahren, die vielerorts besonders Frauen und Jugendliche erfasst. Dazu kommt die Zunahme zeitlich befristeter bzw. ungesicherter Arbeitsverhältnisse (einschließlich kleinst- und schein-selbstständiger Existenzen), in unterschiedlichem Maß begünstigt durch die Deregulierung des Arbeitsmarkts.

Der Trend zu einer gewissen Verringerung der Vermögens- und Einkommensunterschiede im 20. Jahrhundert (nördliche Halbkugel) hat sich inzwischen umgekehrt, und die (bereinigten) Lohnquoten sind kleiner geworden. Neue Formen von Armut bei längerfristig Arbeitslosen, Alleinerziehenden und Immigranten bis hin zu Drogenabhängigen und Kleinkriminellen haben sich mehr als marginal etabliert. Weit überproportional haben Migranten und ihre Familien, samt Flüchtlingen, die seit 1990 zunehmend auch in das östliche Mitteleuropa und in die südeuropäische Peripherie einwandern, industrieproletarische Arbeitsverhältnisse, soweit es sie im alten Sinn noch gibt, inne. Das betrifft ebenso die unteren Dienstleistungen und die Erwerbslosigkeit. In gewisser Weise hat eine ethnische Unterschichtung der europäischen Arbeiterschaft stattgefunden.

Eine oftmals unterschätzte Komponente des sozialen Wandels ist andererseits die seit der Mitte des 20. Jahrhunderts anhaltende Bildungsexpansion, ausgehend von einer Situation, bei der die überwältigende Mehrheit in den höchstentwickelten Ländern nicht mehr als eine Elementarschulbildung besaß und in der europäischen Peripherie noch ein zahlenmäßig relevanter Analphabetismus existierte. Gegen Ende des Jahrhunderts besuchten im Norden des Globus fast alle Menschen irgendeine Art von

weiterführender Schule und in Europa über zwei Fünftel der 20- bis 24-Jährigen eine Hochschule. 1950 waren es dort lediglich vier Prozent gewesen. (Im Süden, in den ärmeren Ländern, ist der Analphabetismus nicht überwunden, allerdings deutlich reduziert, und immerhin rund die Hälfte der entsprechenden Jahrgänge besucht eine weiterführende Schule.) Diese den veränderten Anforderungen des Arbeitsmarkts sowie veränderten gesellschaftlichen Zielvorstellungen geschuldete quantitative und soziale Ausdehnung der Schul- und Hochschulbildung bedeutet, namentlich in Deutschland, bekanntlich nicht, dass der Zusammenhang von Herkunft und Bildungs-, damit auch Berufschancen aufgehoben worden wäre. Die Karrieremobilität zwischen verschiedenen Segmenten der sozialen Hierarchie nimmt (nicht nur dort) eher ab, während die Karrieremobilität zwischen Berufsfeldern und Arbeitsbereichen gestiegen ist.

Aus alledem ergibt sich, dass auf nationaler wie auf globaler Ebene soziale Ungleichheit nicht nur weiter besteht, sondern größer wird. Auch wenn die Gesellschaftsstruktur, und namentlich die innere Struktur der Arbeitnehmerschaft, in der nördlichen Hemisphäre komplizierter, die Industriearbeiterschaft minoritär geworden ist und weiter schrumpft, bestimmt die Stellung im Produktions- bzw. Arbeitsprozess nach wie vor über den sozialen Ort des Einzelnen und gegebenenfalls seiner nicht berufstätigen Angehörigen. Die heute stark betonten, individualisierten Lebensstile und (neuen) Milieus können sich nicht vollständig von den objektiven Existenzbedingungen abkoppeln. Sie bleiben, neben anderen Gesichtspunkten wie dem Alter, von Vermögen, Einkommen und Bildung abhängig. Die alten, industriegesellschaftlichen Milieus lösen sich offenbar nicht einfach auf, sondern finden ihre Fortsetzung in neuen, der Dienstleistungsgesellschaft entsprechenden, „moderneren“.

Zugenommen haben zweifellos widersprüchliche Klassenlagen, etwa wenn ein nichtprivilegiertes Arbeitnehmer in erheblichem Umfang über Wohnungseigentum oder Aktien verfügt oder wenn die Stellung einer Person im Arbeitsprozess selbst ambivalent ist, sie zwar formell lohnabhängig ist, aber sich durch die Einkommenshöhe und den Platz in der betrieblichen Hierarchie in einer mittleren Lage zwischen Kapital und Arbeit befindet. Zudem werden seit Pierre Bourdieu auch kulturelle und soziale Merkmale außerhalb des sozioökonomischen Hauptmerkmals stärker betrachtet, um die jeweilige Klassenlage zu bestimmen. Bourdieus (ursprünglich Max Webers) Begriff des „Habitus“ bezieht sich auf soziale Bedeutungen, die sich in je spezifischen Geschmacks- und Bewertungsschemata ausdrücken und gewissermaßen zwischen dem Lebensstil und

der Klassenzugehörigkeit die Verbindung herstellen.⁹ Dabei scheint es so, als wäre in den unteren sozialen Segmenten der Habitus stärker auf praktischen Nutzen als auf äußeren Schein gerichtet.

Die internationale Arbeiterbewegung: von Nord nach Süd

Die Lohnarbeiterklasse mit dem Industrieproletariat als Kern war von Anfang an in hohem Maß Ergebnis auch der globalen kapitalistischen Entwicklung. Das Phänomen etwa der „Ruhrpolen“, die seit den 1880er-Jahren aus dem preußischen Osten in das neue schwerindustrielle Zentrum Westdeutschlands wanderten – Entsprechungen gab es in anderen Ländern –, wurde in den Schatten gestellt von Gruppen wie den chinesischen Vertragsarbeitern, die in den Zinnminen des britischen Malaya, dirigiert von europäischen Ingenieuren und Managern, für den Export förderten, und von der ethnisch gemischten, aus den immer neuen Wellen der Zuwanderung aus Europa rekrutierten Industriegesellschaft der USA. Auch wenn die Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung lange vor allem von Handwerksgesellen und traditionellen Facharbeitern getragen wurden und naturgemäß im nationalstaatlichen Rahmen agierten, verstanden diese schon früh die globale Dimension ihrer Existenz und formulierten eine internationale Zielsetzung (international, nicht anti- oder anational!). Man kann die Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung auch als Geschichte ihrer internationalen Zusammenschlüsse schreiben: der Internationalen Arbeiter-Assoziation von 1864, der Sozialistischen Arbeiterinternationale von 1889, erneuert 1919/23 und – unter dem Namen Sozialistische Internationale – dann wieder 1951, sowie der Kommunistischen Internationale (1919-1943) und des Kommunistischen Informationsbüros (1947-1956), dazu kommen als die entsprechenden übernationalen gewerkschaftlichen Dachverbände der Internationale Gewerkschaftsbund (1901-1945) und die Rote Gewerkschaftsinternationale (1921-1937), nach 1945 der Weltgewerkschaftsbund (ab 1945) und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (1949-2006), jetzt vereinigt mit dem Weltverband der Arbeitnehmer, davor Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften (1920-2006) sowie, weniger bedeutend, eine Reihe von syndikalistischen, anarchistischen, trotzkistischen usw. Gruppierungen.

Bis zum Ersten Weltkrieg war die parteipolitisch-sozialistische Arbeiterbewegung weitgehend (unter Einschluss der britischen „weißen“ Kolo-

9 Siehe Pierre Bourdieu: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S.183-198.

nien) eine europäische bzw. die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung eine weitgehend europäisch-nordamerikanische Angelegenheit. Der Krieg befeuerte dann auch die nationalen Emanzipationsbestrebungen und sozialen Proteste in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, sodass der große internationale Aufschwung der (reformerischen wie radikalen) Arbeiterbewegung und der Arbeiterkämpfe von 1917 bis 1920 nicht auf die nördliche Hemisphäre beschränkt blieb. Noch stärker wirkte diesbezüglich der Zweite Weltkrieg beschleunigend und antreibend auf die Arbeiterbewegung wie generell auf die Nationalbewegungen des Südens. Der Ausgang des Krieges, die Besiegung der extremen Welt-Konterrevolution des Faschismus, löste, wie schon 1919/20 und diesmal mit weitaus größerer Beteiligung der Kolonien bzw. der südlichen Länder, in den Jahren 1946 und 1947 eine Riesenwelle von Arbeiterkämpfen aus. Schon während des Krieges war offensichtlich, dass die sozialen und nationalrevolutionären Konflikte des Südens nicht in der Bündnislogik der „Anti-Hitler-Koalition“ aufgingen.

In etwas anderer Weise gilt das auch für die hoch entwickelten Länder, einschließlich der westlichen Siegermächte, die von der antifaschistischen radikal-demokratischen und antimonopolkapitalistischen Massenstimmung nach 1944/45 mit ergriffen wurden. Das Symbol dieses Umschwungs war der Wahlsieg der britischen Labour-Party – gegen den Triumphtor Churchill – im Juli 1945. In den USA, wo sozialistische Positionen auch jetzt marginal blieben, trat eine breite Volksbewegung für die schnellstmögliche Rückführung der amerikanischen Truppen („Bring Our Boys Home Now!“) in Erscheinung. Für Westeuropa ist anzumerken, dass in den integrativ angelegten gesellschaftsreformerischen Umbaukonzepten der Sozialdemokraten wie der Kommunisten einschließlich der jeweils verbündeten Gewerkschaften für spontanen Protest und Arbeiterkämpfe des klassischen Typs eigentlich wenig Platz war. Das änderte sich namentlich seitens der Kommunisten mit dem Bruch des alliierten Kriegsbündnisses und in dessen Gefolge der Auflösung der umfassenden innerstaatlichen Wiederaufbau-Koalitionen seit Herbst 1947.

Angesichts der eindeutigen geografischen Schwerpunktbildung der Arbeiterbewegung im 19. und im größten Teil des 20. Jahrhunderts (und der sie untersuchenden Wissenschaftler) kann es nicht verwundern, dass die entsprechende Historiografie eine eurozentrische Perspektive entwickelt hat (den Autor dieses Beitrags eingeschlossen) und ihr bis heute überwiegend folgt, meist verbunden mit einem entsprechenden methodologischen Zugang. Deshalb verdienen zwei Forscher besondere Hervorhebung, die während der vergangenen ein bis zwei Jahrzehnte bemüht waren, eine

wirklich globale Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte zu rekonstruieren, seit etwa den mittleren 90er-Jahren forciert durch die Formierung von Netzwerken der in den Ländern des Südens tätigen Historiker und Sozialwissenschaftler: Marcel van der Linden und Beverly J. Silvers.

Der Grundgedanke ist unmittelbar plausibel: Spätestens seit der Globalisierungswelle der Jahrzehnte vor 1914 kann die Geschichte der Arbeiter, in deren Produktionszyklen die Arbeiterklasse (und die Arbeiterbewegung) fortwährend neu erzeugt und erneuert worden ist, nur noch als ein globaler Vorgang verstanden werden. Für Marcel van der Linden, den langjährigen Forschungsdirektor des Amsterdamer Instituts für Sozialgeschichte, der diesen Ansatz dezidiert auch auf frühere Epochen angewandt haben möchte, bedeutet das erstens, stets eine konsequent nicht nur transnationale, sondern auch transkontinentale Perspektive einzunehmen, jedes noch so kleine Ereignis in seinen internationalen Zusammenhang zu stellen.

Zweitens hebt van der Linden auf einen erweiterten Begriff der abhängigen Arbeit ab. Die Reinform der freien Lohnarbeit wird nur als eine Variante der Aneignung des Mehrwerts im Kapitalismus begriffen und würde in der südlichen Hemisphäre bis heute von Formen unfreier bzw. halbfreier sowie formell selbstständiger Arbeit und zahlreichen Mischformen ergänzt. Auch die in den Ländern des Südens umfangreiche subproletarische Schicht, das „Lumpenproletariat“, gehört dann zum Untersuchungsgegenstand der Geschichte der „Klasse subalternen Arbeiter“. Ohne eine dermaßen erweiterte Kategorie abhängiger Arbeit bleibe die große Masse des Weltproletariats außer Betracht, von dem auch heute nur einige Prozente in den im Internationalen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Verbänden und Zentralorganisationen organisiert sind.¹⁰

Während van der Linden eine facettenreiche Problematisierung anbietet, enthalten die Arbeiten der amerikanischen Soziologin Beverly Silver aus dem Kreis der „World Labor Group“ eine eigene Theorie, die, anknüpfend an frühere Studien der Autorin, in der 2003 bzw. 2005 veröffentlichten Monografie „Forces of Labor“ dargelegt wird.¹¹ Die empirische Grundlage liefert eine Datenbank, in der sämtliche Arbeiterunruhen (Streiks, Boykotte, Demonstrationen, Aufstände usw.) von 1870 bis 1996 nach einheitlichen Kriterien gemäß der Berichterstattung in der Londoner

10 Siehe Marcel van der Linden: *Workers of the World. Essays toward a Global Labor History*, Leiden-Boston 2008; Ders.: *Transnational Labour History. Explorations*, Aldershot 2003.

11 Siehe Beverly J. Silver: *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin-Hamburg 2005.

„Times“ und der „New York Times“ enthalten sind. Auch wenn gegen die Materialbasis Einwände bezüglich der Vollständigkeit naheliegen, scheinen die daraus gewonnenen Erkenntnisse, was die quantitative, lokale und sektorale Zuordnung betrifft, in den Grundzügen verlässlich zu sein.

Beverly Silvers Deutung stimmt insofern mit dem theoretischen Ansatz des „Operaismus“ italienischen Ursprungs der 1960er-Jahre überein, als sie statt der Eigengesetzlichkeit der Kapitalakkumulation die Widersprüchlichkeit der Gesellschaft im Sinne einer ständigen klassenkämpferischen Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital als Triebkraft der Kapitalbewegung selbst (mit den entsprechenden Umwälzungen in der Produktion im Gefolge) betont. Die Beziehung der beiden Antagonisten folge einer bestimmten Logik. Abhängig von unterschiedlichen Faktoren wie dem Produktionszyklus und dem internationalen Staatensystem und angetrieben vom stets wiederkehrenden Arbeiterwiderstand suchte die Kapitaleseite die Profitmaximierung und -optimierung durch bestimmte „fixes“ zu sichern: geografisch in Regionen mit billigerer Arbeitskraft und fügsameren Arbeitern, technologisch bzw. organisatorisch durch die Veränderungen der Arbeitsprozesse, produktbezogen durch die Verlagerung der Investitionen in andere Branchen bzw. Produktlinien, finanziell durch die Verlagerung des Kapitals aus Produktion und Handel in den Geldverleih und in die Spekulation.

Nachweislich entfalteten sich die internationalen Streikwellen hauptsächlich an den Wendepunkten der großen Konjunkturzyklen (Kondratieff-Zyklen) in den 1870er-Jahren, im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts und 1968 bis 1974 bzw. – auf dem Weg nach oben – in den früheren 1890er-, den späten 1930er- und frühen 1940er-Jahren sowie in den Jahren 1946/47. Vor allem in diesen Phasen kollidierte das Bestreben der Unternehmer, dem sich abzeichnenden Sinken der Profite entgegenzuwirken bzw. schnell wieder zu einer günstigeren Profitsituation zu kommen, mit dem Widerstand der Arbeiter bzw. den verbesserten Kampfbedingungen für sie. Eine weitere wichtige Unterscheidung wird zwischen der Organisationsmacht und der strukturellen Macht der Arbeiter getroffen, wobei von der Marktmacht die Produktionsmacht, der spezifische Ort im Produktionsprozess und die sich daraus ergebenden Eingriffsmöglichkeiten, abgehoben werden.

Neben den Textilarbeitern im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert nimmt Beverly Silver schwerpunktartig die Automobilarbeiter in den Blick, die Arbeiter der „Industrie der Industrien“ während mindestens eines halben Jahrhunderts. Sie kann zeigen, wie die geografisch wechseln-

de Neuansiedlung jeweils sehr ähnliche Aktionen der Beschäftigten, meist angelernten in- oder ausländischen Migranten der zweiten Generation, hervorbrachte, beginnend in den USA während der Zwischenkriegszeit und der 1940er-Jahre, fortschreitend über Europa während der 1950er- bis 1970er-Jahre (zuerst Nordwest-, dann Süd- und Südwesteuropa), schließlich die Schwellenländer der südlichen Hemisphäre (1970er- bis 1990er-Jahre) erreichend. Charakteristisch waren punktuelle, rollierende und plötzlich einsetzende Spontanstreiks, die oft erst nachträglich in der Stärkung, Neugründung oder Erneuerung der Gewerkschaft resultierten und aufgrund der Produktionsmacht der Arbeiter in den mechanisierten Mammutbetrieben der Automobilindustrie insgesamt sehr erfolgreich verliefen. Wo das Kapital abwanderte, wurde die Arbeiterbewegung, teilweise dramatisch, geschwächt, aber an den jeweils neuen Standorten bildeten sich wiederum kämpferische Belegschaften an strategischen Plätzen. „Wohin das Kapital auch geht, die Konflikte gehen mit.“¹²

Als Gesamtanalyse eines globalgeschichtlichen Vorgangs vermag das zu überzeugen, aber – wie die Autorin selbst unterstreicht – die südeuropäischen Automobilarbeiter haben einen deutlich höheren Grad an Militanz gezeigt als die nordwesteuropäischen. Ihre Kämpfe waren explosiver und hatten eine größere gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Legendär geworden ist der italienische Heiße Herbst des Jahres 1969, als die FIAT-Arbeiter – neben ganz erheblichen Lohnerhöhungen – auf Betriebs- und Abteilungsebene zeitweise auch eine Art Produktionskontrolle durchsetzen konnten. Da diese Rechte nicht gesetzlich abgesichert waren, konnten sie bei Änderung der Kräfteverhältnisse problemlos wieder kassiert werden. Als problematisch hatte sich auf dem Höhepunkt der Streikwelle in Italien die Vielzahl von arbeiterbewegungsinternen, auch immer betrieblichen Konflikten zwischen Qualifizierten und An- bzw. Ungelernten, unterschiedlichen Generationen sowie (weltanschaulich-politisch ohnehin gespaltenen) Gewerkschaften und den linksradikalen Gruppen (mit zeitweise beträchtlichem Einfluss) herausgestellt, wie man sie auch andernorts beobachten konnte. In Deutschland waren die „wilden“ Streiks im Jahr 1973 unter maßgeblicher Beteiligung der Automobilindustrie insbesondere in den letzten Tagen von teilweise körperlichen Auseinandersetzungen zwischen (ausländischen, meist türkischen) An- und Ungelernten einerseits, deutschen Facharbeitern und Betriebsräten andererseits begleitet (anders als 1969, als die Arbeitsniederlegungen in großer Einmütigkeit vor sich gegangen waren).

12 Ebenda, S.64.

Inzwischen hat sich das Epizentrum der Arbeiterkämpfe längst in die südliche Hemisphäre verschoben. Die Hauptzentren lagen während der vergangenen dreieinhalb Jahrzehnte dort, wo bereits ein größeres Industrieproletariat konzentriert war. In Südafrika existierte, neben einer rassenübergreifenden, inklusiven Arbeiterbewegung, aufgrund der Eigenart der südafrikanischen Gesellschaft schon seit dem frühen 20. Jahrhundert eine rein weiße Arbeiterbewegung, die bisweilen mit äußerst militanten Mitteln für die berufliche Rassentrennung eintrat. Die die gehobenen Segmente der Handarbeiterschaft lange monopolisierenden weißen Gewerkschaften gehörten viele Jahrzehnte zu den Unterstützern einer unnachgiebigen Politik gegenüber Schwarzen. Im betrieblichen Arbeitsrecht erwiesen sich die rassenspezifischen Regelungen aber zunehmend als dysfunktional und wurden sukzessive beseitigt, als in den 1980er-Jahren die neoliberale Umstrukturierung der südafrikanischen Wirtschaft mit vorsichtigen Öffnungsversuchen des Apartheid-Regimes kombiniert wurde. Inzwischen hatte sich eine ganz überwiegend schwarze Arbeiterbewegung neu konstituiert, getragen von einer neuen Generation, die im Schülerstreik von Soweto und den Generalstreiks 1976/77 in die Arena getreten war. Die anfangs illegalen, doch bei Lohnkämpfen oft erfolgreichen schwarzen Gewerkschaften mussten nach einer mächtigen Streikwelle 1979 staatlich anerkannt werden. 1985 schlossen sich mehrere Bünde und Einzelgewerkschaften zum Südafrikanischen Gewerkschaftskongress COSATU zusammen, der, verbunden mit dem ANC, zur führenden Kraft in der Befreiungsbewegung der Schwarzen wurde. Noch unter dem alten Regime konnten Konsultationsrechte unabhängiger betrieblicher Vertrauensleute bei wichtigen Vorstandsentscheidungen durchgesetzt werden. Im Zuge der inneren Differenzierung des ANC nach der Beseitigung der Apartheid und in Reaktion auf die kaum verhüllt neoliberale Wirtschaftspolitik von deren Führung bildet COSATU den kapitalismuskritischen Pol.

Die kapitalistische Entwicklung des seit bald 200 Jahren formal selbstständigen, aber darüber hinaus von den kolonialen Strukturen geprägten Lateinamerika hat ihren abhängigen Charakter bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts und überwiegend bis heute nicht abstreifen können. Die spezifische Sozialstruktur und politische Kultur verliehen auch dem Verfassungsstaat sein fragiles und teilweise fiktives Antlitz, was sich erst in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten unter dem Einfluss der Arbeiter- und Volksbewegungen zu ändern scheint. Wirkliche Massenbewegungen von Minen- und Industriearbeitern verdankten ihre Entstehung in mehreren Fällen den populistischen Projekten volkstümlicher Caudillos,

die sich nicht zuletzt auf die Arbeiterschaft stützten und teilweise erst die Voraussetzungen für deren legale Organisierung schufen. Das bekannteste und am nachhaltigsten wirkende Beispiel ist der Peronismus in Argentinien. Mit großen Unterschieden zwischen den Ländern blieb die Industrialisierung Lateinamerikas bis in die 1970er-Jahre sektoral beschränkt, wobei neben dem Textilgewerbe hauptsächlich Bergbau und Energie in Betracht kamen.

Ungefähr gleichzeitig mit dem der südafrikanischen Arbeiter ist der Aufbruch der brasilianischen Arbeiterschaft mit dem Kern der Metall- und Automobilarbeiter in der Großregion um São Paulo anzusetzen, wo während des „Wirtschaftswunders“ der Jahre um und nach 1970 unter dem Militärregime (1964-1985) aus inländischen Migranten neue proletarische Schichten rekrutiert worden waren (Verdoppelung der Beschäftigungszahlen in der verarbeitenden Industrie Brasiliens während der 1970er-Jahre). Die massiven Streiks der Jahre 1978-1980, die von einer in den Betrieben entstandenen breiten Vorhut angeführt wurden, hatten nicht nur die Anerkennung unabhängiger Gewerkschaften und beträchtliche Lohnerhöhungen zur Folge. Sie wurden auch massiv von großen Teilen der nicht beteiligten Bevölkerung unterstützt, die des herrschenden Autoritarismus zunehmend überdrüssig war. Das zu diesem gehörige eigene, korporativ ausgerichtete Gewerkschaftssystem wurde nun gesprengt. 1983, drei Jahre nach der Gründung der Arbeiterpartei PT, wurde der neue Gewerkschaftsbund CUT als eine dezidiert antikapitalistische und basisdemokratisch ausgerichtete Formation gebildet. Die mit CUT verbündete PT verstand sich nicht allein als Wahlverein, sondern sah auch Streikunterstützung sowie Organisierung sozialer Proteste als ihre Aufgabe an und fungierte auch so. Nachdem die Streikwelle des Jahres 1987 mit neun Millionen Beteiligten materiell sehr erfolgreich verlaufen war, verpasste der spätere Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (2003-2011) schon 1989 nur knapp den Sieg.

CUT und PT behaupteten sich im Übergang zum Neoliberalismus Anfang der 90er-Jahre relativ gut, doch mäßigte der Gewerkschaftsbund seinen – jetzt stärker kooperativen – Kurs, auch im Hinblick auf eine rechts von ihm angesiedelte gewerkschaftliche Konkurrenzgründung, bewahrte allerdings seine Mobilisierungsfähigkeit. Die Arbeiterpartei, die ihre proletarische Basis von Anbeginn um linke Katholiken, revolutionär-marxistische Gruppen, agrarische und intellektuell-mittelständische Bewegungen erweitert hatte, machte auf der Ebene der kommunalen Selbstverwaltung, dort, wo sie Verantwortung trug, ernst mit ihren radikalen Vorstellungen von Demokratie. Sie bezog die Bevölkerung so weit wie

möglich in Entscheidungsprozesse, etwa hinsichtlich der Budget-Verteilung, ein und unterstützte organisatorisch wie propagandistisch die in den 90er-Jahren expandierende Landlosen-Bewegung. Obwohl der neoliberale Kurswechsel um 1990 unter der Präsidentschaft von Lula nicht einfach zurückgenommen wurde, obwohl die Zahl der Beschäftigten der Autoindustrie, der Massenavantgarde der späten 1970er- und 1980er-Jahre, durch Entlassungen halbiert wurde und Belegschaftsteile in andere Bereiche verlagert wurden, konnte die PT als Partei ihren sozialemanzipatorischen Charakter sowie die Verbindung zu den Massen bewahren. Es gelang in der vergangenen Periode immerhin, die in Brasilien selbst für lateinamerikanische Verhältnisse extreme soziale Ungleichheit deutlich zu reduzieren.

Auch Südkorea gehört in diese Reihe. Auch dort war der Aufschwung der Arbeiterkämpfe, insbesondere der Automobilarbeiter, um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen während der 80er- und 90er-Jahre, der 1987 den Aufbau neuer demokratischer Gewerkschaften nach sich zog, eng mit dem Ringen um die Demokratisierung des Landes während der Endphase der Militärdiktatur (1961-1987) und unter den neuen nachdiktatorischen Verhältnissen verknüpft. Dies erfolgte teils direkt durch den die alte Ordnung destabilisierenden Effekt, teils indirekt, so um die Jahreswende 1996/97, als ein zwanzigtägiger Generalstreik einen Gesetzentwurf zu Fall brachte, mit dem Arbeiterrechte und allgemein demokratische Rechte eingeschränkt werden sollten. Doch wiesen die in zwei Bündeln konkurrierend organisierten Gewerkschaften immer noch einen niedrigen Organisationsgrad auf; sie haben bis heute Schwierigkeiten, sich politisch zu artikulieren.

In China blieben die Arbeiterunruhen bislang im Umfang relativ bescheiden und lokal zersplittert. In besonderem Maß erschwert wird die eigenständige Organisation durch das politische System; es ist aber nicht anzunehmen, dass dieser Zustand noch Jahrzehnte anhalten wird. Die Tradition der in Verbindung mit der nationalen Revolution der 1920er-Jahre besonders frühen und starken Arbeiterbewegung eines gesamtgesellschaftlich sehr kleinen Industrieproletariats war im Weißen Terror Chiang Kai-Sheks schon Ende der 1920er-Jahre gekappt worden, wodurch die Arbeiterbewegung Chinas zu einem Anhängsel von Maos Bauernkrieg geworden war.

In Russland gibt es aktuell Beispiele für lokale bzw. betriebliche unabhängige Arbeiterorganisationen, von ihnen organisierte Streiks und Protestaktionen. Doch fielen die größeren Streiks, die der Bergarbeiter von 1989 und 1991, in die Übergangsphase vom alten zum neuen Regime und haben keine Anknüpfung gefunden. Offenbar wirkt die übernommene Ge-

werkschaftsstruktur lähmend, die mit dem Einschluss sogar der höchsten Manager in die Mitgliedschaft *de facto* deren innerorganisatorisches Übergewicht besiegelt. In der Praxis sind die Gewerkschaften, auf dem Papier durchaus nicht ohne Einfluss, den Betriebsleitungen und der Staatsmacht untergeordnet. Dazu kommt eine offenbar tiefe Demoralisierung der russischen Arbeiterklasse, die sich in einem eklatanten Mangel an Solidarität zeigt, selbst innerhalb desselben Unternehmens. In der späten Sowjetzeit waren die Äußerungsformen der russischen Arbeiter eher Alkoholismus, Bummelei und Pfusch als kollektive Aktionen gewesen. Die Ansätze, die sich in der Übergangsphase hier und dort entwickelten, kamen in der sozialen Katastrophe der Jel'zin-Ära zum Stillstand.

In Indien, dem – hinter China – sich erhebenden Riesen, bietet mit dem wirtschaftlichen Fortschritt auch die Klassenkampf-Situation ein widersprüchliches, diffuses und lokal sehr unterschiedliches Bild. Auch Indien kennt eine lange, dort nicht abgebrochene, Tradition einer städtischen Arbeiterbewegung. Sie reicht auch dort bis in die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg zurück, als die Nationalbewegung in Gestalt der Kongresspartei begann, ihre großbürgerliche Begrenztheit abzustreifen und sich den Volksmassen zu öffnen. (Entsprechendes geschah seit den 1940er-Jahren in Afrika seitens der dortigen nationalen Befreiungsbewegungen.) Es fehlte den Arbeitern Indiens nicht an Kampfbereitschaft. Der Streik von 240.000 Textilarbeitern in Bombay 1982/83 gehörte mit 18 Monaten zu den längsten Arbeitskämpfen, die jemals ausgefochten worden sind. Vielmehr mangelt es in Indien nach wie vor an einer Nationsbildung im moderneren Sinn, der Gesellschaft und damit der Arbeiterklasse des Subkontinents an sozialer Vereinheitlichung.

Was in Indien wegen der Kasten-Problematik und des Ausmaßes der ethnischen Vielfalt besonders zugespitzt erscheint – entsprechend fragmentiert ist die gewerkschaftliche Landschaft –, findet sich indessen in den meisten Ländern des Südens: Das abgesicherte Normalarbeitsverhältnis, zumal im gelernten Beruf, gilt nur für eine kleine Minderheit der abhängig beschäftigten Bevölkerung. Neben den vielen ganz oder überwiegend Arbeitslosen, die sich in den Slums der unaufhörlich wachsenden Mega-Städte zusammenballen, leben in diesen Regionen Heere von Gelegenheitsarbeitern und halbproletarischen Kümmerexistenzen in den Städten sowie – vielfach immer noch die Mehrheit – von verarmten Kleinbauern und Landlosen in den Dörfern. Auch diejenigen, die nicht mehr auf dem Lande leben, haben vielfach immer noch Verbindung zur Dorfgemeinschaft und kehren notfalls dorthin zurück, um nicht zu verhungern. In scharfem Kontrast zu den vom Weltmarkt geschaffenen hochmodernen

Inseln (die südchinesische Küste, die indische Industriemetropole Bangalore, São Paulo) hält sich ein riesiger marginaler Sektor auf Subsistenz-Niveau, bis hin zu Formen allenfalls halbfreier Arbeit und Schuldknechtschaft, der systemisch bedingt ist. Der abhängige Kapitalismus vermag die halb-, nicht- und vorkapitalistischen Produktionsweisen und Beschäftigungsformen nicht aufzusaugen; sie sind symbiotisch mit ihm verbunden als Teil des kapitalistischen Weltsystems.

Weil in der südlichen Hemisphäre die Klassen stets sehr heterogen zusammengesetzt gewesen sind, Zwischenschichten und andere soziale Kategorien eine anhaltend große Bedeutung besitzen, ist im Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung auch den agrarischen Protestbewegungen ein Augenmerk zu widmen. In Indien, wo die Agrarbewegungen in den 1970er-Jahren einen größeren Umfang annahm, formierte sich in den 1990er-Jahren im Bundesstaat Uttar Pradesh eine Bewegung speziell von Landarbeitern der untersten Kaste. Erstmals in der Geschichte wurde eine Partei der „Unberührbaren“ (in Führung, Mitgliedschaft und Wählern) Bestandteil eines bei Wahlen siegreichen Bündnisses. Auch in ganz Lateinamerika gab es in den vergangenen Jahrzehnten Massenproteste von Landarbeitern und Bauern. Brasilien kann wiederum als herausragendes Beispiel dienen. Dort konstituierte sich, parallel zum Gewerkschaftsbund CUT, die „Agrar-Bewegung der Landlosen“, deren Hauptkampfmittel Besetzungen unbebauten Landes und dessen Bewirtschaftung, teilweise in Genossenschaftsform, waren und sind. Die brasilianische Landbevölkerung ist, was auch für vergleichbare Phänomene in Lateinamerika gilt, keinesfalls von dem städtischen Geschehen und der nationalen Politik isoliert. Vielmehr erfährt sie direkte und indirekte Unterstützung seitens der Gewerkschaften, der Arbeiterpartei und deren staatlicher bzw. kommunaler Amtsträger.

Was bleibt von der Arbeiterbewegung in den Metropolen?

In den hoch entwickelten Ländern war gegen Ende der 1970er-Jahre ein Rückgang der Streikaktivität zu verzeichnen, deutlicher noch ab den späten 1980er-Jahren. Diese Tendenz hat sich im statistischen Durchschnitt bisher nicht wesentlich umgekehrt, wenngleich Gegentendenzen spürbar waren, so in einer kleineren (internationalen) Welle in den Jahren 1994 bis 1997. Die rückläufige Entwicklung ergab sich zunächst aus den oben genannten Veränderungen der Beschäftigtenstruktur. Innerhalb der Handarbeiterschaft wurden namentlich solche Gruppen zahlenmäßig reduziert, die in früheren Zeiten eine hohe Streikbereitschaft gezeigt hatten wie

Bergarbeiter und Transportarbeiter. Ein neuerer Sammelband mit Untersuchungen über 15 Länder im Zeitraum von den 1960er-Jahren bis 2005 zeigt indessen die – auf niedrigerem Niveau – andauernde Persistenz des Streiks wie auch anderer tradierter Kampfformen.¹³ Dabei erhielten seit den 1980er-Jahren Defensiv-Kämpfe gegen drohende Werksschließungen eine wachsende Bedeutung, auch in Deutschland. Dort hatte mit dem Hungerstreik der Kumpel einer Kaligrube im thüringischen Bischofferode eine der wenigen offenen sozialen Auseinandersetzungen im Zuge der staatlichen Neuvereinigung einen solchen Konflikt zum Gegenstand.

Ein reiner Defensivkampf war auch der 1984/85 über ein Jahr militant, aber von Arthur Scargill letztlich ungeschickt und politisch instinktlos geführte Bergarbeiterstreik in Großbritannien. Wegen der umsichtigen (Hortung großer Kohlebestände) und generalstabsmäßigen Vorbereitung der Sicherheitskräfte durch die Regierung Thatcher, die die Umrüstung auf Atomenergie und die weitgehende Abwicklung des Kohlebergbaus plante, ging die Gewerkschaft in eine kaum zu gewinnende Schlacht. Von der schweren Niederlage, die auch zur Vorgeschichte von New Labour gehört, hat sich die britische Arbeiterbewegung bis heute nicht erholt.

Es gab Anzeichen für eine Wiederbelebung gewerkschaftlicher Aktionsfähigkeit in Europa. Nationale Generalstreiks gegen soziale Verschlechterungen fanden wiederholt statt, allerdings weitgehend beschränkt auf die romanischen Länder bzw. Südeuropa. Soziale Protestwellen erfassten u. a. außerdem Großbritannien (Poll Tax 1989/90) und die Niederlande sowie Belgien (2004). Eine besonders heftige Reaktion auf neoliberale Politik erschütterte im Herbst 1995 Frankreich. Sie richtete sich gegen Pläne der liberal-konservativen Regierung, durch Privatisierungen, den Umbau des Öffentlichen Dienstes, die Einschränkung der Sozialversicherung, Arbeitszeitverlängerungen und weitere Maßnahmen das Land „globalisierungstauglich“ zu machen. Die Unruhen begannen mit einem sich flächenbrandartig ausweitenden Vorlesungsboykott an den Hochschulen, der sich gegen die Schließung nicht wettbewerbsfähiger Universitäten und die schrittweise Einführung von Privatfinanzierung wandte. Der nachfolgende Generalstreik des Öffentlichen Dienstes (einschließlich eines Teils der Versorgungsbetriebe und der Eisenbahn) wurde Umfragen zufolge von der Mehrheit der Franzosen gut geheißt, doch schlossen sich die Beschäftigten der Privatwirtschaft dem Ausstand nicht an, der letztlich mit einem Teilerfolg endete.

13 Siehe Sjaak van der Velden u. a. (Hrsg.): *Strikes around the World, 1968-2005. Case-studies of 15 Countries*, Amsterdam 2007.

Das in Frankreich 1995 sichtbar gewordene Muster scheint in die Richtung zu weisen, in die sich das Schwergewicht von Arbeitskämpfen und organisierter Arbeiterbewegung derzeit verschiebt. Den von der World Labor Group gesammelten Daten zufolge überstieg im Bereich der „zusammengefassten Dienstleistungen“, also der öffentlichen und privaten, der Anteil an Streiks und anderen Protesten in den 1990er-Jahren den der anderen Kategorien.

Die in den betreffenden Berufen Beschäftigten verteilen sich nicht nur auf ein sehr breites Spektrum unselbstständiger Arbeit, sondern die einzelnen Gruppen verfügen auch über unterschiedlich starke Organisations-, Markt- und/oder Produktionsmacht. Auch bei den Kategorien einfacher Arbeiten können Beschäftigte in diesem Sinn mächtig sein bzw. Macht gewinnen, wenn sie nicht ohne Weiteres kurzfristig austauschbar sind bzw. ihre Arbeit nicht umstandslos örtlich verlagert werden kann. So bilden die nur 6.000 Angehörigen der New Yorker Müllabfuhr, die fast vollzählig der „Uniformed Sanitationworkers Association“ angehören, seit den 1930er-Jahren eine vor allem organisationsmächtige Gewerkschaft, die den „Sanitätsarbeitern“ ein ungewöhnlich hohes Lohnniveau garantiert. Diese Organisation zählt allerdings zu dem Typ berufsständisch-selbstbezogener Verbände, die keinerlei Loyalitäts- bzw. Solidaritätspflicht gegenüber anderen Arbeitnehmern kennen.

Abgesehen von den Transportarbeitern sind die privaten Dienstleistungsarbeiter bis heute in geringerem Maß gewerkschaftlich organisiert als die traditionellen Industriearbeiter. Der Öffentliche Dienst konnte, insbesondere in den hoch entwickelten Ländern, seit dem Zweiten Weltkrieg für gewerkschaftliche Organisation erschlossen werden (sofern das gesetzlich gestattet war) und zeigte sich zunehmend streikbereit. Von einem marginalen Rekrutierungsbereich der Gewerkschaften ist der Öffentliche Dienst in den vergangenen Jahrzehnten mancherorts zu einer der Hochburgen geworden. Dort, wo inzwischen privatisierte Dienstleistungen weiterhin vertraglich an die Öffentliche Hand gebunden, die betreffenden Firmen möglicherweise die einzigen Anbieter sind, ergibt sich eine erhebliche strukturelle Macht der Beschäftigten, die in Kombination mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern ausgenutzt werden kann. Neben der Tertiarisierung bedeutete auch die Feminisierung der Arbeit eine Veränderung des gewerkschaftlichen Einflussbereichs, begleitet von einer Ausweitung des Frauenanteils an Streikaktivitäten. In Südkorea zeigten sich z. B. Textilarbeiterinnen ausgesprochen kämpferisch, und in Großbritannien fochten weibliche Arbeitnehmer mehrfach ungewöhnlich lange Konflikte aus.

Mit der wichtigen Ausnahme mehrerer nordeuropäischer Länder, wo sie nach dem Genter System mit der Verwaltung der Erwerbslosenversicherung befasst sind, verloren die Gewerkschaften in Europa und Nordamerika seit den 1980er-Jahren durchweg Mitglieder, zum Teil in beträchtlichem Umfang – und damit ist auch ihre Verankerung in den Betrieben bzw. Arbeitsstätten schwächer geworden. Im westlichen Teil des Kontinents war Mitte der 1970er-Jahre rund die Hälfte der beschäftigten Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert; inzwischen ist es weniger als ein Drittel. Eklatant war der Mitgliederverlust aufseiten der DGB-Gewerkschaften, wo die Angliederung der ostdeutschen FDGB-Verbände nur vorübergehend einen Zuwachs mit sich brachte. Im Fall der immer noch gewichtigen IG Metall scheint eine positive Wende in der Mitgliederentwicklung eingetreten zu sein.

Im östlichen Europa tun sich Gewerkschaften schwer, überhaupt Fuß zu fassen. Auch wenn die alte Frontstellung zwischen Anhängern und Gegnern des früheren Systems objektiv an Bedeutung verloren hat, gelingt es immer noch, den alten Konflikt auf der ideologischen Ebene zu reaktivieren, insbesondere dann, wenn die „postkommunistischen“ Kräfte als Protagonisten einer weitgehend neoliberalen Modernisierungspolitik ins Visier genommen werden können. In Polen, wo während der 1980er-Jahre eine in ihrer Stoßrichtung anfangs klassisch gewerkschaftliche, basisdemokratisch orientierte Arbeiterorganisation – in mancher Hinsicht vergleichbar den zeitlich fast parallelen Vorgängen in Brasilien – zu einer umfassenden antidiktatorischen Volksbewegung ausgeweitet hatte, spielt *Solidarność* als Gewerkschaft, die neben konkurrierenden Gewerkschaften existiert, heute eine weit geringere Rolle. Politisch hat sie im kapitalistischen Polen eher rechtskonservative Parteien und Parteibündnisse unterstützt.

Im Hinblick auf die politisch-ideologische Ausrichtung von Gewerkschaften lassen sich in Europa im Wesentlichen drei Grundorientierungen unterscheiden: eine marktbezogene, wie sie seit langem in den USA heimisch und heute u. a. in Großbritannien zu finden ist; eine auf soziale Integration gerichtete, wofür die Bundesrepublik Deutschland ein klassisches Beispiel ist; und eine klassenkämpferische, die in Frankreich und in Südeuropa anzutreffen ist. Allerdings sind diese Grundorientierungen in unterschiedlichem Mischungsverhältnis in allen nationalen Gewerkschaftsbewegungen vorhanden, seien sie im Großen und Ganzen einheitlich oder in unterschiedliche Richtungen gespalten.

Diese Differenzen hängen nicht zuletzt mit den verschiedenen Typen der Austragung sozialer Konflikte zusammen, die im Verlauf des 20. Jahr-

hunderts entstanden und im Zuge des neoliberalen Paradigmenwechsels nicht verschwunden sind, sich bemerkenswerterweise nicht einmal wesentlich abgeschwächt haben: Im korporatistischen Typ (Nordeuropa, deutschsprachiges Mitteleuropa, Niederlande und teilweise Belgien) sind die autonom handelnden Kontrahenten relativ stark organisiert – begünstigt durch weit zurück reichende Traditionen der Vereinsbildung und des zivilgesellschaftlichen Engagements. Sie haben für die Tarifaueinandersetzungen ein avanciertes Regelwerk entwickelt, das vor Arbeitskämpfen zwingende Prozeduren vorsieht: Verhandlung, Schlichtung, Urabstimmung. Tarifverträge werden weiterhin auf Branchenebene abgeschlossen. Wenn es – relativ selten – zu Streiks kommt, können diese recht lange dauern; sie haben nicht selten einen exemplarischen Charakter, so etwa der Kampf der IG Metall 1984 um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche.

Der kampforientierte Typ (romanisches und südlichen Europa) ist demgegenüber durch relativ mitgliederschwache Richtungsgewerkschaften mit entsprechend kärglich gefüllten Streikkassen und durch schwach organisierte Arbeitgeberverbände gekennzeichnet. Arbeitskämpfe sind weniger reguliert; insbesondere gibt es kaum Regelungen zur Schlichtung, sodass es häufig zu Interventionen des Staates mit der Folge der Politisierung des jeweiligen Konflikts kommt. Frankreich kennt etwa ein extensives Streikrecht, wohingegen Gewerkschaften wie Betriebsausschüsse rechtlich schlechter gestellt sind als etwa in Deutschland. Die Gewerkschaften sehen ihre Funktion vor allem in der Vorbereitung und Durchführung von Streik- und Protestmaßnahmen. In den großen Tarifverträgen wird nur Allgemeines geregelt; die konkreten Vereinbarungen über Löhne und Arbeitsbedingungen werden in den betrieblichen Kollektivvereinbarungen getroffen. Das gewerkschaftliche Spektrum ist weit ausgefächert. Es umfasst nicht nur die vier etablierten Richtungsgewerkschaften: den lange kommunistisch dominierten, immer noch größten CGT, die mehrheitlich sozialistische FO, die christliche CF'FC, den einst undogmatisch-linken, partizipatorisch eingestellten, doch inzwischen pragmatisch-kooperativ gewendeten CFDT – und die ebenfalls etablierte Gewerkschaft der höheren Angestellten. Hinzu kommen heute auch die von der CFDT abgespaltene SUD (Solidaire, Unitaire, Démocratique) mit 40.000 Mitgliedern, daneben eine kleine anarcho-syndikalistische Gruppierung; und auch die Arbeitsloseninitiative ACI sowie die agrarische Confédération Paysanne wären in diesem Zusammenhang zu nennen.

Im pluralistischen Typ (Großbritannien und Irland) sind die Gewerkschaften vergleichsweise mitgliederstark, allerdings fragmentiert und ohne

klares industrieverbandliches Ordnungsprinzip. Mit den Shop Stewards gibt es traditionell betriebliche Vertreter mit einstmals beträchtlichem Einfluss. Die Konfliktregelungsmechanismen dieses Typs sind auf einem mittleren Niveau zwischen denen der beiden anderen Typen angesiedelt. Das Arbeitsrecht orientiert sich am individuellen Vertragsrecht. Tarifverträge werden meist auf Betriebsebene geschlossen. Während sich die britische Regierung Jahrzehnte lang weitestgehend aus den Arbeitskonflikten herausgehalten hatte, machte sie sich in der Ära Thatcher zeitweilig unmittelbar zur Partei.

Wie das deutsche Beispiel zeigt, hinkt die Zusammensetzung der Gewerkschaften der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hinterher. Sie haben Schwierigkeiten, sowohl zu den neuen hoch qualifizierten als auch bei den niedrig qualifizierten und schlecht bezahlten Arbeitnehmergruppen Zugang zu finden. Frauen, junge Menschen, Migranten und Angestellte sind deutlich schwächer erfasst, als es ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten entspräche – oder anders herum: Überrepräsentiert sind ältere Männer, ethnische Deutsche, Arbeiter, namentlich Facharbeiter. Das gilt für das Funktionärskorps ebenso wie für die breite Mitgliedschaft. Offenbar ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad auch unter Betriebsräten zurückgegangen.

Neben dem nicht erst in den letzten Jahrzehnten manifest gewordenen Problem der inneren Demokratie in den bürokratisierten und hierarchisierten Strukturen ist ein Trend zur Verwandlung der Gewerkschaften in reine Dienstleistungsorganisationen zum persönlichen Nutzen und zur Absicherung ihrer Mitglieder auszumachen. Allerdings findet diese Entwicklung ihre Grenze in der grundsätzlichen Aufrechterhaltung der Mobilisierungsfähigkeit und Streikbereitschaft, um in den Tarifauseinandersetzungen glaubhaft zu bleiben. Um die völlige Erosion des Flächentarifvertrags zu verhindern, haben die DGB-Gewerkschaften mittlerweile eine Version betriebsnaher Tarifpolitik mit situationsbezogenen Öffnungsklauseln akzeptiert. Im fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus waren die Gewerkschaften korporatistisch auf den Nationalstaat bezogen. Diese tradierte Orientierung ist dann mehr oder weniger auf den derzeitigen „nationalen Wettbewerbsstaat“ übertragen worden und findet ihre Fortsetzung nach unten in einem auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Betriebes bzw. Unternehmens gerichteten Korporatismus.

Anders als in früheren Perioden hat die Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht zu einer Radikalisierung der Beschäftigten geführt. Eine Studie zur Reaktion in deutschen Betrieben auf die jüngste Finanz- und Wirt-

schaftskrise (2008/09) diagnostiziert als vorherrschende Stimmung ein Gefühl der Ohnmacht und Ratlosigkeit, wobei es sich bei der Mehrzahl eher um die Bestätigung langjähriger Erfahrungen als um eine schockartige Wahrnehmung handelt („Krisenroutine“). Die Strategie des betrieblichen Managements, in der Krise durch den raschen Abbau von Leiharbeit und befristeten Beschäftigungsverhältnissen, durch die Einrichtung von Zeitkonten und durch Kurzarbeit die erforderliche „Ultra-Flexibilisierung“ zu schaffen, wird von den Kernbelegschaften und den Interessenvertretungen im Grundsatz mitgetragen, ohne die kritische Distanz aufzugeben.¹⁴

Es gibt unter Sozialisten kaum Meinungsverschiedenheiten darüber, dass Demokratisierungsforderungen heute einen zentralen Platz einnehmen müssen. Zudem verweist die drohende ökologische Katastrophe auf die Notwendigkeit, die Grenzen der wie auch immer definierten Arbeiterbewegung zu überschreiten (wie es erfolgreiche linke Projekte übrigens seit jeher tun mussten). Unter dem vielgestaltigen Ensemble der Nichtregierungsorganisationen mit ihren, wenn man die kleinen lokalen Gruppen mitzählt, weltweit schätzungsweise Millionen Mitgliedern sind hier vor allem drei Aspekte relevant. Erstens sind das die gesamtgesellschaftlichen Anstöße der Frauenbewegung bzw. des Feminismus, die auch die Gewerkschaften und die linken Parteien nicht unberührt ließen. Zweitens betrifft das die ökologische Bewegung. Während diese zunächst neben der Arbeiterbewegung operierte, teilweise sogar in Konfrontation mit ihr geriet (siehe die Mobilisierung von Betriebsräten der Atomindustrie und dort zuständigen Gewerkschaften gegen die Anti-AKW-Demonstrationen in der Bundesrepublik der späten 1970er- und frühen 1980er-Jahre), wird die Thematik heute von Gewerkschaftern in den meisten Ländern nicht mehr als „Luxusproblem“ eingeschätzt, und die neuen sozial-ökologischen Bewegungen gelten eher als Verbündete. In Deutschland wurde die vorsichtige Annäherung seit Mitte der 1980er-Jahre durch die Erkenntnis der ökonomischen Chancen und damit der Arbeitsplätze schaffenden Möglichkeiten erneuerbarer Energien sowie der gebieterischen Notwendigkeit des ökologischen Umsteuerns erleichtert.

Der dritte Gesichtspunkt ist die Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung in den zurückliegenden zehn bis fünfzehn Jahren, der sich Gewerkschaften aus verschiedenen Ländern angeschlossen haben. Vorbereitet haben diese internationale und dem Selbstverständnis nach interna-

14 Siehe Richard Detje u. a.: Krise ohne Konflikt? Zur Wahrnehmung der Wirtschaftskrise aus Sicht der Betroffenen, in: WSI-Mitteilungen, 2011, H. 10, S.503-510.

tionalistische Bewegung die Solidaritätsarbeit mit den antikolonialen bzw. antiimperialistischen Befreiungsfronten in Lateinamerika, Afrika und Asien seit den 1950er-Jahren und dann die Ausweitung der neuen sozialen Bewegungen, aus denen sie „gleichsam herausgewachsen sind“¹⁵. Für die USA wird der Beginn von Massenprotesten auf die Tagung der Welt-handelsorganisation im November/Dezember 1999 in Seattle datiert; in Europa erreichte der Protest anlässlich des G8-Gipfels in Genua im Juli 2001 Massenbeteiligung. Laut der Charta von Porto Alegre geht es um die Artikulation der „Opposition gegen den Neoliberalismus“, positiv um das Streben nach Demokratie und Solidarität, nach „Lebensqualität, Gleichberechtigung, Respekt und Frieden“¹⁶, wobei diese unkonkreten Formulierungen auf die breite, plurale Zusammensetzung der Trägergruppen hindeuten: Neben Gruppierungen mit allgemein-politischem Anspruch finden sich themenbezogene Netzwerke, kirchliche Initiativen usw.

Obwohl die Demonstrationen und Kundgebungen vor Beginn des Irak-Kriegs im Frühjahr 2003 eine der größten gleichzeitigen internationalen Aktionen der Geschichte überhaupt darstellten, ist es unter den gegenwärtigen Bedingungen schwer, die betroffenen Völker und die engagierten Menschen über längere Zeit mit einer Anti-Kriegs-Kampagne aufzurütteln. Das liegt darin begründet, dass die USA, um die es dabei vor allem geht, schon in den 1980er-Jahren (auch als Lehre aus dem Vietnamkrieg) eine auf die finanziellen Möglichkeiten und den technologischen Vorsprung gestützte Automatisierung des Krieges eingeleitet, zudem die Wehrpflicht abgeschafft haben, sodass die amerikanische Normalfamilie von den relativ wenigen Gefallenen kaum tangiert wird. Zudem eignen sich die Führungen der von einer amerikanischen (oder europäischen) Intervention betroffenen Länder, afghanische Radikalisierungisten, Potentaten wie Saddam Hussein oder Muammar al-Gaddafi, nicht unbedingt zur positiven Solidarisierung.

Die Aktivisten der globalisierungskritischen Bewegung sind überwiegend männlich, relativ jung (wenn auch nicht jugendlich) und gebildet. Die 1998 in Frankreich gegründete Organisation Attac ist binnen zwei Jahrzehnten auf über 90.000 Mitglieder aus rund 50 Ländern gewachsen, darunter knapp 19.000 Deutsche (wobei Kollektivmitglieder wie die Gewerkschaft ver.di dabei nicht berücksichtigt sind). Obwohl in dem betreffenden Milieu ein moralischer Internationalismus vorherrscht, sind die

15 Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/Main - New York 2008, S.496.

16 Charta der Grundsätze des Weltsozialforums vom 10.06.2001, verfügbar u. a. über die Internetadresse des Sozialforums in Deutschland.

Aktivisten in ihrem Handeln doch auch auf die Nationalstaaten verwiesen und behalten ihre spezifische nationale Prägung im kulturellen wie im politischen Sinn, um effektiv wirken zu können. Insofern wäre zu fragen, ob statt von Globalität der Bewegung im strikten Sinn eher von Transnationalität gesprochen werden müsste.

Ohne politische Parteien wird es nicht geben

Auch wenn die sozialdemokratischen Parteien Europas in ihrer sozialen Zusammensetzung, der Wählerschaft wie der Mitgliedschaft, vielfach keine großen Unterschiede zu den liberal-konservativen „Volksparteien“ mehr aufweisen und ihr Regierungshandeln in der kurzen Hochphase um das Jahr 2000 die Neoliberalisierung eher befördert als bekämpft hat, bleiben sie politische Formationen sui generis durch Tradition, Programmatik und letztlich auch Politik mit der Arbeiterbewegung zumindest lose verbunden, auch durch ein besonderes Verhältnis zu den Gewerkschaften. Sie sind generell stärker dem Druck sozialer Bewegungen ausgesetzt als „normale“ bürgerliche Parteien. Dieses analytische Urteil bedeutet, dass, wenn die gesellschafts-politischen Weichen anders gestellt werden sollen, an der Sozialdemokratie kein Weg vorbeiführt. Die daneben agierenden linkssozialistischen oder kommunistischen Parteien, die überwiegend ebenfalls keine Arbeiterparteien im alten Sinn mehr sind und sein können, lassen – trotz zeitweiliger spektakulärer Erfolge – nirgendwo die Fähigkeit erkennen, die Sozialdemokraten aus ihrer dominierenden Position links der Mitte zu verdrängen.

So wenig eine politische Umgruppierung im großen Stil, eine Mobilmachung der Kräfte der Arbeit und der Kultur gegen den Neoliberalismus, ohne das linkssozialistische Potenzial erfolgen kann, so wenig ist sie vorstellbar ohne das sozialdemokratische (und das grün-alternative) Element, möglicherweise sogar unter Einschluss weiterer, z. B. christlicher Gruppen, die aus ideologischen Gründen derzeit noch anderweitig gebunden sind. Einen Ausweg aus den Dilemmata der Gegenwart können Parteienbündnisse indessen nur dann weisen, wenn sie tiefer reichende gesellschaftliche Annäherungs- und Mobilisierungsprozesse ausdrücken. Die schwierige Aufgabe bestünde darin, die Reste der alten Arbeiterklasse und das neue Dienstleistungsproletariat mit zumindest einem beträchtlichen Teil der neuen, hoch qualifizierten Facharbeiter- bzw. Technikerschicht einerseits und des überwiegend oder dauerhaft erwerbslosen Subproletariats andererseits zu verbünden.

Ein nur ideologisch begründeter Internationalismus hat sich wiederholt als unwirksam erwiesen. Eine effektive internationale Zusammenarbeit kann naturgemäß nur zustande kommen, wenn auf beiden bzw. allen Seiten ein konkretes – sei es mittel- und längerfristiges – Interesse ausgemacht werden kann wie beim Beispiel der US-Gewerkschaft der elektrotechnischen Arbeiter, die in den frühen 1990er-Jahren aus Eigeninteresse die Kooperation mit einer in Nordmexiko beheimateten Gewerkschaft einleitete. Auch Arbeitergruppen in Europa unternahmen international gemeinsame Aktionen. So kam es 1997 zu Solidaritätsstreiks in Frankreich, Spanien, Portugal und Slowenien, als Renault die Schließung seines belgischen Standorts ankündigte. Ein institutioneller Ansatz sind die Europäischen Betriebsräte, die aber bisher auf Informations- und Konsultationsrechte begrenzt sind. Außerhalb der offiziellen Kanäle operiert der „Transnational Information Exchange“, wo sich Forscher und Aktivisten treffen, um Informationen über transnationale Konzerne auszutauschen. Der Nationalstaat hat einiges an Steuerungsmacht und damit allemal an demokratischer Substanz verloren, wenn auch nicht in dem Ausmaß, das oftmals unterstellt wird. Er stirbt jedoch nicht ab, sondern besitzt weiterhin eine unverzichtbare Funktion für die Kapitaleseite, um die Grundvoraussetzungen der Akkumulation zu garantieren. Der Arbeitsmarkt ist weiterhin vorwiegend nationalstaatlich organisiert. An der Liberalisierung und der beschleunigten Globalisierung der Märkte war und ist der Staat aktiv beteiligt. Umgekehrt ist die Notwendigkeit des Staats auch für die Gegenkräfte eher gewachsen, um eine Neuverteilung des Sozialprodukts unter Berücksichtigung derjenigen menschlich-sozialen Bedürfnisse zu ermöglichen, die der Markt per definitionem nicht befriedigen kann. Das gilt in besonderem Maße für die südliche Hemisphäre, aber ebenso für die entwickelten Länder des Nordens. Diese Ambivalenz der gestalterischen Macht des Staats stellt sich für großregionale Verbünde, deren Rolle bisher de facto überwiegend in der eines Transmissionsriemens und Katalysators der Globalisierung bestand, namentlich die Europäische Union, prinzipiell nicht anders dar als für die nationalen Einheiten. Auf beiden Ebenen handelt es sich um die (Wieder-)Gewinnung des Primats der Politik über die Wirtschaft.

Wesentliche Aspekte einer sozial-ökologischen und popular-demokratischen Umsteuerung auf nationalstaatlicher wie übernationaler Ebene werden von Vertretern unterschiedlicher Positionen links der Mitte immer wieder übereinstimmend benannt: so die Reregulierung der Ökonomie, insbesondere der Finanzmärkte, die Stärkung der Binnenmärkte, die ökologische Umrüstung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Verteidigung

bzw. der Wiederaufbau des Sozialstaats mit dem Ziel der „garantierten sozialen Inklusion“¹⁷, die Gewährleistung begabungsgerechter Bildungschancen für alle, die Rückgewinnung öffentlicher Güter, eine egalisierende Steuerpolitik, die Sicherung von Rechten der Entscheidungsteilhabe und deren Ausbau in den verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsebenen, namentlich, betrieblich wie überbetrieblich, in der Wirtschaft. Einen möglichen völkerrechtlichen Bezugspunkt bilden die Pakte der UNO von 1966 über Bürger- und Menschenrechte mit der gleichrangigen Verbriefung universeller bürgerlicher, politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Grundrechte. Umstritten ist demgegenüber vor allem, wie weit sich linke oder Mitte-Links-Regierungen auf nationaler Ebene den weltwirtschaftlichen Bedingungen in der derzeitigen Fassung anpassen müssen (um überhaupt handlungsfähig zu sein) bzw. dürfen (um nicht etwas zu befördern, was überwunden werden soll). Auch auf die Frage, wie in einer solchen Konstellation mit der enormen Staatsverschuldung umzugehen wäre, sind unterschiedliche Antworten möglich.

Nur in dem skizzierten politisch-programmatischen Zusammenhang ist eine Perspektive „jenseits des Kapitalismus“ realistisch denkbar, eine Perspektive, die identisch wäre mit der Renaissance des Sozialismus in Europa. Was „demokratischer Sozialismus“ bedeuten könnte, lässt sich gewiss nicht dogmatisch setzen, und es ist auch historisch nicht eindeutig ableitbar – das Spektrum reicht sozusagen von Eduard Bernstein bis Rosa Luxemburg –, doch unzweifelhaft ist der Bedarf an Klärung. Der Begriff des „demokratischen Sozialismus“, wenn er einen Sinn haben soll, darf weder auf eine vage, unverbindliche, letztlich inhaltsleere Floskel reduziert werden, noch lediglich dazu dienen, einen diskreditierten Parteinaamen aus dem Bewusstsein zu verdrängen.

17 Thomas Meyer: Die Theorie der Sozialen Demokratie, in: Peter Brandt (Hrsg.): Soziales Europa? Erträge des Symposions des Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften an der Fernuniversität in Hagen am 20. Oktober 2006, Berlin 2009, S.157-193, hier S.158.

Die „Ära Posadowsky“. Posadowskys Beitrag zur staatlichen Sozialpolitik im Deutschen Kaiserreich

Simone Herzig

I. Einleitung

Bei der Auseinandersetzung mit der „Ära Posadowsky“ treten zwei wesentliche Probleme auf. Das betrifft zum einen die Literaturlage. Es gibt drei Untersuchungen, die sich schwerpunktmäßig mit dieser Thematik befassen, nämlich erstens eine Abhandlung Leopold von Wieses¹ aus dem Jahr 1909, die aus dem Hintergrund der christlichen Arbeitervereine heraus geschrieben wurde, zweitens die Dissertation Martin Schmidts² von 1935, die zweifellos von nationalsozialistischem Gedankengut geprägt ist, und drittens die 1957 erschienene Habilitationsschrift Karl-Erich Borns³, die aus heutiger Sicht den Makel trägt, „Zeugnis für ein halbherziges Unterfangen [zu sein], die immer noch akuten Wissenslücken endlich zu schließen“.⁴ Alle drei Arbeiten sind aufgrund der Zeit, in der sie entstanden, durch einen Mangel an wissenschaftlicher Objektivität gekennzeichnet. Aus dieser Feststellung ergibt sich das zweite Problem, nämlich die Bewertung der „Ära Posadowsky“ in der – auch über die Schwerpunkttitel hinausreichenden – wissenschaftlichen Literatur. Von Wiese beispielsweise bezeichnet Posadowsky als einen „Anwalt der Armen“, der „Verständnis für das Streben und Ringen der Arbeiterklasse“ zeigte.⁵ Für Friedrich Syrup gehört Posadowsky in die „Reihe der großen Sozialpolitiker aus dem preußisch-deutschen Beamtentum [...], deren Einsatz für den Fortschritt in der staatlichen Sozialpolitik ganz besondere Bedeutung

1 Siehe Leopold von Wiese: Posadowsky als Sozialpolitiker. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des Deutschen Reiches, Köln 1909.

2 Siehe Martin Schmidt: Graf Posadowsky – Staatssekretär des Reichsschatzamt und des Reichsamtes des Inneren 1893-1907, Halle 1935.

3 Siehe Karl-Erich Born: Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Ein Beitrag zur Geschichte der innenpolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches 1890-1914, Wiesbaden 1957.

4 Kristian Kähler: Zur Entwicklung der sozialpolitischen Geschichtsschreibung in den 1950er Jahren, in: Lothar Machtan (Hrsg.): Bismarcks Sozialstaat. Beiträge zur Geschichte der Sozialpolitik und zur sozialpolitischen Geschichtsschreibung, Frankfurt/Main-New York 1994, S.451-472, hier S.452.

5 von Wiese, Posadowsky, S.110.

hat“.⁶ Eckhardt Reidegeld kommt im Gegensatz dazu zu dem Schluss, Posadowsky habe „zu einer kategorialen Weiterentwicklung der staatlichen Sozialpolitik nicht“ beigetragen,⁷ allerdings ohne wirkliche Belege für seine These anzuführen.

Folglich stellt sich die Frage, wie die „Ära Posadowsky“, insbesondere im Hinblick auf die Sozialpolitik, tatsächlich zu beurteilen ist. Diese wissenschaftliche Lücke kann sicherlich nicht im Rahmen eines Aufsatzes geschlossen werden. Zumindest sollen die vorhandenen Ergebnisse zur Disposition gestellt und kritisch hinterfragt werden, um zu einer Neubewertung der „Ära Posadowsky“ zu gelangen.

II. Der persönliche und politische Hintergrund Posadowskys

Arthur Graf von Posadowsky-Wehner wurde am 3. Juni 1845 in Groß-Glogau/Schlesien als Sohn eines Oberlandesgerichtsrates geboren. Gemäß der Familientradition, die den Staatsdienst als Verpflichtung ansah, studierte er Rechts- und Verwaltungswissenschaften und promovierte zum Doktor beider Rechte. Im Anschluss an seine Referendarausbildung bewirtschaftete er ein Gut in der preußischen Provinz Posen, kehrte aber bereits 1873 in den Staatsdienst zurück. Von 1873 bis 1885 war er als Landrat in verschiedenen Kreisen der Provinz Posen tätig, wurde im Anschluss daran Leiter der neu geschaffenen provisorischen Selbstverwaltung der Provinz und 1890 der dortige Landeshauptmann. Im Rahmen dieser Tätigkeit sammelte er grundlegende Erfahrungen im Hinblick auf wirtschaftspolitische Zusammenhänge und im Umgang mit politischen Gremien. Aspekte der Reichspolitik berührten ihn allerdings kaum, er kam höchstens durch seine Tätigkeit als Landtagsabgeordneter der Freikonservativen von 1882 bis 1885 damit in Verbindung. Eine politische Karriere auf Reichsebene schien Posadowsky nicht anzustreben. Aufmerksamkeit erregte er erst durch seine Erfolge bei der finanzpolitischen Ordnung der hoch verschuldeten Provinz Posen, woraufhin Kaiser Wilhelm II. ihn 1893 in das Amt des Reichsschatzsekretärs berief.⁸ 1897 erfolgte Posadowskys Ernennung zum Staatssekretär im Reichsamt des

6 Friedrich Syrup: 100 Jahre staatliche Sozialpolitik 1839-1939, aus dem Nachlass hrsg. v. Julius Scheuble, bearb. v. Otto Neuloh, Stuttgart 1957, S.30.

7 Eckart Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und theoretische Analyse von den Ursprüngen bis 1918, Opladen 1996, S.264.

8 Siehe Hansjoachim Henning: Arthur Graf von Posadowsky-Wehner (1845-1932), in: Kurt G. A. Jeserich/Helmut Neuhaus (Hrsg.): Persönlichkeiten aus der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945, Stuttgart-Berlin-Köln 1991, S.245-249, hier S.245f.

Innern und zum stellvertretenden Reichskanzler im Rahmen der wieder aufgenommenen Sammlungspolitik.

Die zweite Hälfte der 1890er-Jahre kann nach Borgmeyer als ein „Jahrfünft der Reaktion“⁹ bezeichnet werden. Die Sozialdemokratie hatte mit dem beginnenden Jahrzehnt durch einen beträchtlichen Stimmengewinn bei den Reichstagswahlen ihren endgültigen Durchbruch erreicht. Zeichen einer immer größeren Unzufriedenheit der Arbeiter mit der bestehenden Ordnung war außerdem eine enorme Streikbewegung in den Jahren von 1892 bis 1895.¹⁰ Als Reaktion auf diese Entwicklung unternahm Regierung und Wirtschaftsverbände Versuche, einen Ersatz für das „Sozialistengesetz“ zu finden, das 1890 im Reichstag nicht verlängert worden war. Dieser antisozialistischen Repressivpolitik lag unter anderem die Resignation darüber zugrunde, dass die Arbeiter trotz der Arbeiterschutzgesetze, die in der „Ära Berlepsch“ erlassen worden waren, nicht für den Staat gewonnen werden konnten. In diesem Zusammenhang kam es 1894 zur Einbringung der sogenannten „Umsturz-Vorlage“ durch die Konservativen¹¹ und im Frühjahr 1897 zu einem Entwurf einer Novelle zum preußischen Vereins- und Versammlungsrecht, dem sogenannten „kleinen Sozialistengesetz“. Beide Vorlagen scheiterten.¹² Ab 1897 wurde die antisozialistische Repressivpolitik unter dem Vorzeichen der Sammlung aller „staatserhaltenden Elemente“ fortgesetzt. Diese Sammlungspolitik zielte auf eine Befriedung der innenpolitischen Situation ab, um eine gute Ausgangsbasis für die außenpolitischen Ambitionen hinsichtlich einer deutschen Weltmachtstellung zu schaffen.¹³ Um die Geschlossenheit der Regierung im Hinblick auf die Sammlungs- und antisozialistische Repressivpolitik zu unterstützen, wurden personelle Veränderungen vorgenommen. Eine davon betraf Posadowsky, da er als Befürworter der Sammlungspolitik und damit einhergehender Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung galt. Es ist zu vermuten, dass er sich bis zu diesem Zeitpunkt aufgrund seiner Tätigkeit im agrarischen Bereich niemals intensiv mit der Lage der Industriearbeiter auseinandergesetzt hatte und vermut-

9 Wolfgang Borgmeyer: *Das Wilhelminische Kaiserreich. Ein Ausbeuterstaat. Sozialgesetzgebung in Deutschland 1871-1914 und die Haltung der Sozialdemokratie*, Berlin 1994, S.53.

10 Siehe ebenda, S.53f.

11 Siehe ebenda.

12 Siehe Born, *Staat*, S.139.

13 Siehe Volker Ullrich: *Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918*, Frankfurt/Main 1997, S.211.

lich aus dieser Unkenntnis der Lage heraus eine arbeiterfeindliche Haltung vertrat.¹⁴

III. Die erste Phase der „Ära Posadowsky“ (1897-1899)

Die ersten zwei Jahre der Tätigkeit Posadowskys als Staatssekretär werden in der vorhandenen Literatur ziemlich einhellig beurteilt. Posadowsky entsprach den Vorstellungen, die man in konservativen Kreisen mit ihm verbunden hatte. Er setzte den Kurs der antisozialistischen Repressivpolitik im Rahmen der Sammlungspolitik fort. Am 13. Dezember 1897 legte er in einer Rede vor dem Reichstag sein sozialpolitisches Programm dar, in dem er schwerpunktmäßig die Beschränkung der Sozialgesetzgebung auf das bereits Erreichte forderte. Als Begründung führte er zum einen die, seiner Meinung nach, im Deutschen Reich weit fortgeschrittene, sozialpolitische Entwicklung im Vergleich zu anderen Ländern an. Zum anderen befürchtete er, durch ein übermäßiges Reglementieren „einen sozialistischen Polizeistaat herbeizuführen, in dem sich die Arbeiter nicht wohler befinden dürften als bisher, in dem aber die besitzenden Klassen sich zu bewußten Gegnern des Staates herausbilden würden“.¹⁵ Posadowsky betonte weiterhin, dass seiner Ansicht nach keine Notwendigkeit bestünde, die Arbeiterkoalitionen, die er zudem als „Streikvereine“ bezeichnete, anzuerkennen, da ihre Interessen durch das direkte allgemeine Wahlrecht bereits „eine lebhaft und wirksame Unterstützung finden“ würden.¹⁶

Bemerkenswert ist, dass er in seiner Argumentation keine Trennung zwischen der Arbeiterschaft im Allgemeinen und den sozialdemokratisch orientierten Arbeitern vornahm, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass der Versuch, die Arbeiter durch Sozialreformen mit dem Staat auszusöhnen und sie somit der Sozialdemokratie zu entziehen, in der „Ära Berlepsch“ gescheitert war. Folgt man der Interpretation Borns, „wollte Posadowsky es umgekehrt machen“, indem er „ein weiteres Entgegenkommen des Staates gegenüber den Arbeitern davon abhängig machte, dass die Arbeiterbewegung zuvor sich in die bestehende Ordnung einfügte“.¹⁷ Am 11. Dezember 1897 richtete Posadowsky ein Reskript an die

¹⁴ Siehe von Wiese, Posadowsky, S.58.

¹⁵ Protokolle über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k9_bsb00002771_00228.html (28.11.2011).

¹⁶ Ebenda, http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k9_bsb00002771_00226 und [00227.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k9_bsb00002771_00227.html) (28.11.2011).

¹⁷ Born, Staat, S.145.

Regierung, in dem er eine Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung (GWO) befürwortete.¹⁸ Nach diesem musste derjenige, der einen Arbeitswilligen zum Mitstreiken zwang oder ihn von seiner Arbeit fernhielt, mit einer Gefängnisstrafe rechnen.¹⁹ In seiner Rede im Reichstag am 13. Dezember 1897 wies er darauf hin, dass dem wirtschaftlichen Fortschritt durch Streikbewegungen ein enormer Schaden zugefügt würde.²⁰ Am Ende dieser Entwicklung stand einer der Höhepunkte antisozialistischer Repressivpolitik der 1890er-Jahre – der „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“, die sogenannte „Zuchthausvorlage“, durch Posadowsky am 26. Mai 1899.

Die „Zuchthausvorlage“ sah eine enorme Verschärfung der Strafandrohung gegen den Koalitionszwang vor. Alle Arbeiter und Arbeitgeber, die andere zur Teilnahme an Vereinigungen oder Verabredungen zwangen, die sich gegen die bestehenden Lohn- oder Arbeitsverhältnisse richteten und die öffentliche Sicherheit bedrohten, sollten zu Zuchthausstrafen verurteilt werden.²¹ Die Vorlage hätte die Koalitionsfreiheit folglich zur Farce werden lassen und der Polizei viele Möglichkeiten eröffnet, Streikende und ihre Anführer zu verhaften und zu verurteilen. Die Sozialdemokraten setzten die Vorlage im Hinblick auf ihre Auswirkungen mit dem „Sozialistengesetz“ gleich.²² Die Unternehmerverbände hatten zwar verschärfte Maßnahmen gefordert, sahen Posadowskys Argumentation aber als widersprüchlich an. Dieser stellte die Streikbewegungen nämlich nicht nur als Bremse des industriellen Fortschritts, sondern auch als Bedrohung der Rechtssicherheit dar, womit er ein hohes bürgerliches Ideal berührte. Gerade das Prinzip der Rechtsgleichheit sollte aber durch die Vorlage eingeschränkt werden, was die bürgerlichen Vertreter der Unternehmerverbände in dieser harten Form nicht hinnehmen wollten.²³ Hinzu kam, dass Wilhelm II. bei einer Rede in Bad Oeynhausen am 6. September 1898 bereits wichtige inhaltliche Punkte der Vorlage in verstärkter Form vorweggenommen hatte und somit auch keine Möglichkeit mehr bestand, durch vorsichtiges Taktieren vonseiten Posadowskys die Stimmen des Zentrums und der Linksliberalen zu gewinnen.²⁴ Somit scheiterte die „Zuchthausvorlage“ am 20. November 1899 endgültig.

18 Siehe von Wiese, Posadowsky, S.65.

19 Siehe Borgmeyer, Kaiserreich, S.60.

20 Siehe Born, Staat, S.146.

21 Siehe ebenda, S.149.

22 Siehe Borgmeyer, Kaiserreich, S.57.

23 Siehe Born, Staat, S.146.

24 Siehe ebenda, S.148.

Die Beurteilung der „Zuchthausvorlage“ durch von Wiese entspricht den Tatsachen. Er stellt heraus, dass der bestehende § 153 GWO zur Bekämpfung des Missbrauchs der Koalitionsfreiheit ausgereicht hätte und die Umsetzung der Vorlage einer Vernichtung der Koalitionsfreiheit gleichgekommen wäre.²⁵ Martin Schmidt hingegen betont in seiner Dissertation 1935, dass es Posadowsky nicht darum ging, die Koalitionsfreiheit einzuschränken. Sein Ziel sei „lediglich die Erhaltung der Staatsautorität und die Verteidigung der bürgerlichen Freiheit gegen den sozialdemokratischen Terrorismus“ gewesen.²⁶ Auch die weitere Argumentation Schmidts lässt die NS-Ideologie erkennen, wenn er anführt, dass nach Posadowsky dem Staat die Pflicht zukam, „die Einzelpersonlichkeit gegen alle Zwangsmaßnahmen wirtschaftlicher Interessenverbände zu schützen“. Dieser Standpunkt entbehre seiner Meinung nach nicht der „inneren Berechtigung“, weshalb Posadowsky „in der vollen Überzeugung von der Rechtmäßigkeit seines Vorhabens die Vorlage vertreten“ konnte.²⁷ Born beurteilte die Vorlage objektiv, indem er ihre Konsequenzen hervorhob und sie als ein Zeichen der Ausweglosigkeit der Regierung wertete.²⁸ Als Beispiel für eine weitere sehr unkritische Einschätzung ist die Abhandlung Syrup anzuführen, in der die zunächst arbeiterfeindliche und generell antisozialistische Haltung Posadowskys nicht berücksichtigt wird. Die „Zuchthausvorlage“ selbst wird nur einmal angeführt und nicht in Verbindung mit Posadowsky gebracht.²⁹ Syrup konstruiert förmlich eine gerade Linie von 1897 bis 1907, die Posadowsky als einen der ganz großen Sozialpolitiker seiner Zeit erscheinen lässt.³⁰

Drei Wochen nach dem Scheitern der „Zuchthausvorlage“ kam es durch die „lex Hohenlohe“,³¹ die das Verbindungsverbot für Vereine aufhob, zu einer leichten Entspannung im Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag. Posadowsky war bereits im Vorfeld der Diskussion über die „Zuchthausvorlage“ an Beratungen über dieses Gesetz beteiligt gewesen. Ursprünglich hatte er in diesem Zusammenhang sogar die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Arbeiterberufsvereine, allerdings nur im Rahmen einer Koppelung mit der „Zuchthausvorlage“, befürwortet. Als Begründung

25 Siehe von Wiese, Posadowsky, S.96.

26 Schmidt, Graf Posadowsky, S.93.

27 Ebenda, S.96.

28 Siehe Born, Staat, S.158f.

29 Siehe Syrup, 100 Jahre, S.147.

30 In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass Friedrich Syrup in der Zeit des Nationalsozialismus eine leitende Funktion in der NS-Arbeitsverwaltung innehatte.

31 Benannt nach dem Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe.

fürhte er die bessere Kontrollierbarkeit der Berufsvereine an sowie die Möglichkeit, sie in gesetzliche Bahnen lenken zu können. An dieser Stelle wurde bereits eine, für viele Zeitgenossen überraschende, Veränderung in der Haltung des „Hardliners“ Posadowsky deutlich, der sich ursprünglich, wie es schien, auf keinerlei Konzessionen gegenüber den Arbeitern einlassen wollte. Zeichen dafür war auch nach der Annahme der „lex Hohenlohe“ deren Verteidigung gegen die Konservativen, die den Zickzackkurs der Regierung kritisierten. In diesem Zusammenhang – und wohl-gemerkt nur drei Wochen nach ihrem Scheitern – ging Posadowsky so weit, die „Zuchthausvorlage“ als „Leiche“ zu bezeichnen und führte an, dass es unmöglich sei, gegen die Mehrheit im Reichstag regieren zu wollen.³²

An diesem Punkt stellt sich die Frage, wie der augenscheinliche Wandel in der Haltung Posadowskys zu begründen ist. Handelte es sich dabei um eine wirkliche Neuorientierung, oder sollte eine vorhandene Strategie unter anderen Vorzeichen fortgesetzt werden? Antwort auf diese Frage geben die in den Jahren 1900 bis 1905 erlassenen sozialpolitischen Gesetze.

IV. Die sozialpolitischen Gesetze in der zweiten Phase der „Ära Posadowsky“ (1900-1907)

Am 26. Juli 1900 trat eine Novelle zur Gewerbeordnung in Kraft, die Mindestruhe- und Ladenschlusszeiten, Sonntagsruhe im Kleingewerbe sowie Lohnbücher einführte. Nach § 152 der GWO wurde außerdem ein Streikrecht zugestanden. Hinzu kam im Jahre 1900 eine Verbesserung der Krankenversicherung, indem die Zahlung des Krankengeldes von 13 auf 26 Wochen ausgedehnt wurde und die Invalidenversicherung sich somit direkt anschloss. Seit 1901 wurden öffentliche Mittel für den Bau von Arbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt. 1902 wurden mit der neuen Seemannsordnung auch für diesen Arbeitsbereich Höchstarbeitszeiten eingeführt. Am 30. März 1903 trat ein neues Kinderschutzgesetz in Kraft, das das grundsätzliche Arbeitsverbot für Kinder unter zwölf Jahren und das Beschäftigungsverbot von Kindern unter 13 Jahren im Baugewerbe und ähnlichen Bereichen einführte.³³ Im gleichen Jahr wurde die Verwendung des weißen Phosphors verboten, der zur Erkrankung vieler Arbeiter geführt hatte.³⁴

32 Siehe Born, Staat, S.162ff.

33 Borgmeyer, Kaiserreich, S.59ff.

34 Siehe Florian Tennstedt: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Göttingen 1981, S.197.

Ab 1904 wurde unter der Federführung Posadowskys ein Gesetz über die Rechtsstellung der Berufsvereine ausgearbeitet, 1905 als Reaktion auf einen großen Bergarbeiterstreik vom Januar desselben Jahres das „Berggesetz“ erlassen. Dieses berücksichtigte die Forderungen der Arbeiter auf eine Anrechnung der Seilfahrten auf die Arbeitszeit sowie nach Abschaffung des „Nullens“³⁵. In Bergwerken mit mehr als hundert Beschäftigten, wurden Arbeiterausschüsse, ein „Gesundheitsbeirat“ sowie eine Maximalarbeitszeit eingeführt.³⁶

Auf den ersten Blick scheint es sich bei diesen Gesetzen um „sichtbare Fortschritte der staatlichen Sozialpolitik“³⁷ zu handeln. Auf den zweiten Blick ergibt sich ein anderes Bild.

Mit der „Gewerbeordnungsnovelle“ waren Entlassungen aufgrund einer Teilnahme am Streik weiterhin möglich. Auch galt weiterhin § 153 GWO. Vergleiche der „Gewerbeordnungsnovelle“ mit der vorhergehenden „Zucht-hausvorlage“ liegen folglich nahe. Die Diskussion über die Rechtsstellung der Berufsvereine konnte auf eine lange Tradition zurückblicken, sie war nämlich bereits 1869 von Hermann Schultze-Delitzsch im Norddeutschen Reichstag ohne Erfolg angeregt worden.³⁸ Posadowsky erhoffte sich von der Rechtsstellung, dass die Arbeitervereine aufgrund ihrer Haftbarkeit vorsichtiger und überlegter agieren würden und bei Missachtung ein legitimes Eingreifen des Staates möglich würde. Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe im Bereich Eisenbahn, Werften und Bergwerke sowie landwirtschaftliche Arbeiter sollten von dieser Regelung ausgenommen und die Minderheit gegen die Mehrheit geschützt werden. Die Mitgliedschaft von Frauen sollte gestattet werden.

Es ist folglich festzustellen, dass ein Minimalangebot unterbreitet werden sollte, das die Kontrolle und das Eingreifen durch den Staat gewährleistete. Reichskanzler Bernhard von Bülow stimmte der Wiederaufnahme der Diskussion nur zu, da er ein gutes Verhältnis zu der vom Zentrum geführten Reichstagsmehrheit bewahren wollte. Diese war für die bevorstehenden Verhandlungen über die Handelsverträge und die Reichsfinanzreform ausschlaggebend. Der Sozialpolitik selbst stand Bülow fremd gegenüber, die Innenpolitik betrachtete er ausschließlich unter dem Ge-

35 Unter dem sogenannten „Nullen“ versteht man das „Nichtanrechnen von unvorschriftsmäßig geladenen Fördergefäßen auf die Fördermenge eines Arbeiters“. Borgmeyer, Kaiserreich, S.62.

36 Siehe Borgmeyer, Kaiserreich, S.62.

37 Syrup, 100 Jahre, S.1.

38 Siehe Klaus Saul: Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschlands 1903-1914, Düsseldorf 1974, S.36.

sichtspunkt der Parteienkonstellation.³⁹ Die ablehnenden Reaktionen auf den Entwurf von Posadowsky waren symptomatisch für die politische Situation. Das preußische Staatsministerium forderte härtere Maßnahmen und lehnte den Entwurf folglich entschieden ab. Der „Centralverband Deutscher Industrieller“ forderte den Sturz Posadowskys, da dieser seiner Meinung nach vor der Sozialdemokratie kapituliere. Das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften zeigten sich enttäuscht. Die Sozialdemokraten bewerteten den Entwurf als Zeichen der Aussichtslosigkeit. Dem Reichstag ging die Vorlage in einer nicht zu akzeptierenden Form erst am 19. November 1906 zu; sie verschwand mit dessen Auflösung am 13. Dezember 1906 in der Versenkung.⁴⁰

Das „Berggesetz“ vom Juli 1905 stellte für Born im Hinblick auf die soziale Gleichberechtigung der Arbeiter den „Höhepunkt der staatlichen Sozialpolitik“ jener Zeit dar, es sei der „größte sozialpolitische Erfolg Posadowskys“ gewesen.⁴¹ Zweifellos wurde die Lage der Bergarbeiter sichtlich verbessert, aber nur, weil der Bergbau im Hinblick auf Schwerindustrie und Rüstung und somit auf den Imperialismus des Kaiserreiches eine bedeutende Rolle einnahm. Für die Arbeiter anderer Bereiche wurden kaum Verbesserungen herbeigeführt.⁴²

An der Beurteilung der sozialpolitischen Gesetze wird deutlich, dass sich mit der Ablehnung der „Zuchthausvorlage“ im Denken Posadowskys keine völlige Neuorientierung vollzogen hatte. Vielmehr nahm er weiterhin eine Trennung der gesamten Arbeiterschaft in staatstreue und sozialistische Arbeiter vor. Seine Strategie zielte auf eine Sozialpolitik, die die Arbeiter für die staatstreuen Gewerkschaften gewinnen und gleichzeitig die Sozialdemokratie schwächen sollte. Alle einzuleitenden sozialpolitischen Maßnahmen sollten somit in erster Linie die christlichen Gewerkschaften und die liberalen „Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine“ stärken.⁴³ Als einem von wenigen Konservativen wurde ihm indes bewusst, dass die „Zuchthausvorlage“ zum Zeichen der Ausweglosigkeit der Regierungspolitik geworden war. Aufgrund seiner Teilnahme an den Beratungen zur „lex Hohenlohe“ kann man davon ausgehen, dass er schon im Laufe des Jahres 1899 erkannte, dass die antisozialistische Repressivpolitik sich in einer Sackgasse befand. Diese Sackgasse bestand darin, dass die Sozialdemokratie einerseits bekämpft werden sollte, um die Weiterexis-

39 Siehe ebenda, S.38ff.

40 Ebenda, S.42f.

41 Born, Staat und Sozialpolitik, S.188.

42 Borgmeyer, S.62.

43 So Posadowsky im Reichstag am 6.2.1906, siehe von Wiese, Posadowsky, S.166f.

tenz des Obrigkeitsstaates zu gewährleisten, eine arbeiterfeindliche Repressivpolitik andererseits aufgrund der Machtverhältnisse im Reichstag nicht möglich war. Aus dieser realistischen Einschätzung heraus verfolgte Posadowsky das Ziel, im sozialpolitischen Bereich Zugeständnisse zu machen, um zu einer Zusammenarbeit mit der parlamentarischen Mehrheit zu gelangen. Konzessionen gingen allerdings immer nur so weit, wie sie kontrollierbar blieben und ein Eingreifen des Staates bei missliebigen Entwicklungen, insbesondere im Hinblick auf die Sozialdemokratie, weiterhin ermöglichten. Auf eine einfache Formel gebracht kann man sagen, dass Sozialpolitik zum Nutzen der staatsreuen Arbeiter und Repressivpolitik gegen die Sozialdemokraten Hand in Hand gingen. Die Regierung verzichtete auf Ausnahmegesetze, bekämpfte die Sozialdemokratie im Gegenzug aber auf parlamentarischer Ebene. Die Unzufriedenheit der Konservativen sollte durch die propagierte Sammlungspolitik abgefangen werden. Intensiviert wurde dieses System durch die politische Situation – insbesondere nach der Reichstagswahl von 1903. Diese hatte das Zentrum zur stärksten Fraktion gemacht und auch der Sozialdemokratie einen erheblichen Stimmengewinn eingebracht. Gleichzeitig nahmen aber auch die Konservativen aus Preußen, die durch das dort fortbestehende „Dreiklassenwahlrecht“ ihre Position sichern konnten, durch den Bundesrat entscheidenden Einfluss auf die Reichspolitik.⁴⁴

Posadowskys Position zeichnete sich durch eine enorme Ämterfülle aus, die ihn faktisch zum Leiter der inneren Reichspolitik werden ließ. Die Lösungen für sozialpolitische Probleme, die er anstrebte, konnten aufgrund der politischen Situation letztendlich aber nur einen Kompromisscharakter annehmen.⁴⁵ Konkret bedeutete das, dass die entscheidenden Forderungen der Arbeiterschaft nach einer Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts, der Schaffung eines Reichsvereinsgesetzes und einer Neuorientierung in der Verwaltungspraxis in dieser Form nicht berücksichtigt und stattdessen lediglich eine Diskussion über die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine beabsichtigt war.⁴⁶ Doch muss man Posadowsky zugute halten, dass er ursprünglich weitreichendere soziale Verbesserungen erreichen wollte, als schließlich herbeigeführt wurden.

44 Siehe Saul, Staat, S.33.

45 Karl Erich Born: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreiches (1867/71-1914), Stuttgart 1985, S.139. Posadowsky war als Staatssekretär im Reichsministerium des Inneren stellvertretender Reichskanzler, Vorsitzender im Bundesrat, preußischer Staatsminister und seit 1901 auch preußischer Ministerpräsident.

46 Siehe Saul, Staat, S.33f.

Zu Beginn des Jahres 1907 kam es zwischen Regierung und Zentrum über die Frage der Kolonialverwaltung zum Bruch, wodurch Posadowsky, der immer auf eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum gesetzt hatte, der Boden für seine Politik entzogen wurde. Dennoch verkündete er am 9. März 1907 sein sozialpolitisches Programm für die folgende Zeit, das unter anderem die Wiederaufnahme des „Berufsvereinsgesetzes“, die Einführung von Arbeitskammern und die Vorlage eines „Reichsvereinsgesetzes“ vorsah. Posadowsky wurde daraufhin von Zentrum und Sozialdemokraten mit Beifall bedacht und war folglich für die Blockpolitik Bülow's nicht mehr tragbar. Am 22. Juni 1907 erfolgte seine Entlassung.⁴⁷

VI. Die Beurteilung der „Ära Posadowsky“ in der Literatur

Bewertet man die Beurteilung der „Ära Posadowsky“ in der Literatur, so ist festzuhalten, dass von Wieses Untersuchung insofern den Tatsachen angemessen ist, dass er sehr deutlich die Strategie Posadowskys, die staatstreuen Arbeiter zu unterstützen und dadurch die Sozialdemokraten auf lange Sicht zu vernichten, herausstellte. Der Grund für diese besondere Hervorhebung ist allerdings darin zu finden, dass von Wiese selbst den christlichen Gewerkschaften zuzuordnen ist und seine Untersuchung auch im „Christlichen Gewerkschaftsverlag“ erschien. Insofern stellt er die sozialpolitische Leistung Posadowskys und sein Verhältnis zur Arbeiterschaft sehr verklärt und subjektiv dar. Die „Zuchthausvorlage“ von 1899 entschuldigte von Wiese damit, dass Posadowsky „die Arbeiterbewegung noch nicht von der Sozialdemokratie trennte“.⁴⁸ Die folgenden Jahre seien jedoch „von einem so ehrlichen und offenbaren Streben erfüllt, das Heil der Arbeiterschaft zu fördern, dass sich in dieser Zeit Graf Posadowsky das unvergessliche Denkmal in so vielen Arbeiterherzen setzte.“⁴⁹

Schmidt geht auf die „Zuchthausvorlage“ und das nachfolgende Vorhaben Posadowskys so gut wie gar nicht ein. Er betrachtet die Fortsetzung der sozialen Reformen vor allem unter dem Gesichtspunkt, ob sie geeignet war, „die Gesamtheit des Volkes auf der Bahn ausgleichender gesellschaftlicher Entwicklung zu einer höheren Stufe staatlichen und kulturellen Lebens weiterzuführen“.⁵⁰ Neben dieser Hervorhebung des „Volksgemeinschaftsgedankens“ finden sich in seiner Argumentation immer

47 Siehe Born, Staat, S.205ff.

48 von Wiese, Posadowsky, S.70.

49 Ebenda, S.114.

50 Schmidt, Graf Posadowsky, S.145.

wieder auch antiliberalistische und antiparlamentarische Elemente. So stellte er beispielsweise heraus, dass nach Ansicht Posadowskys „der autoritäre Staat, der durch das Parlament in Verbindung mit allen Volksklassen stand, [...] mehr soziale Arbeit leisten [konnte], als eine liberalistische Republik, in der die bürgerlichen Parteien die Staatsgewalt für ihre wirtschaftlichen Wünsche auszunutzen wussten, ohne dass sie sich ihrer sozialen Pflichten gegenüber den anderen Klassen bewusst wurden“.⁵¹

Born erkannte sehr wohl die geänderte Strategie Posadowskys, arbeiterfreundliche Maßnahmen zu fördern, „um die Arbeiter nicht der radikalen Sozialdemokratie in die Arme zu treiben“.⁵² Dabei habe Posadowsky die Sozialdemokratie weiterhin als staatsbedrohend angesehen und somit als Feind, den es nach wie vor zu bekämpfen galt.⁵³ Gleichzeitig stellten die Abkehr Posadowskys von der „Zuchthausvorlage“ und die Wiederaufnahme sozialpolitischer Reformen seiner Ansicht nach allerdings eine „grundsätzliche Neuorientierung“⁵⁴ dar. Als Begründung führt er an, dass sich Posadowsky intensiv mit der sozialen Problematik auseinandergesetzt habe und überzeugt gewesen sei, dass „Verfassung und Gesetzmäßigkeit [...] unantastbare Größen“⁵⁵ seien und somit auch die Reichstagsmehrheit als solche akzeptiert werden müsse. An dieser Stelle ist freilich zu fragen, ob man überhaupt von einer „grundsätzlichen Neuorientierung“ sprechen kann, wenn die Sozialdemokratie weiterhin an ihrer Entfaltung gehindert werden sollte. Die Unstimmigkeit wird noch offensichtlicher, wenn man Borns Beurteilung in einer späteren Abhandlung hinzunimmt. Dort stellte er heraus, dass Posadowsky den Gedanken an eine Repressivpolitik nach dem Scheitern der „Zuchthausvorlage“ fallen gelassen habe, „ohne ihn jemals wieder aufzunehmen“.⁵⁶ Hier ist meiner Meinung nach die Schwachstelle in Borns Arbeiten zu finden. Er arbeitete das Vorhaben Posadowskys, die sozialdemokratische Bewegung durch eine monarchisch gesinnte Arbeiterbewegung zu ersetzen,⁵⁷ heraus, erkannte dieses aber nicht wirklich als Strategie, der auch die nachfolgenden sozialpolitischen Gesetze untergeordnet waren. Posadowskys Verständnis von Sozialpolitik als ein Mittel zum Zweck wurde von Born nicht klar durchschaut. Zeichen dafür ist unter anderem seine relativ unkritische

51 Ebenda.

52 Born, Staat, S.168.

53 Siehe ebenda, S.167.

54 Ebenda, S.166.

55 Ebenda, S.167.

56 Born, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S.138f.

57 Siehe Ders., Staat, S.193.

Beurteilung des „Berggesetzes“. Dennoch greift die Beurteilung Käblers, der von einem „halbherzigen Unterfangen“⁵⁸ Borns spricht, meiner Meinung nach zu weit.

Gladen vertritt wie Born den Standpunkt, dass es sich nach dem Scheitern der „Zuchthausvorlage“ bei Posadowsky um eine „sozialpolitische Zäsur“ gehandelt habe, der „eine neue Periode sozialer Reformpolitik folgte“.⁵⁹ Bei Untersuchungen, die sich nur am Rande mit der Thematik befassen, scheint es, dass gängige Beurteilungen, wie in diesem Fall, einfach aus der vorhandenen Literatur übernommen werden.

Die Untersuchungen Sauls, Reidegelds und Borgmeyers sollten meines Erachtens den Anstoß geben, eine Neubewertung der „Ära Posadowsky“ in größerem Rahmen vorzunehmen und Mängel der älteren Darstellungen – insbesondere im Hinblick auf die zu einem Standardwerk gewordene Arbeit Borns von 1957 – zu überwinden. Im Hinblick auf diesen Teil der Geschichte der deutschen Sozialversicherung klafft eine wissenschaftliche Lücke, die es zu schließen gilt, wenn ein realistischeres Bild gezeichnet werden soll. Wenn man Kristian Kähler Glauben schenken darf, ist die „Ära Posadowsky“ nur ein Beispiel für viele. Kähler zitiert in seinem 1994 erschienenen Aufsatz zustimmend den Eingangssatz eines Buches von Walter Vogel: „Eine wissenschaftlich fundierte Geschichte der Entstehung der staatlichen deutschen Sozialpolitik ist immer noch nicht geschrieben.“⁶⁰ Dies gilt bis heute.

58 Kähler, *Entwicklung*, S.452.

59 Albin Gladen: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Wiesbaden 1974, S.85.

60 Zit. nach: Kähler, *Entwicklung*, S.472.

Arbeiter und Technik in der DDR. Eine Anmerkung zum „arbeiterlichen Staatssozialismus“

Peter Hübner

Die kaum noch zu überblickende Menge mehr oder weniger gehaltreicher Publikationen zur Geschichte der DDR legt Karl Valentins Bonmot nahe, es sei alles schon gesagt, nur noch nicht von allen. Tatsächlich dürften auf dem Forschungsfeld nur noch wenige Steine zu finden sein, die nicht schon zwei- oder dreimal umgedreht worden wären. Allerdings ist auch bekannt, wie viel außer vom Quellenmaterial von einer geschickten Fragestellung abhängt.¹ Der unlängst in dieser Zeitschrift erschienene Beitrag von Elke Scherstjanoi bestätigt das.² In Anlehnung an Wolfgang Engler versucht sie dem Paradigma der „arbeiterlichen Gesellschaft“ einen neuen Forschungsakzent abzugewinnen.³ Das verdient Beachtung, weil damit eine struktur- und kulturgeschichtliche Erweiterung des Fragehorizonts einhergeht und auch Phänomene langer Dauer ins Blickfeld rücken. Nicht zuletzt dürfte der Versuch, ein soziales Porträt der DDR-Arbeiterschaft zu zeichnen, die Diskussion beleben.

Dem steht aber ein Defizit gegenüber: Die technische Entwicklung als harte Rahmenbedingung der Arbeiterexistenz findet nämlich kaum Beachtung. Das charakterisiert einerseits die aktuelle Interessenlage in der zeithistorischen DDR-Forschung, andererseits führt die geringe Beachtung des Zusammenhangs von Technik- und Arbeitergeschichte aber dann doch zu einer empfindlichen Forschungslücke. Einige Anmerkungen zu Elke Scherstjanois Aufsatz sollen das Problem verdeutlichen. Es geht im Wesentlichen um die Frage, inwieweit Arbeiter in der DDR auf die „digitale Revolution“ vorbereitet waren.⁴

1 Siehe Richard J. Evans: *Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis*, Frankfurt am Main/New York 1999, S.104-126.

2 Siehe Elke Scherstjanoi: *Arbeiterlicher Staatssozialismus in den Farben der DDR*, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 10, 2011/III, S.119-144.

3 Siehe Wolfgang Engler: *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, 2. Aufl., Berlin 2000, S.200.

4 Hierzu ausführlich Manuel Castells: *Das Informationszeitalter*, 3 Bde., Opladen 2003.

1. Stabile Arbeitsgesellschaft trotz wissenschaftlich-technischer Revolution?

„Der Arbeiter in der DDR war seinem Arbeitsplatz zugetan.“⁵ Was Elke Scherstjanoi zum sozialen Porträt der ostdeutschen Arbeiterschaft festhält, mag cum grano salis zutreffen. Doch genau hier liegt der Hase im Pfeffer. Denn stellte nicht gerade das, was man in der DDR drei Jahrzehnte hindurch als „wissenschaftlich-technische Revolution“ bezeichnete, diese Beziehung von Arbeiter und Arbeitsplatz infrage? Das Problem war schon lange erkannt, noch bevor in den 1970er- und 1980er-Jahren allmählich die These ausgesprochen wurde, dass das in der Verfassung verankerte Recht auf Arbeit nicht mit dem Recht auf einen bestimmten Arbeitsplatz zu verwechseln sei.⁶ Aber obwohl elektronische Rechentechnik und automatisierte Produktion in einzelnen Industriezweigen bereits festen Fuß fassten, bildete die Arbeiterschaft im Wesentlichen noch immer die wichtigste soziale Formation einer Fabrik-Arbeitsgesellschaft mit starken handwerklich-manufakturähnlichen und fordistischen Prägungen.⁷ Schon gegen Ende der 1960er-Jahre hatten Soziologen in Anbetracht der digitalen Revolution die Erwartung geäußert, die Arbeiterklasse werde „unter den Bedingungen der Errichtung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ in zunehmendem Maße zu einer „körperlich-geistig produktiv tätige[n] und machtausübende[n] Klasse“ werden. „Immer mehr Angehörige der Arbeiterklasse leisten hochqualifizierte und intelligenz-intensive Facharbeit. Der Anteil der an- und ungelernten Arbeiter geht zahlenmäßig und prozentual zurück. Gleichzeitig rekrutiert sich die moderne Arbeiterklasse immer mehr aus der ingenieurtechnischen Intelligenz.“⁸ Dem war eine mehrere Jahre währende Diskussion vorausgegangen, in der die mit guten Argumenten gestützte Überzeugung Raum griff, die Produktionsar-

5 Scherstjanoi, Staatssozialismus, S.139.

6 Siehe Astrid Naumann/Rudolph Welskopf: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und sozialistische Lebensweise, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1983, Berlin 1983, S.51-67, hier S.57; siehe auch Lothar Hummel/Gerd Pietrzynski: Effektivität und Disponibilität des Arbeitsvermögens. Leitungserfahrungen aus Kombinat und Konsequenzen für die Forschung, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1985, Berlin 1985, S.35-51.

7 Informativ hierzu Ulrich Busch: Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 8, 2009/III, S.34-56.

8 Wolfgang Eichhorn I u.a. (Hrsg.): Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin 1969, Artikel „Arbeiterklasse“, S.24-26, hier S.25.

beiterschaft als Kern der Arbeiterklasse werde schrumpfen.⁹ Aber je deutlicher die sozialen Konsequenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution hervortraten, und sei es nur in den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Projektionen für die 1970er- und 1980er-Jahre, desto dilatorischer ging die SED-Führung damit um. Dem entsprach auch die an den traditionellen Mustern des Fabrikzeitalters orientierte politische Inszenierung der Arbeiterklasse. Nicht zufällig argumentierte Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 ganz konventionell mit einer „Annäherung der Klassen und Schichten auf dem Boden der marxistisch-leninistischen Ideologie, der Ideale der Arbeiterklasse“.¹⁰ Wie es um diese Arbeiterklasse stand, wurde nicht gesagt.

Allerdings vermochten zu dieser Zeit die beschäftigungspolitischen Prognosen die in der Produktionssphäre lauernden sozialen Konsequenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution kaum klar genug abzubilden, und sie sollten das wohl auch nicht. Oberflächlich betrachtet, konnte in den beiden letzten Jahrzehnten der DDR von dramatischen Veränderungen in der Beschäftigungssituation auch keine Rede sein. Selbst die in den 1980er-Jahren vermehrten Ausreisen in die BRD und der Exodus des Jahres 1989 reduzierten das Arbeitskräftepotenzial nicht erheblich. Vielmehr glichen sich die durch den Krieg verursachten demografischen Verwerfungen allmählich aus. Der Frauenanteil an der Bevölkerung ging von 54% (1971) auf 52% (1989) zurück. Dass sich die Geburtenzahlen nach einem sozialpolitisch stimulierten Hoch um 1980 wieder verringerten, beeinträchtigte die Arbeitskräftebilanz zunächst noch nicht. Alles in allem befand sich die DDR im Hinblick auf die im Inland verfügbaren Arbeitskräfte sogar in einer relativ günstigen Situation. Der Bevölkerungsanteil im arbeitsfähigen Alter stieg von 57,4% (1971) auf 64,4% (1989), während der Rentneranteil im gleichen Zeitraum von 19,5% auf 16,1% sank.¹¹ Dass der ständig hohe, teils auch überhöhte Arbeitskräfte-

9 Siehe Ekkehard Sachse: *Technische Revolution und Qualifizierung*, Berlin 1965, S.54; Kurt Lungwitz: *Erfassung der Intelligenz als soziale Schicht oder als Qualifikationsniveau?*, in: *Statistische Praxis*, 23 (1968) 6, S.347-350, hier S.348.

10 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den VIII. Parteitag der SED. Berichterstatter: Erich Honecker, in: *Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*. 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 1. bis 3. Beratungstag, Berlin 1971, S.110.

11 Siehe Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): *Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945* (Bd. SBZ/DDR). Verfasser: André Steiner unter Mitarbeit von Matthias Judt und Thomas Reichel (= *Forschungsbericht*, 352), Bonn 2006, S.1, 13.

bedarf durch Rationalisierungseffekte kaum gelindert wurde, stand auf einem anderen Blatt.

Ein Blick auf die amtliche Arbeitsstatistik zeigte die DDR als ein Land mit sehr hoher Beschäftigtenquote. Das galt bis in den Herbst 1989. Der im Jahr 1990 erstmals veröffentlichte „Report“ zur sozialen Lage in der DDR vermerkte im Kapitel „Arbeit“, am 30. September 1989 habe die Anzahl der Berufstätigen in der DDR 8.547.349 betragen, davon seien 4.177.679 (48,9%) weiblich gewesen.¹² Damit läge der Anteil der Berufstätigen „relativ hoch“. Man habe das Recht auf Arbeit „durch Vollbeschäftigung als wesentliches Merkmal sozialer Sicherheit vor allem durch einen hohen Beschäftigungsanteil der Frauen“ und durch die Weiterbeschäftigung von Rentnern gewahrt.¹³ Die Zahlen lagen etwas unter denen von 1988,¹⁴ doch änderte dieser offenbar von der Ausreise- und Fluchtwelle des Sommers 1989 verursachte Rückgang – der erste seit 1968 – kaum etwas am Befund.

Die Berufstätigenzahl von 1989 wäre sogar noch beeindruckender ausgefallen, wenn die amtliche Arbeitskräftestatistik der DDR nicht einen nennenswerten Teil der Beschäftigten unberücksichtigt gelassen hätte. Es handelte sich um den sogenannten „X-Bereich“. Dieser umfasste die auf sicherheits- und rüstungsrelevanten Aufgabefeldern, in Parteien-, Organisations- und Staatsbürokratien Tätigen sowie kirchliche Amtsträger. Im Jahr 1989 zählte der „X-Bereich“ ca. 726.900 Beschäftigte.¹⁵ Davon war aber nur ein kleiner Teil von schätzungsweise fünf Prozent als reale Arbeiter zu bezeichnen. Sie konzentrierten sich auf einige Bergbaubetriebe, Druckereien und im Bauhauptgewerbe.¹⁶

Für die Gesamtzahl der Erwerbstätigen ergab sich aus der Existenz des „X-Bereiches“ eine erhebliche Korrektur.

12 Siehe Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialreport 90'. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin 1990, S.78.

13 Siehe ebenda.

14 Siehe Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR (StjB) 1989, Berlin 1989, S.17.

15 Siehe Wolfgang Fritz: Historie der amtlichen Statistiken der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Ein fragmentarischer Abriss, Darstellung, Quellen, Daten, Definitionen, Chronik (= Historische Sozialforschung, 13, Beih.), Köln 2001, S.58.

16 Siehe ders.: Die amtliche Erwerbstätigenstatistik der DDR, in: Historische Sozialforschung, 22 (1997) 3/4 (= Sonderheft 20 Jahre Zentrum für historische Sozialforschung, T. II: Politik und Gesellschaft), S.300-357, hier S.308.

Tabelle 1

Berufstätige/Erwerbstätige in der DDR 1971-1989 im Jahresdurchschnitt, in 1000. Angaben der amtlichen Statistik und nach der Rückrechnung im Vergleich

Jahr	Berufstätige* nach StJB DDR	Lehrlinge nach StJB DDR (ohne X-Bereich)	Erwerbstätige** nach Rückrechnung
1971	7.795	455	8.736,1
1975	7.948	454	8.996,0
1980	8.225	492	9.471,3
1985	8.539	398	9.728,5
1988	8.594	385	9.823,1
1989	8.547	338	9.747,0

*Im Arbeitsprozess stehende Personen, nicht jedoch Angehörige des X-Bereichs, nur in der individuellen Hauswirtschaft tätige Familienangehörige von LPG-Mitgliedern, Mütter in der bezahlten Freistellung und Lehrlinge, **Personen ab 15 Jahre, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, darunter auch Angehörige des X-Bereiches und Lehrlinge.

Quelle: Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR (StJB) 1990, Berlin 1990, S.17; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Erwerbstätige 1950 bis 1989. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, H. 14, Wiesbaden 1994, S.20.

Wie andere Industriegesellschaften definierte sich auch die der DDR insbesondere über Arbeit. Arbeit bildete das wichtigste integrierende Moment, gewissermaßen den Kitt, der das Ganze zusammenhielt.¹⁷ Insofern gibt es gute Gründe, die Gesellschaft der DDR als „Arbeitsgesellschaft“ wahrzunehmen,¹⁸ doch mit Blick auf die besondere Stellung der Arbeiter in ihr ließe sie sich auch als eine „Arbeitergesellschaft“ bezeichnen, die im hier zu betrachtenden Zeitraum mehr und mehr zu einer „Facharbeitergesellschaft“ mutierte.¹⁹ Dafür spricht manches. Facharbeiter wurden in der DDR-Gesellschaft „zur absolut dominierenden Kate-

17 Siehe Martin Kohli: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S.31-61, hier S.38.

18 Siehe Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. Mit einem Beitrag von Thomas Meyer, Opladen, 2. Neubearb. und erw. Aufl. 1992, S.173.

19 Siehe Detlef Landua/Wolfgang Zapf: Deutschland nach der Wiedervereinigung: Zwei Gesellschaften, eine Nation, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 6, 06.07.1991, S.10-13, hier S.10.

gorie“.²⁰ Um sie bildete sich ein soziokulturelles Gravitationsfeld, in dem sich andere Gruppen und Schichten bewegten. Zwar übten die Arbeiter keine politische Herrschaft aus, betont Wolfgang Engler: „Aber das soziale Zepter hielten sie in der Hand. Anschauungen, Meinungen, Konventionen, Kleidungs- und Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt die Alltagsitten richteten sich nach den Normen und Idealen der arbeitenden Klasse.“²¹ Die Gesellschaft wurde eine „arbeiterliche“.²² An dieser Stelle setzt auch Elke Scherstjanoi an.

In den 1970er-Jahren setzte sich in der Erwerbsbevölkerung der DDR eine strukturelle Dominanz der Facharbeiter durch, während der Anteil der Produktionsarbeiter (im Sinne von blue-collar-workers) bereits seit den 1960er-Jahren zurückging.²³ Rainer Geißler hat diese Entwicklung als Entproletarisierung bezeichnet und als deren Merkmale die Verbesserung der materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen, das höhere Ausbildungsniveau und die absolute Arbeitsplatzsicherheit genannt.²⁴ Dies lief auf eine Annäherung an die Angestellten bzw. auf eine Einebnung der Scheidelinie zwischen Arbeitern und Angestellten hinaus. Aber der Facharbeiterstatus behielt seine relative Attraktivität. In ihm verband sich gesellschaftliches Renommee mit unbestreitbaren sozialen Vorteilen – und einer enormen strukturellen „Produktionsmacht“ (workplace bargaining power).²⁵ Hinzu kam die von vielen geschätzte Möglichkeit, den Versuchen politischer Vereinnahmung recht wirksam widerstehen zu können. Auch materialisierte sich in diesem Status das in der Arbeiterbewegung immer hochgehaltene Bildungsideal. Diese, wenn man so will, „Facharbeitergesellschaft“ der späten DDR blieb bis zu deren Ende fest in der fordistischen Formation verankert.²⁶

20 Ingrid und Manfred Lötsch: Arbeiterklasse und intensiv-erweiterte Reproduktion. Protokolle und Informationen des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demographie 4/85, Berlin 1985, S.69.

21 Engler, Die Ostdeutschen, S.200.

22 Siehe ebenda, S.173-208.

23 Siehe Geißler, Sozialstruktur, S.173.

24 Siehe ebenda, S.174.

25 Beverly J. Silver: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin/Hamburg 2005, S.31.

26 Siehe Adelheid von Saldern/Rüdiger Hachtmann: Das fordistische Jahrhundert. Eine Einleitung, in: Zeithistorische Forschungen, 6 (2009) 2, S. 174-186.

2. Arbeiter, Arbeiterklasse und Sozialstruktur

Auch wenn in der DDR der Begriff „Arbeiterklasse“ zumindest in der Sprache der Politik geradezu inflationär verwendet wurde, wusste niemand mit Bestimmtheit zu sagen, wer denn eigentlich zu dieser Klasse gehörte.²⁷ In einem vom Volkskammerausschuss für Arbeit und Sozialpolitik im November 1989 angeregten und vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR im Frühjahr 1990 vorgelegten „Sozialreport“ hieß es dazu: „Ein offizieller Ausweis über die Sozialstruktur der Bevölkerung der DDR liegt nicht vor. Die regelmäßige Veröffentlichung der sozialökonomischen Struktur der Bevölkerung ist sehr global und läßt erforderliche Differenzierungen und Veränderungen in der sozialstrukturellen Entwicklung nicht erkennen.“²⁸ Was man bei näherem Hinsehen trotzdem über Arbeiter erfahren kann, ist nicht wenig. Letztmals boten die Volkszählungsergebnisse von 1981 eine bevölkerungsstatistische Gesamtübersicht, darunter auch zur Arbeiterschaft. Demnach zählten zu den wirtschaftlich Tätigen

54,4% Arbeiter	
darunter	37,1% in Produktionsberufen
	22,7% in anderen Arbeiterberufen
36,1% Angestellte	
darunter	25,9% Leitungs- und Verwaltungspersonal
	10,2% Geistesschaffende
9,5% Genossenschaftsmitglieder und andere Berufsgruppen. ²⁹	

Die Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung von 1981 gewährten u. a. genauere Einblicke in die Verteilung der Arbeiter auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche, auf die quantitative Relation gegenüber anderen Beschäftigten, auf ihre Präsenz in den einzelnen Industriezweigen. Aus Platzgründen beschränkt sich die folgende Übersicht auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche, darunter auch die Industrie.

27 Siehe Geißler, Sozialstruktur, S.173.

28 Gunnar Winkler: Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin 1990, S.71.

29 Siehe ebenda.

Tabelle 2

Wirtschaftlich tätige Arbeiter und Angestellte nach Wirtschaftsbereichen und sozialer Zugehörigkeit 1981 (in Prozent)

Wirtschaftsbereich	Arbeiter			Angestellte			Arbeiter und Angestellte insgesamt
	Insgesamt	Davon in		Insgesamt	Davon		
		Arbeiterberufen	anderen Arbeiterberufen		Leitungs- und Verwaltungspersonal	Geistes-schaffende	
Industrie	68,0	63,1	14,9	28,3	23,6	4,7	96,3
BW	67,7	54,2	13,6	24,1	19,4	4,8	91,9
LFW	27,6	20,5	7,1	7,5	8,3	2,2	35,1
VPF	73,1	28,9	44,1	25,6	21,7	3,9	98,7
Handel	70,4	6,1	64,3	25,2	22,4	2,8	95,8
SZPB	43,9	16,4	27,5	55,4	39,8	15,6	99,3
DL	45,2	21,1	24,1	40,0	35,7	4,3	85,2
WKGS	34,5	6,6	27,9	64,5	15,2	49,3	99,0
SNZ	20,0	6,4	13,5	80,0	75,1	4,9	100,0
Zusammen	54,4	31,7	22,7	36,1	25,9	10,2	90,5

BW = Bauwesen, LFW = Land- und Forstwirtschaft, VPF = Verkehr, Post, Fernmeldewesen, SZPB = Sonstige Zweige des produzierenden Bereichs, DL = Dienstleistungen, WKGS = Wissenschaft, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen, SNZ = Sonstige nicht-produzierende Zweige

Quelle: Akademie der Wissenschaften der DDR. Institut für Soziologie und Sozialpolitik: Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1981. Teil 4: Zur sozialen Zugehörigkeit der wirtschaftlich Tätigen (Autor: Dr. Ingrid Lötsch), Dezember 1986, S.32.

Auch für die Industriebereiche liegen die entsprechenden Angaben vor. Nach absoluten Zahlen lagen die Arbeiterhochburgen in der Chemie, im Maschinen- und Fahrzeugbau, bei Elektrotechnik/Elektronik und in der Leichtindustrie. In der Verteilung der Arbeitergruppen auf die einzelnen Industriebereiche spiegelte sich die Industriestruktur der DDR zu Beginn der 1980er-Jahre recht genau. Wie besonders die Position des Bereichs Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau zeigt, stand ein zumindest in quantitativer Hinsicht beachtliches Potenzial zur Verfügung, um die Herausforderungen der digitalen Revolution anzunehmen. Daran hatte nach den Daten der 1981er Volkszählung eine Gruppe beträchtlichen Anteil, die unter „Arbeiter in anderen Arbeiterberufen“ firmierte. Zum Zeitpunkt

der Zählung umfasste sie 41,7% aller Arbeiter.³⁰ Genauer besehen, fielen aber auch technische Angestellte, Verkäuferinnen und sogar das mittlere medizinische Personal mit Facharbeiterabschluss darunter.

Tabelle 3

Verteilung der Arbeiter und Angestellten auf die Industriebereiche 1981 (in Prozent; Wirtschaftsbereiche insgesamt = 100)

Industriebereiche	Arbeiter	Davon		Angestellte	Davon	
		Arbeiter in Produktionsberufen	Arbeiter in anderen Arb.berufen		Leitungs- und Verwaltungspersonal	Geisteschaffende
Industrie insgesamt	49,3	66,0	25,8	30,9	36,0	18,1
Energie/Brennstoff	3,35	4,49	1,70	2,01	2,20	1,59
Chemie	4,98	6,40	2,97	3,27	3,53	2,67
Metallurgie	2,02	2,64	1,14	1,17	1,30	0,94
Baumaterialien	1,63	2,11	0,98	0,68	0,75	0,38
Wasserwirtschaft	0,35	0,40	0,23	0,28	0,32	0,16
Maschinen- und Fahrzeugbau	13,61	18,68	6,48	10,63	12,53	5,74
Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau	6,21	8,65	2,79	5,59	6,44	3,38
Leichtindustrie	8,53	11,88	3,77	3,55	4,32	1,53
Textilindustrie	3,75	5,35	1,50	1,45	1,80	0,59
Lebensmittelindustrie	4,93	5,41	4,20	2,29	2,74	1,08

Quelle: Akademie der Wissenschaften der DDR. Institut für Soziologie und Sozialpolitik: Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1981. Teil 4: Zur sozialen Zugehörigkeit der wirtschaftlich Tätigen (Autor: Dr. Ingrid Lötsch), Dezember 1986, S.39-42.

Innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche war der Arbeiteranteil verständlicherweise unterschiedlich. Doch resultierte aus den schwammigen Kriterien der Kategorie „andere Arbeiterberufe“ ein überraschender Effekt: In den Wirtschaftsbereichen Verkehr, Post und Fernmeldewesen sowie Handel lag der Anteil der Arbeiter demnach höher als in der In-

30 Siehe ebenda, S.5.

dustrie. Vieles sprach zwar dafür, einen Teil der „anderen Arbeiterberufe“ den Angestellten zuzuschlagen, doch hätte das den Arbeiteranteil gemindert. Das Ganze signalisierte nicht nur „Unstimmigkeiten in den theoretischen Grundlagen“,³¹ sondern es handelte sich auch um Sozialkosmetik zugunsten einer möglichst stark erscheinenden Arbeiterklasse. Richtig war indes, dass der technische Fortschritt die Grenzen zwischen Berufen sowie zwischen Arbeitern und Angestellten relativierte. Diese Entwicklung wurde in der DDR durchaus registriert.³² Politik und Sozialwissenschaften favorisierten einen weiten Arbeiterbegriff, der hin zu den Angestellten, den Funktions- und Machteliten zumindest theoretisch offenblieb.³³

Leicht übersehen wird ein gegenläufiger Vorgang, der dem Beschäftigungstrend moderner Industriegesellschaften direkt zuwiderlief. Denn angesichts wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten vermutete die zentrale Wirtschaftslenkungs- und Planungsbürokratie hinter den Schreibtischen der Betriebe und Kombinate eine Arbeitskraftreserve, die sich zugunsten der personellen Verstärkung des unmittelbaren Produktionsbereichs anzapfen ließ.³⁴ Die Personalreduzierung in den Verwaltungen verlief nicht spektakulär, war aber immerhin nennenswert. In der ersten Hälfte der 1980er-Jahre verringerte sich der Anteil des Leitungs- und Verwaltungspersonals an den Gesamtbeschäftigten in den Betrieben der Industrieministerien jährlich um 0,6% bis 0,1%. Danach legte das Tempo bis auf 0,7% im Jahr 1989 zu.³⁵

Über die Jahre hinweg kam es zu einer Ausdünnung des Leitungs- und Verwaltungspersonals in der Industrie und zu einer absoluten oder zumindest relativen Verstärkung der Produktionsabteilungen. Während sich der Anteil des Leitungs- und Verwaltungspersonals Mitte der 1970er-Jahre in den meisten Industriebereichen zwischen rund 15 und 20% be-

31 Ebenda, S.6.

32 Siehe Wissenschaftlicher Rat für Soziologische Forschung in der DDR (Hrsg.): Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR. Materialien vom II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, 15.-17. Mai 1974, Berlin 1975; Siegfried Grundmann/Manfred Lötsch/Rudi Weidig: Zur Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Struktur in der DDR, Berlin 1976, bes. S.149-180.

33 Ausführlicher hierzu Heike Solga: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995, S.167-173.

34 Siehe Fritz, Erwerbstätigenstatistik, S.311.

35 Siehe ebenda, S.312f.

lief, ging er bis 1989 auf rund 14% bis 16% zurück.³⁶ Unterm Strich trug diese Entwicklung zur Konservierung einer vor allem in herkömmliche Industriestrukturen eingebundenen Produktionsarbeiterschaft bei. Das stand freilich quer zur „Schwedter Initiative“, die ja eigentlich auf die Einsparung von Produktionspersonal abzielte.³⁷

Table 4

Arbeiter und Angestellte nach Tätigkeitshauptgruppen im Bereich der Industrieministerien 1983, 1986 und 1988

	1983	1986	1988
Arbeiter und Angestellte insgesamt	2.480.294	2.647.756	2.636.079
Davon			
Produktionspersonal	1.522.716	1.640.724	1.630.103
Davon			
Produktionsarbeiter (PA)	1.475.347	1.585.938	1.571.727
Ingenieurtechnisches Personal (ITP)	47.369	54.736	58.316
Produktionsvorbereitendes Personal	224.803	241.353	249.864
Leistungs- und Verwaltungspersonal	436.812	440.961	413.270
EDV-Personal	28.746	32.090	36.718
Betreuungspersonal	73.728	79.718	82.231
Pädagogisches Personal	29.173	28.974	29.251
Übriges Personal	164.316	183.938	193.592

Quelle: SZS: Erfassung der Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen per Oktober 1983, Teil II. Archiv StBA, Behälter 20349 [BArch 010307/06 (Zugangsnr.)]; Erfassung der Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen per Oktober 1986, Teil III. Archiv StBA, Behälter 20686, Sign. 010603/03; Erfassung der Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen per Oktober 1988, Teil IV. Archiv StBA, Behälter 20905 [BArch 010711/09 (Zugangsnr.)].

³⁶ Anteil des Leistungs- und Verwaltungspersonals an den Arbeitern und Angestellten. Stand 01.01.1990. Archiv Statistisches Bundesamt Berlin (Archiv StBA), Behälter 22581, Sign. 063905064.

³⁷ Siehe Heike Knortz: Innovationsmanagement in der DDR 1973/79-1989. Der sozialistische Manager zwischen ökonomischen Herausforderungen und Systemblockaden, Berlin 2004.

Der Anteil der Produktionsarbeiter am Gesamtpersonal der Industrie lässt eine technologisch bedingte Abstufung erkennen. Etwas vereinfachend, tendenziell aber durchaus zutreffend, ließe sich festhalten: je höher das technologische Niveau eines Betriebes, desto geringer der Anteil der Produktionsarbeiter. In den 1980er-Jahren kam einige Bewegung in die Szene, aber sonderlich stark fiel sie nicht aus.

An der strukturellen Dominanz der Produktionsarbeiterschaft änderte sich kaum etwas. Doch legte trotz schwindender Arbeitskräftereserven der Anteil des ingenieurtechnischen, produktionsvorbereitenden und EDV-Personals noch zu. Das resultierte vor allem aus dem Bemühen, technologisch Anschluss zu halten. Der Zuwachs beim Betreuungs- und übrigen Personal hingegen dürfte im Kontext der betrieblichen Sozialpolitik, aber wohl auch als Abstellgleis für überzählige, jedoch anderswo nicht einsetzbare Beschäftigte zu sehen sein. Der Abbau des Leitungs- und Verwaltungspersonals kam, abgesehen von der natürlichen Fluktuation, am ehesten dem Produktionspersonal zugute oder er sorgte für die Auffüllung des übrigen Personals.

3. Qualifikationsbemühungen: Fortschritte und Defizite

Wenn man den Produktionsarbeiteranteil an den Beschäftigten der Industrie als Indikator für die Intensität der digitalen Revolution gelten lässt, dann hatte die DDR mit einem relativ hohen Prozentsatz schlechte Karten. Bis 1989 änderte sich daran wenig. Die Anteile der Produktionsarbeiter verteilten sich jedoch recht ungleich. Hohe Produktionsarbeiteranteile in den Braunkohlekombinaten, Baubetrieben und in der Textilindustrie waren im Wesentlichen technisch bedingt. Rationalisierungsmaßnahmen vermochten hieran wenig zu ändern. Inwieweit die automatisierte Fertigung Verbreitung fand und die Zahlen der Produktionsarbeiter zurückgingen, ließ sich am ehesten im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie im Bereich Elektrotechnik/Elektronik beobachten. Allerdings wiesen auch hier die Vergleichszahlen keine spektakulären Ausschläge auf. Sie zeugten vielmehr davon, wie weit die DDR-Industrie zu dieser Zeit von den maßstabsetzenden japanischen Verhältnissen entfernt war.

Das bedeutete nicht, dass es zuwenig ingenieurtechnisches Personal und Beschäftigte der für Forschung und Entwicklung maßgebenden produktionsvorbereitenden Abteilungen gab. Insbesondere die Industrieforschung verfügte über ein beachtliches Potenzial. So entfielen in den 1980er-Jahren auf 1.000 Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe in der DDR 28 Forscher, in der BRD waren es 34. Die Stärke der DDR-

Industrieforschung lag aber infolge systembedingter Hemmnisse nicht so sehr bei Innovationen, sondern, wie ursprünglich in Japan auch, bei Imitation und Diffusion.³⁸ Gerade Japan zeigte, dass damit nicht das Ende der Fahnenstange erreicht sein musste. Das Problem lag auf anderer Ebene. Wie es in einer zeitgenössischen Kritik hieß, vollzog sich in der DDR die Dynamik technischen Fortschritts „in mehr oder weniger ungleichen Intervallen“, dagegen blieben „Leistungsstruktur wie auch Leitungspotential im wesentlichen auf dauerhafte, unveränderliche Reproduktionsbedingungen eingestellt“³⁹ – die Arbeiterschaft allerdings auch.

Tabelle 5

Tätigkeitshauptgruppen in Vollbeschäftigten Einheiten (VbE). Planabrechnung nach verantwortlichen Organen 1989

Bereich	Personal insgesamt	Davon in Prozent						
		PA	IIP	Prod.-vorbereiten-des Pers.	Leitung	Verwaltung	EDV-Pers.	Betreuungspers.
Energiekom-binate insgesamt	54.574	53	9	7	7	9	2	3
Kombinat Robotron	65.129	53	4	14	7	8	2	3
Kombinat Carl Zeiss	55.559	52	3	17	7	7	2	3
Kombinat Trikotagen	47.544	73	1	4	6	7	1	3
Leichtin-dus-trie	40.948	72	2	3	7	8	1	2
Industrie zentr.	2.667.634	62	2	9	7	7	1	3
Industrie örtl.	427.107	63	2	3	7	9	1	2
Industrie ges.	3.094.741	62	2	8	7	8	1	3

Quelle: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Tätigkeitshauptgruppen in VbE. Planabrechnung nach verantw. Organen 1989 [BArch 052107/10 (Zugangsnr.)].

38 Siehe Harald Becker: Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Strukturwandel und Neuaufbau, in: Deutschland Archiv, 25 (1992) 5, S.461-475, hier S.472f.

39 Gerd Wilde: Der Leiter im Neuerungsprozeß (Tagungsbericht), in: Wirtschaftswissenschaft, 32 (1984) 7, S.1058-1064, hier S.1059.

Einige Anzeichen sprachen aber dafür, dass vor allem bei den Jüngeren die Motivation schwand, sich auf eine Karriere durch Leitungshierarchien oder durch Forschungs- und Entwicklungsabteilungen einzulassen.⁴⁰ Das hatte durchaus praktische Folgen: In den 1980er-Jahren wurde das Verhältnis von neuausgebildeten Zuführungen im Vergleich zum gewachsenen Bestand an Hoch- und Fachschulkadern in der Industrie durch rückläufige Absolventenzahlen beeinflusst.⁴¹

Überhaupt gab es nennenswerte Qualifikationsdefizite. Noch in den frühen 1970er-Jahren verfügte über ein Drittel des Produktionspersonals über keinen bzw. nur über einen Teilberufsabschluss.⁴²

Tabelle 6

*Qualifikationsstruktur der direkt in der Produktion Beschäftigten.
Stand 31.10.1974*

Anzahl gesamt	Hochschul- Abschluss	Fachschul- Abschluss	Meister	Fach- arbeiter	Teil- beruf	Ohne Abschluss
1.636.606 100%	9.425 0,6%	35.874 2,2%	70.692 4,3%	907.063 55,4%	134.169 8,2%	479.383 29,3%
Davon weiblich						
499.325 100%	1.044 0,2%	3.965 0,8%	4.211 0,8%	180.113 36,1%	53.946 10,8%	256.106 51,3%

Quelle: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Berichterstattung über die Qualifikations- und Berufsstruktur der Werktätigen. Stichtag 31.10.1974, Bd. IV: Qualifikationsstruktur der Werktätigen nach Tätigkeitsbereichen – ausgewählte WO-2 und 4-Steller. Archiv StBA, 051411064.

Selbst in der chemischen Industrie, Elektrotechnik/Elektronik und im Schwermaschinen- und Anlagenbau, also in Schlüsselbereichen der DDR-Wirtschaft, bestand zu dieser Zeit ein nicht unerhebliches Qualifikationsdefizit.⁴³ Ein Qualifizierungsbedarf war offensichtlich, auch in Arbeiter-

40 Siehe Dolores L. Augustine: *Red Prometheus. Engineering and Dictatorship in East Germany. 1945-1990*, Cambridge (Mass.)-London 2007, hier bes. S.261-303; Axel Salheiser: *Parteitreu, plangemäß, professionell? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Industriekadern*, Wiesbaden 2009, hier bes. S.82-104.

41 Siehe Helmut Koziolok: *Intensivierung, Steigerung der Arbeitsproduktivität und Vervollkommnung des Systems der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 37 (1989) 4, S.487-499, hier S.492.

42 Siehe StJB 1976, Berlin 1976, S.49.

43 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: *Berichterstattung über die Berufsstruktur der Werktätigen*. Stichtag: 31.10.1974. Bd. V, *Planstellen und ihre Besetzung nach ausgewählten Bereichen*. Archiv StBA, 051411064.

berufen. Dem trugen die Betriebe in den folgenden Jahren weitgehend Rechnung. Beachtenswert waren die Fortschritte bei der Berufsqualifizierung von Frauen. Deren relativ hohen Anteile am produktionsvorbereitenden Personal (1988: 43,7%), in der Verwaltung (1988: 83,4%) und beim EDV-Personal (1988: 65,6%) wiesen auf die zunehmende Nähe dieser Beschäftigtengruppe zu den modernen Informationstechnologien hin.⁴⁴ Insgesamt stieg das Qualifikationsniveau an, wobei der leichte Rückgang bei Beschäftigten mit Facharbeiterabschluss im Jahr 1989 offensichtlich mit einer verstärkten Abwanderung im Zusammenhang stand.

Tabelle 7

Qualifikation der Berufstätigen in der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft. Stand: 31. Oktober, für Land- und Forstwirtschaft 30. September eines jeden Jahres (ohne x-Bereich und ohne Produktionsgenossenschaften des Handwerks)

1.000 Personen (in Klammern: Prozent)					
Jahr	Berufstätige (=100%)	Darunter mit			
		Hochschulabschluss	Fachschulabschluss	Meisterabschluss	Facharbeiterabschluss
1971	6.550,9	278,9 (4,3)	482,8 (7,4)	3.220,7 (49,2)	
1975	7.213,8	398,9 (5,5)	620,3 (8,6)	254,0 (3,5)	3.832,1 (53,1)
1980	7.506,3	500,7 (6,7)	911,5 (12,1)	278,2 (3,7)	4.327,5 (57,7)
1981	7.570,4	517,6 (6,8)	937,9 (12,4)	283,3 (3,7)	4.424,2 (58,4)
1982	7.640,4	534,7 (7,0)	967,4 (12,7)	288,2 (2,8)	4.512,5 (59,1)
1983	7.705,7	533,0 (7,2)	996,1 (12,9)	294,5 (3,8)	4.577,6 (59,4)
1984	7.770,4	571,5 (7,4)	1.022,7 (13,4)	301,5 (3,9)	4.650,9 (59,9)
1985	7.819,0	588,8 (7,5)	1.047,2 (13,4)	306,7 (3,9)	4.707,6 (60,2)
1986	7.821,1	600,0 (7,7)	1.063,0 (13,6)	310,8 (4,0)	4.732,0 (60,5)
1987	7.845,7	612,7 (7,8)	1.080,5 (13,8)	315,6 (4,0)	4.763,4 (60,7)
1988	7.855,4	626,1 (8,0)	1.094,7 (13,9)	321,1 (4,1)	4.764,6 (60,7)
1989	7.789,0	634,3 (8,1)	1.096,6 (14,1)	324,8 (4,2)	4.721,8 (60,6)

Quelle: Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1990, Berlin 1990, S. 56.

Diese Ergebnisse lassen sich in zwei Richtungen deuten: Erstens zahlten sich die erheblichen Anstrengungen auf dem Gebiet der Aus- und Weiterbildung aus, zweitens aber wurde die DDR das Problem der Unterqualifikation auch bis zum Ende der 1980er-Jahre nicht los. Dieser Umstand

⁴⁴ Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS): Erfassung der Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen per Oktober 1988, T. IV. Archiv StBA, Behälter 20905, Sign. 010711/09.

verdient eine genauere Betrachtung, denn immerhin lag die Qualifikation, sofern sie überhaupt vorhanden war, bei 1,01 Millionen bzw. 13% der Berufstätigen in der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft unterhalb des Facharbeiterniveaus. Im Jahr 1988 verfügten im Gesamtbereich der Industrieministerien 5,3% der Produktionsarbeiter nur über eine Teilberufsausbildung und 13,5% hatten gar keinen Berufsabschluss. Das waren 1,4 bzw. 2,4 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt der gesamten Volkswirtschaft.⁴⁵

Obwohl Qualifizierungsfortschritte über die Jahre hinweg nicht zu übersehen waren, blieb der Anteil von unqualifizierten Beschäftigten noch beachtlich hoch, und zwar nicht, weil Ausbildungsangebote fehlten. Während sich ein Teil der Arbeiter angesichts der akuten oder absehbaren Herausforderungen der technischen Entwicklung beruflich qualifizierte und ein größerer Teil der Arbeiterschaft angesichts der digitalen Revolution eine abwartende, doch nicht ablehnende Haltung einnahm, gab es einen kleineren Teil, der sich verweigerte. Offenbar begann das Problem schon in der Schule. Wie die Sozialwissenschaftlerin Ingrid Lötsch anhand der Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung von 1981 feststellte, trat eine „neue Tendenz“ zuungunsten der Männer bei den Bildungsabschlüssen in Erscheinung: „So haben von den wirtschaftlich Tätigen mit Teil-Berufsabschluß 6,9% (8,7% Männer, 3,9% Frauen) und von den wirtschaftlich Tätigen ohne Berufsabschluß 8,0% (14,1% Männer, 5,0% Frauen) keinen Abschluß der 8. Klasse.“⁴⁶ Nach den vorliegenden Daten hatte sich die Zahl der Frauen ohne abgeschlossene Berufsausbildung in allen Altersgruppen verringert, bei den Männern unter 25 Jahren sowie zwischen 50 und 55 Jahren war sie jedoch weiter angestiegen. Lötsch führte das auf „‚bildungsmüde‘ junge Männer bzw. Wirkungen des bekannten Widerspruchs im Zusammenhang von Qualifikation und Einkommen“ zurück.⁴⁷ Letzteres war kein neues Phänomen; es ließ sich im Wesentlichen auf die immer wieder zum Egalitarismus ausschlagende Lohnpolitik zurückführen. Auf einen Teil der Berufseinsteiger mochten zudem die zunehmende Blockade von Karrierewegen

45 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Erfassung der Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen per Oktober 1988, T. IV: Tätigkeitshauptgruppen/Qualifikationsniveau. Archiv StBA, Behälter 20905, Sign. 010711/09.

46 Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Soziologie und Sozialpolitik: Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1981, T. 3: Zur Entwicklung der Qualifikationsstruktur der wirtschaftlich Tätigen (Autor: Dr. Ingrid Lötsch), Berlin, Oktober 1985, S.1f.

47 Ebenda, S.11.

durch Ältere, aber auch die wenig reizvollen Einkommensaussichten frustrierend gewirkt haben. Das erklärt aber nicht die bei anderen anzutreffende Abfolge von Schulversagen und mangelhafter Berufsqualifikation.

Man wird nicht fehlgehen, hierin mehr als nur „Bildungsmüdigkeit“ zu vermuten. Vielmehr deutete sich in dieser Entwicklung neben einem Generationenproblem auch ein Strukturbruch innerhalb der Arbeiterschaft an. Querbezüge zu einer in Teilen der Altersgruppe der unter 25-Jährigen entstehenden Subkultur sind sicher nicht ganz abwegig. Ihre Merkmale wie Anspruchshaltung, Infantilität und Leistungsverweigerung waren mit einem zeitlichen Vorsprung schon in westlichen Ländern anzutreffen. Dazu gehörte auch ein bewusst betriebener Bruch mit den Bildungsidealen und -traditionen der Arbeiterbewegungen. Noch blieb das während der 1980er-Jahre in der DDR eine Randerscheinung. Zugleich zeigte sich hier im Gewand einer Jugendkultur eine zentrifugale Tendenz, die aus der der Industriemoderne herausführte.

Weit gravierender fiel ins Gewicht, dass sich eine minderqualifizierte Unterschicht absetzte und verfestigte. Sie war nicht identisch mit dem von Marx beschriebenen Phänomen des Lumpenproletariats.⁴⁸ Sie stellte auch keine Parallele zu den „Überzähligen“ des realexistierenden Kapitalismus im ausgehenden 20. Jahrhundert dar.⁴⁹ Vielmehr handelte es sich um eine Schicht, deren Angehörige im Vertrauen auf soziale Sicherungssysteme und das Recht auf Arbeit mehr oder weniger Leistungszurückhaltung zelebrierten. „Bildungsmüdigkeit“ signalisierte die nachlassende soziale und kulturelle Bindekraft moderner Industriegesellschaften, auch solcher sozialistischen Typs.

4. Milieustabilität oder Stagnation?

Diese Verweigerungshaltung war kein Mehrheitsphänomen, sie stand aber mit einer anderen Tendenz in Verbindung, die der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski im Jahr 1980 so beschrieb: „Ruhig und friedlich, sich evolutionär bereichernd verläuft unser Alltag in so vieler Beziehung. So ruhig und friedlich, daß viele Menschen, der ständigen Unruhe und Zufälligkeiten des Lebens im Kapitalismus entronnen, das nicht mehr zu schätzen wissen und es hinnehmen mit einer Selbstverständlichkeit wie

48 Siehe Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1: Der Produktionsprozeß des Kapitals [= MEW 23], Berlin 1965, S.673.

49 Siehe Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S.348-364.

die Luft, die sie atmen. Die tägliche Erfahrung der Reproduktion dieses Zustandes macht die Einsichtigen dankbar und die anderen gleichgültig dieser Errungenschaft gegenüber.⁵⁰

Diese scheinbar komfortable Situation kam der Stabilität der Arbeitermilieus zugute. Allein schon eine einfache Aufwand-Nutzen-Kalkulation lieferte eher Argumente für ein Verbleiben im Arbeiter-Status als etwa für einen „Aufstieg“ zum Meister oder Ingenieur. Man blieb am besten, was man war. Bei der Verfestigung sozialer Strukturen spielte nicht nur die zunehmende Selbstreproduktion der Funktionseliten eine Rolle, auch die Arbeiter hatten daran ihre Aktie.⁵¹

Fürs Erste jedoch ging vom Arbeitsplatzangebot kein erheblicher Veränderungsdruck auf diese Milieus aus. Um 1980 zeigten entsprechende Untersuchungen in DDR-Betrieben über die Altersgruppen hinweg zwar einen durch längere Ausbildungszeiten bedingten späteren Berufseinstieg der Jüngeren, insgesamt aber, teils hochgerechnet, eine fast ausgeglichene Lebensarbeitszeit von rund 46 bis 49 Jahren bei Männern und 40 bis knapp 45 Jahren bei Frauen.⁵² Insgesamt wiesen die Berufsbiografien wenige Unterbrechungen auf, allerdings in der jüngeren Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen mit leicht steigender Tendenz. Hier mögen Kinderbetreuung, Wehrdienst und Qualifizierungsmaßnahmen zu Buche geschlagen sein.

Berufswechsel innerhalb der Facharbeiterschicht erfolgten vor allem bei Frauen, während sie bei Männern deutlich öfter mit Aufstiegen zu höheren Qualifikationsebenen verbunden waren. Jedoch konzentrierten sich solche Aufstiege bei Männern wie bei Frauen auf den Erwerb eines Fachschulabschlusses. Berufswechsel bedeutete jedoch nicht unbedingt Branchenwechsel. Zumeist handelte es sich um fachlich zusammenhängende Karrierestränge, die kaum oder nicht weit aus dem dominierenden Facharbeitermilieu herausführten.⁵³ Bei Hochschulabsolventen dürfte das anders gewesen sein. Dafür sprach auch die Konzentration von Hochschulabsolventen bei Übergängen in völlig andere Berufe.⁵⁴ Der Wechsel

50 Jürgen Kuczynski: *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes*. Nachträgliche Gedanken, Berlin 1985, S.23.

51 Siehe Solga, *Auf dem Weg*, S.210; Peter Hübner: *Einleitung: Antielitäre Eliten?*, in: ders.: (Hrsg.): *Eliten im Sozialismus*. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln-Wiesbaden-Wien 1999, S.9-35, hier S.21-25.

52 Siehe Margitta Trübenbach: *Reproduktion des Arbeitsvermögens im Zeitraum des Berufslebens sowie daraus resultierende arbeitsökonomische Aufgaben*, in: *Wirtschaftswissenschaft* 30 (1982) 4, S. 590-602, hier S.594.

53 Siehe ebenda, S.597.

54 Siehe ebenda, S.598.

von Facharbeitern in einen anderen Facharbeiterberuf wird hingegen seltener aus dem bestehenden Milieu hinausgeführt haben.

Bei all dieser Mobilität innerhalb eines Berufes oder über die Berufsgrenzen hinweg blieb der Zusammenhang zwischen erlerntem Beruf und wirklicher Tätigkeit bemerkenswert eng, vor allem, wenn man industrielle Neuinvestitionen und Rationalisierungsmaßnahmen in Rechnung stellt. Unvermeidlich war die etwas nachlassende Übereinstimmung von Beruf und Arbeitsfunktion bei den älteren Jahrgängen mit entsprechend längerer Berufsbiografie verbunden.⁵⁵ Wenn dieser Übereinstimmungsgrad bei Frauen etwas geringer ausfiel als bei Männern, hing das wohl zu einem guten Teil mit den Modalitäten der Arbeitskräftewanderung zusammen: Ortwechsel erfolgten meist aufgrund eines Betriebswechsel der Männer, Frauen zogen „mit“ und fanden nicht selten nur Arbeitsplätze, deren Funktionsbeschreibung vom bisher ausgeübten Beruf abwich.

Tabelle 8

Grad der Übereinstimmung von Beruf und Arbeitsfunktion (in Prozent), undatiert [1981]

Altersgruppe	Männlich	Weiblich
unter 20 Jahre	94,3	100,0
20 bis unter 25 Jahre	92,6	85,7
25 bis unter 30 Jahre	89,5	68,9
30 bis unter 35 Jahre	92,9	74,4
35 bis unter 40 Jahre	95,7	70,0
40 bis unter 45 Jahre	87,6	68,0

Quelle: Margitta Trübenbach: Reproduktion des Arbeitsvermögens im Zeitraum des Berufslebens sowie daraus resultierende arbeitsökonomische Aufgaben, in: *Wirtschaftswissenschaft* 30 (1982) 4, S. 590-602, hier S.599.

Insgesamt vermitteln die überlieferten Daten das Bild einer beständigen Arbeitsgesellschaft. Die Zahl der Berufsjahre je Beschäftigten entsprach dem praktisch Möglichen und die jeweils in einem Betrieb verbrachten Berufsjahre lagen je nach Altersgruppe mit fünf bis sieben weit unterhalb einer kritischen Fluktuationsschwelle.⁵⁶ Das Bild wird komplettiert durch die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erhobenen Angaben zum Belegschaftswechsel im Bereich der Industrieministerien für die

⁵⁵ Siehe ebenda, S.599.

⁵⁶ Siehe ebenda, S.600.

Jahre 1972 und 1988. Wie bei den von Margitta Trübenbach mitgeteilten Daten ist auch hier keine direkte Aussage über den Anteil der Arbeiter möglich.

Tabelle 9

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Arbeitskräftebericht Industrieministerien
Belegschaftswechsel per 31.12.1988

Ministerium	Arbeiter u. Angest. im Jahres- durchschn.	Davon			
		Natürl. Abgang	Gesell. notwend. Abgang	Übriger Abgang	Umschl.- dauer durch Fluktuation in Jahren
Kohle/E	312.315	5.907	14.105	14.970	20,9
ErzMet Kali	185.864	3.725	7.252	10.260	18,1
ChemInd..	327.609	6.304	15.439	20.534	16
E.u.E.	483.038	7.910	24.156	29.664	16,3
SMAB	266.088	5.165	10.604	16.432	16,2
W/V	145.825	2.740	6.472	9.016	16,2
Leichtind.	397.614	9.311	18.613	24.859	16
ALF	286.260	5.292	11.385	19.720	14,5
Bezgl./ LMI	200.294	4.373	6.554	17.085	11,7
Glas/Ker.	125.047	2.583	4.748	9.718	12,9
Geologie	16.222	212	717	969	16,7

* Kohle/E = Kohle/Energie; ErzMetKali = Erzbergbau/Metallurgie/Kali; EuE = Elektrotechnik/Elektronik; SMAB = Schwermaschinen- und Anlagenbau; W/V = Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau; ALF = Allgemeiner Landmaschinen- und Fahrzeugbau; Bezgl./LMI = Bezirksgeleitete und Lebensmittelindustrie; Glas/Ker. = Glas/Keramik..

Quelle: Archiv StBA, Behälter 20919, Sign. 010712/10 [BArch 012853 (Zugangsnr.)]

Die Zahlen der Arbeiter und Angestellten und des Personalabgangs, hier insbesondere der unter der Rubrik „Übriger Abgang“ erfassten Personen, deuten auf eine hohe Belegschaftsstabilität hin. Allerdings ließ diese nach. Wenn die theoretische „Umschlagsdauer“ durch Fluktuation, also der komplette Austausch einer Belegschaft, 1972 zwischen 13 und 25 Jahren lag, so reduzierte sich diese Zeit im Jahr 1988 auf rund zwölf bis 21 Jahre.⁵⁷ Unzweifelhaft kamen Belegschaftsstrukturen im Verlauf der 1980er-

57 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Arbeitskräftebericht Industrieministerien. Belegschaftswechsel per 31.12.1972. Archiv StBA, Behälter 20130, Sign. 010111/08

Jahre etwas mehr Bewegung, als es den Planern und Leitern lieb sein konnte. Die Zahl der „gesellschaftlich notwendigen“, also erwünschten Abgänge fiel mit Ausnahme der Kohle- und Energiewirtschaft durchgehend geringer aus, als die der „übrigen“, in der Regel unerwünschten Abgänge. Dies lässt nicht unbedingt auf mehr Fluktuationsgründe schließen, sondern eher auf eine wachsende Zahl von Menschen, die sie für relevant genug hielten, um den Betrieb zu wechseln.

Während es sich hier allerdings um Angaben handelt, die für ganze Industriebereiche gelten, ergibt sich aus den 1989 für einzelne Kombinate und Ministeriumsbereiche ermittelten Zahlen ein differenzierteres Bild des Belegschaftswechsels und der Fluktuation. Ein schlüssiges Muster ist hieraus freilich nicht abzulesen. In der Mehrzahl der Fälle verlief die Fluktuation des Produktionspersonals und damit sehr wahrscheinlich der Arbeiter etwas schneller als die der Gesamtbelegschaften. Tabelle 10 zeigt, wie lange – rein rechnerisch – der komplette Austausch einer Belegschaft durch Belegschaftswechsel und Fluktuation gedauert hätte.

Die Verkürzung der „Umschlagsdauer“ lässt sich kaum auf einen einzigen Faktor zurückführen. Aber unter den Gründen, die in Betracht kommen, dürften am ehesten Umstrukturierungen in Betrieben und Rationalisierungsmaßnahmen, die Umgestaltung von Arbeitsplätzen sowie die Lösung von Wohnungsproblemen und die Möglichkeiten der Kinderbetreuung zu nennen sein. Auch wird man Orts- und damit oft verbundene Betriebswechsel infolge von Eheschließungen in Rechnung zu stellen haben. Alles das war nicht neu und gehörte in dieser oder jener Form zur Arbeiterexistenz.

Tabelle 10

Belegschaftswechsel und Fluktuation der Arbeiter und Angestellten 1989. Umschlagsdauer in Jahren (in Klammer: Produktionspersonal)

	Belegschafts- wechsel	Fluktuation
BKK Bitterfeld	11,5	20,4 (21,3)
Gaskombinat Schwarze Pumpe	10,8	17,6 (21,0)
Energierekombinate insgesamt	8,5	10,1 (11,2)
Kombinat Industrieanlagenbau META	6,7	8,4 (6,9)

[BArch 0001651 (Zugangsnr.); Arbeitskräftebericht Industrieministerien. Belegschaftswechsel per 31.12.1988. Archiv StBA, Behälter 20919, Sign. 010712/10 [BArch 012853 (Zugangsnr.)].

Petrolchemisches Kombinat	8,9	15,5 (15,0)
Fotochemisches Kombinat Bitterfeld	8,7	13,2 (12,0)
Leuna-Werke	9,3	14,2 (14,1)
Synthesewerk Schwarzheide	9,3	17,5 (12,5)
Kombinat Robotron	9,4	13,8 (12,7)
Carl Zeiss Jena	8,4	12,2 (11,2)
Kombinat Narva	7,9	10,5 (9,7)
SKET Magdeburg	9,2	11,4 (10,0)
Kombinat Trikotagen	8,4	12,0 (12,2)
Kombinat Nahrungsmittel	5,8	7,8 (6,7)
Kombinat Technisches Glas.	9,3	12,9 (13,5)
Kombinat Erdöl-Erdgas	8,4	15,5 (13,6)
Bau- und Montagekombinat Kohle-Energie	5,7	9,6 (7,2)
Ministerium Handel und Versorgung	5,9	7,6 (9,8)

Quelle: Archiv StBA, 052107103.

Von einer Auflösung der Arbeitermilieus konnte keine Rede sein, aber es zeigten sich Auflockerungs- und teils wohl auch Erosionstendenzen. Sie äußerten sich u. a. in einer stärkeren sozialen Durchmischung neuer Wohnviertel, im Abschleifen der sozialen Schwelle zwischen Arbeitern und Angestellten sowie auch in einer Unterschichtung der nach wie vor dominierenden Facharbeitermilieus.

5. Technischer Fortschritt mit gesellschaftskritischem Potential

Am Schluss ihres Aufsatzes zitiert Elke Scherstjanoi den etwas larmoyanten Text „*gestern waren wir überbezahlt*“ des „Braunkohlebergmann[s] und Rocksänger[s]“ Gerhard Gundermann,⁵⁸ nicht ohne zuvor schon den Arbeitern, „unter ihnen“ den Industriearbeitern, „die immer die erste Adresse von Sozialpolitik in der DDR gewesen waren“, bescheinigt zu haben, dass sie „1989/90 der arbeiterlichen Gesellschaft als erste den Rücken“ kehrten.⁵⁹ Generalisierende Aussagen solcher Art haben bekanntermaßen ihre Tücken. Immerhin zählten sich 61 Prozent der Ostdeutschen nach 1991 erhobenen Daten zur Unter- und Arbeiterschicht; von den Westdeutschen waren es nur 25 Prozent, die sich in einer solchen subjektiven Schichteinstufung dort verorteten.⁶⁰ Diese Selbstwahrnehmung einer ostdeutschen Bevölkerungsmehrheit stützt Englers Diag-

58 Scherstjanoi, Staatssozialismus, S.143f.

59 Ebenda, S.142.

60 Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, S.539.

nose sehr wohl, aber einen Anhaltspunkt dafür, dass Arbeiter sich von der „arbeiterlichen Gesellschaft“ abwandten, bietet sie nicht. Vielmehr gibt sie einen Hinweis auf eine nach wie vor beträchtliche Stabilität der Arbeitermilieus.

Die Frage, ob es in der DDR der 1970er- und 1980er-Jahre spezifische Arbeitermilieus gab, wird man nach den Forschungen von Peter Alheit und Hanna Haack zu Rostocker Werftarbeitern sowie von Michael Hofmann, Dieter Rink, Thomas Schwarzer, Kerstin Schweigel, Astrid Segert, Michael Vester und Irene Zinke zu Arbeitermilieus im Raum Leipzig und Brandenburg/Havel in dem Sinne bejahen können, dass die Lebensumstände der Arbeiterschaft und die Art ihrer Bewältigung relativ homogen waren.⁶¹ Darin lag nicht unbedingt ein Vorteil, zumal in einer Mangelwirtschaft nicht. Aber vielleicht war es gerade dieser Kontext, der ein Milieu stabilisierte, in dem sich Menschen zusammenfanden, „die ähnliche Lebenslagen mit ähnlichen Ethiken alltäglicher Lebensführung bewältigen (und sich darin von wiederum anderen Milieus mit anderen Lagen und Ethiken abgrenzen)“⁶². Die für die Milieubildung konstitutive wirtschaftliche, soziale und kulturelle Situation der Arbeiter wurde durch die starke Betriebszentrierung der DDR-Gesellschaft, durch die besonders auf Produktionsarbeiter fokussierte Sozialpolitik und durch nachlassenden politischen Druck auf die Arbeiterschaft in den Betrieben bestimmt. Arbeiter erlangten eine „relativ günstige Position im Schichtgefüge“ der realsozialistischen Gesellschaft.⁶³

Trotzdem gab es eine Bruchstelle von geradezu strategischer Dimension. Es war der verspätete und mit unzureichenden Mitteln unternommene Versuch, in der wissenschaftlich-technischen, der digitalen Revolution Anschluss zu finden. Das Scheitern der DDR, so konstatiert Ulrich Busch, sei neben innen- und außenpolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen „auf die Nichtbewältigung des Umbruchs, des Übergangs von der fordistischen zur nachfordistischen Produktionsweise, zurückzuführen“. Zudem müsse „historisch weiter zurückgreifend“ auch

61 Siehe Peter Alheit u.a.: Gebrochene Modernisierung. Der langsame Wandel proletarischer Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 1950er Jahren, Bd. 1: Sozialgeschichtliche Rekonstruktionen, Bd. 2: Soziologische Deutungen, Bremen 1999; Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln 1995.

62 Michael Vester: Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland, in: ders./Hofmann/Zierke, Soziale Milieus, S.7-50, hier S.11.

63 Geißler, Sozialstruktur, S.177.

„die ungenügende Beherrschung des fordistischen Produktions- und Sozialmodells durch die Planwirtschaft diagnostiziert werden“.⁶⁴ Gerieten die DDR und mit ihr die Arbeiterschaft auf diese Weise in eine Modernisierungsfalle? Ganz so einfach lagen die Dinge wohl nicht, denn zu den von Busch angedeuteten Gründen des Scheiterns gehörten, um nur einige zentrale Punkte zu nennen, eine kriselnde sowjetische Führungsmacht, ein ökonomisch schwächelnder und zunehmend kooperationsunfähiger RGW, Embargobedingungen für den Handel mit Hochtechnologie, das Fehlen einer eigenen konvertierbaren Währung und nicht zuletzt die sehr begrenzten Ressourcen der DDR. Wenn sich 1989 wohl kaum ein Arbeiter für den Fortbestand dieser Situation erwärmen konnte, hieß das nicht, dass damit die Lebenspraxis einer „arbeiterlichen Gesellschaft“ entwertet worden wäre. Auch die mitunter anzutreffende Erklärung, eine relativ üppige Sozialpolitik habe die Arbeiterschaft satt und träge, vielleicht auch „bildungsmüde“ gemacht, geht am Kern des Problems vorbei. Der hohe Stellenwert des Sozialen lässt sich – übrigens in beiden deutschen Staaten – als eine Reaktion auf kollektive historische Erfahrungen des 20. Jahrhunderts verstehen, in denen Angst, Risikoscheu und Sicherheitsdenken gründeten.⁶⁵ Aber für dieses Jahrhundert war eben auch eine starke Affinität vieler Arbeiter gegenüber der modernen Technik kennzeichnend. Dies mochte einerseits die frustrierende Wirkung einer inkonsequenten und in Teilen verfehlten Technologiepolitik, wie sie in der späten DDR um sich griff, verstärkt haben. Andererseits gab es eine bemerkenswerte Offenheit gegenüber der wissenschaftlich-technischen Revolution – zumal das im Hintergrund stets präsente Versprechen sozialer Sicherheit bis in den Herbst 1989 als erfüllt bzw. erfüllbar galt.

Es wäre zwar kontrafaktisch, die Chancen „volkseigener“ industrieller Hochtechnologiestandorte im Gebiet der DDR für den Zeitraum nach 1990 ausloten und die Haltung der Arbeiterschaft dazu bestimmen zu wollen. Immerhin fällt auf, dass die 1990/91 einsetzende Deindustrialisierung⁶⁶ von Arbeitern in mehrfacher Hinsicht als Verlust erfahren wurde: Sie verloren mit den Arbeitsplätzen ihre Produktionsmacht, mit ihren

64 Busch, DDR, S.56.

65 Siehe Gerold Ambrosius: „Sozialistische Planwirtschaft“ als Alternative und Variante in der Industriegesellschaft – die Wirtschaftsordnung, in: André Steiner (Hrsg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006, S.11-31, hier S.28.

66 Hierzu Otto Köhler: Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte, Berlin 2011, S.57-92.

Betrieben ging auch Berufserfahrung dahin. Aber nirgendwo – soweit zu sehen ist – schlug das Pendel in eine technikkritische Richtung aus, schon gar nicht bei den deutlich weniger gewordenen Beschäftigten „industrieller Kerne“, aber auch nicht im rasch anwachsenden „Prekariat“. Allerdings wirft die unter dem Signum der „Globalisierung“ seit den 1990er-Jahren eingetretene „Konstellation strategischer Unterbeschäftigung“⁶⁷ das Technik-Problem in neuer Weise auf, nämlich als Gesellschaftskritik und Systemfrage.

67 Karl-Heinz Roth: Die globale Krise, Hamburg 2009, S.167.

Verhinderten Arbeiter die DDR-Wirtschaftsreform?

Thomas Reichel

Das Jahrzehnt nach dem Mauerbau, dem „heimlichen Gründungstag“ der DDR,¹ war geprägt vom weitestgehenden Versuch, die Wirtschaft des Landes zu reformieren und somit die ökonomische Grundlage für eine konkurrenzfähige Alternative zur westdeutschen Bundesrepublik zu schaffen. Mit dem faktischen Abbruch und Scheitern des „Neuen Ökonomischen Systems“ (NÖS),² personifiziert in der Entmachtung Walter Ulbrichts durch seinen „Thronfolger“ Erich Honecker 1971,³ wurden die Weichen für den nicht zuletzt wirtschaftlich bedingten Niedergang des ostdeutschen „Arbeiter- und Bauernstaates“ gestellt. Daher ist es durchaus von Interesse, aus welchen Gründen dieser Reformversuch fehlschlug, welche gesellschaftlichen Schichten und Gruppen dazu mehr oder weniger beitrugen. In diesem Text geht es primär um die Arbeiter, denn das Verhältnis der Arbeiterschaft zum NÖS ist eine der zentralen Fragen für das Verständnis der Geschichte des „Arbeiterstaates“ DDR.⁴

Jeffrey Kopstein sprach von der „langfristigen, schleichenden Lähmung der Fähigkeit des [SED-]Regimes, eine effektive Wirtschaftspolitik zu formulieren und umzusetzen, als Folge alltäglicher apolitischer Formen des Widerstandes der arbeitenden Menschen“.⁵ Sein Befund, die Arbeiter hätten die Reformen be- und letztlich verhindert, passt zwar zu seinem Bestreben zu zeigen, „wie machtlose Arbeiter einen despotischen Staat in

1 Dietrich Staritz: Geschichte der DDR, Frankfurt/Main 1996, S.196.

2 Ich verwende hier die Bezeichnung „Neues Ökonomisches System“ (NÖS) für das 1963 beschlossene wirtschaftspolitische Reformprogramm, das in der Langform „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL) hieß und 1967 unter der Bezeichnung „Ökonomisches System des Sozialismus“ (ÖSS) modifiziert wurde. Siehe Stichwort: Wirtschaft, in: DDR-Handbuch, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 1985 (3. Aufl. 2000), in: Enzyklopädie der DDR (CD-Rom), Digitale Bibliothek, Bd. 32, Berlin 2000, S.7040, 7049.

3 Siehe ausführlich dazu: Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962-1972, Berlin 1997.

4 Dieser Aufsatz ist die gekürzte und überarbeitete Version eines Kapitels meiner Dissertation, das in der Buchform nicht enthalten ist: Thomas Reichel, „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“. Die Brigadebewegung in der DDR (1959-1989), Köln u. a. 2011.

5 Jeffrey Kopstein: Chipping away at the state. Workers' resistance and the demise of East Germany, in: World Politics, 48 (1996), S.391-423, hier S.422.

vier Jahrzehnten niederringen konnten“.⁶ Allerdings wird die These nicht stichhaltig belegt und erweist sich bei näherem Hinsehen als oberflächlich, ja als falsch. Ausgangspunkt dieser Fehldiagnose ist die Annahme, die ostdeutschen Arbeiter hätten mehrheitlich dem „despotischen Staat“ während seiner gesamten Existenz die Stirn geboten und hartnäckig das Ziel verfolgt, ihn „niederzuringen“. Im Grunde stellt diese Auffassung das Pendant zu dem ebenso realitätsfernen Postulat der SED-Führung dar, demzufolge die Arbeiter den als „Diktatur des Proletariats“ etikettierten Staat vorbehaltlos unterstützen und in den vorgeblich „volkseigenen“ Betrieben mit gänzlich „neuem Bewusstsein“ freudig hätten schuften müssen, ohne viel nach Lohn und Arbeitsbedingungen zu fragen.⁷

Hier soll es konkret um die Frage gehen, inwiefern die Reformversuche der 1960er-Jahre die Arbeiterschaft berührten und wie diese sich dazu verhielt. Lässt sich ergründen, gegen welche Maßnahmen des NÖS sich die Beschäftigten zur Wehr setzten und wie sie Unmut oder gar Widerstand artikulierten? Fanden zumindest Teile des Reformprogramms die Zustimmung der „Werkstätigen“? Welche, insbesondere für die Arbeiter spürbaren, Defizite des DDR-Wirtschaftssystems wurden auch in diesem Zeitraum nicht oder nur unzureichend angepackt?

Äußerungen von Arbeitern zur Wirtschaftsreform oder zu einzelnen Maßnahmen des NÖS sind nur wenige überliefert. Einige Anhaltspunkte zur Haltung der Arbeiterschaft gegenüber diesen Prozessen liefern Meinungsumfragen, Informationen über Arbeitskonflikte sowie Berichte, vor allem des FDGB, aus den Betrieben.

Die Haltung der Arbeiter zur Modernisierung der Wirtschaft im Spiegel der Meinungsforschung

Direkt zu Aspekten des NÖS wurde in der Meinungsforschung interessanterweise nicht gefragt. Bei einer Umfrage in 42 Betrieben der gesamten DDR Ende 1965 ging es u. a. um „einige Probleme der wissenschaft-

6 Ebenda, S.393. „Von den Arbeitern verhinderten Reformen“, heißt es auf S.420.

7 Zu diesem von Beginn an ausgeprägten „Missverständnis“ siehe Thomas Reichel: „Feste Burgen der Partei“? Aufbau und Rolle der SED-Betriebsgruppen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946-1949, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 36 (2000), S.62-99, insbes. S.78ff., sowie Ders., Auf dem Weg zur „herrschenden Klasse“? Die Arbeiterschaft in der SBZ zwischen Betriebsräten und FDGB, in: IWK, 36 (2000), S.453-498, insbes. S.479ff.

lich-technischen Revolution und der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“, aus der positive Erwartungen der Beschäftigten an die permanent beschworene „wissenschaftlich-technische Revolution“ (WTR) ablesbar waren. So glaubten 80 Prozent, dass die „Automatisierung der Produktion den Werktätigen Vorteile“ bringen würde und nur drei Prozent befürchteten Nachteile daraus. Reichlich ein Drittel der Befragten gab allerdings an, über keine konkreten Informationen bezüglich der zukünftigen technischen Entwicklung im eigenen Arbeitsbereich zu verfügen. Wenn gleich sie nicht direkt nach ihrer persönlichen Bereitschaft gefragt wurden, waren sich doch fast 90 Prozent bewusst, dass die Automatisierung eine höhere Qualifikation erfordern würde. Konfrontiert mit der Konsequenz, dass infolge der „sozialistischen Rekonstruktion und Automatisierung [...] einzelne Werktätige den Betrieb oder den Beruf wechseln“ müssten, legten die meisten Befragten Wert darauf, dass in diesen Fällen der bisherige Beruf, die Kenntnisse und Fähigkeiten der Betroffenen berücksichtigt würden (31,4 Prozent). 25,6 Prozent forderten, dass damit keine finanziellen Einbußen verbunden sein dürften, während 18,9 Prozent eine rechtzeitige Information und Qualifizierungsangebote erwarteten.⁸

Diese Antworten offenbarten nicht nur Wunschvorstellungen der Interviewten, sondern verwiesen zugleich auf Defizite. Denn wenige Monate später stellte das Meinungsforschungsinstitut in Betriebsanalysen fest, dass sich „bei der Gewinnung von Arbeitskräften für einen neuen Arbeitsplatz [...] besonders in den neu errichteten Werken Mängel in der rechtzeitigen Information und Qualifizierung der Werktätigen sowie in der Entlohnung“ zeigten.⁹

Erahen lässt sich aus solchen Umfrageergebnissen auch, dass der in den Sechzigerjahren stark geschürte Glaube an die unbegrenzten Möglichkeiten der Technik und die ständige Rede von Automatisierung, WTR und umfassender sozialistischer Rekonstruktion der DDR-Volkswirtschaft

8 Ausgewertet wurden dabei im November 1965 4.700 Fragebögen (8.000 waren ausgegeben worden). Institut für Meinungsforschung beim ZK der SED, mit Anschreiben Karl Maron an Günther Mittag vom 6.12.1965, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30 IV A 2/2021/87, Bl. 1-71.

9 ZK-Abt. Grundstoffindustrie, Berlin, 18.3.1966, Erkenntnisse und Schlußfolgerungen aus den Betriebsanalysen [...] zu einigen Problemen der technischen Revolution und der Automatisierung in 12 Betrieben der Grundstoffindustrie, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021/87, Bl. 170-177.

einen erheblichen Erwartungsdruck erzeugten. Dass die daran geknüpften Hoffnungen vieler Werktätiger enttäuscht wurden, trug spätestens ab den Siebzigerjahren zur Delegitimierung der SED-Herrschaft bei.

Mitte der Sechzigerjahre meinten immerhin 57 Prozent der befragten Beschäftigten, die DDR hätte in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung während der letzten drei Jahre große Erfolge erzielt. Allerdings wird dieses Ergebnis dadurch relativiert, dass in der gleichen Umfrage fast Dreiviertel der Auffassung waren, die wirtschaftliche Dynamik reiche nicht aus, um gegenüber Westdeutschland aufzuholen. Ein reichliches Drittel glaubte allerdings, die Erzeugnisse, an denen sie selbst mitarbeiteten, entsprächen dem „Weltniveau“. Dies erschien selbst den Genossen der ZK-Abteilung Grundstoffindustrie als eine zu rosige Sicht. Sie merkten zu einem ähnlichen Ergebnis einer vergleichbaren Umfrage Anfang 1966 an, dass „der relativ hohe Anteil positiver Einschätzungen der eigenen Erzeugnisse und Technologien zum Weltstand [...] die Selbstzufriedenheit einiger leitender Funktionäre dieser Betriebe“ widerspiegeln.¹⁰

Gefragt, was in ihrem Arbeitsbereich getan werden müsste, um die Produktion zu verbessern, votierten 32,4 Prozent für eine Modernisierung der vorhandenen Technik durch Investitionen bzw. eine Verbesserung der Technologie. 25,9 bzw. 25,1 Prozent hielten eine bessere Materialbereitstellung und Arbeitsorganisation für notwendig, um einen kontinuierlichen Produktionsablauf zu gewährleisten.¹¹

Diese Umfrageergebnisse lassen zwar keine direkten Schlüsse bezüglich der Haltung der Arbeiterschaft zum NÖS zu, zeigen aber, dass diese generell die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Modernisierung und Reform anerkannte. Eine prinzipielle Abwehrhaltung lässt sich jedenfalls

10 Ebenda, Bl. 171.

11 Bei einer ähnlichen Umfrage Anfang 1967 rangierte die Materialbereitstellung (44,4 Prozent) vor der Verbesserung des materiellen Anreizes (42,1 Prozent) und diese wiederum vor einer besseren Arbeitsorganisation (38,8 Prozent). In dieser Befragung räumten nur knapp 21 Prozent der Modernisierung der vorhandenen Technik Priorität ein. Hervorzuheben ist, dass differenzierte Ergebnisse für die unterschiedlichen Beschäftigtengruppen vorliegen. Dadurch wird beispielsweise sichtbar, dass die Mehrheit der Meister und Brigadiere die Verbesserung der Arbeitsorganisation, eine bessere Materialbereitstellung und höhere materielle Anreize als dringend notwendig erachtete. Mit einem Votum von 33 Prozent lagen sie auch beim Punkt technische Modernisierung deutlich über dem Durchschnitt aller Beschäftigten. Institut für Meinungsforschung beim ZK der SED, 13.3.1967, Bericht über eine Umfrage zu einigen Problemen der Wirtschaft und Politik im Bezirk Erfurt, SAPMO-BArch, DY30 IV A 2/2021/88, unpag.

nicht ablesen. Eher werden positive Erwartungen sichtbar, die auch eine gewisse Bereitschaft zur Mitwirkung am Reformprozess impliziert haben dürften.

Arbeitskonflikte in den 1960er-Jahren als Indikatoren für die Reaktionen auf das NÖS

Als weiterer Indikator dafür, dass die Arbeiterschaft dem NÖS nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, ist die Tatsache zu bewerten, dass in den Jahren 1963 bis 1969 die Zahl der Arbeitskonflikte in den Betrieben der DDR zurückging,¹² deren danach wieder steigende Zahl ist mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Folge der krisenhaften Zuspitzung der Situation der DDR-Volkswirtschaft im Jahr 1970, die nicht zuletzt auf eine Reihe von Fehlentwicklungen in der letzten Phase der Wirtschaftsreform zurückzuführen war.¹³ So ist Mitte Dezember 1970 in einem Dokument des FDGB-Bundesvorstandes von „bisher 22 Arbeitsniederlegungen mit 380 Kollegen“ die Rede, von denen lediglich zwei im ersten Halbjahr stattgefunden hatten, was „gegenüber den Jahren 1964 bis 1969 eine zahlenmäßige Zunahme von Arbeitskonflikten“ bedeute.¹⁴ Von Oktober 1970 bis April 1971 wurden 63 Arbeitsniederlegungen gemeldet und insgesamt eine „starke Zunahme“ von „Konflikten und besonderen Vorkommnissen“ beklagt.¹⁵

Somit bleibt festzuhalten, dass während der Kernphase des NÖS zunächst ein signifikanter Rückgang und dann über den gesamten Zeitraum eine geringe Zahl von Arbeitsniederlegungen registriert wurde, was eine grundsätzliche Ablehnung der Modernisierungs- und Reformbestrebungen durch die Arbeiterschaft sehr fragwürdig erscheinen lässt.

12 Siehe Renate Hürtgen: Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel, in: Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln 2005, S.383-403, insbes. S.395f.

13 Siehe dazu ausführlich André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, S.503-519.

14 Bundesvorstand (BuV) des FDGB, 15.12.1970, Kurzinformation über die in diesem Jahr stattgefundenen Arbeitsniederlegungen und Konflikte, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/6.11/98, unpag.

15 ZK-Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik (GS), 24.5.71, Information über Arbeitskonflikte und besondere Vorkommnisse, ebenda.

Ein Blick auf die Ursachen von Arbeitskonflikten liefert ebenso wenig Belege für eine diesbezügliche Oppositionshaltung. So hieß es 1963, dass viele Konflikte „durch eine nicht richtige Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit und die falsche Auslegung“ einer Ministerratsdirektive zur „Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn, Neue Technik – Neue Normen [...] durch die Wirtschaftsfunktionäre“ ausgelöst worden waren. Darin käme eine „administrative, bürokratische und herzlose Arbeitsweise“ zum Ausdruck.¹⁶

Eine solche Bewertung ist in Dokumenten der zentralen Apparate von SED und FDGB immer wieder anzutreffen und legt nahe, dass selbst in diesen Gremien das in aller Regel nur kurzzeitige offene Aufbegehren meist kleiner Gruppen von Beschäftigten als in der Sache gerechtfertigt angesehen wurde. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt z. B., wo im I. Quartal 1963 mit acht relativ viele Arbeitsniederlegungen verzeichnet wurden, waren Anlässe wie diese ausschlaggebend gewesen: Im Buchungsmaschinenwerk der Bezirkshauptstadt verließ eine 25-köpfige Brigade wegen unzureichender Beheizung 1½ Stunden vorfristig ihren Arbeitsplatz. Festlegungen, die Arbeitsräume rechtzeitig und ausreichend zu beheizen, waren von den Verantwortlichen wiederholt missachtet worden. In der Schraubenfabrik der Stadt kam es aus dem gleichen Grund zu einem ähnlichen Vorfall. Im VEB Apparatebau Mylau (Vogtland) nahmen sieben Kolleginnen mit zwei Stunden Verspätung ihre Arbeit auf. Durch Transportschäden und mangelhafte Qualität des Materials hatten sie großen Nacharbeitsaufwand, weshalb sie ihre Normen nicht erfüllen konnten und dafür Lohneinbußen hinnehmen mussten. Trotz mehrmaliger Beschwerden seitens der Arbeiter und nachfolgenden Versprechungen Vorgesetzter, eine Klärung herbeizuführen, hatte sich an diesem Zustand nichts geändert. In drei weiteren Fällen war es durch Versäumnisse bzw. Fehlleistungen Vorgesetzter zur Nicht- bzw. verspäteten Auszahlung von Lohn oder Prämien gekommen.¹⁷

Auf ähnliche Anlässe wie die genannten verweist auch ein Informationsbericht über Arbeitsniederlegungen im Frühjahr 1964. Typisch war danach, dass für wenige Stunden die Arbeit niedergelegt wurde, wie bei-

16 AK(S)-Information, Analyse über Arbeitskonflikte im I. Halbjahr 1963, Berlin 3.8.1963, ebenda.

17 ZK-Abt. GS, 17.4.1963, Information über Arbeitsniederlegungen im Bezirk Karl-Marx-Stadt, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/6.11/98, unpag.

spielsweise von 40 Kollegen der Hand- und Maschinenformerei des VEB Webstuhlbau Großenhain. Sie wollten damit erreichen, ihre lange folgenlos gebliebenen Klagen über „Mißstände in der Arbeitsorganisation und ungenügende Arbeit mit den Menschen“ direkt dem Betriebsleiter oder einer übergeordneten Instanz vortragen zu können. Immer häufiger führten unzureichende oder fehlende Informationen über die Einführung neuer Lohnformen zu Irritationen und Misstrauen bei Arbeitern, die dann durch kurzzeitige Arbeitsniederlegungen eine Klärung zu erzwingen suchten.¹⁸

Seltener ereigneten sich Konflikte wie der Folgende: Im VEB Mechanische Spielwaren Brandenburg (Havel) setzten die Arbeiter der mit dem Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichneten Brigade „Steckenpferd“ im Februar 1968 eine Aussprache mit dem Betriebsleiter und Vertretern der SED-Kreisleitung durch. Dem Bericht zufolge konnten „sie es mit ihrer Arbeiterethik nicht mehr verantworten, daß weiterhin Ausschuß produziert“ werde, weil seit langem bekannte Mängel in der Technologie nicht behoben wurden. Im Ergebnis der Aussprache wurden diese Mängel beseitigt, und die Ausschussquote sank beträchtlich. Die eine Stunde ausgefallener Arbeitszeit „holten die Arbeiter freiwillig auf“. Gegen den Werkleiter wurden sowohl von der Betriebsparteileitung als auch von der zuständigen Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Partei- bzw. Disziplinarverfahren „wegen Vernachlässigung seiner Kontrollpflicht und Mißachtung von Vorschlägen der Werktätigen“ durchgeführt.¹⁹

In der Kammgarnspinnerei der Havelstadt lösten zur selben Zeit „ungerechtfertigte Differenzierungen der Jahresendprämie zwischen Lohn- und Gehaltsempfängern“ unter den Arbeitern „Protest und Unruhe“ aus. Vielleicht nicht ganz untypisch für jene Periode, hatten die leitenden Kader des Betriebes ihren etwas größer gewordenen Spielraum genutzt, vor allem sich selbst Jahresendprämien in Höhe eines Monatsgehältes oder darüber zu genehmigen, während die Produktionsarbeiter durchschnittlich nur ein Drittel ihres Lohnes (zwischen 25 und 250 Mark) als Prämien

18 ZK-Abt. GS, 18.3.1964, Information über Arbeitsniederlegungen in den Bezirken Cottbus, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Neubrandenburg, ebenda.

19 ZK-Abt. Leicht-, Lebensmittel- und Bezirksgeleitete Industrie an G. Mittag, 20.3.1968, Information über die Vorkommnisse im VEB Kammgarnspinnerei Brandenburg und VEB Mechanische Spielwaren Brandenburg und die eingeleiteten Maßnahmen, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/2021/89, unpag.

erhielten. Dies widersprach freilich eklatant dem Gerechtigkeitsempfinden der Beschäftigten und dem Egalitätspostulat des „Arbeiterstaates“, dessen Legitimation nicht zuletzt auf einem weitgehenden Gleichheitsversprechen beruhte. Dieser Egalitarismus vertrug sich nur schwer mit einer Differenzierung der Einkommen nach Qualifikation, Funktion und Leistung, selbst wenn sie – gemessen an kapitalistischen Unternehmen – eher bescheiden ausfiel. Der Preis dieser „Verteilungsgerechtigkeit“ war hoch, denn die Innovations-, Effizienz- und Leistungsschwäche der DDR-Volkswirtschaft gründete nicht zuletzt in dieser Prämisse.

Entsprechend fielen die im Falle der Kammgarnspinnerei von der SED-Kreisleitung veranlassten Konsequenzen aus: Die „ungerechtfertigt hohen Prämien der Direktoren des Betriebes wurden von der VVB gestrichen“, bereits ausgezahlte Beträge mussten zurückgezahlt werden. Die Prämien der Lohnempfänger „wurden entsprechend der festgelegten Mindesthöhe durch Bereitstellung von Mitteln aus dem Verfügungsfonds des Generaldirektors der VVB“ erhöht. Gegen den Werkleiter und weitere Direktoren des Betriebes wurden Disziplinarverfahren eingeleitet, der Hauptbuchhalter verlor seine Funktion. Außerdem wurden sowohl die Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) als auch der Parteisekretär des Betriebes abgelöst. In einer Vollversammlung der Gewerkschaftsvertrauensleute, auf der die ganze Affäre ausgewertet wurde, erklärten die Versammlungsteilnehmer ihre „volle Zustimmung“ zu diesen Maßnahmen.²⁰

Dass sich die Chefetage trotz eines unzureichenden Betriebsergebnisses zunächst selbst bedienen konnte und die Beschäftigten schließlich einen Prämien-Nachschlag aus einem Sonderfonds erhielten, deutet darauf hin, dass ökonomische Rationalitätskriterien auch während des NÖS nicht konsequent durchgesetzt wurden bzw. die Strukturen und Mechanismen des Wirtschaftssystems noch weit davon entfernt waren, die Akteure zu einem entsprechenden Verhalten zu zwingen. Dafür gibt es eine Vielzahl weiterer Belege.

Die relativ geringe Zahl von (aktenkundig gewordenen) Arbeitskonflikten während der NÖS-Periode und ihre anhand einiger typischer Beispiele skizzierten Anlässe liefern keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass sich die Arbeiterschaft dezidiert gegen die Reformen gestellt hätte.

20 Ebenda, sowie ein Schreiben der ZK-Abt. Parteiorgane an K. Hager vom 28.2.1968 zu dieser Angelegenheit in derselben Akte.

Weiterhin ungelöst: Das Problem leistungsgerechter, motivierender Löhne und Prämien

Eine wichtige Rolle spielten, wie in dem vorgenannten Beispiel der Kammgarnspinnerei, Prämienzahlungen. Ein Ministerratsbeschluss von 1964 über die „Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds“ in VEB und VVB der Industrie und des Bauwesens war darauf gerichtet, den Betrieben mehr Mittel und größere Spielräume für finanzielle Leistungsanreize zu gewähren. Bei Überprüfungen im Sommer und Herbst 1965 wurde jedoch festgestellt, dass die Prämienfonds häufig nicht wie vorgesehen eingesetzt wurden und folglich auch die erhofften Wirkungen nicht erzielt werden konnten. Die Prämienmittel würden „ungenügend als Anreiz zur Lösung von Aufgaben bei der Meisterung der technischen Revolution eingesetzt“, heißt es in einem Bericht. Und weiter: „In der Mehrzahl der Betriebe werden die Prämienmittel als Anreiz [...] bei der Planaufholung, -erfüllung und -übererfüllung verwendet, d. h. für Leistungen, die mehr oder weniger bereits über den Lohn materiell anerkannt wurden.“ Außerdem, so musste man feststellen, hatte die „Einführung leistungsabhängiger Gehälter für die leitenden und mittleren Kader [...] zu einer Überforderung des Betriebsprämienfonds bzw. zu einer Umverteilung der Prämienmittel zu Ungunsten der Werktätigen“ geführt.²¹ Eine Stichprobe aus dem VEB Elektroapparatewerk (EAW) Treptow belegte diese Feststellung exemplarisch: Die Werkleitung, einschließlich nachgeordneter (Teil-)Betriebsleiter, hatte sich monatliche Prämien als Zuschlag zum Gehalt zwischen 800,- und 2.700,- MDN (zwischen 68 und 85 Prozent des jeweiligen Gehaltes) genehmigt. Diese leistungsabhängigen Aufschläge waren gezahlt worden, obwohl der Betrieb Devisenschulden zu verzeichnen hatte und durch „Rückstufungen von Gütezeichen [...] empfindliche materielle Verluste“ hinnehmen musste. Das sorgte für miese Stimmung unter den Arbeitern: „Wir müssen immer mehr Überstunden machen, um den Direktoren hohe Prämien zu garantieren.“ Oder: „Die im weißen Kittel erhalten das Gehalt für ihre Anwesenheit im Betrieb und die Prämie für ihre Arbeit.“²²

Kein Wunder also, dass Stichproben im Juli 1965 ergaben, dass die „meisten der überprüften Betriebe“ gegen die Festlegungen des Ministerrates

21 ZK-Abt. GS, 23.9.1965, Probleme bei der Zuführung und Verwendung der Mittel des Betriebsprämienfonds 1965, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/6.11/85, unpag.

22 [ZK-Abt. GS], Information, 19.7.1965, ebenda.

zur Bildung und Verwendung der Prämienfonds verstießen.²³ Ein viel zu geringer Anteil der Prämienfonds wurde in der Mehrzahl der Betriebe für die „Realisierung der Maßnahmen des Planes ‚Neue Technik‘ und für Forschung und Entwicklung“ ausgegeben. Freilich wirtschafteten Betriebsleiter nicht nur in die eigene Tasche, sondern setzten zum Teil erhebliche Mittel – vorschriftswidrig – für die „Verbesserung der Kooperationsbeziehungen“ ein und verteidigten dies als „richtig und erforderlich“. So wurden „zur vorfristigen bzw. termingerechten Fertigstellung von Investitionsvorhaben Prämien an Bau- und Montagebetriebe gezahlt“, ebenso an wichtige Zulieferer, deren Zwischenprodukte für die eigene Produktion und Planerfüllung unabdingbar, aber auf dem Binnenmarkt äußerst knapp waren.²⁴ Dies kann als eine Art marktkonformes, ökonomisch rationales Verhalten bewertet werden, das paradoxerweise einerseits gegen die Regeln der zentralen Planwirtschaft verstieß und andererseits dazu beitrug, Defizite dieses Systems notdürftig zu kompensieren. In der Quintessenz wecken die zitierten Berichte jedenfalls erhebliche Zweifel, dass die Prämienfonds als ein unmittelbar auf der betrieblichen Ebene angesiedeltes Instrumentarium des NÖS die beabsichtigte Wirkung entfaltet haben.

Experimente mit neuem Lohnsystem

Eine Reihe von Beispielen belegt klar, dass die Beschäftigten Reformmaßnahmen, wenn sie Hand und Fuß hatten und die Belegschaften angemessen informiert und einbezogen wurden, sehr wohl unterstützten und erheblich zu deren erfolgreicher Umsetzung beitrugen. Das zeigen die im Juni 1967 vom Sekretariat des ZK der SED beschlossenen ökonomischen „Experimente zur Lohngestaltung entsprechend den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution“. Auf diese Experimente soll hier etwas ausführlicher eingegangen werden, weil „sich das mit dem NÖS angestrebte Gesamtsystem wirtschaftlicher Anreize“ sowohl in der Perspektive der Beschäftigten als auch der Wirtschaftsinstanzen weitgehend „auf den Lohn und die Prämien“ konzentrierte.²⁵

23 ZK-Abt. GS, 29.7.1965, Information über die Verwendung der Mittel des Betriebsprämienfonds, ebenda.

24 Ebenda.

25 Steiner, DDR-Wirtschaftsreform, S.289f.

Im Oktober 1967 berichtete die eigens zusammengestellte Arbeitsgruppe Lohngestaltung über ihre Analyse der Situation in den zwei vom ZK-Sekretariat für das Experiment ausgewählten „Schrittmacherbetrieben“, dem Uhrenkombinat Ruhla und dem Wohnungsbaukombinat Rostock.²⁶ In beiden Betrieben gebe es „bedeutende Reserven“. Erstens sei die Ausnutzung der Produktionskapazitäten, „besonders der neu installierten hochproduktiven Technologien“ unbefriedigend. Zweitens waren „bisher das wissenschaftliche Arbeitsstudium und die Ausarbeitung neuer Normen und Leistungskennziffern vernachlässigt“ worden. Und drittens bestünden erhebliche Defizite bei der „Ausnutzung der Arbeitszeit, der Verringerung der Fluktuation und der Erhöhung der Qualifikation der Werk­tätigen sowie der planmäßigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der ökonomisch wirksamen Gestaltung von Lohn und Prämie“. Erschwert würde das Experiment dadurch, dass die „Staatliche Plankommission noch keine verwendbare Konzeption zur leistungsabhängigen Planung des Lohnfondszuwachses ausgearbeitet“ habe. Ziel des Pilotprojektes war ausdrücklich, dass „nicht nur betriebliche Lösungen erreicht werden, sondern die Ergebnisse volkswirtschaftlich zu verallgemeinern sind“. Klar vorgegeben war auch, die Experimente „im Rahmen der geplanten Lohn- und Prämienfonds und des erwirtschafteten Fondszuwachses der Betriebe“ durchzuführen.

Im Frühjahr 1968 nahm das Politbüro das offenbar positive Zwischenergebnis zur Kenntnis und beschloss, „in 10 bis 12 Betrieben verschiedener Industriezweige [...] auf der Grundlage der vorliegenden Erfahrungen ähnliche Experimente zur produktivitätsfördernden Lohngestaltung durchzuführen“.²⁷ Die Federführung ging von der Arbeitsgruppe auf das Staatliche Amt für Arbeit und Löhne über, und die jeweiligen Kombinate zeichneten nunmehr verantwortlich für die Weiterführung des Projektes in ihrem Bereich.

Ende Mai 1969 legte das Amt für Arbeit und Löhne dem Politbüro seinen Bericht über diese zweite Phase des Experimentes vor.²⁸ Anhand der

26 Arbeitsgruppe Lohngestaltung, 12.10.1967, Vorlage für das Sekretariat des ZK, betr.: Durchführung ökonomischer Experimente zur Lohngestaltung [...], SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/6.11/88, unpag.

27 Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 14/68 der Politbürositzung vom 9. April 1968, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/2/1163, Bl. 11f.

28 Horst Rademacher, 30.5.1969, Vorlage für das Politbüro des ZK der SED, Bericht über die Ergebnisse ökonomischer Experimente [...], SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/6.11/89, unpag.

einzelnen Betriebe werden darin die überaus positiven Resultate aufgezeigt: Im Uhrenkombinat Ruhla beispielsweise konnte in den beteiligten Produktionsabschnitten innerhalb eines Jahres die Produktivität um 30 Prozent gesteigert werden, wovon die Beschäftigten mit einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von zehn Prozent profitierten. Gleichzeitig gelang es, die Kosten um acht Prozent zu senken und erstmals auch während der Urlaubsmonate den Plan voll zu erfüllen. Als neue Qualität wurde hervorgehoben, dass nun „die Meister ihre Tätigkeit vorausschauend planen und organisieren, um dem anvertrauten Kollektiv alle Voraussetzungen für die allseitige Erfüllung der Planaufgaben zu schaffen“. Außerdem hätten „alle Werkstätigen der Experimentierbereiche [...] die Verpflichtung übernommen, um den Titel ‚Kollektiv der sozialistischen Arbeit‘ zu kämpfen“. Auch waren in der Belegschaft das Interesse an der „Arbeit mit der neuen Technik sowie an deren Wartung und Pflege und die Bereitschaft zur Qualifizierung“ gewachsen.

Nahezu euphorisch klang die Meldung aus dem Bereich Hauptspindelfertigung des VEB Werkzeugmaschinenfabrik Magdeburg. Dort sei im I. Quartal 1969 die geplante Produktionsaufgabe mit 119 Prozent bei einer Inanspruchnahme der geplanten Kosten von 86,4 Prozent erfüllt worden. Das betreffende Kollektiv habe sich seit Beginn des Experimentes zu einem „Schrittmacher“ entwickelt. Die bevorstehende Übertragung der Erfahrungen aus diesem Bereich auf 20 weitere Abteilungen nährte Hoffnungen, die Arbeitsproduktivität beträchtlich steigern und die Kosten im gesamten Betrieb senken zu können. Ähnlich positive Wirkungen der im Zuge des Experimentes durchgeführten Maßnahmen wurden aus dem Waschgerätekwerk Schwarzenberg, dem Kabelwerk Oberspree und dem Stahl- und Walzwerk Brandenburg berichtet. Überall war nicht zuletzt ein deutlicher Motivationsschub bei den Beschäftigten festzustellen, der sich u. a. in einem starken Rückgang der Fluktuation und einem deutlichen Anstieg der persönlichen Bereitschaft zur Qualifizierung niederschlug.²⁹

Zusammenfassend wird betont, dass die „positiven Wirkungen und Ergebnisse der Experimente maßgeblich darauf beruhen, daß Arbeitsstudium und persönliche materielle Interessiertheit in den Leitungsprozeß

29 Der Verlauf des Experimentes im Stahl- und Walzwerk Brandenburg ist ausführlich dokumentiert in der Akte: Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 502/1051, unpag.

einbezogen waren und die Werktätigen und ihre Gewerkschaften aktiv an diesem Prozeß mitwirkten“. Mit dem neuen Modell wären bessere Voraussetzungen geschaffen worden, um das Leistungsprinzip „bei strikter Wahrung des Grundsatzes, daß höherer Lohn nur durch höhere Leistungen erreichbar“ ist, zu verwirklichen. Zudem könne auch das „vorgegebene geplante Entwicklungsverhältnis von Arbeitsproduktivität und Lohn eingehalten“ werden.

Angesichts des überaus positiven Fazits empfahl das Amt für Arbeit und Löhne dem Politbüro, „jetzt das experimentelle Stadium abzuschließen und zur schrittweisen Anwendung der neuen Lohngestaltung überzugehen“. ³⁰ Für 1969/70 wurde vorgeschlagen, die „neue Lohngestaltung“ nicht nur in den bereits einbezogenen, sondern auch in weiteren Betrieben der betreffenden Kombinate sowie generell in „Betrieben, die Automatisierungsvorhaben durchführen“, umzusetzen. Um die „Entwicklung von Erzeugnissen und Technologien, die das Weltniveau bestimmen“, zu beschleunigen und die „Überleitungszeiten in die Produktion“ zu verkürzen, sollte in ausgewählten Kombinatun unmittelbar mit Experimenten „zur wirksamen materiellen Stimulierung hoher Leistungen in Forschung und Entwicklung“ begonnen und die neue Lohngestaltung im Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975 schrittweise auf die ganze Volkswirtschaft ausgedehnt werden. Als unerlässlich wurde angesehen, zwischen den zentralen staatlichen Organen und den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften langfristige Vereinbarungen abzuschließen.

Mitte Juni 1969 stimmten die ZK-Abteilungen Planung und Finanzen sowie Gewerkschaften und Sozialpolitik der Vorlage des Amtes für Arbeit und Löhne (mit einigen Ergänzungen) grundsätzlich zu. ³¹ Diesen Zuspruch versagte allerdings das SED-Politbüro als letztlich maßgebendes Gremium in seiner Sitzung vom 1. Juli 1969. Im Protokoll ist lediglich vermerkt, dass der Bericht zur Kenntnis genommen wurde. Der überraschende und entscheidende Satz, mit dem das gesamte, so erfolgreiche Experiment abgebrochen wurde, lautet: „Die Weiterführung der Arbeit erfolgt nur in den durch [den ursprünglichen, T. R.] Beschluß des Politbüros festgelegten Betrieben und Abteilungen.“ ³² Damit wurde die

30 Rademacher, 30.5.1969, Vorlage für das Politbüro.

31 ZK-Abt. Planung und Finanzen, Abt. GS, 12.6.1969, Stellungnahme zur Vorlage [...], SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/6.11/89, unpag.

32 Protokoll der Politbürositzung vom 1. Juli 1969, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/2/1234, Bl. 108.

Empfehlung explizit zurückgewiesen und das ursprüngliche Ziel des Projektes revidiert, die lange aufgestauten Probleme in der Volkswirtschaft insgesamt zu lösen. Gründe für diese schwer nachvollziehbare Entscheidung sind nicht genannt. Ohne sich in Spekulationen zu ergehen, kann man dies zumindest als einen jener (Rück-)Schritte einordnen, mit denen das Reformprogramm immer weiter ausgehöhlt und entwertet wurde. Es waren also nicht die Arbeiter, die Reformen be- und verhinderten; dafür sorgte vielmehr die SED-Führung selbst.

Konkrete Auswirkungen des halbherzigen (Nicht-)Reformierens auf die Beschäftigten in den Betrieben

Es gibt eine Vielzahl weiterer Belege dafür, dass Maßnahmen der Wirtschaftsreform häufig nicht oder viel zu kurz griffen und ihr letzliches Scheitern keineswegs auf den Widerstand der Arbeiterschaft zurückgeführt werden kann. Im VEB Gerätewerk Karl-Marx-Stadt etwa beklagte im Sommer 1963 der Vorsitzende der Kommission Arbeitsproduktivität: „Es wurden 2 neue Maschinensysteme gekauft, die aber, da man die technische Entwicklung des Betriebes nicht genügend beachtet hatte, jetzt auf dem Hof liegen und verrotten.“ Ein Fräser und AGL-Vorsitzender aus dem VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai“ der sächsischen Industriestadt äußerte: „Ohne die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität kommen wir nicht vorwärts. Sie darf aber nicht auf [den] Knochen der Arbeiter erfolgen. Bei uns praktiziert man die alten kapitalistischen Methoden. Sobald einer mehr verdient, kommt man gleich mit der Schere. Ob die Arbeitsorganisation klappt oder die Verbesserungsvorschläge der Kollegen angewandt werden, darüber macht man sich keine Gedanken.“³³

Auch im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) gab es unübersehbare Differenzen zwischen den allgemein hochfliegenden Erwartungen an die wissenschaftlich-technische Revolution und der betrieblichen Realität. Eine Arbeitsgruppe des FDGB-Bundesvorstandes kam Anfang 1965 zu der Einschätzung, dass „bei vielen leitenden Kadern [...] das Problem der Notwendigkeit der Schaffung des wissenschaftlich-technischen Vorlaufs nicht klar“ sei. Dies würde sich u. a. in der „ungenügenden Anwendung der materiellen Interessiertheit“ niederschlagen, etwa wenn „für bestimm-

33 Ebenda.

te Forschungsaufgaben Prämien ausgesetzt“, dann aber „bei Realisierung des Auftrages nicht gezahlt“ würden.³⁴ Schwierigkeiten gab es ebenso, wenn technisch und ökonomisch fragwürdige „Neuerungen“ durchgeboxt wurden. So beklagte die Parteileitung des EKO, dass zwar alle Funktionäre des Kombines erklärten, für das „Einblasen von Braunkohlenstaub“ in die Hochöfen zu sein, aber offensichtlich „keine Klarheit über den Nutzen“ dieser technologischen Umstellung herrsche. Argumente der Kollegen an den Öfen, denen zufolge dadurch die Leistung zurückgehe, die Qualität schlechter würde und sie entsprechend weniger verdienten, wollten die SED-Funktionäre nicht gelten lassen. Vielmehr zeugten ihrer Ansicht nach solche Äußerungen davon, dass noch nicht erkannt werde, „daß diese Technologie ein Weg ist, die Selbstkosten weiter zu senken“.³⁵ Ein solches Vorgehen dürfte freilich kaum die an die WTR geknüpften Erwartungen vieler Beschäftigter erfüllt und ebenso wenig motivierend gewirkt haben.

Abschließend soll anhand weniger Beispiele ausgeführt werden, auf welche Weise die Beschäftigten in Betrieben auf Missstände in den Betrieben reagierten.

Im Sommer 1966 schrieb ein Vertrauensmann aus dem Getriebebau des VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau, dem Hersteller des DDR-Volkswagens „Trabant“, einen Beschwerdebrief an den FDGB-Bundesvorstand.³⁶ Der Grund dafür war, dass die Beschäftigten in diesem Fertigungsbereich wegen „sehr guter Normenarbeit in der Vergangenheit in der Entlohnung am niedrigsten gegenüber allen anderen Fertigungsbereichen“ standen. Keine zwei Wochen später beriet eine hochkarätige Runde von Vertretern des FDGB-Bundesvorstandes, der zuständigen VVB, der gesamten Führungsetage des Betriebes und der BGL mit dem Beschwerdeführer als Vertreter der Kollegen dieses Bereiches die Situation. Man kam zu dem Schluss, dass der „gegenwärtige Zustand zu immer größeren Schwierigkeiten führen müsse, da eine Lösung mit betrieblichen Mitteln nicht möglich“ sei.

34 Material zur SED-Betriebsdelegiertenkonferenz des EKO im Frühjahr 1965, Probleme zur Lohnpolitik, BLHA, Rep. 730/1823, unpag.

35 Einige Probleme aus dem EKO zur Durchführung der Betriebsdelegiertenkonferenz, ebenda.

36 VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau, BGL, Informationsbericht über die Situation im Fertigungsbereich 6 (Getriebebau), 6.8.1966, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/6.11/86, unpag.

Daraufhin wurde beschlossen, der Betrieb solle erneut den Antrag stellen, in diesem einen Fertigungsbereich ein neues variables Lohnmodell praktisch erproben zu dürfen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskomitees der VVB sollte dazu kurzfristig beim Generaldirektor der VVB, gegebenenfalls auch beim zuständigen Minister, den erforderlichen Lohnfonds erwirken. Die VVB stellte dem VEB Sachsenring „über den geplanten Lohnfonds hinaus, weitere 300.000 MDN zusätzlich“ zur Verfügung, um damit „die vordringlichsten Lohndisproportionen im Betrieb durch neue produktivitätswirksame Lohnformen zu beseitigen“. Das reichte den Arbeitern des Fertigungsbereiches 6 des Getriebebaus nicht aus, und sie waren nicht „zu überzeugen, daß der Betrieb und auch die Volkswirtschaft z. Z. nicht in der Lage sind, die gesamten Lohndisproportionen bei uns zu beseitigen“. Als man den Meistern, Gewerkschaftsvertrauensleuten und SED-Parteigruppenorganisatoren des Getriebebaus die konkreten – geringfügigen – Verbesserungen für die Kollegen in diesem Bereich erläuterte, brachten „selbst die anwesenden Funktionäre [...] zum Ausdruck, daß das keine Lösung in ihrem Interesse“ sei. Manche Arbeiter wurden deutlicher und „stellten sogar solche provokatorischen Forderungen: ‚Woher ihr das Geld nehmt, ist uns egal, wir wollen mehr Geld haben!‘“ Ein Meister verwies in der Diskussion auf die wegen der niedrigen Bezahlung „große Fluktuation“ in seinem Bereich. Die im 3-Schicht-System tätigen Arbeiter forderten zugleich eine Arbeitszeitverkürzung, da sie nur alle drei Wochen einen arbeitsfreien Sonnabend hätten, gesetzlich aber ein arbeitsfreier Sonnabend alle 14 Tage vorgesehen sei.

Schließlich führten „ohne Kenntnis der AGL und BGL“ zwei Gewerkschaftsgruppen eine Versammlung durch, auf der sich die Kollegen mehrheitlich dafür aussprachen, eine „von allen Vertrauensleuten des Bereiches mit unterzeichnete“ Eingabe an den Staatsrat zu senden. Die Beschäftigten des Getriebebaus fühlten sich nach wie vor „im Hinblick auf ihre ehrliche Normenarbeit finanziell benachteiligt“. Die Kollegen in anderen Betriebsabteilungen hatten im Zuge diverser Wettbewerbskampagnen der vergangenen Jahre offensichtlich weniger von ihren Normenpolstern preisgegeben und erzielten damit jetzt, nach Umrechnung der Normen und Einführung neuer Lohnformen, mit gleicher Qualifikation bei vergleichbaren Tätigkeiten höhere Löhne. Dass sie als die Ehrlicheren nun die Dummen sein sollten, verbitterte die Getriebebauer wohl zu Recht, und sie waren nicht bereit hinzunehmen, dass zu ihren Lasten das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchbrochen wurde. Ab-

schließlich kam die BGL des Sachsenringwerkes zu der Einschätzung, dass „auf Grund der gegenwärtig vorhandenen Stimmung und Meinungen im Bereich, es in der nächsten Zeit zur Arbeitszurückhaltung kommen kann [...], weil auch der Funktionärskörper der Gewerkschaft und teilweise auch die Funktionäre der Wirtschaft, von unserem Standpunkt nicht überzeugt werden konnten“.

Dieser Ausgang des Konfliktes dürfte paradigmatisch für viele ähnliche Problemkonstellationen in DDR-Betrieben gewesen sein: Adäquate Mittel und Instrumente für eine grundsätzliche und allen Beteiligten angemessene Lösung der Lohnfragen standen weder auf betrieblicher noch auf zentraler Ebene zur Verfügung. Die zuvor vergleichsweise einsatzfreudigen und loyalen Arbeiter waren frustriert, und der Betrieb, letztlich die Volkswirtschaft, musste damit rechnen, dass sie in Zukunft weniger engagiert zu Werke gehen würden. Bestätigt wurden zugleich jene Kollegen, die allen Wettbewerbsinitiativen zum Trotz hartnäckig ihre „weichen“ Normen verteidigt hatten.

Für die Beschäftigten demotivierend war außer solchen absurden Lohndisproportionen zweifellos auch der selbst während der Reformphase nie völlig aufgegebene Planfetischismus. Der folgende Fall kann als typisch, zumindest für einige Zweige der DDR-Wirtschaft, angesehen werden, die vor allem in den letzten Reformjahren durch von vornherein überzogene Planaufgaben unter Dauerstress gerieten.

Der VEB Webstuhlbau Karl-Marx-Stadt verfügte Ende der 1960er-Jahre über eine „moderne Gießerei“, die jedoch ohne „wichtige technische Veränderungen“ nicht in der Lage war, den für 1970 vorgegebenen Plan zu erfüllen.³⁷ So ein wissenschaftliches Gutachten, das von allen damit befassten Institutionen bestätigt wurde. Trotzdem war „niemand bereit, den Plan des Betriebes zu ändern“. Die Auswirkungen würden „letzten Endes vorwiegend die Arbeiter treffen“, beschwerte sich der FDGB-Bundesvorstand beim Leiter der zuständigen ZK-Abteilung. Denn um den Plan zu erfüllen, müsste die Belegschaft der Gießerei noch im laufenden Jahr, d. h. innerhalb von nur sieben Monaten, 60 Sonderschichten

37 Bundesvorstand des FDGB, 25.5.1970, an den Leiter der ZK-Abt. GS, Gen. F. Brock:: Lage in den Gießereien, SAPMO-BArch, DY 30 IV A 2/6.11/80, unpag.

fahren.³⁸ Dennoch erklärte die zuständige VVB Gießereien kategorisch, nicht helfen zu können und den Plan nicht zu ändern.

Liegen in diesem Fall keine Informationen über das Verhalten der Arbeiter vor, so lassen sich die Reaktionen von Arbeitern auf kaum zumutbare Zustände anhand einer ausführlichen Untersuchung im Stahl- und Walzwerk Riesa (SWR) im Herbst 1970 genauer rekonstruieren. Diese Untersuchung war durch eine „anonyme Eingabe“ an den DDR-Ministerrat ins Rollen gebracht worden und wurde letztlich im Sekretariat des ZK und im Politbüro behandelt.³⁹

Die Beschwerde kam aus dem Bereich Stiefelstraße des Rohrwerkes im SWR, wo vier Brigaden in rollender Schicht unter schweren körperlichen Bedingungen arbeiteten. Über die geplante Eingabe wurde etwa zwei Wochen in dem gesamten Bereich diskutiert, alle Parteigruppenorganisatoren, Gewerkschaftsvertrauensleute und Meister hatten davon Kenntnis, aber keiner dieser Funktionäre informierte die übergeordneten staatlichen und Parteigremien des Rohrwerkes. Offensichtlich bekamen die Funktionäre des SWR von der Abteilungsebene an aufwärts erst durch eine Rückfrage aus dem Ministerrat davon Kenntnis, was äußerst peinlich für

38 Die Zahl der Überstunden und Sonderschichten stieg 1970 in fast allen Bereichen der Volkswirtschaft sprunghaft an. Exemplarische Dokumente dazu: Bericht über die Weiterführung des Wettbewerbes und den Stand der Planerfüllung, Tagesordnungspunkt 2 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 27.5.1970, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3/1635, Bl. 5-8; Sekretariat Dr. Mittag, 9.6.1970 (Eingangsstempel), Information über den Kampf um die Planerfüllung, DY 30 IV A 2/2.021/482, unpag. Weitere Dokumente dazu aus den Folgejahren: DY 30 vorl. SED 16287/2 (1973); 18830/1 (1975); 27962/1 (1979); 27978/2-1 (1982).

39 Eingabe an den Ministerrat der DDR zu Lohnproblemen (Abschrift), Riesa, 25.8.1970, sowie diverse weitere Dokumente zur Untersuchung des Vorfalls, alle: DY 30 IV A 2/6.11/29 unpag. Dem Bericht des Betriebs-Parteisekretärs an die zuständige ZK-Abteilung zufolge ging das Ganze zunächst von zwei parteilosen Kollegen in einer der vier Schichten aus, die seit längerer Zeit über die schlechten Arbeitsbedingungen schimpften und eine höhere Entlohnung forderten. Dies wurde schließlich von zwei SED-Genossen unter den Arbeitern, einer davon in der ehrenamtlichen Funktion eines Parteigruppenorganisations, aufgegriffen und die Diskussion darüber in alle vier Brigaden hineingetragen. Dieselben beiden Genossen verfassten dann eine Eingabe an den Ministerrat und gaben dieses Schriftstück in die Brigaden, damit alle Kollegen es unterschreiben sollten. Das wurde – so der Bericht – von der Mehrzahl der Arbeiter abgelehnt, weshalb schließlich vorgesehen war, dass die FDGB-Vertrauensmänner und Parteigruppenorganisatoren der vier Brigaden unterzeichneten. Da die betreffenden Funktionäre aus zwei der Schichten ihre Namen nicht daruntersetzen wollten, ging die Eingabe schließlich „anonym“ an den Ministerrat.

sie war. Nun begannen sie, Krisensitzungen und eilig einberufene Versammlungen abzuhalten. Eine der ersten Reaktionen seitens der Betriebs- und der Abteilungsparteileitung bestand bezeichnenderweise darin, ein Parteiverfahren gegen jenen Parteigruppenorganisator einzuleiten, der die Diskussion mit ins Rollen gebracht und die Eingabe verfasst hatte. Dieser Genosse beugte sich nämlich nicht sofort den ersten Disziplinierungsversuchen. Er verweigerte eine „klare, selbstkritische Einschätzung seines unparteimäßigen Verhaltens“ und wurde im Bericht des Betriebs-Partei-Sekretärs als geltungsbedürftiger, geschwätziger Stimmungsmacher denunziert. Es ist typisch nicht nur für diesen Parteisekretär, dass er im zweiten Teil seiner Stellungnahme ausführlich die prekären Arbeitsbedingungen im Bereich Stiefelstraße sowie die gescheiterten bzw. unzureichenden Versuche des Betriebes schildert, die Situation zu verbessern. Was das „Triumvirat“ (Direktor, Partei-Sekretär, BGL-Vorsitzender) in den Betrieben in der Regel mittels interner Lösungen abzuwenden versuchte, trat in diesem Fall ein: Der Betrieb zog die Aufmerksamkeit von „ganz oben“ auf sich, wobei die Funktionäre „vor Ort“ selten ungeschoren davon kamen.

Nach mehrwöchiger Untersuchung unter der Leitung zweier ZK-Abteilungen wurde in einem detaillierten Bericht an das SED-Politbüro das ganze Ausmaß der unhaltbaren Zustände im SWR sichtbar und bestätigt, wie berechtigt die Beschwerde der Rohrwerker gewesen war. Minister und Generaldirektor erhielten die Anweisung, Konzeptionen vorzulegen, wie die Gesamtsituation im Rohrwerk zu verändern wäre. Für das Riesaer Stahl- und Walzwerk insgesamt sollten Vorschläge für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sowie zur „produktivitätsfördernden Lohngestaltung“ ausgearbeitet werden. Die Lohnprämie der im 4-Brigade-Schicht-System Beschäftigten wurde mit sofortiger Wirkung um zehn Prozent angehoben. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere des Arbeitsschutzes, wurden für das kommende Jahr zusätzliche Mittel in Höhe von 4,3 Mio. Mark zugesagt. Die Misere und der Unmut der Belegschaft waren nämlich vor allem darauf zurückzuführen, dass in den letzten Jahren geplante Investitionen in Technologie und betriebliche Anlagen wiederholt gestrichen worden waren.⁴⁰

40 Dies war insbesondere in der letzten Phase der Wirtschaftsreform ein weit verbreitetes Problem. Siehe dazu Steiner, *DDR-Wirtschaftsreform*, S.503-519.

Waren die Eingabe, die namentlich zu unterschreiben sich die betroffenen Rohrwerker geweigert bzw. nicht getraut hatten, und die Reaktion darauf ein Beweis der Macht der Arbeiter in diesem Betrieb und in der DDR überhaupt? Das Ergebnis war wenigstens teilweise im Sinne der Beschwerdeführenden, blieb aber doch Stückwerk. Was hätte die SED-Führung wohl gemacht, wenn sie mit Eingaben aus allen Betrieben der DDR, in denen die „Werkstätigen“ mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, konfrontiert worden wäre?

Dass dies nicht geschah, hat hauptsächlich drei Gründe: *Erstens* wurde wie im geschilderten Fall des SWR zunächst immer versucht, mit „internen“ Lösungen auf betrieblicher Ebene die Probleme zu entschärfen. Diverse Maßnahmen wurden ergriffen, die jedoch nicht ausreichten, um wie im SWR die Situation grundlegend zu verbessern. Angesichts der nicht endenden Beschwerden und Forderungen der Arbeiter gestand die Betriebsleitung schließlich ein, dass sie ihren Handlungsspielraum ausgeschöpft hatte und über eine prinzipielle Lösung der Probleme weiter „oben“ entschieden werden müsste. Dieses offene Eingeständnis war ein deutliches Indiz der Notlage, in der sich die Betriebsleitung befand, denn damit provozierte sie zumindest indirekt die von der Eingabe der Arbeiter ausgelöste intensive Inspektion durch den zentralen Partei- und Staatsapparat.

Konnten Interessenkonflikte nicht durch innerbetriebliche Arrangements befriedet werden, sorgte *zweitens* in den meisten Fällen der oben beschriebene Herrschaftsapparat in den Betrieben dafür, dass „Stimmungsmacher“ isoliert und diszipliniert wurden und nichts nach außen bzw. nach „oben“ drang. Bei dem Riesaer Beispiel griff dieser Mechanismus nicht, weil die unterste Ebene der ehrenamtlichen SED- und FDGB-Funktionäre passiv geblieben war bzw. einige von ihnen sogar die Initiative für die Beschwerde an den Ministerrat ergriffen hatten. Die Durchsetzung der eigenen Interessen und die Solidarität mit den unmittelbaren Arbeiter-Kollegen besaßen in diesem Fall eindeutig Priorität gegenüber der Loyalität zu den Vorgesetzten der Betriebs- und Parteihierarchie. Ganz ähnlich hatten sich die Basisfunktionäre in der oben beschriebenen Auseinandersetzung im Zwickauer Trabant-Werk verhalten.

Festzuhalten bleibt aber auch, dass *drittens* die Arbeiter, selbst wenn sie mehrheitlich unzufrieden waren, meist in Passivität verharrten und nicht bereit waren, gegen Missstände offen zu opponieren. Dies hatte sicher mit diversen Erfahrungen von Disziplinierung und Einschüchterung,

auch mit Angst vor Repressionen zu tun. Die allermeisten fühlten sich wohl ganz einfach ohnmächtig und hatten ohnehin nie den Anspruch (oder gaben ihn nach wenigen vergeblichen Anläufen auf), die unzureichenden Rahmenbedingungen, das System, den SED-Staat zu verbessern oder grundsätzlich in Frage zu stellen. Da suchte man lieber nach privaten Lösungen, richtete sich in den gegebenen Verhältnissen ein oder kehrte dem ganzen „Unternehmen“ den Rücken und ging in den Westen.⁴¹

Eine häufige – individuelle – Reaktion auf schlechte Arbeitsbedingungen und unzureichende Bezahlung war der Wechsel des Arbeitsplatzes, in den Berichten als Fluktuation erfasst. Aufgrund des seit den 60er-Jahren beständig anwachsenden Arbeitskräftemangels in der DDR konkurrierten die Betriebe untereinander um die Beschäftigten, was diese in eine relativ günstige Lage versetzte. Das wurde auch im Fall des Riesaer Stahl- und Walzwerkes von der Betriebsleitung als massives Problem dargestellt, weil viele Arbeiter in andere Betriebe und Branchen abwanderten, wo sie für weniger schwere Tätigkeiten, ohne Schichtsystem gleich viel oder nur unwesentlich weniger Geld verdienten.

Zusammenfassung

Weder zeitgenössische Meinungsumfragen, noch die Analyse von Arbeitskonflikten und Eingaben liefern Anhaltspunkte dafür, dass die Reformbestrebungen der NÖS-Periode am Widerstand der Arbeiter gescheitert wären. Vielmehr wird deutlich, dass die Reformversuche letztlich an den ungeklärten Problemen und Widersprüchen auf den übergeordneten Ebenen und in der SED-Spitze selbst zugrunde gingen.

Durch die von vornherein begrenzte Reichweite und die teils zögerliche Umsetzung des Reformprogramms waren Auswirkungen des NÖS im Arbeitsalltag für viele Werktätige indes kaum direkt spürbar. Was sich in den Betrieben auswirkte und diskutiert wurde, waren die teilweise Modernisierung der Wirtschaft, die (zumindest verbal) allgegenwärtige „wissenschaftlich-technische Revolution“ und natürlich Fragen der Einkommensentwicklung. Tendenziell überwogen Mitte der Sechzigerjahre wohl

41 Letzteres war nach dem Mauerbau freilich kaum mehr möglich. Dass die Fluchtbewegung dennoch nie versiegte, ab Mitte der 70er-Jahre zunehmend Gebrauch von der Möglichkeit des „Ausreiseantrags“ gemacht wurde und das SED-Regime 1989 schließlich nicht zuletzt aufgrund der Massenausreise kollabierte, zeigt eindeutig, dass „der Westen“ immer eine Option blieb.

die Hoffnungen und begründeten einen allerdings „fragilen ‚NÖS-Konsens‘ zwischen der SED-Spitze und breiteren Schichten“ der Bevölkerung.⁴²

Dass die Probleme nicht prinzipiell, sondern bestenfalls zeitweilig und auf den jeweiligen Einzelfall beschränkt gelöst wurden, trug auf volkswirtschaftlicher Ebene tendenziell zu einer Verschärfung und nicht zur Entspannung der Lage bei. Dies war, wie die zitierten Beispiele hinreichend deutlich gemacht haben dürften, primär nicht auf eine grundsätzliche Abwehr- oder Verweigerungshaltung der Arbeiterschaft, sondern auf die Unfähigkeit und den Unwillen des herrschenden SED-Regimes zurückzuführen, ein tragfähiges Reformkonzept auszuarbeiten und konsequent umzusetzen. Unmutsbekundungen bis hin zu Arbeitsniederlegungen in den Betrieben (auch) während der Sechzigerjahre resultierten ganz überwiegend aus Dysfunktionen des Wirtschaftssystems, Mängeln in der Arbeitsorganisation und ähnlichen Gründen. Eine breite oder gar generelle Ablehnung von Maßnahmen zur Reformierung und Modernisierung der DDR-Volkswirtschaft durch die Arbeiterschaft kann hingegen nicht nachgewiesen werden.

Wie anhand des Lohnexperimentes in einem Dutzend Betriebe 1968/69 exemplarisch dargestellt, reagierten die Beschäftigten überaus positiv auf solide vorbereitete Reformmaßnahmen, zumal wenn diese gleichzeitig mit spürbaren Verbesserungen der Technologie und der Arbeitsbedingungen einhergingen. Die Parteiführung selbst war es gewesen, die dieses Projekt schließlich blockierte, anstatt es entschieden voranzutreiben. Möglicherweise tat sie dies, weil sie sich angesichts des Sanierungs- und Modernisierungsbedarfs in vielen DDR-Betrieben außerstande sah, die für diesen Weg erforderlichen enormen Investitionsmittel innerhalb der Grenzen des eigenen Wirtschaftssystems in absehbarer Zeit aufzubringen. Tatsächlich hatte man 1970 den ohnehin angespannten Plan mit zusätzlichen Investitionen überfrachtet, die nicht durch entsprechende Ressourcen abgedeckt waren, und somit eine Wirtschaftskrise ausgelöst, die den letzten Anstoß zum Abbruch der Reformen gab.⁴³ Die Krisensymptome, vor allem die erhöhte Arbeitsbelastung durch Überstunden bzw. Sonder-

42 Steiner, *DDR-Wirtschaftsreform*, S.290. Siehe auch Peter Hübner: Von unten gesehen. Krisenwahrnehmung durch Arbeiter, in: Jochen Černý (Hrsg.): *Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte*, Leipzig u.a. 1990, S.254-264, hier S.258f.

43 Siehe Steiner, *DDR-Wirtschaftsreform*, S.503-519.

schichten und (wieder) zunehmende Versorgungsengpässe sowie die vielfach enttäuschten Erwartungen vieler Beschäftigter in die Wirtschaftsreform führten schließlich auch zu einem Stimmungsumschwung unter den Werktätigen zuungunsten der Reformbestrebungen.⁴⁴ Das erleichterte sicher der Mehrheit der Parteiführung die Entscheidung einer dezidierten Abkehr von diesem Weg – angeführt von Honecker, der die Loyalität der Bevölkerung gegenüber dem SED-Staat mit einer forcierten Sozial- und Konsumpolitik erkaufen wollte.

44 Siehe Hübner, Von unten, S.259f.

Von der 47. Linzer Konferenz der ITH

Ist *eine* Welt möglich?

Jürgen Hofmann

„Ist *eine* Welt möglich“, wollten die Organisatoren der Linzer Konferenz wissen, die vom 29. September bis zum 1. Oktober 2011 tagte. Über 70 Teilnehmer hatten ihr Interesse für das Thema bekundet, hinter dem sich laut Untertitel die Frage nach „Praktiken von ‚Internationaler Solidarität‘ und ‚Internationaler Entwicklung‘“ verbarg. Die großen Entscheidungsfragen alternativer internationaler Entwicklung waren auf der Konferenz jedoch eher implizit präsent. In den vorgetragenen Fallbeispielen ging es vor allem um Entwicklungshilfe.

Diese Konstellation ist mit einem konzeptionellen Problem verbunden. Zwischen Solidarität und Entwicklungshilfe liegen oft Welten. Internationale Solidarität ist nicht a priori Entwicklungshilfe, und Entwicklungshilfe hat vielfach mit Solidarität nichts gemein. Die Ebenen sozialer und politischer Initiativen und Bewegungen vermengen sich auf diesen Feldern zwar hin und wieder mit denen staatlicher Strukturen, führen aber auch ein Eigenleben und stehen nicht selten im Gegensatz zueinander. Es verwunderte nicht, dass *Berthold Unfried* (Wien) aus Sicht der Vorbereitungsgruppe vor allem Fragen formulierte. Die Antwort auf den Wandel des Solidaritätsbegriffs blieb die Konferenz schuldig. Das für die Arbeiterbewegungsgeschichte evidente Thema wäre eine gesonderte Konferenz wert, die ohne historische Längsschnittanalysen und hinreichend Fallbeispiele nicht auskommt. Große historische Bögen wurden in Linz jedoch eher selten geschlagen. Markante Beispiele politischer Solidaritätsaktionen, wie die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg in den 1930er- oder die Hilfe für chilenische Emigranten nach dem Putsch in den 1970er-Jahren wurden zwar am Rande erwähnt bzw. thematisch gestreift, waren aber kein Gegenstand eingehender Erörterung. Konzept und Programm sahen das auch nicht vor. Die Kopplung der Themen Solidarität und Entwicklungshilfe lenkte den Fokus zwangsläufig auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte. In den meisten Beiträgen dominierten der politikwissenschaftliche Zugriff und die Fallbeispiele der jüngeren und jüngsten Geschichte. Dass die Begriffe Entwicklung und Solidarität ein außerordentlich breites semantisches Feld umfassen, deren Umset-

zung in einer bipolaren bzw. hierarchischen Weltordnung auf zahlreiche Schwierigkeiten stößt, machte *Reinhard Kößler* (Freiburg im Breisgau) am zweiten Konferenztag deutlich. Die Vorstellung einer globalen Verallgemeinerung hegemonialer Lebensformen trifft auf Tendenzen regionaler und nationalstaatlicher Abgrenzung und Konkurrenz.

Vijad Prashad (Hartford/Connecticut/USA) diagnostizierte in seinem Eröffnungsbeitrag die „Leiden der internationalen Solidarität“. Seit der Initiative Willy Brandts für einen Entwicklungsausgleich zwischen dem reichen globalen Norden und dem armen globalen Süden hätten sich die politischen und ökonomischen Verhältnisse grundlegend verändert. Die gegenwärtigen, von Neoliberalismus geprägten Bedingungen stünden der ursprünglichen Zielstellung entgegen. Neue Vermögens- und Finanzregime begünstigten die *crème de la crème* des Nordens. Internationale Solidarität könne sich nicht entfalten, solange Minimallöhne nationale Egoisten fördern.

Die seit mehreren Jahren übliche Öffentliche Podiumsdiskussion im Wissensturm der Stadt Linz – diesmal mit *Michael Bohnet* (Bonn), *Karin Fischer*, *Franz Nuscheler* und *Sepp Wall-Strasser* (alle Linz) – rankte sich um Idee und Praxis internationaler Solidarität. Dabei wurde Entwicklungspolitik einprägsam und treffend charakterisiert. Sie sei „von Interesse geleitet und mit Moral garniert“. Auch Zweifel, ob Solidarität und Hilfe sich gegenüber Bewegungen und Politikern rechtfertigen ließen, die nach ihrem Erfolg zu repressiven oder korrupten Regimes mutieren, wurden laut. Spätestens an dieser Stelle war sichtbar, dass die Bewertung von Solidarität nur aus dem historischen Kontext erfolgen kann. Ewige Maßstäbe sind dabei wenig produktiv.

Die Konferenz selbst suchte das weitgespannte Tagungsthema in vier Gruppen zu ordnen. Im Panel 1 ging es um „Konzepte, Leitbilder und Praktiken von Solidarität und Entwicklung“, im Panel 2 um „Arbeiterbewegungen als gouvernementale Akteure“, im Panel 3 um „Arbeiterbewegung als gesellschaftliche Akteure“ und im Panel 4 um „Soziale Bewegungen: Solidaritätsbewegungen, Solidaritätsbrigadisten und Befreiungsbewegungen“.

Susan Zimmermann (Budapest) verwies u. a. auf die Vereinnahmung grenzüberschreitender humanitärer Interventionen für Machtpolitik und auf den Zusammenhang von globaler Ungleichheit und vorgeblich „humanitärer Intervention“. Die grenzüberschreitenden Interventionen folgten eher den Mustern ungleicher kapitalistischer Entwicklung als der „Zivilisierung“ zwischenstaatlicher Beziehungen oder der Förderung von innerstaatlicher Demokratisierung. Die Systemkonkurrenz im Kalten Krieg

konnte aber auch zur Fundierung eigener Vorstellungen genutzt werden, wie *David C. Engerman* (Waltham/Massachusetts/USA) am Beispiel Indiens in der Zeit von 1947 bis 1965 zeigte. Die Angebote der ausländischen Experten wurden vor allem für die eigene Positionierung in der inneren Auseinandersetzung um Planungs- und Entwicklungsmodelle in Indien benutzt. *Babcar Fall* (Dakar), *François Blum* (Paris) und *Annie Watson* (London) analysierten Erfahrungen und Beispiele von Entwicklungshilfe bzw. Solidaritätsaktionen westeuropäischer Gewerkschaften mit Gewerkschaften in Afrika. Fall schilderte die Einflussnahme der französischen CGT im frankophonen Schwarzafrika zwischen 1920 und 1950 und ihren Beitrag zur politischen Schulung von Gewerkschaftsführern. Dabei konnte er u. a. auf Dokumente aus den Kolonialarchiven zurückgreifen. Blum konzentrierte sich auf die Aktivitäten der christlichen Gewerkschaften CFTD/CFTC beim Aufbau und bei der Schulung afrikanischer Gewerkschaften und ihrer Funktionäre nach der Erlangung der Unabhängigkeit in den 1960er-Jahren. Auch er stützte sich auf Material aus Archiven in Frankreich und im Kongo. Watson schilderte die Erfahrungen der britischen Gewerkschaftsbewegung bei der Unterstützung von Schwesterorganisationen im Süden Afrikas. Die Gewerkschaftssolidarität sei ökonomistisch und weniger politisch ausgerichtet gewesen.

Interessante Einblicke in die Rolle der Friedrich-Ebert-Stiftung beim Aufbau sozialdemokratischer Parteien in Portugal und Spanien gewährte *Antonio Muñoz Sánchez* (Bonn). Dabei ging es um die Stärkung moderater sozialistischer Parteien, um dem – nach dem Sturz der Diktaturen gewachsenen – Einfluss der kommunistischen Parteien zu begegnen. Die lokalen Sozialisten gaben den Vertretern der Ebert-Stiftung freie Hand zur Implementierung verständlicher Programme, beim Aufbau der Organisationen, der Parteibüros und bei der Schulung der Mitglieder.

Den Einfluss der verschiedenen Akteure der dritten Welt auf die Solidaritätsbewegung in Europa thematisierte *Kim Christiaens* (Leuven/Belgien) am belgischen Beispiel zwischen den 1960er- und 1980er-Jahren. Dafür zog er die Mobilisierung für die Solidarität mit Vietnam, Chile und Nicaragua heran. Die Vorstellung, diese Solidaritätsbewegungen seien allein spontane Phänomene gewesen, bedürfe der Korrektur.

Einen breiten Raum nahmen Vergleiche zwischen Solidarität und Entwicklungshilfe Ost und West und in diesem Zusammenhang die DDR-Solidarität ein. *Sara Lorenzini* (Trento/Italien) bemühte sich, Widersprüche zwischen Ideal und Wirklichkeit der Solidarität und der Handelspolitik der DDR in Afrika aufzuzeigen. Sie wählte dafür die Zeitspanne von den späten 1950ern- bis zu den 1970er-Jahren und die Fallbeispiele Mali,

Guinea, Ghana, Sansibar, Nigeria, Somalia und Äthiopien. Dass Führung und Experten vor Ort mit zahlreichen unvorgesehenen Schwierigkeiten konfrontiert waren, dürfte keine Spezifik von DDR-Entwicklungshilfe gewesen sein. Ihr Schaufensterpolitik und Propagandaabsichten zu unterstellen, greift ebenfalls zu kurz. *Bertold Unfried* (Wien) dagegen interessierten bei seinem Vergleich zwischen DDR und BRD mehr die Transfers auf der Ebene des entsandten Personals sowie die damit verbundenen Probleme. Die Unterschiede, so sein Fazit, seien geringer als auf den ersten Blick anzunehmen. *Hubertus Büschel* (Gießen) rückte Ansätze und Praxis einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ vonseiten beider deutscher Staaten in Afrika zwischen 1960 und 1975 in den Fokus. Auch er kam zu dem Schluss, dass trotz aller Systemunterschiede und ungeachtet der Systemkonkurrenz die Entwicklungskonzepte der Bundesrepublik und der DDR erstaunliche Ähnlichkeiten aufwiesen. Die FDJ-Brigaden der Freundschaft, auf der Konferenz mehrfach als Peace Corps des Ostens apostrophiert, waren Gegenstand des Beitrags von *Ulrich van der Heyden* (Berlin). Im Jahr 1963 gegründet, waren bis 1989 insgesamt 22 Freundschaftsbrigaden in 16 Ländern im Einsatz, wo sie meist über mehrere Jahre aktiv waren. Vor allem in den 1960er-Jahren – als die internationale Anerkennung ihres Staates noch durch die Hallstein-Doktrin blockiert wurde – sollten sie auch als „Diplomaten im Blauhemd“ die DDR repräsentieren. Das blaue Hemd war die Organisationsbekleidung der DDR-Jugendorganisation. Leider ist die Entwicklungshilfe durch die FDJ-Freundschaftsbrigaden immer noch ein wenig bearbeitetes Thema in der gut subventionierten DDR- und SED-Forschung der Bundesrepublik. Die ehemaligen Brigadisten sehen ihren Beitrag zu Solidarität und Entwicklungshilfe nach der Herstellung der staatlichen Einheit ungenügend gewürdigt.

Zum Schluss bot *Fritz Keller* (Wien) als Zeitzeuge einen spannenden Einblick in die Solidaritätsbewegung für den Befreiungskampf Algeriens von 1954 bis 1962. Dabei wurde um viele Fragen gestritten. Kann die Linke der industrialisierten Länder überhaupt mit muslimisch geprägten nationalistischen Bewegungen kooperieren? Was verstehen die Führer solcher Bewegungen unter Sozialismus? Wie ist der Terrorismus in einem asymmetrischen Krieg zu bewerten? Wie kann die Spirale von Gewalt und Gegengewalt gestoppt werden? Kann aus dem Sieg der Befreiungsbewegung ein demokratisches System hervorgehen? Keller konnte aus eigener Anschauung und aus dem Material seiner 2010 erschienen Publikation „Gelebter Internationalismus. Österreichs Linke und der algerische Widerstand 1958 bis 1963“ schöpfen.

Die Beiträge der Linzer Konferenz werden – wie üblich – in den Konferenzsprachen (Deutsch und Englisch) nach einem Jahr im Protokollband vorliegen. Die Abstracts können bis dahin auf der Internetseite der ITH eingesehen werden. Das Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung gibt mit dem Abdruck ausgewählter Übersetzungen einen Vorgeschmack.

Nicht unerwähnt bleiben darf *Tanja Pentler* (Bochum, z. Zt. Vertretungsprofessur in Hamburg), die für ihr Buch „Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953“ (Klartext Verlag Essen 2010) den René-Kuczynski-Preis 2011 erhielt. Dieser Preis wird seit 2004 in Kooperation mit der ITH für herausragende Forschungen und Publikationen auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte während der Eröffnungsveranstaltung der Linzer Konferenz verliehen. Er geht auf eine Stiftung der Familie Kuczynski und das Jahr 1978 zurück. Das prämierte Buch fußt auf der Habilitationsschrift, die Pentler 2008 verteidigte. Die Untersuchung verknüpft die bisher zumeist getrennt behandelten Felder der Stalinismus- und der Besatzungsforschung durch einen erfahrungsgeschichtlichen Ansatz. Als wichtigstes Steinkohlenrevier der Sowjetunion spielte das in der Ostukraine gelegene Donezbecken sowohl für die Industrialisierung der 1930er-Jahre, für die Ausbeutungspolitik der deutschen Besatzer während des Zweiten Weltkrieges als auch für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Sowjetstaates nach Kriegsende eine zentrale Rolle. Für die Bevölkerung der Region verband sich dies mit spezifischen Zwangsarbeits-, Gewalt- und Terrorerfahrungen sowie mit Erinnerungen an Hunger, Entbehrungen und punktuellen Wohlstand. Pentler forderte in ihrem Dankeswort dazu auf, das „Verständnis von typischen Kriegsbiografien der Sowjetbürger grundlegend [zu] überdenken“. Sie seien „sehr viel dynamischer“ gewesen als bisher von Historikern wahrgenommen.

Die Generalversammlung der ITH-Mitgliedsinstitute bestätigte Berthold Unfried im Amt des Präsidenten. Eva Himmelstoss wird weiterhin als Generalsekretärin das Büro in Wien führen und Winfried R. Garscha als Schatzmeister die Finanzen hüten. Den Amtsinhabern stehen ein Kuratorium und ein internationaler wissenschaftlicher Beirat zur Seite. Die nächste Linzer Konferenz im September 2012 wird sich dem Anteil der Arbeiterbewegung an der sozialen und kulturellen Entwicklung widmen. Informationen zur ITH und ihren Konferenzen sind unter www.ith.or.at abrufbar.

Die Leiden der internationalen Solidarität¹

Vijay Prashad

Auf dem Weltsozialforum (WSF) 2006 betrat Hugo Chavez die Bühne des Hauptplenums und verkündete eine modifizierte Version der Wahl, vor der Rosa Luxemburg die Menschheit sah: Sozialismus oder Tod. Der Kapitalismus habe das ökologische Gleichgewicht der Welt zerstört, argumentierte er, und die Zeit werde knapp. Denn wenn die Welt nicht jetzt von uns verändert werde, gebe es für die Menschheit vielleicht kein 22. Jahrhundert mehr. Diese Schlussfolgerung wurde von der Mehrheit auf dem WSF und von denen, die nur die negativen Seiten des Kapitalismus kennengelernt haben, akzeptiert. Die Schwierigkeit bestand nicht in dieser Einschätzung, sondern im Ausweg: Wie kommen wir zum Sozialismus? Chavez war auch auf dem WSF 2005 gewesen und berichtete nun, dass viele Gespräche stattgefunden hätten, die aber ohne Ergebnis geblieben seien. Eine neue sozialistische Bewegung sei dringend nötig, und es sollte mit dem Aufbau einer neuen weltweiten antiimperialistischen Bewegung begonnen werden.

Eine solche organisierte soziale Kraft ging aus der Dynamik des WSF nicht hervor. Stattdessen verlagerte sich das WSF auf die Ebene von Regionen und Kontinenten, wie wir am Asiatischen, dem Senegal-, dem USA- und dem Durban-Sozialforum sehen konnten. Sogar die zentralen Versammlungen des WSF wurden regionalisiert: Zu der Veranstaltung in Mumbai kamen hauptsächlich Teilnehmer aus Indien, zum Forum in Nairobi aus Ostafrika, nach Belém aus Lateinamerika. Die Hinwendung zum Regionalen und Nationalen blieb sehr ausgeprägt. Die regionalen WSF nutzten Organisationen und Aktivisten, um sich vor Ort zusammenzuschließen und ihre Bewegungen auszubauen und zu stärken. Das „Sozialforum“ wurde zu einer „Partei“, zu einem Raum, in dem Organi-

1 Redaktionell bearbeiteter und geringfügig gekürzter Eröffnungsvortrag auf der 47. Konferenz der ITH (zur Tagung siehe den Bericht von Jürgen Hofmann in diesem Heft). Der Vortrag basiert auf dem vierten Kapitel seines im Verso-Verlag London im Herbst 2012 erscheinenden Buches „The Poorer Nations: A Possible History of the Global South“. Die ersten beiden Kapitel verfolgen die Krise im Globalen Süden auf der Grundlage einer Diskussion der Brandt-Kommission (Kap. 1) und der Süd-Kommission (Kap. 2). Das dritte Kapitel behandelt das Auftauchen der BRICS-Formation, das vierte arbeitet die politische Grammatik der Arbeiterklasse, der Bauern und der Slumgebiete im Globalen Süden heraus.

sationen ihre örtlich begrenzten Kämpfe koordinieren konnten, um ihre Kampagnen mit andern zu verbinden und sie so auf eine breitere politische Ebene zu heben. Warum aber erwiesen sich die regionalen Foren erfolgreicher als das WSF, und warum funktionierte die Gründung einer neuen Internationalen nicht? Heather Gautney kam in ihrer nützlichen Untersuchung zu dem Schluss, dass es dem WSF nicht gelungen sei, sich dem umstrittenen Problem des politischen Subjekts zuzuwenden.² Aber kann auf die Frage, wer das Subjekt dieser neuen dynamischen Kraft sein und wie dieses aussehen sollte, heute eine Antwort gegeben werden? Ist es womöglich utopisch, den Versuch zu unternehmen, eine politische Plattform für den gesamten Planeten zu schaffen, die konträr zu all den Rissen verläuft, die heute den zerbrechlichen Traum vom Internationalismus zersplittern lassen?

In unserer Zeit scheint das Kapital vollständig integriert zu sein. Die meiste Zeit operiert es scheinbar in harmonischer Übereinstimmung zwischen seinen unterschiedlichen Fraktionen.³ Doch Spannungen zwischen den Kapitalisten existieren natürlich, und diese werden gelegentlich durch das Agieren nationaler Regierungen sichtbar gemacht. Panikmache um Kapital aus China oder den Golfstaaten, das Anlagen in den USA aufkauft, gibt es ebenso wie die Aufschreie von Boeing oder Airbus, wenn einer von beiden einen umfangreichen Auftrag irgendwo in der Welt an Land zieht. Diese Streitigkeiten bleiben, und vor Ort schlagen sie mitunter in aktive Kriegführung um (wie in der Region der Großen Seen in Afrika, wo derzeit stattfindet, was manche den Vierten Weltkrieg nennen).⁴ Die größten Konzerne verfügen über einen transnationalen Aktionsradius, und es ist äußerst schwierig auszumachen, wessen Finanzkapital in welchen Anlagen oder Banken investiert ist. Daher auch können die sozialen Dimensionen der innerkapitalistischen Konflikte nur schwer beschrieben werden: Es ist nicht einfach so, dass englische Firmen sich im Wettbewerb mit chinesischen befinden, denn genau diese englischen Unternehmen lassen ihre Produkte vielleicht in China herstellen, und die chinesischen Firmen sind vielleicht hochgradig in die Fi-

2 Siehe Heather Gautney: *Protest and Organization in the alternative globalization era*, New York 2010, S.180.

3 Die stärkste Position, die Karl Kautskys Ultra-Imperialismusthese ähnelt, vertritt William I. Robinson: *Global Capitalism Theory and the Emergence of Transnational Elites*, UNU Wider Working Paper 2010, Nr. 2 (Januar). Auch Lionel Jospin teilt diese Perspektive: *Le monde comme je le vois*, Paris 2005.

4 Siehe Gérard Prunier: *Africa's World War: Congo, the Rwandan Genocide, and the Making of a Continental Catastrophe*, London 2009.

nanzmärkte der City of London integriert. Die relative Integration des Kapitals macht das Weltwirtschaftsforum (WEF) zu einer Veranstaltung mit einer realen Basis, obschon die Mehrheit seiner Teilnehmer aus der Atlantischen Welt stammt.

Sogar aufseiten des Kapitals gibt es Stimmen, die hinsichtlich des Ausmaßes der Globalisierung Unsicherheit zeigen. Pankaj Ghemawat weist in die „Welt 3.0“ darauf hin, dass die intellektuellen Vorreiter der Globalisierung (Thomas Friedmans „The World is Flat“ ist ein gutes Beispiel) ein „Trugbild“ präsentieren, das „auf gefährliche Weise die grenzüberschreitenden Investitionen überzeichnet“.⁵ Die tatsächlichen Zahlen zeigen, dass bei 80 Prozent der Aktienkäufe die Nationalität zwischen Investoren und Unternehmen übereinstimmt und dass die Exporte nur ein Viertel der Weltwirtschaft ausmachen. Nur ein Fünftel der Internetaktivitäten hat grenzüberschreitenden Charakter, und nur zwei Prozent der Studierenden absolvieren Gastsemester im Ausland. Was wir wirklich haben, argumentiert Ghemawat, ist eine Art „Semi-Globalisierung“, in der der Nationalstaat oder regionale Einheiten eine grundlegende Bedeutung als Zonen der wirtschaftlichen und politischen Aktivität beibehalten. Die tatsächliche Einigkeit entspricht nicht den Behauptungen des WEF, und diese spiegeln nur das Selbstverständnis der transnationalen Konzerne (deren Direktoren überwiegend aus den Heimatländern dieser Unternehmen stammen) wider.

Aber in der Welt der Lohnarbeit sind nicht einmal solche Behauptungen von Einheit möglich. In ihren Reflexionen zu 30 Jahren Forschung über Frauen in den Maquiladoras⁶ und über die halbherzigen Ansätze zu internationaler Solidarität schreibt Patricia Fernandez-Kelly, wie äußerst beunruhigend es sei, dass es „auf beiden Seiten des geopolitischen Spektrums“, in Mexiko wie in den USA, keine „tragfähige Arbeiterbewegung gibt, die zum Ziel hat, die zerstörerischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Internationalisierung einzudämmen“.⁷ Es kann nicht simpel beklagt werden, dass eine solche Bewegung fehlt, weil es an Anstrengungen gemangelt hätte. Sie ist trotz enormer Anstrengungen nicht entstanden. Dafür ist eine Erklärung nötig.

5 Pankaj Ghemawat: *World 3.0: Global Prosperity and how to achieve it*, Cambridge/Mass. 2011, S.16.

6 Als Maquiladoras werden Montagebetriebe im Norden Mexikos und in Mittelamerika bezeichnet, die importierte Einzelteile oder Halbfertigware für den Export zusammensetzen, siehe: Wikipedia (– Die Red.).

7 Patricia Fernandez-Kelly: *The Global Assembly Line in the New Millenium: A Review Essay*, in: *Signs*, vol. 32, Nr. 2, 2007, S.509-521, hier S.510.

Natürlich gibt es kulturelle Barrieren, denn die Menschen teilen nicht denselben bürgerlichen, kosmopolitischen Hintergrund (Englisch, akademische Bildung) und haben keinen breiten kulturellen Bezugsrahmen zur Kommunikation. Der Austausch von Informationen wird durch sprachliche Barrieren ebenso erschwert wie durch die Schwierigkeit, etwa Koka-Bauern in Bolivien die Sichtweisen von Oriya-Bauern,⁸ die sich gegen eine Stahlfabrik zur Wehr setzen, nahezubringen. Zugang zum Internet ist meist nicht vorhanden, das theoretische Verständnis von Notlage und Widerstand ist unterschiedlich, und Menschen, die bis zum Hals in politischen Auseinandersetzungen und im Kampf ums Überleben stecken, finden keine Zeit, diese Unterschiede zu überbrücken. Repräsentanten dieser Kämpfe profitieren von Reisen in andere Länder, weil diese den Horizont aller Beteiligten erweitern, aber solche Ausflüge sind nicht immer möglich und führen selten zu lang andauernden Verbindungen.

Einigkeit im Globalen Süden herzustellen ist nicht hauptsächlich ein subjektives Problem. Das Problem liegt auch nicht darin, dass nicht genug versucht würde, Menschen zusammenzubringen, sie also in diesem oder jenem Forum effektiv genug zu versammeln, oder dass man ihren Schilderungen genauer zuhören müsste.⁹ Die Spaltungen sind gegenwärtig zutiefst objektiv, und mit dieser Barriere müssen wir uns eingehender beschäftigen. Der Theoretiker, der diese Barrieren am klarsten analysiert hat, ist der indische Marxist Prabhat Patnaik, dessen Ideen ich nachfolgend entwickle und verkürzt wiedergebe.¹⁰

Die transnationale Kapitalmacht arbeitet gegen alle Staaten in ähnlicher Weise. In jedem einzelnen Fall verhält sich das Kapital neoliberal: Es setzt sich für eine minimale staatliche Regulierung des Kapitals und seiner

8 Oriya ist eine Sprache, die in Indien von mehr als 33 Millionen Menschen als Muttersprache gesprochen wird, die vor allem im Bundesstaat Orissa leben, siehe: Wikipedia (– Die Red.).

9 Åke Wendins Untersuchung gewerkschaftlicher Solidarität verweist auf das zusätzliche Problem, das in der tendenziellen Arroganz der Gewerkschaften im Norden gegenüber jenen im Süden besteht. Die Bewegung für Solidarität der Gewerkschaften muss darauf hinarbeiten, merkt er an, „gemeinsame Interessen“ aufzubauen, und „eines dieser Interessen, das ihnen über ihre nationalen Grenzen hinaus gemein ist, besteht darin, die schwachen Teile in der gemeinsamen weltweiten Front zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu stärken“. Åke Wendin: *La „Solidaridad“ Sindical Internacional y Sus Víctimas* [Die „Solidarität“ der internationalen Gewerkschaften und ihre Opfer], Stockholm 1991, S.162.

10 Ich beziehe mich stark auf Prabhat Patnaik: *A Marxist Perspective on the World Economy*, in: Ders.: *Re-Envisioning Socialism*, Delhi 2011, und eine längere Fassung dieses Papiers: *Notes on Contemporary Imperialism*: <http://mrzine.monthlyreview.org/2010/patnaik201210.html> (zuerst veröffentlicht in: *International Development Economics Associates* vom 14. Dezember 2010).

Unternehmen ein und betrachtet eine nachfrageorientierte Politik (zum Beispiel Konjunkturprogramme) skeptisch, wenn sie dem Kapital nicht unmittelbar zugute kommt.¹¹ Die Staaten der ganzen Welt, ob in der fortgeschrittenen, industrialisierten Welt oder außerhalb derselben, werden unter der Drohung, aus der „internationalen Gemeinschaft“ ausgeschlossen zu werden, dazu gezwungen, im Sinne des Kapitals und gegen die Interessen der breiten Bevölkerungsmehrheit zu handeln. Manche Staaten sind vor den Launen des Kapitals geschützt: Die Vereinigten Staaten zum Beispiel können die Rolle des Dollars als Weltwährung nutzen und sich Defizite erlauben, aber sogar in ihrem Fall bleibt das Verschuldungsproblem nicht ohne Folgen.¹² Was Mexiko befiehlt, trifft jetzt Griechenland.

Wenn wir unter die Ebene schauen, auf der das transnationale Kapital auf den Staatsapparat einwirkt, und uns seine Wirkung auf die Klassen ansehen, tritt ein anderes Bild zutage. Angesichts überschüssiger Kapazitäten, von Arbeitslosigkeit und des Anwachsens einer entbehrlichen Klasse in den fortgeschrittenen Industriestaaten ist eine Allianz aus „White-collar“-Beschäftigten, potenziellen, noch studierenden „White-collar“-Beschäftigten und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes zur zentralen Kraft im Abwehrkampf geworden – sie haben das Hauptgewicht von Wisconsin bis Griechenland gebildet. Diese Proteste, die typischerweise in den Städten ihr Zentrum haben, richten sich gegen die Politik der Haushaltskonsolidierung und gegen die sozialen Folgen der Austeritätspolitik.¹³

Es gibt eine deutliche Tendenz innerhalb dieser Kämpfe, zwischen Forderungen nach sozialer Demokratie und sozialem Faschismus zu schwanken. Sie reichen von Protesten wie in Wisconsin und den Massendemonstrationen in Südeuropa, mit denen eine Erhöhung des Soziallohns durchgesetzt werden soll, bis zu Forderungen, die Sozialeinkommen drastisch zu beschneiden, wie bei der Tea Party in den USA und beim wachsenden Euro-Faschismus. In den USA zielt die Tea-Party-Bewegung auf die Wiederherstellung eines rassistischen Gesellschaftsvertrages, der der weißen Arbeiterklasse und der „White-collar“-Mittelschicht als Ergebnis der sozialen Entwicklungen durch die Globalisierung verloren gegangen ist. Im Gegenzug für ihre Unterstützung der imperialen Abenteuer der USA ist diese Schicht bereit, sich mit einem gerade zum Leben ausrei-

11 Siehe David Harvey: *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford 2009, S.70f.

12 Siehe Peter Gowan: *The Global Gamble. Washington's Faustian bid for world dominance*, London 1999.

13 Siehe Antonis Vradis/Dimitris Dalakoglou (Hrsg.): *Revolt and Crisis in Greece: Between a Present Yet to Pass and a Future Still to Come*, Oakland 2011, und Clare Solomon/Tania Palmieri (Hrsg.): *Springtime: The New Student Rebellions*, London 2011.

chenden Einkommen zu begnügen, auch wenn die Bluthunde des Geldes den Löwenanteil des gesellschaftlichen Reichtums für sich beanspruchen. Ein solcher Traum ist anachronistisch. Die Tea Party steht für den Patriotismus einfacher Gemüter, aber sie hat auch Recht: Ihre Jobs sind tatsächlich in Länder wie China oder Indien verlagert worden, nur dass dies nicht die Schuld der chinesischen oder indischen Arbeiter ist.¹⁴ Der artgleiche Euro-Faschismus kann nicht über den Verlust seiner aristokratischen Position in der Arbeitswelt hinausblicken, aber er bemerkt ihn. Er zeigt mehr Solidarität mit den Unternehmen, die er als seine nationalen ansieht, als mit den Arbeitenden im Ausland, die von eben diesen Firmen ausgebeutet werden. Die Massenbasis für internationale Solidarität liegt nicht in diesen Gruppen.

In Lateinamerika ist die Wirtschaft größtenteils städtisch und größtenteils industriell oder halb-industriell. Die lange Periode der Diktaturen in den 1980er-Jahren und der neoliberalen Sozialdemokratie in den 1990er-Jahren hat die ideologischen Grundlagen der „White-collar“-Mittelschicht geschärft und Teile von ihr zumindest insofern im Lager des Antiimperialismus verankert, als sie ihre Unterstützung des Status quo aufgaben. Die Verschiebung politischer Unterstützung hin zu Parteien, die für die Arbeiterklasse und für die Ureinwohner eintreten, ermöglichte in Venezuela und Bolivien, aber auch in Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay und Peru die „rosa Flut“, die in den 2000er-Jahren über Lateinamerika rollte.¹⁵ Die Kampagnen gegen den Neoliberalismus, die die „rosa Flut“ hervorbrachten, isolierten die Oligarchien, die daraufhin (wie bei Venezuela 2002) Unterschlupf in den USA und einen Ausweg in Putschen oder anderen derartigen politischen Machenschaften suchten.

Eine der treibenden Kräfte in Lateinamerika sind die Bewegungen der Ureinwohner, deren eigene Anliegen sich festmachen an Fragen der sozialen Würde und der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch das, was Patnaik „Akkumulation durch Eingriff“ nennt: Ansprüche auf Land und dessen Bodenschätze (in der Hauptsache Öl und Gas) seitens der transnationalen Konzerne und der zur Genüge bestochenen Regimes der 1990er-Jahre. Die Ureinwohner Lateinamerikas sehen sich mit der gleichen Art von Angriffen konfrontiert wie die Stammesgemeinschaften in

14 Siehe Paul Craig Roberts: *How the Economy was Lost. The War of the Worlds*, Oakland 2010, S.11-14.

15 Siehe z. B. die beiden Essays André Gaudin: *The Kirchner Factor*, in: Teo Ballvé/Vijay Prashad (Hrsg.): *Dispatches from Latin America: on the frontlines against neoliberalism*, Cambridge/Mass. 2006, S.77-85, und Raúl Zibechi: *The Uruguayan Left and the Construction of Hegemony*, in: ebenda, S.130-139.

Indien, und diese Angriffe wiederum unterscheiden sich wenig von der Offensive gegen besitzlose Landarbeiter, Kleinbauern, Kleinbetriebe in ländlichen und städtischen Regionen sowie gegen die Arbeiterklasse in großen Teilen Afrikas und Asiens. Nach Angaben der UNO gibt es heute 3,3 Milliarden Stadtbewohner, von denen drei Milliarden in den „weniger entwickelten Regionen“ leben (0,8 Milliarden in Indien, 0,8 Milliarden in China und 0,1 Milliarden in Indonesien, gefolgt von Pakistan, Bangladesch, Nigeria, Äthiopien und Vietnam). 71 Prozent aller Stadtbewohner leben in Asien.¹⁶ Widerstand gegen die neoliberale Politik in Asien und Afrika wird von diesen sozialen Klassen kommen und nicht von den „White-collar“-Beschäftigten. Diese sahen bislang in der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus den Industriestaaten eine Verbesserung ihrer Chancen und mussten noch nicht in den sauren Apfel neoliberalen Zusammenbruchs beißen wie ihre Klassenkollegen in Lateinamerika. In weiten Teilen Afrikas und Asiens sind es derzeit die Kleinbauern, die in einer Allianz mit den Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Industriearbeiterschaft den am besten organisierten Widerstand gegen die derzeitige Verteilung aufbieten. Es gibt keine genau bestimmbaren Verbündeten der Kleinbauern Afrikas und Asiens in den Industriestaaten, wo die Verbindung vor allem über emotionale Solidarität hergestellt wird und nicht über eine durch Erfahrung geschmiedete Kette.

Wenn wir uns diese Kurzaufnahmen der unterschiedlichen Klassen, die in den Kämpfen der vergangenen Dekade führten, vor Augen halten, wird die Weisheit von Patnaiks Einschätzung deutlich, dass „ein koordinierter globaler Widerstand am Horizont nicht auszumachen ist“.¹⁷ Stattdessen betont Patnaik die zentrale Bedeutung, Widerstand innerhalb des Nationalstaates aufzubauen. Das gilt, um seine Analyse zu erweitern, auch für die Regionen. Er behandelt hauptsächlich Indien, aber seine Analyse lässt sich ebenso auf die bolivianischen Experimente in Lateinamerika anwenden.¹⁸ Patnaik sieht zwei Gründe, warum die nationale und regionale Einheit das zentrale Forum für Widerstand und Transformation ist.

Der erste hat mit der Kleinbauernfrage zu tun, die von der Auseinandersetzung um Land und Rechte geprägt ist – beides betrifft die nationale Gesetzgebung. Das internationale Agrobusiness und die Lebensmittelin-

16 Siehe Department of Economic and Social Affairs, Population Division, World Urbanization Prospects. The 2005 Revision, UNO, New York 2006, S.3, 18.

17 Patnaik, Notes on Contemporary Imperialism.

18 Die empirischen Belege für Patnaiks These sind zusammengestellt in: Sam Moyo/Paris Yeros (Hrsg.): Reclaiming the Nation: The Return of the National Question in Africa, Asia and Latin America, London 2011.

dustrie stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, wenn beim Ackerland um Gerechtigkeit gekämpft wird. Die Kämpfe gegen die gewaltigen Unternehmenszusammenschlüsse zu koordinieren ist wichtig, aber auch schwierig. Um das grundlegende Problem – die Machtlosigkeit der Kleinbauern in unseren Gesellschaften und ihre Abhängigkeit von der Subsistenzwirtschaft – anzugehen, müssen die Kleinbauern sich zusammenschließen, um die Staaten zu transformieren, die die Gesetze zur Landnutzung und die Landwirtschaftspolitik festsetzen.¹⁹

Die Probleme des ländlichen Raumes sind kaum zu überschätzen. Aus diesem Grund fördern die Weltbank und internationale Stiftungen Mikroreformen über Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) und verschiedene quasi-staatliche Organisationen. Diese Mikroreformen zielen auf Teile des Problems wie den fehlenden Zugang zu Bewässerungssystemen oder zu Mikrokrediten für kleine Produzenten. In ganz Afrika und Asien haben diese Entwicklungen dazu geführt, dass potenziell militante Kleinbauern Anstellungen beim Staat oder bei NGO angenommen haben, die daran arbeiten, Hilfe in einer ansonsten ausgetrockneten politischen Landschaft anzubieten.²⁰ Wo Regierungen die Landwirtschaft systematischer unterstützen, richtet sich dies meist an die auf dem Land tonangebenden Klassen. Diese „Farmer“ haben einen agrarischen Populismus gefördert, der es ihnen erlaubt, sich selbst den Löwenanteil der staatlichen Ressourcen zu sichern und ihren großen Landbesitz gegen die Landlosen zu verteidigen. Im Gegenzug versprochen diese „Farmer“ den Politikern politische und Wahlkampfunterstützung, solange der Staat die Frage der Landreform ruhen ließe.²¹ Seit 30 Jahren tritt dieser agrarische Populismus unter der Maske der „Landreform“ auf. Der Kampf um Verfassungsänderungen, um das Land tatsächlich unter der Bevölkerung aufzuteilen, ist weitgehend zum Stillstand gekommen, weil die herrschenden Klassen des Globalen Südens daran kein Interesse haben. Stattdessen sehen wir sporadische Landbesetzungen. Sie sind wie in Brasilien von der *Movimento dos Trabalhadores Sem Terra* (Bewegung der Landarbeiter ohne Boden; MST) bzw. in Zimbabwe von Kriegsveteranen organisiert oder laufen wie in suburbanen Regionen und innerstädtischen Slums unorganisiert ab.²²

19 Siehe Prabhat Patnaik: *Socialism and the Peasantry*, in: *Re-Envisioning Socialism*.

20 Siehe James Petras/Henry Veltmeyer: *Age of Reverse Aid: Neo-Liberalism as Catalyst of Repression*, in: *Development and Change*, vol. 33, 2002, Nr. 2, S.281-293.

21 Siehe Tom Brass: *Peasants, Populism, and Postmodernism: The Return of the Agrarian Myth*, London 2000.

22 Viele Fallstudien finden sich in: Sam Moyo/Paris Yeros (Hrsg.): *Reclaiming the Land: The Resurgence of Rural Movements in Africa, Asia and Latin America*, London 2005.

Nachdem die Uruguay-Runde²³ aufgenommen worden war und die internationalen Handelsregeln gegen die Landwirte und Kleinbauern wirkten, versammelten sich im April 1992 amerikanische Bauernorganisationen zum zweiten Kongress der Unión Nacional de Agricultores y Ganaderos (Nationale Union der Bauern und Viehzüchter) in Managua (Nikaragua). Sie erwogen, eine Einrichtung zur Koordination der Landarbeiter einzurichten, um „ein Mittel zu finden, um unserer Stimme und unseren Vorschlägen bei jenen Gehör zu verschaffen, die sonst unsere Rechte auf Kultivierung des Landes vereinnahmen, und um die Würde unserer Familie abzusichern“.²⁴ Ein Jahr darauf trafen sich 40 Sprecher von Bauernorganisationen im belgischen Mons, um La Vía Campesina (Der bäuerliche Weg; LVC) zu gründen. Bei der LVC ging es darum, die Ablehnung der neoliberalen Politik durch die Bauern in die internationalen Beratungen zum Beispiel in die GATT-Runde und die verschiedenen Konferenzen der Welternährungsorganisation FAO zum Thema Landwirtschaft einzubringen. Zentrales Thema waren die „Ernährungssouveränität“ und „das Recht, auf unserem eigenen Land Lebensmittel anzubauen“.²⁵ Auf dem Welternährungsgipfel in Rom forderte die LVC die FAO auf, anzuerkennen, dass Nahrung in erster Linie ein Grundbedürfnis ist und erst dann eine Handelsware. Das „Recht auf Export“ der WTO kam unter Beschuss wegen seiner Blindheit gegenüber der Tatsache, dass der Export von Getreide oft zu Unterernährung und Hunger bei den Menschen führte, die das Land bearbeiteten, und auch dazu, dass Händler Getreide zurückhielten, um die Preise nach oben zu treiben. 1999 tat sich die LVC mit dem FoodFirst and Information Action Network (FIAN; Aktionsnetzwerk für Nahrung und Information) zusammen, um die Global Campaign for Agrarian Reform (Globale Kampagne für eine Agrarre-

23 Die Uruguay-Runde von 1986 bis 1994 war die achte im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) durchgeführte Welthandelsrunde. In ihr verlagerten die Industrieländer ihren Fokus erstmals von der Liberalisierung des Warenhandels auf den sogenannten „Handel mit Dienstleistungen“ und den Schutz geistigen Eigentums. Die Entwicklungsländer forderten dagegen einen besseren Marktzugang und eine Senkung der wettbewerbsverzerrenden Agrarsubventionen in den Industrieländern, besonders in den USA und der EU. Als eine Folge der Uruguay-Runde wurde 1994 die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet, siehe: Wikipedia (– Die Red.).

24 Annette-Aurélié Desmarais: The Vía Campesina: Consolidating an International Peasant and Farm Movement, in: Journal of Peasant Studies, vol. 29, 2002, No. 2, S.91-124, hier S.95.

25 Ebenda, S.100.

form) zu gründen. Die neue Kampagne war darauf ausgerichtet, nationale Kämpfe um Landreformen und Landbesetzungen zu unterstützen.²⁶ Die LVC stellt eine Plattform für den Kampf der regionalen und nationalen Kleinbauernorganisationen gegen ihren gemeinsamen Gegner zur Verfügung: gegen neoliberale Politik, zu der das Ausdünnen von Agrarsubventionen für Kleinbauern und Landlose ebenso gehört wie die Unterstützung transnationaler Agrarkonzerne und die Einführung hoch entwickelter und umweltschädlicher Grüner Technologien (einschließlich genetisch modifizierter Samen). Als führende Analytikerin der LVC argumentiert Annette Aurélie Desmarais, dass „die internationale Arbeit von Bauernorganisationen nur möglich ist, wenn und insofern die Organisationen auf der lokalen und nationalen Ebene stark und gut organisiert sind“.²⁷ Die LVC besteht aus Hunderten von Organisationen mit insgesamt 150 Millionen Mitgliedern. Einige dieser Organisationen sind sehr klein, andere wirklich groß. Die indische Bauernbewegung Karnataka Rajya Raitha Sangha zählt allein über zehn Millionen Mitglieder, während die Korea Women’s Farmers Association (Koreanische Bäuerinnen-Assoziation) 8.000 Mitglieder hat. Über die Organisationen in der LVC schreibt Raj Patel: „Es ist ein sehr gemischter Zusammenschluss von Bewegungen. Manche ihrer Mitglieder sind Landlose, andere sind kleine Landbesitzer, die Landlose beschäftigen. Manche sind Kleinproduzenten, andere eher mittelständisch. Was in Kanada als kleiner landwirtschaftlicher Betrieb zählt, gilt in Indien als Großgrundbesitz. Ganz eindeutig sind nicht alle Bauern gleich, und ebenso wenig sind es ihre Organisationen.“²⁸ Aus genau diesem Grunde beschloss die LVC, ihre Kraft aus erst fünf, dann aus zehn regionalen Einheiten zu schöpfen. „Man geht davon aus, dass nationale Organisationen im regionalen Rahmen gut arbeiten“, schreibt Desmarais, „und dass Regionen Ressourcen mobilisieren können, um die Arbeit auf der regionalen Ebene zu stärken“.²⁹ Die stärkste regionale Einheit ist die lateinamerikanische, und daher „spiegeln die Positionen und Aktivitäten der *Vía Campesina* eher die lateinamerikani-

26 Siehe ebenda, S.108; David Featherstone: *Spatialities of Transnational Resistance to Globalization: the Maps of Grievance of the Inter-Continental Caravan* in: *Transactions of the Institute of British Geographers*, new series, vol. 28, 2003, Nr. 4, S.404-421; Paul Routledge: *Convergence Space: Process Geographics of Grassroots Globalization Networks*, in: ebenda, Nr. 3, S.333-349.

27 Desmarais, *The Vía Campesina*, S.109.

28 Raj Patel: *Stuffed and Starved, power and the hidden battle for the world food system*, London 2008, S.16.

29 Annette-Aurélie Desmarais: *The Power of Peasants: Reflections on the Meaning of La Vía Campesina*, in: *Journal of Rural Studies*, vol. 24, 2008, No. 2, S.138-149, hier S.142.

sche Erfahrung und Perspektive wider“.³⁰ Dies ist für Lateinamerika eine gute Entwicklung. Dort sind mit der *Movimento dos Trabalhadores Sem Terra* (MST; Bewegung der Landarbeiter ohne Boden) in Brasilien und dem 1994 in Lima (Peru) gegründeten *Coordinadora Latinoamericana de Organizaciones del Campo* (CLOC; Koordinator der ländlichen Organisationen Lateinamerikas), einem regionalen Forum von Landarbeitern, mächtige Kleinbauernorganisationen entstanden. Der Hauptsitz der LVC befand sich ursprünglich in Belgien, wurde dann aber erst nach Tegucigalpa in Honduras und später nach Jakarta in Indonesien verlegt.

Die Erfahrung der LVC bestätigt Patnaiks allgemeine These, dass die Strategien der Kleinbauern zuallererst im jeweiligen nationalen und regionalen Rahmen verankert sein müssen. Desmarais schreibt: „Die Basis, wie sie sich auf der nationalen und regionalen Ebene artikuliert, ist das Herz und die treibende Kraft der *Vía Campesina*: Lokale Fragen und lokaler Aktivismus befördern die globalen Interventionen der *Vía Campesina*.“³¹ Der zweite Grund, warum Patnaik dem nationalen oder regionalen Rahmen den Vorzug einräumt, ergibt sich daraus, dass die Kämpfe der Menschen sich um die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen drehen. „Die Arbeiter, die um eine solche Verbesserung kämpfen, können unmöglich gebeten werden zu warten, bis ein neuer Weltstaat entstanden ist, der den Interessen der Arbeiter und Kleinbauern freundlich gesonnen ist“, schreibt er.³² Die konkreten Forderungen müssten gegenüber den Institutionen formuliert werden, die wie der Staat den öffentlichen Haushalt verwalten und die Einverleibung des wirtschaftlichen Überschusses regulieren. Natürlich liegt die Kontrolle über die Politik dieser Institutionen nicht vollständig in der Souveränität der Nationalstaaten. Das internationale Finanzwesen, internationale Organisationen (WTO, IWF, Weltbank) und transnationale Konzerne setzen staatlichen Interventionen im Interesse der breiten Massen Grenzen.

Einfach nur die nationalen Regierungen unter Druck zu setzen, damit diese ihre Haushaltspolitik ändern, reicht nicht, da diese Regierungen wissentlich oder unwissentlich unter dem Einfluss stärkerer Kräfte stehen. Gerade um diese stärkeren Kräfte zu bekämpfen, haben sich einige internationale Plattformen, wie das *Comité pour l'annulation de la dette du Tiers Monde* (Komitee für die Annullierung der Schulden der Dritten Welt; CADTM) in Belgien und dann 1994 das Netzwerk *50 Years is*

30 Ebenda, S.143.

31 Desmarais, *Vía Campesina*, S.109.

32 Patnaik, *Notes on Contemporary Imperialism*.

Enough (50 Jahre sind genug), gegründet. Zu ihnen gehören Organisationen, die hauptsächlich aus den Ländern der Atlantischen Welt stammen, aber sie unterhalten auch Verbindungen mit Aktivisten und Organisationen im Süden. Neben dem 50-Jahre-Netzwerk arbeitete die Gruppe Jubilee 2000 (Jubiläum 2000), die von der katholischen Soziallehre inspiriert war, sich aber später der säkularen Bewegung Drop the Debt (Die Schulden senken) anschloss. Diese Organisationen haben viel nützliches Material über die Schattenseiten des Wirkens von Weltbank und IWF und über den strukturellen Charakter der massiven Verschuldung produziert. Angesichts der enormen Macht von IWF und Weltbank sowie ihres massiven Einflusses auf Regierungen und zugleich des Fehlens einer breit getragenen Kampagne zur Unterstützung der Arbeit dieser internationalen Gruppen ist es kein Wunder, dass ihre Forderungen nicht durchgesetzt werden konnten. Moralischer Druck trug nur begrenzt, und in Zeiten akuter Krisen wie während des Erdbebens in Haiti schwächte der rasche Einsatz der westlichen Industriestaaten zur Schuldentilgung und zu öffentlichkeitswirksamer humanitärer Hilfe die Position ihrer Kritiker. Die andere Gruppe internationaler Akteure, die einen nachdrücklichen Einfluss im Bereich der Nahrungssicherheit ausgeübt haben, sind die NGO. Einige von ihnen haben gemeinsam mit Einrichtungen der UNO (WHO, FAO, UNICEF und anderen) Kampagnen gegen die internationalen Finanzinstitutionen geführt. Es gibt Gruppen, die eine doppelte Rolle sowohl als Hilfsorganisationen als auch durch Lobbyarbeit innerhalb des UNO-Systems spielen. Es ist ihrer Anwesenheit und der Enttäuschung der UNO-Mitgliedstaaten aus dem Süden zu verdanken, dass die FAO 2001 die Alliance Against Hunger and Malnutrition (Allianz gegen Hunger und Fehlernährung) ins Leben rief. Aber sogar die Allianz stützte sich auf nationale Initiativen und regionale Partnerschaften, von denen die meisten aus Staaten kamen, die von Massenbewegungen und politischen Parteien innerhalb ihrer Grenzen gezwungen worden waren, Verantwortung für das Hungerproblem zu übernehmen. In Brasilien konnte eine von Vertretern der katholischen Soziallehre getragene Kampagne gegen den Hunger im Zusammenwirken mit der Gründung der Ação da Cidadania contra a Fome, a Miséria e pela Vida (Bürgeraktion gegen Hunger und Elend und für das Leben), und durch den Wahlsieg der Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei) 2002 die Regierung dazu bewegen, mit dem Fome Zero (Null Hunger) ein Paket von Programmen einzurichten, zu dem die Schaffung eines anständigen Soziallohns (Bolsa Familia) gehörte. In Indien war eines der zentralen Elemente des Gemeinsamen Minimalprogramms der Regierung der United Progressive Alliance (Ver-

einte Fortschrittsallianz), die Unterernährung und Arbeitslosigkeit auf dem Land anzugehen. Die Hauptakteure dieser Allianz waren die neoliberal orientierte Kongresspartei und die Kommunisten. Letztere setzten sich zusammen mit einer kräftigen sozialen Bewegung energisch für die Verabschiedung des Nationalen Gesetzes zur Beschäftigungsgarantie auf dem Land von 2005 ein.

Diese Politik auf nationaler Ebene findet jetzt ihren Niederschlag in regionalen Blöcken wie der Hunger-Free Latin America and Caribbean Initiative (Initiative für die Freiheit von Hunger in Lateinamerika und der Karibik), die 2005 von Brasilien und Guatemala ins Leben gerufen wurde, und der Alliance Against Hunger in Western Africa (Allianz gegen Hunger in Westafrika), die von Benin, Burkina-Faso und Mali zusammengehalten wird. Die liberale Grenze sozialer Gerechtigkeit ist auf der internationalen Ebene in der UN-Menschenrechtserklärung von 1948 definiert und wurde in verkürzter Form durch die Millenniumsziele von 2000 bestätigt. Nur dort, wo die Kämpfe der Kleinbauern und der Arbeiterklasse zusammen mit ihren unterschiedlichen Verbündeten in der Mittelschicht auf die Klassenbasis des Nationalstaates oder der Region durchschlugen, war es möglich, solche politischen Initiativen durchzusetzen. Der Druck von organisierten und mächtigen Massenbewegungen half, den Staat weg von seiner Unterdrückungsfunktion und hin zur Sozialstaatlichkeit zu transformieren. Das zentrale Vehikel zur Verteilung der sozialen Güter war der Staat, auch wenn es der transnationale Druck auf die internationalen Finanzinstitutionen und auf die UNO-Einrichtungen war, der erstere zwang, die Menschen aus ihrem Würgegriff zu entlassen, und letztere, technische Hilfe bei der Entwicklung von Mechanismen zu leisten, mit denen der Soziallohn erhöht werden konnte.

Ein drittes Problem, vor dem der Internationalismus in dieser Periode steht, spricht Patnaik nicht an: die unterschiedlichen Existenzniveaus, die die Länder des Nordens von den Ackerländern und den Slums in Afrika und Asien trennen. Die Kosten der gesellschaftlichen Reproduktion sind in Europa und Nordamerika höher, wobei die nordamerikanischen Arbeiter gezwungen sind, erheblich mehr zu verdienen, da die meisten Sozialleistungen nur gegen Gebühren erhältlich sind (die Gesundheitsversorgung ist der kostspieligste Posten). Die Arbeiter im Norden können ihre Arbeit unmöglich zu Preisen anzubieten, die auch nur annähernd mit denen für die Arbeiter in Afrika, Asien und weiten Teilen Lateinamerikas vergleichbar sind. Diese Ungleichheiten schaffen eine enorme Kluft zwischen den Arbeitern weltweit. Es ist dringend nötig, dass im Norden die massiven Überschüsse in Billionenhöhe, die die Wohlhabenden horten,

angepapft und verwandt werden, um einen robusten Soziallohn (Gesundheitsversorgung, öffentlicher Verkehr) zu schaffen. Ein solcher Soziallohn würde es den Menschen erlauben, geringere Löhne zu verdienen, da sie davon nicht mehr grundlegende Lebensnotwendigkeiten (wie Prämien für die Gesundheits- oder Automobilversicherung) zu finanzieren bräuchten. Diese Schlachten können nur innerhalb des Eurolandes bzw. Nordamerikas ausgefochten werden, indem wirtschaftliche Einschränkungen der Wohlhabenden und ein Soziallohn für die Menschen eingefordert werden. Gleichzeitig werden die Arbeiter in Afrika und Asien darum kämpfen, an den Produktivitätszugewinnen ihrer Arbeit beteiligt zu werden, die transnationale Firmen gegenwärtig für sich allein beanspruchen. Und die Kleinbauern werden ihren Widerstand gegen neoliberale Agrarpraktiken aufbauen und ihr Existenzniveau erhöhen. Im Erfolgsfall werden diese Kämpfe eine Gemeinsamkeit der Interessen schaffen, die die objektive Grundlage für tiefer gehende Auseinandersetzungen um den Planeten bilden kann. Aber das bleibt der Zukunft vorbehalten und hängt vom Ausgang der Konfrontationen in der Gegenwart ab.

Auch wenn globaler Widerstand nicht ansteht, heißt das nicht, dass die Kämpfe sich nach innen richten müssen. Das genaue Gegenteil ist nötig, das heißt, die nationalen und regionalen Kämpfe müssen sich der Bedeutung des Internationalismus bewusst sein und tragfähige institutionelle Plattformen für den Internationalismus schaffen. Es ist einfach so: Wenn wir keine wache Wahrnehmung der gegenwärtigen Grenzen des Internationalismus haben, wird die Unfähigkeit, Internationalismus herzustellen, dessen Bedeutung verblassen lassen. Die Zögerlichkeit und die Schwierigkeiten, vernünftige internationale Institutionen von unten aufzubauen, sind voll und ganz dem Fehlen der gesellschaftlichen Bedingungen für Internationalismus geschuldet. Indem unsere Bewegungen regionale und nationale Macht entfalten, müssen sie einen Internationalismus entwickeln, der nicht utopisch ist, sondern real.

2047 wird das Kommunistische Manifest 200 Jahre alt. Was aus diesem weitsichtigen Dokument aus dem 19. Jahrhundert wird bis dahin eingelöst sein? Als Marx und Engels das Manifest verfassten, spekulierten sie über die Dynamik der Zukunft: Im Wesentlichen sahen sie, dass das kapitalistische System sich von seinen europäischen Ursprüngen befreien würde: „Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte

Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“³³

Im Laufe des ersten Jahrhunderts nach Veröffentlichung dieser Schrift traf die Prognose von Marx und Engels nur teilweise zu. Kapitalistische gesellschaftliche Verhältnisse breiteten sich zwar über den ganzen Globus aus, aber verschiedene ältere Unterdrückungsformen (Kastenwesen, rassistische Apartheid, Leibeigenschaft, Geschlechterungleichheit) blieben so lange erhalten, wie der im Ergebnis dieser Verhältnisse produzierte gesellschaftliche Reichtum in die kapitalistischen Akkumulationszyklen absorbiert werden konnte. Als Marx in den 1840er-Jahren das erste Mal über die Idee eines Proletariats in seinem Heimatland Deutschland schrieb, existierte der industrielle Sektor dort noch kaum. Sein Freund Engels hatte in Großbritannien mehr Erfahrung mit den Folgen der Industrialisierung. Erst aufgrund ihres gemeinsamen Verständnisses der Widerständigkeit der Industriearbeiter und ihrer theoretischen Extrapolierung der Rolle des Proletariats in den wachsenden Fabriken wandten sich Marx und Engels dem Proletariat als Subjekt der Geschichte zu. Ihre Erwartung, dass die Welt bald in nur zwei Klassen gespalten sein würde – die Bourgeoisie, der die Produktionsmittel gehören, und das Proletariat, das nichts als seine Ketten zu verlieren hat – hat sich nicht vollständig erfüllt: Es stimmt, dass ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung einen Großteil des Wohlstands und des Kapitals der Welt in seinen Händen angehäuft hat. Aber es war auch so, dass sich der Rest in jene spaltete, die einen gewissen Grad an Stabilität genossen und die damit für die Illusion sozialer Aufstiegsmöglichkeiten empfänglich wurden, und in die überwiegende Masse, die sich nur auf ihre harte Arbeit und ihren Verstand verlassen konnte, um in diesem schändlichen Gesellschaftssystem zu überleben.

Eine von Marx' großen Prophezeiungen war, dass der bemerkenswerte technische Fortschritt der Menschheit nicht notwendigerweise zugute kommt, besonders wenn ihn die Wohlhabenden kontrollieren und die Wissenschaft und Maschinen zur Verteidigung ihrer eigenen Vorteile und nicht im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts der gesamten Menschheit nutzen würden. So ist es geschehen: Maschinen wurden eingesetzt, um Menschen in die Hoffnungslosigkeit zu entlassen, statt sie von der Arbeit zu befreien. Geistiges Eigentum wurde genutzt, um privaten Wohlstand zu sichern, statt es für wissenschaftliche Lösungen gesellschaftlicher und ökologischer Probleme zu verwenden. Banken verwan-

33 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Dies.: Werke, Bd. 4, S.466.

delten ihr akkumuliertes Kapital in obskure Finanzanlagen. Die Mathematik ist heute die führende wissenschaftliche Disziplin, nicht die Chemie, Physik oder Biologie. Dinge sollen nicht länger hergestellt werden, um damit Profite zu erwirtschaften; es reicht, die Zahlen zu manipulieren. Das Finanzwesen hat seine eigenen Landkarten, seinen eigenen Atlas. Das Geld macht weite Umwege um die menschliche Vorstellungskraft. Überflüssige Menschen werden gebraucht, um Ratenkaufverträge zu unterschreiben. Und dann benötigt man sie, um die Verantwortung für die Krisen des Systems auf sie abwälzen zu können. Ihre Hoffnungen und Träume, ihre Visionen und Bedürfnisse stehen nicht im Zentrum. Nachdem Marx sich die inneren Mechanismen des Systems angesehen hatte, kam er zu dem Schluss, dass dessen Probleme nicht innerhalb seines Rahmens zu lösen sind. Das gleiche kann mehr oder weniger von der neoliberalen Phase des Kapitalismus gesagt werden. Seine Probleme sind weder technischer noch kultureller Natur. Es sind gesellschaftliche Probleme, die nach politischen Lösungen rufen. Die gesellschaftliche Ordnung des Eigentums, des Anstands und der Macht muss radikal geändert werden. Das steht außer Frage. Das Problem ist, wie müssen die Strategie, die Taktik, der Weg voran gestaltet sein. Der Globale Süden ist der Austragungsort dieses großen Kampfes. Mit verschiedenen Taktiken und Strategien wird dort auf den Straßen und im Rahmen des Staates experimentiert. Diese Geschichte ist unvollendet, aber sie muss zu einem guten Ende kommen. Wir müssen unsere Welt umgestalten.

Aus dem Englischen von David Meienreis

Biografisches

„Dennoch ging ich diesen Weg“. Wolfgang Szepanskys „geschichtsträchtiges Leben“ (1910-2008)

Kurt Schilde

Am 9. Oktober 2010 wäre Wolfgang Szepansky 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass wurde am 8. Oktober 2010 in der Galerie im Tempelhof-Museum in Berlin die Ausstellung „Wolfgang Szepansky ...und dennoch ging ich diesen Weg“ eröffnet. Als Teil des Rahmenprogramms fand am gleichen Ort, an dem er oft an Veranstaltungen teilgenommen hatte, eine kleine Feier mit Vortrag, Lesung und Musik statt. Der Vortrag über „ein geschichtsträchtiges Leben“ – so ein Nachruf 2008¹ – bildet die Grundlage dieser biografischen Skizze.²

Persönliche Vorbemerkungen

„Mariendorfer Kommunist festgenommen. In der Lichtenfelder Straße (Bezirk Kreuzberg) bemalte des Nachts ein Kommunist eine Mauer mit den Worten ‚Nieder mit Hitler! KPD lebt. Rot Front!‘ Ein Polizeibeamter in Zivil und ein SA-Mann beobachteten jedoch den Schmierfinken bei seiner staatsfeindlichen Arbeit mit der weißen Ölfarbe und nahmen ihn – es handelt sich um den 23jährigen Maler Wolfgang S. aus der Kurfürstenstraße in Mariendorf – sowie zwei Helfer fest, die ihm Aufpasserdienste leisten sollten. Alle drei wurden der Abteilung I im Polizeipräsidium eingeliefert.“³

Diese Meldung führte 1987 zur Zusammenarbeit mit Wolfgang Szepansky: Für die vom Bezirksamt Tempelhof im Heimatmuseum gezeigte

1 Uwe Januszewski: Dennoch ging ich diesen Weg. Ein Nachruf auf Wolfgang Szepansky, in: Paper Press, Nr. 437 (September 2008), <http://www.paperpress.org/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=680> (5.10.2010).

2 Der Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, den ich am 7.11.2010 anlässlich der von den Museen Tempelhof-Schöneberg in Zusammenarbeit mit der Berliner Geschichtswerkstatt e.V., Projektgruppe Geschichtswerkstatt Lichtenrade, durchgeführten Veranstaltung „Was wollt ihr wissen? Wolfgang Szepansky – ein Lebensportrait. Vorträge, Lesung und Musik“ in der Galerie im Tempelhof Museum in Berlin gehalten habe. Ich danke der Leiterin der Museen Petra Zwaka und ganz besonders Regina Szepansky für die umfangreiche Hilfe bei der Recherche.

3 Tempelhof-Mariendorfer Zeitung, 14.8.1933.

Ausstellung „Erinnern und nicht vergessen“ über die Geschichte des Nationalsozialismus im Bezirk entstand die Idee, diese Aktion nachzubilden. Der ehemalige Widerstandskämpfer malte die Parole noch einmal auf eine Stellwand der Ausstellung. Die Ausstellungsmacher, die ursprünglich die Szene im Sinne einer genauen Rekonstruktion mit Farbeimer und Pinsel nachstellen wollten, belehrte er: Mit der beabsichtigten Inszenierung wäre ein falsches Bild der illegalen Arbeit damals gezeigt worden. In der Tat musste eine solche Aktion so gut vorbereitet sein, dass bei der Flucht kein Werkzeug zurückblieb. Tatsächlich erwähnte die Zeitungsmeldung weder einen Eimer noch einen Pinsel. So von ihm belehrt, stand daher an der Wand nur ein altes Fahrrad zur Erinnerung an das damals benutzte Fortbewegungsmittel.⁴ Bei Ausstellungsführungen waren Erwachsene ebenso wie Kinder und Jugendliche immer sehr beeindruckt und manchmal auch berührt, wenn ihnen die Hintergründe erläutert wurden. Dieser Vorfall wird in seinen Lebenserinnerungen „Dennoch ging ich diesen Weg“ wie viele andere Erlebnisse ausführlich geschildert.⁵ In den Lebenserinnerungen werden auch seine Erlebnisse im Konzentrationslager Columbia beschrieben, was uns erneut zusammenführte, als ich die Geschichte des Columbia-Hauses recherchierte⁶ und ihm wieder als Zeitzeugen begegnete.

Geboren „auf'm Wedding“

Das „geschichtsträchtige Leben“ begann am 9. Oktober 1910 „auf'm Wedding“, wo die Familie Szepansky in der Müllerstraße wohnte. Seine 1873 geborene Mutter Margarete, geb. Schmidt, hatte um 1904 den aus dem ostpreußischen Memel stammenden „Sohn eines kleinen Schusters“⁷ Emil Szepansky, 1877 geboren, geheiratet. Beide Eltern waren berufstätig,

4 Siehe Kurt Schilde: *Erinnern und nicht vergessen. Vom Columbia-Haus zum Schulenburgring. Ergebnisse und Perspektiven der Arbeit im Heimatmuseum Tempelhof*, in: *Mitteilungen & Materialien. Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum e.V.*, Nr. 27, 1988, S.65-96. Eine auf S.74 gezeigte Abbildung gibt eine Vorstellung von der Inszenierung.

5 Das zuerst 1985 veröffentlichte Buch erschien 2000 in einer erweiterten Fassung. Wolfgang Szepansky: *Dennoch ging ich diesen Weg. Autobiographie*, Berlin 2000, S.89-99.

6 Siehe Kurt Schilde: *Vom Columbia-Haus zum Schulenburgring. Dokumentation mit Lebensgeschichten von Opfern des Widerstandes und der Verfolgung von 1933 bis 1945 aus dem Bezirk Tempelhof*, hrsg. vom Bezirksamt Tempelhof von Berlin, Berlin 1987; Ders./Johannes Tuchel: *Columbia-Haus. Berliner Konzentrationslager 1933-1936*, hrsg. vom Bezirksamt Tempelhof von Berlin, Berlin 1990.

7 Szepansky, Weg, S.32.

sie als Kunststickerin und er als Malermeister – die treffendere Bezeichnung wäre: Dekorationsmaler. Diesen Beruf sollte der Sohn später gleichfalls erlernen und ausüben.

Wolfgang war der Jüngste von drei Geschwistern. Seine große Schwester Luise erblickte 1905 und der Bruder Siegfried 1908 das Erdenlicht. In der Familie wurde viel gemeinsam unternommen, gesungen, gelesen und diskutiert, und unter den Geschwistern bestand ein großer Zusammenhalt.

Margarete Szepansky gehörte – ebenso wie ihr Mann – zur „Gruppe der Linken in der SPD“.⁸ Sie war eine Sozialistin, wie es sich für das „rote Mariendorf“ gehörte, wo die Familie seit 1912 in der Kurfürstenstraße lebte. Beide Eltern waren politisch sehr interessiert, vielseitig künstlerisch aktiv und haben ihren Sohn politisch und künstlerisch sehr beeinflusst. Mutter und Vater schrieben kritische Gedichte, die in Zeitungen erschienen. In kleinen Theaterstücken für Kinder wirkten die Geschwister mit. Eines der Stücke trug den Titel „Revolution im Pfefferkuchenheim“. Als Beispiel sei auf ein relativ bekanntes und mehrfach veröffentlichtes Gedicht verwiesen, welches 1924 in der Nummer 1 der Zeitschrift „Die Kommunistin“ erschien:

„Wir sind nicht zu verbieten – Trotz alledem!

Und ob Ihr uns verboten habt – / Wir sind nicht zu bezwingen! / Wir regen doch – dem Adler gleich – / Nur kräftiger die Schwingen! / Und habt Ihr uns auch totgesagt, / Wir kämpfen weiter unverzagt, / Wir sind nicht zu verbieten!

Und würden wir auch stille sein – / Laut schreien Eure Sünden. / Und sperrt Ihr uns ins Zuchthaus ein, / Um uns zu überwinden – / Was Ihr auch tut – des Volkes Not / Der armen Kinder Schrei nach Brot, / Den könnt Ihr nicht verbieten!

Wir sind der Sturm, wir sind die Glut! / Wir sind des Volkes Stimme! / Wir stürmen wie des Wassers Flut / Und trotzen Eurem Grimme! / Wir sind des Volkes Rachegeist / Der Euch doch endlich niederreisst – / Wir sind nicht zu verbieten!“⁹

Dieses mit dem Kürzel M. S. für Margarete Szepansky versehene Poem ist mehrfach fälschlich Karl Liebknecht zugeschrieben worden. Unter

8 Ebenda, S.17.

9 Dieses Gedicht wurde – wie alle folgenden, bis auf das letzte – bei der Erinnerungsveranstaltung von der Schauspielerin Anna Bardorf vorgetragen.

dessen Namen erschien es in der „Roten Fahne“, der „Arbeiter Illustrierten Zeitung“ (AIZ) und der „BZ am Abend“.¹⁰ Nach dem Einspruch der Originalautorin druckte die AIZ eine Berichtigung. Das Gedicht wurde mehrfach nachgedruckt, so unter ihrem Namen auch in einer amerikanischen Arbeiterzeitung. „Meiner Mutter brachte es durch Vermittlung von zwei Freunden zwei Dollar Honorar ein. Was für ein Reichtum, und dazu noch ein fester Wert im Gegensatz zu dem Inflationsgeld! Für diese zwei Dollar stattete sie das schönste Weihnachtsfest aus, das unsere Familie erlebte.“¹¹

Auch Emil Szepansky verfasste zahlreiche Gedichte, so 1918 die folgenden Verse:

„Freiheit

Freiheit, dein Sänger möcht ich wohl sein. / Freiheit, Freiheit, wo bist du zu finden?! / Gingst du nicht unter im Feuerschein, / starbst du vor den Kanonenschlünden, / meuchelte dich nicht ruchlos und kalt / mordende Macht und rohe Gewalt? / Eine halbe Welt geht in Scherben, / Freiheit, Freiheit, mußt du auch sterben!?

Freiheit, du bist in Fesseln geschlagen, / aber du hebst noch trotzig dein Haupt, / lächelst allen, die an dich geglaubt, / Trost zu in diesen entsetzlichen Tagen! / Freiheit, den Weg nach Golgatha / mußt du wundgeschlagen beschreiten, / aber die Stunde, die frohe ist nah, / da wir die Glocken dir stürmisch läuten!

Freiheit, dir ward Unsterblichkeit! / Du bist Flamme, helleuchtende Glut! / Freiheit, du machst uns stark und gut, / öffnest die Kerker, sprengst die Ketten, / du nur kannst uns vom Elend erretten! / Freiheit, du schaffst die herrliche Zeit, / wo sich alle Völker auf Erden / die Hände reichen und Brüder werden.“¹²

In der Familie wurde nicht nur viel gedichtet, gesungen, gelesen und diskutiert, sondern auch geschauspielert. Seit 1927 war der jugendliche Wolfgang in der Arbeitertheaterbewegung aktiv. Der in einer sozialistischen Familie groß gewordene Junge ging in eine kommunistische Kin-

10 Siehe Szepansky, Weg, S.35.

11 Ebenda, S.34.

12 Emil Szepansky: Freiheit, ich warte dein. Gedichte aus dem Belagerungszustand, Berlin (1919), S.56.

dergruppe. Die große Schwester Luise¹³ war Vorsitzende des Kommunistischen Jugendverbandes in Mariendorf.

Er besuchte seit 1917 die in der Nähe des Mariendorfer Elternhauses gelegene Volksschule in der Königstraße. In dieser wie in seinen weiteren schulischen Ausbildungsstätten blieb er weitgehend ein Außenseiter, u. a. weil die Lehrer und Lehrerinnen nicht merkten, dass er nicht gut sehen konnte. „Das Schlimmste für mich war die Schule“,¹⁴ schrieb er in seinen Erinnerungen. Auch wegen seiner langen blonden Haare fiel er auf. „Meine Mutter war sehr stolz auf ihr kleines Lockenköpfchen“,¹⁵ wie das folgende Gedicht dokumentiert:

„Süßer, blondlockiger Junge

Süßer blondlockiger Junge, / Du mein Sonnenschein, / spielst still zu
meinen Füßen, – / einst wird es anders sein. / Wirst Du die Wahrheit
suchen / mit der Propheten Blick? / Wird in enger Kammer / Dir ein
bescheidenes Glück? / Wirst Du mit glühendem Herzen / verlassen und
einsam stehn? / Wirst Du im Schwarm der andern / die breite Straße
gehen? / Wirst Du in Sorgen verzehren / Dich um des Volkes Not /
Oder in Kleinmut begehren / nur für Dich das Brot? / Alles liegt noch
im Schoße / der dunklen Zukunft weit, / ihre Rätsel löset / erst die all-
mächtige Zeit! – / Spiele nur blonder Junge, / Du mein Sonnenschein, /
wild packt Dich später das Leben, / dann wird es anders sein.“¹⁶

Nach dem Verlassen der Volksschule 1923 weilte der Junge drei Monate bei einer Familie in Leiden in den Niederlanden, wo der Dreizehnjährige zum ersten Mal in seinem Leben ein Zimmer ganz für sich allein hatte. Diese Reise hatte die Internationale Arbeiterhilfe organisiert, für die Wolfgang als Kind Spenden gesammelt hatte.

Anschließend ging er 1923/24 auf das Askanische Gymnasium in Neu-Tempelhof – „Aska“ genannt. Nachdem er einmal sitzen geblieben war und ihm dies erneut drohte, nahmen die Eltern Wolfgang von der Schule. Anschließend ging der Vierzehnjährige bei seinem Vater in die Lehre zum Dekorationsmaler. Seinen Traum, Schauspieler zu werden, hatte er schnell

13 Siehe zur Biografie von Luise Kraushaar, geb. Szepansky: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000, S.471f.

14 Szepansky, Weg, S.29.

15 Wolfgang Szepansky: Als ich ein Kind noch war. Unveröffentlichtes Manuskript. o.O., o.J., S.57.

16 Ebenda, S.58.

ausgeträumt. Aber ein wenig verwirklichte er ihn später doch und stand wiederholt auf der Bühne.

Nachdem sein Bruder Siegfried wegen „kommunistischer Verhetzung der Lehrlinge“¹⁷ die Ausbildung zum Tischler beenden musste, lernte er ebenfalls beim Vater, wurde Malergeselle und arbeitete wie Wolfgang im Betrieb des Vaters.

Wolfgang war nach der Ausbildung – wie es damals üblich war – als Malergeselle auf der Walz. „Fünf Monate hatte ich Deutschland durchwandert. Vom Harz aus war ich über Braunschweig, Hildesheim, Detmold, Paderborn, Hamm, Iserlohn, Köln, Trier, Koblenz, Worms, Mannheim, Heidelberg, Rothenburg nach Nördlingen gewandert.“¹⁸ Danach arbeitete er als Geselle im väterlichen Betrieb.

Die Familie Szepansky sympathisierte mit der damaligen sozialistischen Arbeiterbewegung und orientierte sich zunehmend an kommunistischen Vorstellungen. Wegen der aus dem elterlichen Vorbild resultierenden politischen Orientierung und künstlerischen Entwicklung lag es nahe, dass Wolfgang sich in der von seinen Eltern initiierten Agit-Prop-Gruppe „Roter Hammer“ engagierte. Die Familie beteiligte sich auch an einer Gruppe des Deutschen Arbeiter-Theater-Bundes, z.B. bei dessen 10. Bundestag an einer Theaterausstellung mit einem Bühnenbild. Als 1931 das Auftreten von Agitpropgruppen untersagt worden war,¹⁹ schloss sich Wolfgang dem Kommunistischen Jugendverband an, nachdem er bereits als Kind zu den Nachmittagen einer kommunistischen Kindergruppe gegangen war. Er wurde Organisationsleiter des Unterbezirks Tempelhof. „Als Organisationsleiter hatte ich viele Aufgaben zu bewältigen. Wenn ich abends von der Arbeit nach Hause kam, schwang ich mich auf mein Fahrrad. Entweder fuhr ich zur Sitzung der Bezirksleitung des KJVD, die im Karl-Liebnecht-Haus stattfand, zur Sekretariatsitzung meines Unterbezirks, oder besuchte einen Gruppenabend in Mariendorf, Tempelhof oder Lichtenrade. Gruppenweise fuhren wir sonntags ins Grüne. Dort verbanden wir das Angenehme mit dem Nützlichen, wanderten, badeten und diskutierten über theoretische und praktische Fragen unseres Kampfes. Oder wir beteiligten uns an der Landagitation. Von Radfahrerkolonnen begleitet, fuhren wir auf Lastautos in unser Landgebiet, das von

17 Ders., Weg, S.43.

18 Ebenda, S.50.

19 Siehe ebenda, S.65.

Lichtenrade über Zossen bis Mittenwalde reichte.²⁰ Wolfgang Szepansky gehörte auch dem Arbeitersportverein Fichte an.

Von seinen damaligen politischen Aktivitäten sei als Beispiel auf eine Malaktion hingewiesen. Auf die Treppe des Tempelhofer Rathauses malte der junge Kommunist 1932 die Parole „Nieder mit den Brüningischen Notverordnungen!“ Dies wurde entdeckt, Szepansky zur örtlichen Polizeiwache gebracht und in den frühen Morgenstunden in das Polizeigefängnis am Alexanderplatz eingeliefert. Nach dem Urteil eines Schnellgerichts kam er für drei Tage in Einzelhaft.²¹ Dies war nicht das erste und auch nicht das letzte Mal, dass er ein Gefängnis von innen sehen musste. Schon als Ostern 1930 die traditionelle Osterdemonstration des KJVD vom Berliner Polizeipräsidenten verboten worden war, aber trotzdem stattfand, musste Szepansky wegen Überschreitung des Demonstrationsverbots zehn Tage in Haft.

Ab 1933: Haft – Exil – Haft

Die Weimarer Republik ging am 30. Januar 1933 mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler unter. Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 war die Kommunistische Partei Deutschlands und mit ihr der Kommunistische Jugendverband in die Illegalität gedrängt und jeglicher Widerstand gegen das NS-Regime verboten worden. Trotzdem beteiligte sich Wolfgang an Aktionen gegen das NS-Regime. Ein Beispiel ist die – bereits angesprochene – Malaktion vom 12. August 1933 an der Wand der Brauerei Schultheiß in der Lichtenfelder Straße (heute: Methfesselstraße) in Kreuzberg. Kurz nachdem die Losung an der Wand stand, verdächtigten ihn SA-Männer und nahmen ihn fest. Er kam über ein Polizeirevier zur Geheimen Staatspolizei in die Prinz-Albrecht-Straße und dann bis Anfang September 1933 in das Konzentrationslager Columbia und anschließend ins Polizeigefängnis Alexanderplatz.²²

Knapp einen Monat später klagte ihn am 25. Oktober 1933 der Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin an, „den organisatorischen Zusammenhalt eines Vereins“ – gemeint war der seit 1929 verbotene Rote Frontkämpferbund (eine Abwehrorganisation der KPD) – „weiter aufrecht erhalten“ und „öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte

20 Ebenda, S.67.

21 Siehe ebenda, S.67-71.

22 Die Erinnerungen, nachdem er ins Polizeipräsidium eingeliefert wurde, weichen von dem Artikel in der „Tempelhof-Mariendorfer Zeitung“ vom 14.8.1933 ab.

Person aufgefordert zu haben.²³ Sein Aufruf „Nieder mit Hitler“ war nicht folgenlos geblieben. Am 30. Januar 1934 sollte die Gerichtsverhandlung stattfinden. „Lange Zeit überlegte ich mit Freunden und Eltern, bis ich mich zu einem schwerwiegenden Entschluß durchrang. Ich ging auf die Ratschläge der Bezirksleitung des KJVD ein, in die Emigration nach Holland zu gehen.“²⁴ Von einem Freund hatte er Informationen erhalten, wo und wie er die Grenze überqueren konnte: „In der Nähe von Aachen steigt Du in eine Straßenbahn, die ein Stück durch Holland fährt. Du fährst eine Station und bist in Holland.“²⁵

Das Leben als Emigrant hat er in seinen Erinnerungen ausführlich beschrieben. „Für die deutschen Emigranten gab es keine Aufenthaltserlaubnis, keine Arbeiterlaubnis, keine gültigen Ausweispapiere, keinen Rechtsschutz, keine Krankenkasse, mit einem Wort: keine Existenzberechtigung.“²⁶ Das Leben war sehr schwer und hatte wohl nur einen Lichtblick in der Person von Henriette Hen – Jetchen genannt. Der Beziehung zu dieser holländischen Jüdin entstammt der 1938 geborene Sohn Robert, der den Namen seines Vaters erhielt.

Bereits kurz vor dem Überfall Deutschlands auf die Niederlande 1940 erfolgte Wolfgangs erneute Verhaftung. Er wurde in eine Amsterdamer Polizeiwache eingeliefert. Über das Internierungslager Hoek van Holland wurde er zurück nach Deutschland transportiert und musste sechs Wochen in der berüchtigten Steinwache in Dortmund bleiben, bevor er über eine Zwischenstation in Hannover zurück nach Berlin gebracht wurde. Er landete in dem Polizeigefängnis am Alexanderplatz. Am 17. Oktober 1940 kam er ins Konzentrationslager Sachsenhausen – Häftlingsnummer 33572. So musste er die Nachfolgeeinrichtung des Konzentrationslagers Columbia kennenlernen, in dem er bereits 1933 gefangen gehalten worden war. Seine Erlebnisse in Sachsenhausen hat er in seinen Lebenserinnerungen festgehalten, in denen das folgende programmatische Gedicht aus dem Jahr 1941, erdacht im Strafgefängnis Tegel, abgedruckt ist:

23 Anklageschrift vom 25.10.1933, Privatarchiv Szepansky, Kopie im Besitz des Vf.

24 Szepansky, Weg, S.101.

25 „Ich bin 1910 geboren – das ist lange her.“ Wolfgang Szepansky im Gespräch mit Tempelhofer Schülern, in: Matthias Heisig/Sylvia Walleczek (Hrsg.): Tempelhofer Einblicke, Berlin 2002, S.153.

26 Szepansky, Weg, S.101.

„Triumph (Ihr könnt mich nicht zwingen)
 Wollen Sorgen mich umschlingen, / will die Einsamkeit mich quälen, /
 weiß ich stets durch frohes Singen / Mut und Geist und Herz zu stählen.
 Reißt wohl das Fenster auf, / jagt die bösen Geister fort, / nehme alle
 Kraft zuhauf, / wünsch mich an den schönsten Ort.
 Und mir ist es nun, / als könnten Mauern mich nicht halten. / Ich kann
 lassen, ich kann tun, / kann wie freie Menschen walten.
 Neue Zukunftsmelodien / will ich mutig singen! / Und ich triumphiere
 kühn: / Ihr könnt mich nicht zwingen!“²⁷

Anfang 1941 wurde Wolfgang Szepansky in ein Außenlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen nach Lichterfelde verlegt. Von dort schaffte man ihn im Juni 1941 in das Untersuchungsgefängnis Moabit und das Gefängnis Plötzensee: Wegen der Beziehung zu der holländischen Jüdin Henriette Hen – der Mutter seines 1938 geborenen ersten Sohnes Robert – wurde er der „Rassenschande“ angeklagt und zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt. Er verbüßte sie im Strafgefängnis Tegel. Danach kam er wieder nach Sachsenhausen.

Als das Konzentrationslager wegen der nahenden Roten Armee vor der Auflösung stand, musste er vom 21. April bis 2. Mai 1945 mit auf den Todesmarsch in Richtung Ostsee. Am 3. Mai wurde er in Mecklenburg in der Nähe von Crivitz von britischen Soldaten befreit. Die Region wurde bald darauf der sowjetischen Besatzungsmacht übergeben. Im Juni 1945 kam er nach Berlin zurück und sah nach elf Jahren seine Eltern wieder. Der Bruder war seit 1943 vermisst. Seine Mutter starb drei Jahre später 1948, der Vater 1968.

Ab 1945: Politik und Kunst

Bald nach seiner Rückkehr engagierte sich Wolfgang Szepansky wieder politisch und nun auch pädagogisch: Am 18. Juni 1945 entstand in der Eckener-Schule in Mariendorf der Antifaschistische Jugendausschuss von Tempelhof. Szepansky begann, mit den vorher der Hitler-Jugend und dem Bund Deutscher Mädel angehörenden Jungen und Mädchen eine demokratische Jugendarbeit aufzubauen. „In den Jugendausschuß kamen die Hitlerjungen von gestern. Mühevoll und geduldig zerschlugen wir ihren Führerglauben, entlarvten wir ihre falschen Ideale von der Herrenrasse als faschistische Ideologie. Es kamen andere, die nach dem Motto

²⁷ Ebenda, S.169.

„Verbranntes Kind scheut das Feuer“ nichts mit Politik im Sinn hatten. Sie alle kamen in den Jugendausschuß und sollten sich dort heimisch fühlen. Das war das Anliegen seiner Leitung.“²⁸ Darüber sprach er 1989 im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Tempelhofer Volkshochschule im Heimatmuseum. Er berichtete über die Heimabende und Theater- und Musikgruppen, in denen versucht wurde, den in der NS-Zeit aufgewachsenen Jugendlichen eine demokratische Perspektive aufzuzeigen.

Im Antifaschistischen Jugendausschuss lernte er Gerda Lange kennen. Die beiden verliebten sich ineinander und heirateten im September 1947. Der Ehe entstammen vier Kinder: die Söhne Wolf-Peter, Thomas und Ralf, die 1948, 1950 und 1959 geboren wurden, und schließlich Regina, die 1965 zur Welt kam. Im Jahr darauf zog die Familie Szepansky in ein Haus im Hirzerweg – gleichfalls in Mariendorf.

Nach der Gründung des Antifaschistischen Jugendausschusses arbeitete Wolfgang ab Juli 1945 an der Anton-Saefkow-Schule – nach einem kommunistischen Widerstandskämpfer benannt²⁹ – und war dort Zeichenlehrer. Das Bezirksamt Tempelhof von Groß-Berlin ernannte ihn am 6. August 1948 zum „ordentlichen Lehrer“. 1949 bestand er die zweite Lehrprüfung. Neben dem Schuldienst studierte er von 1948 bis 1950 Kunstpädagogik an der Hochschule für Bildende Künste.

Ob Szepansky der 1945 wieder entstandenen KPD angehörte, ließ sich bisher nicht belegen. Sicher jedoch ist seine Mitgliedschaft in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) – später mit dem Zusatz Westberlin und schließlich dem Namen Sozialistische Einheitspartei Westberlin (SEW). Wegen dieser Mitgliedschaft durfte er nicht mehr als Lehrer arbeiten und erhielt 1951 Berufsverbot. Im Jahr darauf wurde ihm auch sein Verfolgtenstatus aberkannt, den er erst 1968 per Gerichtsbeschluss wieder zurückerhielt. Seit 1948 gehörte er der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) an, für deren seit 1977 erfolgter Öffnung gegenüber dem „antifaschistischen Nachwuchs“ er sich besonders engagierte. Diese Reform drückte sich im Namenszusatz „Verband der Antifaschisten“ aus. Bis zur Wende 1989/90 gehörte er lange Zeit zum Vorstand der VVN-VdA.

28 Ebenda, S.234f.

29 Siehe Karen Holtmann: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe vor dem Volksgerichtshof. Die Hochverratsverfahren gegen die Frauen und Männer der Berliner Widerstandsorganisation 1944-1945, Paderborn 2010.

Da Szepansky seit seinem Berufsverbot nicht mehr als Lehrer tätig sein durfte, musste er den Lebensunterhalt für seine Familie mit Fortbildungsmaßnahmen, als Pionierleiter bei der Freien Deutschen Jugend Westberlins – später umbenannt in Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht – und von 1963 bis zu seiner Verrentung bei der Deutschen Reichsbahn, vor allem als Leiter des „Klubs der Eisenbahner“ bestreiten. Wolfgang Szepansky war sein ganzes Leben als vielseitiger Künstler aktiv. Er gehörte in den 1950er- und 1960er-Jahren dem Kabarett „Die Kneifzange“ an und gründete das Kabarett „Höchste Eisenbahn“. Anschließend wirkte er von 1970 bis 1973 in der Freien Künstlergruppe „Rote Nelke“ und von 1972 bis 1974 in der Freien Theatergruppe „Die Zentrifuge“. Er nahm mit seinem Tempelhofer Genossen Emil Ackermann und der ehemaligen Band „Sorgenhobel“ eine Musikkassette mit Lagerliedern und Liedern der Arbeiterbewegung, die im Konzentrationslager Sachsenhausen gesungen wurden, auf. Daraus entstand das Liederbuch „...denn in uns zieht die Hoffnung mit“.³⁰ Es enthält neben dem „Sachsenhauslied“ u. a. die „Partisanen vom Amur“, das „Moorsoldaten-Lied“ sowie das von ihm selbst vertonte Gedicht der Mutter „Wir sind nicht zu verbieten“.³¹

Vor allem galt seine Leidenschaft dem Malen und Zeichnen. Seine Bilder begleiteten sein ganzes Leben. Sie wurden zwischen den 1970er- und 1990er-Jahren in der Freien Berliner Kunstaussstellung und seit Anfang der 1980er-Jahre in zahlreichen Einzelausstellungen gezeigt: 1983 und 1986 z. B. im Haus am Kleistpark, 1984 in der Galerie am Buschgraben in Zehlendorf, 1995 in der Dorfkirche Alt-Mariendorf und im Familiengarten in Kreuzberg. Er erarbeitete die Sachsenhausen-Ausstellung „Was bist du, sag?“ – „Ich bin ein Mensch!“ und bestückte im Juni 2000 die Ausstellung „Ich sag es euch mit meinen Augen“ im Lichtenberger Kulturzentrum mit Zeichnungen, Linoldrucken, Aquarellen und Ölbildern. An vielen Ausstellungen war auch seine Frau Gerda beteiligt.

Seit den 1970er-Jahren wurde Wolfgang Szepansky oft eingeladen, über sein Leben zu erzählen. „Es gab antifaschistische Projektstage in den Schulen Berlins, und ich wurde nun eingeladen, in den Klassenräumen, manchmal auch in der Aula, vor vielen zu sprechen. Studierende holten mich in die Universitäten und Fachhochschulen, evangelische Pfarrer in

30 Siehe Josef-Maria Metzke/Jürgen Schulte/Max Mehr (Red.): ...denn in uns zieht die Hoffnung mit. Lieder, gesungen im Konzentrationslager Sachsenhausen. Wolfgang Szepansky – Häftlings-Nr. 33527. Emil Ackermann – Häftlings-Nr. 775, hrsg. vom Sachsenhausen-Komitee Westberlin, Berlin (1985).

31 Die Melodie entstand 1943 in Einzelhaft. Siehe Ich bin 1910 geboren, S.155.

ihren Konfirmandenunterricht. [...] Mit vielen Schulklassen und Jugendgruppen machte ich Führungen durch die Gedenkstätte Sachsenhausen, was mir zunächst nicht leicht fiel, tauchten an diesem Ort doch Bilder schrecklichen Erinnerns vor mir auf.“³² Er war lange Zeit Vorsitzender des Sachsenhausenkomitees Westberlin. In dieser Funktion gab er eine Sammlung von Erinnerungsberichten ehemaliger Sachsenhausen-Häftlinge aus verschiedenen Ländern heraus.³³ Das Buch enthält auch einen kurzen Bericht seiner Tochter Regina Szepansky „Ein Besuch in der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen“, die mit ihrem Engagement in die Fußstapfen des Vaters trat. Ab den 1980er-Jahren begleitete Wolfgang Szepansky gemeinsam mit Emil Ackermann häufig die von der „Arbeitsgemeinschaft Jugend in Mariendorf“ durchgeführten „Antifaschistischen Stadtrundfahrten durch Tempelhof“. Unter beider Leitung wurde zudem die Rundfahrtbroschüre „Erlebte Geschichte“ erarbeitet.³⁴ Als Zeitzeuge begleitete Szepansky auch die vom Landesjugendring angebotene „Stadtrundfahrt zu Stätten der Arbeiterbewegung, des Faschismus und des Widerstandes“.³⁵ Bei einer dieser Fahrten habe ich ihn nach meiner Erinnerung wohl kennengelernt.

1985 veröffentlichte Wolfgang Szepansky die erste Auflage seiner Lebenserinnerungen „Dennoch ging ich diesen Weg“ und 2000 eine erweiterte Fassung, zu der ich das Geleitwort „Ein Zeitzeuge geht seinen Weg“ beisteuern durfte.³⁶ In dieser Zeit entstand eine weitere – noch unveröffentlichte – biografische Arbeit „Als ich ein Kind noch war“. Diese enthält, wie seine publizierten Erinnerungen, zahlreiche eigene Zeichnungen

32 Szepansky, Weg, S.260. Eines der Gespräche mit Schülern siehe Ich bin 1910 geboren, S.147-163.

33 Wolfgang Szepansky/Gabriele Schnorrenberg (Red.): Niemand und nichts vergessen. Ehemalige Häftlinge aus verschiedenen Ländern berichten über das KZ Sachsenhausen, hrsg. vom Sachsenhausenkomitee Westberlin und dem Arbeitskreis Sachsenhausenkomitee Berlin (West) in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Verband der Antifaschisten (VVN/VdA), Berlin 1984.

34 Siehe Autorenkollektiv unter Leitung von Emil Ackermann und Wolfgang Szepansky: Erlebte Geschichte. Arbeiterbewegung und antifaschistischer Widerstand in Tempelhof, Berlin o.J. Ergänzend sei hingewiesen auf: Emil Ackermann (Red.): Aus der Tempelhofer Geschichte. Naziterror und Widerstand, hrsg. von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)/Verband der Antifaschisten, Berlin 1984.

35 Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen! Begleitheft zur Stadtrundfahrt zu Stätten der Arbeiterbewegung, des Faschismus und des Widerstandes, Berlin 1981.

36 Siehe Kurt Schilde: Zum Geleit – Ein Zeitzeuge geht seinen Weg, in: Szepansky, Weg, S.9-11.

zu seinem Leben. Ebenfalls 1985 erarbeitete er gemeinsam mit seinem Sohn Thomas, Emil Ackermann und anderen die Ausstellung „40 Jahre danach“ und wirkte an deren gleichnamiger Begleitpublikation mit.³⁷

Für ihr engagiertes Wirken erhielten Wolfgang und Gerda Szepansky 1996 verdienstmaßen das Bundesverdienstkreuz. Von ihr stammen die Bücher und Ausstellungen zu „Frauen leisten Widerstand: 1933-1945“, „Frauenleben im Zweiten Weltkrieg“, „Frauen in der DDR“ und gemeinsam mit Helga Schwarz „Frauen-KZ Ravensbrück“.³⁸ Es ist wohl zutreffend, wenn Bekannte Wolfgang und Gerda Szepansky einmal – so überliefert es jedenfalls die Tochter Regina – als „das politische Paar“ bezeichnet haben. Wer die beiden kennenlernen und erleben konnte, wird – wie der Verfasser dieser Zeilen – bestätigen können, dass sie sehr kontaktfreudige Menschen waren und einander ideal ergänzten.

Wolfgang Szepansky blieb bis in die letzten Jahre seines „geschichtsträchtigen Lebens“ ein politisch aktiver Mensch, vielseitiger Künstler und antifaschistischer Jugend- und Erwachsenenbildner. Viele sind ihm begegnet, wenn er gerade an einer Demonstration teilnahm oder als Zeitzeuge unterwegs war. Ich erinnere mich noch, dass ich ihn vor ein paar Jahren – nach meiner Erinnerung war es in einer S-Bahn – traf, als er wieder einmal auf dem Weg in die Gedenkstätte Sachsenhausen war, wo eine Gruppe auf eine seiner Führungen wartete. Im 90. Lebensjahr hat er seine Erfahrungen als Zeitzeuge – wie könnte es anders sein – in einem Gedicht zusammengefasst.

„Was wollt ihr wissen?

Neulich war ich eingeladen, / von Freunden im Café. / Freute mich,
konnt' ja nichts schaden, / griff nicht mal zum Portemonnaie.

Als ich sagte, dass ich neunzig bin, / sagte einer ganz verwundert: / „Nur
weiter so, s'ist ein Gewinn, / vielleicht wirst du noch hundert.“

Einer stellte mir dann Fragen: / „Wie hast du das denn nur geschafft?“ /
Nun, da kann ich vieles sagen, / zum Beispiel: Ich hab nie gepafft!

37 Emil Ackermann u. a. (Autorenkollektiv): 40 Jahre danach – 22. April Befreiung des KZ Sachsenhausen – 8. Mai Befreiung von Faschismus und Krieg, Berlin 1985.

38 Gerda Szepansky: Frauen leisten Widerstand: 1933-1945. Lebensgeschichten nach Interviews und Dokumenten, Frankfurt/Main 1983; Dies.: ‚Blitzmädel‘, ‚Heldenmutter‘, ‚Kriegerwitwe‘. Frauenleben im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1986; Dies.: Die stille Emanzipation. Frauen in der DDR, Frankfurt am Main 1995; Helga Schwarz/Dies. (Hrsg.): Frauen-KZ Ravensbrück ...und dennoch blühten Blumen. Dokumente, Berichte, Gedichte und Zeichnungen vom Lageralltag 1939-1945, hrsg. von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 2000.

Und war auch nie besoffen! / Zum Geburtstag trank ich Wein. / Doch
 hat es mich nie so betroffen, / es waren nur drei Gläserlein.
 Alle mussten dabei lachen. / Die Berliner und die Sachsen. / Und ich
 sollte weitermachen, / denn sie hofften auf viel Faxen!
 Einer stellte mir die Frage: / ‚Wer hat dich auf die Welt geschaffen?‘ /
 ‚Nun glaub mir, wenn ich sage, / meine Eltern! Nicht die Affen!‘
 Leicht gekränkt hat er gesagt: / ‚Ich wollte ja nur hören, / waren sie
 schon hochbetagt / oder junge dumme Gören?‘
 Na, das kannst du dir doch denken, / sie waren die Klügsten alle beid? /
 Ihren Kindern das zu schenken, / machte uns drei kampfbereit.
 Kampfbereit, was soll das heißen? / Warst du Soldat bei Hitler schon? /
 Bei den Roten oder Weißen? Sag in welchem Bataillon?
 Ich war bei den Illegalen! / Musste mich geheim verstecken. / Konnte an
 die Wände malen: / Der Schuft Hitler muss verrecken!
 Dabei wurde ich verhaftet, / haben mich fast totgeschlagen! / Doch ich
 habe es verkräftet. / War sehr schlimm, kann ich euch sagen.
 Ich kam frei, sollt' vor Gericht. / Ins Zuchthaus wollten sie mich stecken!
 / Freunde sagten: Nein, das nicht! / Da kannst du leicht verrecken.
 Du gehst nach Holland, sagten sie. / Die Freunde dort sind uns bekannt.
 / Du heißt jetzt Äpfelchen³⁹ für sie! / Dann wirst du dort gleich
 Emigrant!
 Und genau so ist's gegangen. / Als Emigrant wurd' ich verborgen. /
 Ausweis konnt' ich nicht empfangen, / Menschen wollten für mich
 sorgen!
 Juden war'n es in der Regel. / Sie verbargen mich, mal hier mal dort. /
 Nur die Polizistenflegel / suchten mich an manchem Ort.
 Eine Frau hab' ich gefunden, / 'ne dufte Jüdin, sag ich dir. / Wir lebten
 beide eng verbunden, / still versteckt im Geheimquartier.
 Und Amsterdam! Die schönste Stadt! / Für mich ein Wunder, sag ich
 euch! / Ich lief hindurch, war oft sehr matt, / als Emigrant war mir das gleich.
 Dann gab es Polizeiversprechen: / ‚Emigranten meldet euch doch. /
 Keiner will sich an euch rächen. / Ihr seid frei! Was wollt ihr noch?‘
 So meldete ich mich dann an. / Zwei Tage war ich wirklich frei! / Nach
 Hoek van Holland kam ich dann. / Es war 'ne echte Schweinerei!
 Eingesperrt waren dort viele! / Deserteure, Kommunisten. / Frieden
 waren ihre Ziele, / ob sie Juden oder Christen!

39 Äpfelchen war der Deckname, unter dem Wolfgang Szepansky in den Niederlanden Kontakt aufnehmen sollte.

Diskussionen gab es viele. / Alle wollten nur das Eine. / Haltet fest an
 diesem Ziele: / Hitler zieh' jetzt endlich Leine.
 Was dann geschah, das war entsetzlich. / Granaten schlugen bei uns ein!
 / Das passierte so ganz plötzlich. / Der Krieg kam nun nach Holland ein.
 Befehl: Alles angetreten! / Deserteure erschießen! / Da half kein Jam-
 mern und kein Beten, / als sie uns zerknirscht verließen.
 Uns ander'n drohte auch der Tod, / in Güterwagen 'reingesteckt. / Kein
 Wasser und kein Stückchen Brot, / vor Hunger sind wir fast verreckt!
 Zwei Tage später im Gefängnis. / In Dortmund in der Strafanstalt, / das
 war ein schlimmes Verhängnis, / auch hier faschistische Gewalt.
 Einen Beamten gab es hier, / der auf unsrer Seite stand. / Er schrie
 enorm laut an der Tür / und flüsterte dann unverwandt:
 ‚Hier ist Tabak, von nebenan!‘ / ‚Kein Feuer?‘, flüstert einer. / Er zog's
 aus seiner Hose dann, / ‚aus Zelle fünf, von Heiner!‘
 Zwölf Mann in einer Zelle, die / vier Meter lang, vier Meter breit. / Wir
 waren Freunde, ein Genie / machte uns Spaß, vertrieb die Zeit.
 Drei Monate waren wir vereint / in dieser winz'gen Zelle. / Ich kam her-
 aus und wie mir scheint, / ganz allein von dieser Stelle.
 Bald kam ich nach Sachsenhausen, / eine Hölle auf der Erde. / Nun, da
 packte mich das Grausen! / Ob ich tot geschlagen werde?
 Kalte Dusche zum erfrier'n! / Eine halbe Stunde drunter steh'n. / Drei
 Mann mussten dabei krepier'n! / Wir andern konnten zitternd geh'n.
 Schuften dann, bei jedem Wetter, / ob Sturm, ob Schnee, ob Regen. /
 Brüderschaft war unser Retter. / Kampfbereit auf allen Wegen!
 Ja, das KZ Sachsenhausen / wurde Schutzhaftlager genannt, / und man
 glaubt es kaum, was draußen / an den Barackenwänden stand:
 Es gibt einen Weg zur Freiheit, / seine Meilensteine heißen: / Gehorsam-
 keit, Fleiß, Ordnung, / Ehrlichkeit, Sauberkeit, Wahrhaftigkeit, / Nüch-
 ternheit, Opfersinn und / Liebe zum Vaterland.
 Zur Freiheit fliehen, das wollten viele. / Gelungen ist es keinem Mann. /
 Es waren nur erhoffte Ziele. / Dann kam er an den Galgen ran!
 Alle mussten wir uns anseh'n, / wie der verstummt am Galgen hing! /
 Wir hatten dabei stramm zu steh'n, / obwohl das auf die Nerven ging.
 Plötzlich unterbrach mich eine: / ‚Wie haben die das nur vollbracht? /
 Die Verbrecher! Diese Schweine! / Hat man die vor Gericht gebracht?‘
 Deutsche Gerichte gab es nicht. / Besatzungsmächte griffen zu, / stellten
 manche vor Gericht, / die meisten ließen sie in Ruh!
 Globke, der Feind der Juden war, / stieg dann empor ‚als Demokrat‘, /
 was er bei Adenauer war, / vergessen seine Missetat!

„Ich muss dich doch noch etwas fragen, / vom Todesmarsch will ich was wissen.“ / „Ich hatte Glück, kann ich nur sagen, / dem Tode wurde ich entrissen!“

Wir alle sollten in den Tod. / Alle sollten wir krepieren! / Am ersten Tag ein Stückchen Brot, / dann ohne Essen losmarschieren.

Das war die allergrößte Qual, / die ich dort im Leben spürte. / Erschreckend war die Todeszahl / meiner Freunde, was mich rührte.

Vom 21. April / bis 2. Mai wir marschieren, / dann war es plötzlich um uns still, / was konnte uns jetzt noch passieren?

Die Mörder waren gefloh'n / vor der alliierten Macht. / Frühmorgens merkten wir das schon, / das hat uns munter hochgebracht!

Dann kamen wir, das war sehr schön, / zu den englischen Soldaten. / Sie waren wirklich angenehm, / auch das, was sie für uns taten.

Man gab uns Kaffee und auch Brot. / Ließ uns auch in Ruhe schlafen. / Sie halfen uns aus unsrer Not, / sie waren die wirklich braven.

Wir Berliner wollten dann / nach Hause, so schnell es geht. / Die Russen packten kräftig zu, / sie übten Solidarität!

Sie hatten keine Busse da, / nur 'nen Traktor mit zwei Wagen. / Wir stiegen ein und sagten: „Ja! / Langsamkeit ist zu ertragen!“

Wir fuhren durch die Dörfer hin. / Die Bauernhäuser standen leer. / Ist da noch etwas Essen drin? / Wir sehen nach, fällt uns nicht schwer.

Die Bauern waren ausgerückt, / gehorchten dem SS-Befehl. / Die Bauernküchen war'n bestückt, / wir fanden Gries, Zucker und auch Mehl.

Dann landeten wir in Berlin. / Alles kaputt! Was war das bloß? / Ich kam zu meinen Eltern hin. / Freude und Liebe waren groß!⁴⁰

Leider konnte Wolfgang Szepansky sein Versprechen Uwe Januszewski gegenüber, er werde 100 Jahre alt,⁴¹ nicht einhalten. Die letzten Lebensjahre nach dem Tod seiner Frau Gerda am 3. August 2004 waren von gesundheitlichen Problemen überschattet. Am 23. August 2008 verstarb Wolfgang Szepansky im Alter von 97 Jahren in Berlin.

40 Wolfgang Szepansky (Texte und Zeichnungen): Was wollt ihr wissen? Gestaltet und hrsg. von Gabriele und Thomas Szepansky, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2001.

41 Siehe Januszewski, Weg.

Berichte

Rosa Luxemburg: Theorie, Kontext, Aktualität. Konferenz zum 140. Geburtstag in Moskau

Andreas Diers

Tradition bedeutet für die sozialistische und kommunistische ArbeiterInnenbewegung nicht das Bewachen der Asche, sondern das Weiterreichen des Feuers – das hat die Konferenz der „Internationalen Rosa Luxemburg Gesellschaft“ am 5. und 6. Oktober 2011 deutlich gemacht, die unter dieser Schirmherrschaft erstmals in Moskau stattfand. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Geschichte und die Aktualität des ökonomischen Werks Rosa Luxemburgs, neue Archivfunde zu ihrem ökonomischen Werk, bisher unbekannte polnischsprachige Artikel Luxemburgs sowie ihre Denkanstöße zur Lösung von Gegenwartsproblemen. Die verschiedenen Beiträge zu diesen für die inhaltliche Vorbereitung sehr intelligent gewählten Schwerpunkten zeigen die nach wie vor große Aktualität Rosa Luxemburgs – auch 140 Jahre nach ihrer Geburt.

Organisatoren der Konferenz waren die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ (RLS) in Deutschland, die „Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“, die russische Stiftung „Alternativen“ sowie das „Russische Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte“ (RGASPI). Die Konferenz fand dank der Initiative und der Bemühungen des Moskauer RLS-Büros in den Veranstaltungsräumen des weltweit bei Historikern unter der Abkürzung RGASPI bekannten Gebäudes statt, also an dem Ort, wo große Teile der Original-Nachlässe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie vieler anderer SozialistInnen aus Deutschland und anderen Ländern lagern. Auch das Komintern-Archiv steht dort der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung.

Die Tagung 2011 der „Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“ kennzeichnete eine außergewöhnlich breite internationale Beteiligung von WissenschaftlerInnen. ReferentInnen aus Argentinien, Brasilien, der VR China, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Russland, Weißrussland und den USA kamen mit Beiträgen zu verschiedenen Aspekten von Leben, Werk und Wirkung Rosa Luxemburgs zu Wort. So referierten u. a. *Michael Lony* (Paris) über „Western imperialism against primitive commu-

nism. A new reading of Rosa Luxemburg's economic writings“, *Aleksander Buzgalin* (Moskau) zu „Rosa Luxemburg, Vladimir Ul'janov und die Theorie des Kapitals: Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“, *He Ping* (Wuhan/China) zu „The East and West in the World System – On the Difference Between Rosa Luxemburg's and Lenin's Theory of Imperialism“, *Giovanna Vertova* und *Riccardo Bellofiore* (beide Bergamo) gemeinsam über „Rosa Luxemburg on Capitalist Dynamics, Distribution, and Effective Demand Crise“, *Andreas Diers* (Bremen) zu „Der Einfluss Rosa Luxemburgs auf die Analysen und Konzeptionen Wolfgang Abendroths über Weltpolitik und Imperialismus (1918-1933)“, *Jakov Drabkin* (Moskau) über „Die Gleichaltrigen: Rosa Luxemburg und Lenin“, *Isabel Loureiro* (Sao Paulo) zu der Problematik „Die Aktualität von Rosa Luxemburgs ‚Akkumulation des Kapitals‘ in Lateinamerika“, *Sergej Kretinin* (Voroneš) zu der Thematik „Rosa Luxemburg und Otto Bauer über die Russische Revolution 1917“, *Naribiko Ito* (Kamakura/Japan) über „Rosa Luxemburg und Pëtr Alekseevič Kropotkin“ und *Soltan Džarazov* (Moskau) zu „Die Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg und die gegenwärtige wirtschaftliche Dynamik“.

Auf einige weitere Beiträge sei etwas ausführlicher eingegangen. Einen spannenden Beitrag hielt *Jörg Wollenberg* (Bremen) zu der Thematik „Rosa Luxemburg und die Bremer Linke. Ihre Stellung zur russischen und deutschen Revolution – Unterschiede und Gemeinsamkeiten“. Wollenberg arbeitete heraus, dass in Bremen eine Gruppe von Arbeiter-Intellektuellen in enger Zusammenarbeit mit den stets aktionsbereiten Werftarbeitern diese Stadt nach 1905 zu einem Labor der Arbeiterlinken und der Rätedemokratie machte, das in der internationalen Arbeiterrevolte während der Jahre 1917 bis 1921 eine wichtige Rolle gespielt habe. Nach 1914 gab es nach den Erkenntnissen Wollenbergs keine Stadt in Deutschland, in der die Organisationen des revolutionären Marxismus eine vergleichbare Basis besaßen wie die Gruppe um die von Johann Knief herausgegebene „Arbeiterpolitik“. Diese hatte sich im Juni 1916 von der von Alfred Henke (USPD) geleiteten „Bremer Bürgerzeitung“ (BBZ) getrennt. Nicht nur für Rosa Luxemburg habe Bremen deshalb als „Pfeiler des Radikalismus in Deutschland“ gegolten. Allerdings habe Rosa Luxemburg seit Ende 1912 dort ihre Mitarbeit verweigert, weil Henke Karl Radek, ihren Intimfeind aus den gemeinsamen polnischen Jahren, in den Redaktionsstab der BBZ aufgenommen hatte. BBZ und Bremer „Arbeiterpolitik“ trugen nach den Ausführungen von Wollenberg zur theoretischen Fundierung der am 23. November 1918 gegründeten Bremer Gruppe der „Internationalen Kommunisten Deutschland“ (IKD)

bei. Diese rund 500 Mitglieder umfassende Gruppe habe zwar mit der Spartakusgruppe kooperiert, sich aber von dieser in zahlreichen Punkten unterschieden. Die frühe Zusammenarbeit mit Bucharin, Lenin und Radek ermöglichte nach Wollenberg den engen Kontakt mit den Anhängern des bolschewistischen Revolutionsmodells, mit dem sie sich zwar grundsätzlich identifizierten, aber zugleich aus prinzipiellen Gründen zusammen mit Rosa Luxemburg deren zentralistisches Organisationsmodell kritisierten.

Einige Beiträge führten zu teilweise sehr kontroversen Diskussionen, wie der Vortrag von *Liang Yulan* und *Dr. Wang Xinyan* (beide Wuhan) zu der Problematik „Rosa Luxemburg’s Thought of Democracy and the Construction of Democracy in Present China“, der Vortrag von *Andrej Kolganov* (Moskau) zu „Rosa Luxemburg zum Problem: War die Revolution in Russland zeitgemäß? sowie moderne Reflexionen“ und auch der Beitrag von *Jack Jacobs* (New York) zu „Rosa Luxemburg, Israel, Palestine, and the Viability of Two State Solutions“. In der Diskussion zu dem Beitrag von Yulan/Xinyan wurde hinterfragt, wo konkret im staatlichen Aufbau der VR China Rosa Luxemburgs sozialistische Demokratiekonzeption wiederzufinden sei. Jacobs legte dar, dass Rosa Luxemburg stets eine grundsätzliche Gegnerin des zeitgenössischen Zionismus gewesen sei. Für sie sei der Marxismus jedoch immer ganz wesentlich eine Methode und keine Sammlung von mehr oder weniger dogmatischen Maximen gewesen. Ihre marxistische Analysemethode habe bei ihr zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen hinsichtlich der „nationalen Frage“ geführt. Während Rosa Luxemburg eine nationale Unabhängigkeit Polens von Russland abgelehnt habe, so habe sie die nationalen Bewegungen im Osmanischen Reich anders beurteilt. Angesichts der gegenwärtigen äußerst konfliktträchtigen Gemengelage im Nahen Osten führe die Analysemethode Rosa Luxemburgs – so Jacobs anders als andere linke sozialistische AnalystInnen – zu der Forderung einer Zweistaatlichkeit von Israel und Palästina. Wegen des äußerst engen Zeitrahmens konnten jedoch viele aktuelle und wichtige Probleme leider oftmals nur sehr kurz angerissen werden.

Wichtige neue Funde präsentierten *Eckhard Müller* und *Holger Politt* (beide Berlin). Müller stellte sechs unbekannte Berichte der Berliner Politischen Polizei über Rosa Luxemburgs öffentlichen Vortragszyklus zur „Einführung in die Nationalökonomie“ im Herbst 1907 vor, während Politt sich dem Thema „Russland in Rosa Luxemburgs polnischsprachigen Schriften (1893-1912)“ widmete. Beide Referenten präzisierten bzw. korrigierten wesentlich die bisherigen Forschungsergebnisse über Rosa Luxemburgs

Ansichten zu ökonomischen Fragestellungen sowie zu ihrer Konzeption der Lösung nationaler Fragen.

In seinem Beitrag thematisierte Müller eine Vorstufe zu Rosa Luxemburgs nur als Fragment überlieferter Schrift „Einführung in die Nationalökonomie“. Die Berliner Sozialdemokratie hatte Rosa Luxemburg im Jahr 1907 – so der Referent – für öffentliche Vortragszyklen zur Nationalökonomie gewonnen. Der sozialdemokratische Parteivorstand beschloss zudem Ende September 1907, anstelle der von Ausweisung bedrohten Anton Pannekoeck und Rudolf Hilferding Rosa Luxemburg als Lehrerin für Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte an die Parteischnule zu berufen. Als Themen behandelte sie dort vor meist 800 bis 1000 TeilnehmerInnen: 1. Was ist Nationalökonomie? 2. Die gesellschaftliche Arbeit. 3. Der Austausch. 4. Die Lohnarbeit. 5. Die Herrschaft des Kapitals. 6. Die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft. In den Akten der Berliner Politischen Polizei sind über alle sechs Vorträge Rosa Luxemburgs handschriftliche Berichte von Polizeibeamten vorhanden. Die sechs Themenschwerpunkte entsprechen den sechs Gliederungspunkten der Schrift „Einführung in die Nationalökonomie“. Das Manuskript dieser Schrift ist nach den Ausführungen von Müller somit aus den Vorbereitungen Rosa Luxemburgs zum öffentlichen Vortragszyklus vor Berliner Sozialdemokraten im Herbst 1907 und zu ihren ökonomischen Vorlesungen an der Parteischnule in den Jahren 1907 bis 1914 entstanden und dann während ihrer Haft in der Zeit des Ersten Weltkrieges erweitert worden.

Wie Politt darlegte, stieg Rosa Luxemburg innerhalb der deutschen Sozialdemokratie spätestens mit ihren Berichten und Analysen über die 1905 im Russischen Reich ausgebrochene Revolution zur unumstritten besten Kennerin der gesellschaftlichen Verhältnisse und der politischen Lage im östlichen Nachbarreich auf. Die Voraussetzungen dafür, die sich Rosa Luxemburg zuvor in ihren Beiträgen für die sozialdemokratische Presse im russischen Teil Polens geschaffen hatte, seien demgegenüber allerdings weitgehend unbekannt. Rosa Luxemburg sah sich vor die große Herausforderung gestellt zu begründen, weshalb die im 19. Jahrhundert lange Zeit aktuelle polnische Frage im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung im Russischen Reich und insbesondere in seinem polnischen Teil nicht mehr auf der politischen Tagesordnung gestanden habe und dementsprechend auch nicht mehr Mittelpunkt der politischen Kämpfe des polnischen Proletariats sein durfte. Anders noch als Karl Marx habe für Rosa Luxemburg seit Mitte der 1890er-Jahre ein gemeinsamer Kampf der verschiedenen Proletariate innerhalb des

Riesenreichs die einzige Aussicht auf einen erfolgreichen Sturz des Zarentums geboten. Insofern sah sie sich nach Meinung von Politt in der Pflicht, in der polnischen sozialdemokratischen Presse um ein Russland-Bild zu streiten, in dem auf die grundlegende Demokratisierung des Russischen Reiches gerichtete Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung im Vordergrund gestanden hätten.

Die von Müller und Politt vorgestellten neuen Luxemburg-Materialien sollen demnächst in einem u. a. von Annelies Laschitza betreuten Ergänzungsband zur Werkausgabe Rosa Luxemburgs veröffentlicht werden.

Wladislaw Hedeler (Berlin) konnte anlässlich seines Vortrags zum Thema „Nikolai Bucharins Studie über Rosa Luxemburgs Akkumulation des Kapitals (1914/1925)“ zwar noch keine neuen Archivmaterialien präsentieren, wies jedoch im Zusammenhang mit seiner kritischen Darstellung der Art und Weise, wie in der früheren UdSSR Dokumente von ProtagonistInnen der ArbeiterInnenbewegung veröffentlicht worden sind, ausdrücklich darauf hin, dass in russischen Archiven noch zahlreiche wichtige unveröffentlichte Materialien von Lenin liegen, unter anderem dessen bislang noch nicht vollständig veröffentlichte kritische Anmerkungen zu Rosa Luxemburgs Werk „Die Akkumulation des Kapitals“. Lenins Auszüge, Notizen und Bemerkungen zu Luxemburgs Akkumulationsschemata seien bislang nur auszugsweise 1933, 1975 und 1985 publiziert worden, um den wirtschaftspolitischen Kurs des jeweils amtierenden Generalsekretärs Josef Stalin, Leonid Brežnev bzw. Michail Gorbatschow zu legitimieren. Mit der stets nur mehr oder weniger selektiven Veröffentlichung von Werken sowie Materialien ehemals führender ProtagonistInnen der Partei habe die KPdSU generell eine sehr stark parteiiche „Politik“ gemacht, wie sie den jeweils gerade „führenden GenossInnen“ genehm gewesen war.

Am zweiten Konferenztage war neben den Beiträgen eine Führung durch das RGASPI-Archiv vorgesehen. Diese Führung bestand aber leider lediglich in einem von den insgesamt äußerst hilfsbereiten und kompetenten MitarbeiterInnen des Archivs kommentierten Gang der interessierten KonferenzteilnehmerInnen durch das Gebäude des Archivs sowie in einer anschließenden Vorstellung des Lesesaals und der sich dort befindenden „Findmittel“ für die Nutzung des Archivbestandes. Das eigentliche Archiv mit seinen bedeutenden Beständen wurde den TeilnehmerInnen der Konferenz nicht zugänglich gemacht. Der Zustand des Gebäudes sowie die materielle und personelle Ausstattung des Archivs verdeutlichten, dass diese für die Russische Föderation nach dem Zerfall der UdSSR bedauerlicherweise bislang offenbar nicht zu den Positionen

mit einer finanziellen Priorität gehört haben. Allerdings scheint es hier aktuell zumindest ein paar kleinere Verbesserungen zu geben.

Beeindruckend war am Ende des zweiten Konferenztages die Verleihung des „Literati Network Awards for Excellence 2011“ durch Elena Michailovskaja an den langjährigen Vorsitzenden der „Internationalen Rosa Luxemburg-Gesellschaft“ Professor Dr. Narihiko Ito für dessen Forschungen zum Werk von Rosa Luxemburg.

Hatte bereits 2004 auf Anregung des Nestors der russischen Rosa-Luxemburg-Forschung Prof. Drabkin die Russische Akademie der Wissenschaften zusammen mit der RLS eine erste Rosa-Luxemburg-Konferenz in Moskau unter Beteiligung von ForscherInnen aus Russland, Deutschland und Japan veranstaltet, so verdeutlicht die wesentlich stärkere Teilnahme bekannter internationaler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Konferenz 2011 ein seitdem erheblich gewachsenes Interesse an Leben, Werk, Wirkung und aktueller Bedeutung der sozialistischen Revolutionärin. Von der Konferenz in Moskau werden sicherlich wieder viele anregende Impulse für die internationale Rosa-Luxemburg-Forschung sowie für eine verbreiterte weltweite Rezeption der Werke Rosa Luxemburgs ausgehen, zumal die RLS Moskau möglichst alle gehaltenen Beiträge in Kürze vollständig in einem Sammelband veröffentlichen will. Inwieweit die Diskussionen über die einzelnen Beiträge darin veröffentlicht werden, ist fraglich, obwohl die ganze Konferenz per Videomitschnitt aufgenommen wurde. Wichtige Unterlagen der Konferenz und die Zusammenfassungen zahlreicher Beiträge sind abrufbar unter: <http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de/html/ankundigungen.html>.

Nach dem Schweigen. Erinnerungsorte, Gedenkbücher, Opferlisten des sowjetischen Exils. Konferenz in Berlin

Wilfriede Otto

Am 28./29. Oktober 2011 erhielten unbekannte Opfer des Stalinschen Terrors auf der Konferenz „Nach dem Schweigen. Erinnerungsorte, Gedenkbücher, Opferlisten des sowjetischen Exils“ wieder einen Namen. Kinder und Enkel von Opfern wie Inge Münz-Koenen, Ruth Santos (Enkelin von Hermann Remmele), Anja Schindler und Wladislaw Hedeler hatten zur zweiten Konferenz über deutsche Antifaschisten im sowjetischen Exil eingeladen. Neben weiteren Angehörigen waren auch viele andere Interessenten gekommen. Veranstaltet wurde die Konferenz von Helle Panke e.V.-Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin in Kooperation mit der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. und der Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte. Die Nähe zum Gedenktag der Opfer politischer Repressionen, der in der Russischen Föderation jeweils am 30. Oktober begangen wird, spiegelte sich auch in der internationalen Beteiligung und im Inhalt der Konferenz wider. Impulse für die Forschung zu vermitteln und der politischen und moralischen Verflechtung der Thematik gerecht zu werden, sei Anliegen der Konferenz, so eingangs *Hans Coppi* (Berlin), Vorsitzender der Berliner VVN-BdA. Damit korrespondierten die vorgetragenen Ergebnisse des Arbeitskreises der VVN-BdA, der sich biografisch mit Leben und Sterben der Antifaschisten im sowjetischen Exil und der Suche nach weiteren, bisher noch immer namenlosen deutschen Opfern befasst.

Inge Münz-Koenen (wie die folgenden Berlin) berichtete über das Zusammenfinden vor allem von Kindern von Opfern, die über sehr viele Jahre ohne Mutter und Vater oder getrennt in Lagern, Verbannungsorten und Heimen zubringen mussten. Mit Bedrückung und nur mit viel Mühe hatte sie der Biografie ihrer eigenen Kindheit und dem Schicksal ihrer Angehörigen nachspüren können. Das nunmehr bei dem Arbeitskreis versammelte Material verbucht inzwischen ganze Familienbiografien, die sich auf Berichte von Zeitzeugen und Belegen aus deutschen und russischen Archiven stützen. *Anja Schindler* und *Gerd Kaiser* stellten die Ergebnisse ihrer bisherigen Spurensuche vor. Ausgehend von einer Fotografie hatte Schindler nach den Lebensläufen von drei deutschen Emigrantenkidern

sowie deren russischem Freund geforscht. Kaiser suchte nach Facharbeitern, die in das „Vaterland der Werktätigen“ gegangen waren und nach ihrer Aufnahme in der DDR ihr wirkliches Schicksal verschweigen beziehungsweise kaschieren mussten.

Eine deutsch-russische Wanderausstellung, die mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung vorbereitet wird, soll Exil-Lebensläufe zwischen den „Extremen des 20. Jahrhunderts“ (Eric Hobsbawm) aufzeigen. In der Diskussion zu diesem Thema wurde das Anliegen des Arbeitskreises unterstützt, mit einer Gedenktafel am Karl-Liebknecht-Haus in Berlin den betroffenen deutschen Kommunisten und Antifaschisten ehrendes Gedenken zu erweisen. Den Text dazu hat der Arbeitskreis nach intensiver Diskussion entworfen und in dem Programm zur Konferenz vorgestellt: „Ehrendes Gedenken an tausende deutscher Kommunisten und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert und ermordet wurden.“

Die enorme wissenschaftliche und moralische Dimension der Stalinismus/Kommunismus-Forschung widerspiegeln die Beiträge von *Wladislaw Hedeler* (Berlin), *Anatolij Razumov* (Petersburg) vom Zentrum „Wiedergegebene Namen“ und *Aleksander Vatlin* (Moskau) von der Lomonosow-Universität. Ein in jahrelangen Forschungen entstandenes Kompendium, das NKVD-Befehle und Berichte über NKVD-Operationen, Strafakten und Erschießungslisten wie auch Informationen über das Zusammenwirken von Partei-, Komintern- und NKVD-Instanzen, über das Suchen nach Massengräbern und die Teilnahme an Grabungen zusammenfasst, ergibt ebenso wie die Arbeit mit Zeitzeugen ein makaberer Bild. Razumov erinnerte daran, dass der Terror zur Zeit des 20. Jahrestages der Oktoberrevolution das Land erschütterte, als die „demokratischste“ aller Verfassungen, die Stalinsche Verfassung von 1936, das Land in den Kommunismus führen sollte. Nach Ermittlungen von Hedeler über deutsche Opfer, die er in einer Datenbank festhält, wurden von den offiziell genannten 4.015 deutschen Staatsbürgern, die 1937 in der UdSSR lebten, von Juli 1937 bis Dezember 1938 etwa 660 bis 820 verhaftet und ca. 620 ausgewiesen. Das von Razumov erarbeitete „Leningrader Totenbuch“, das bisher elf Bände umfasst und denen zwei weitere folgen sollen, katalogisiert biografisch die Opfer in den Massengräbern im Wald von Levaschovo, einem 19 Kilometer vom Zentrum St. Petersburgs entfernten Ort. Es enthält auch Angaben zu 1.568 Deutschen – Russland- und Reichsdeutschen – und belegt damit, dass auch in Leningrad viele Deutsche zu Opfern wurden. Levaschovo reiht sich ein in Orte wie Bu-

tovo bei Moskau oder Kuropaty bei Minsk, wo die Erschossenen zu Tausenden in Massengräbern verscharrt wurden. Vatlin, der über seine Publikation zu den Operationen des NKVD gegen Deutsche in Moskau 1936 bis 1938 informierte, war bei seinen Forschungen neben den antifaschistischen Emigranten auch auf frühere Kriegsgefangene, Touristen, jüdische Emigranten, Grenzüberläufer und Personen ohne offizielles Emigrationsmandat gestoßen. Die drei Referenten bekräftigten, dass immer noch keine endgültigen Aussagen über die Gesamtzahl der Verhafteten, der Personen in Gefängnissen und Lagern, der Erschossenen und Verstorbenen gemacht werden können.

Carola Tischler (wie der folgende Berlin) berichtete über die Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus“ am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin (1989-1991), die ein jahrzehntelanges Schweigen in der DDR beendete. Dennoch: Vergangenheit bleibt zum Teil auch weiterhin versiegelt, wie die Schlussrunde über Erfahrungen mit gesperrten Archiven deutlich machte. Am Beispiel der Prozess-Orgien Ende der 40er- und Anfang der 50er-Jahre (*Bernd-Rainer Barth*), der „Roten Kapelle“ (Coppi) und der Opfer-Täter-Problematik (Vatlin) wurden Defizite beim Zugang zu bestimmten Archivbeständen der Russischen Föderation angemerkt. Trotz der Öffnung von russischen Archiven wie des Staats- und des Kominintern-Archivs ist es für die Forschung schwer, Zugang insbesondere zu personenbezogenen Akten zu erhalten, um weitere Namen der Opfer und vor allem die Rolle der Täter aufzuklären.

Die Konferenz wurde am 28. Oktober mit der Filmvorführung „Im Schatten des GULAG – Als Deutsche unter Stalin geboren“ eröffnet und klang am 29. Oktober mit der Filmdokumentation über den Friedhof Levaschovo „Und die Kiefern neigen sich über die Gräber als wären es die Seelen der Toten“ aus.

Informationen

Der Geschichte der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen verpflichtet

Rainer Holze/Kurt Metschies

Im September 2011 konnte der vor 20 Jahren gegründete „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ die Nummer 40¹ seiner „Mitteilungen“² präsentieren. In ihr gratulierten der neue Vorsitzende Reiner Zilkentat und die stellvertretende Vorsitzende Dagmar Goldbeck dem „Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ zu dessen zwanzigjährigem Bestehen. „Ihm vor allem ist es zu danken“, wird in der Glückwunschadresse hervorgehoben, „dass mit dem JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ noch ein kontinuierlich erscheinendes, inhaltsreiches Periodikum besteht, das nicht wenigen Forschern Publikationsmöglichkeiten bietet.“³ Mithilfe des JahrBuches⁴ habe auch der Förderkreis seinen Bekanntheitsgrad erhöhen können.

1 Hinzu kommen noch zwei Sonderhefte anlässlich des fünfzehn- bzw. zwanzigjährigen Bestehens des Förderkreises.

2 Das erste Heft der Mitteilungen erschien im Mai 1992. Bis zur Nr. 7 (April 1995) wurden sie vom Gründungsvorsitzenden Henryk Skrzypczak (damals noch Herausgeber der IWK, der Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung) herausgegeben. Ihm folgte von Nr. 8/9 (April 1996) bis zur Nr. 40 (September 2011) Günter Benser – von Dezember 1992 bis Mai 2011 auch Vereinsvorsitzender und zugleich von 2000 bis 2010 einer der Redakteure. Gegenwärtig bilden Rainer Holze (ab 2003 Redaktionsmitglied) und Birgid Leske (ab 2010) das Redaktionsteam. Zuvor hatten Kurt Metschies (1994-2011), Heinz Sommer (1994-2003) und Elrun Dolatowski (1992-1995) der Redaktion angehört. Noch vorhandene Einzelnummern sind über den Förderkreis (Finckensteinallee 63, D-12205 Berlin) beziehbar.

3 Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (MFK), Nr. 40, 2011, S.24.

4 Siehe vor allem Klaus Höpcke: An der Wiege des Förderkreises – erste Schritte. Vortrag in der Festsitzung „10 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.“, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2002/I, S.122-134; Peter Brandt: Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkung – Perspektive, in: ebenda, S.5-20; Rezension von Annelies Laschitzka zu: Älter ist nicht alt genug Henryk Skrzypczak, Berlin 2007, in: ebenda, 2008/I, S.227-229; Rezension von Ingo Materna zu: Günter Benser/Michael Schneider (Hrsg.): Bewahren – Verbreiten – Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, Bonn-Bad Godesberg 2009, in: ebenda, 2010/III, S.168f.; Information zum Förderkreis, in: ebenda, 2005/II, S.125f.

Nachdem der eigentliche Zweck der Gründung des Förderkreises als parteipolitisch neutraler, wissenschaftlicher Verein – die Bewahrung und Fortführung von ostdeutschen Archiven und Bibliotheken mit Sammlungsschwerpunkt Arbeiterbewegung – mit der Etablierung der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO [BArch]) erreicht war, konzentrierte sich der Verein auf solche Tätigkeitsfelder wie Öffentlichkeitsarbeit, Interessenvertretung von Archiven, Bibliotheken und deren Nutzern, Zusammenarbeit mit SAPMO und Kontakt zu anderen Vereinen. Der Öffentlichkeitsarbeit dienen und dienen vor allem die „Mitteilungen“ des Förderkreises. Während die ersten Nummern die turbulenten Entwicklungen in den ersten Jahren der „Wendezeit“ und die Anstrengungen des Förderkreises, in die stürmischen Auseinandersetzungen einzugreifen, widerspiegelten, kristallisierte sich später eine regelmäßige Informations- und Berichterstattung heraus. Die halbjährlich im März und September erscheinenden Hefte enthalten folgende Rubriken: Editorial, Archive und Bibliotheken, Übersichten und Findmittel, Tagungen und Konferenzen, Aus dem Vereinsleben, Vorträge, Buchbesprechungen und Literaturhinweise.⁵ Um die vielfältigen Bemühungen der Förderkreismitglieder noch sichtbarer zu machen, kam in den letzten Jahren die Rubrik „Aktivitäten unserer Vereinsmitglieder“ hinzu. Nachfolgend werden wir uns zunächst auf die detaillierte Vorstellung der Rubrik „Übersichten und Findmittel“ konzentrieren. Der erste Beitrag zum Thema erschien im Juni 1994 in der Nr. 6 der MFK.⁶ Mit dieser Be-

5 Siehe hierzu vor allem Günter Benser: Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Massenorganisationen der DDR? (hefte zur ddr-geschichte, 113), Berlin 2008, 62 S.; Ders.: 15 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., in: Fünfzehn Jahre Förderkreis, MFK, Sonderh., 2006, S.25-31; Ders.: Zehn Jahre Förderkreis 1991-2001. Chronik, in: MFK, Nr. 19. Beilage, 2001, S.1-13; Ders.: Chronik der Jahre 2006-2011, in: Festschrift 20 Jahre Förderkreis, 2011, S.35-44; Henryk Skrzypczak u. a.: Zurück zu den Anfängen, in: ebenda, S.3-18; Birgid Leske: Gemeinsam mit unseren Partnern. Internationales Wirken unserer Förderkreismitglieder, in: ebenda, S.28-31; Rainer Holze: Eine neue Stufe unserer Öffentlichkeitsarbeit. Die Publikation „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“ fand ein breites Echo, in: ebenda, S.31-34; Ders.: Zur Berücksichtigung der Antifaschismusproblematik in den „Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, in: Europa in der „Zwischenkriegszeit“ des 20. Jahrhunderts. Festschrift zum 60. Geburtstag von Dr. Reiner Zilkenat, Berlin 2011, S.145-151; Ders./Siegfried Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Berlin 2012, 288 S.

6 Kurt Metschies: Informationen über Mitteilungsblätter, Archivführer und Kurzbestandsübersichten von Archiven der neuen Bundesländer, in: MFK, Nr. 6, 1994, S.2-6. Die späteren Folgen II-XXXI erschienen unter dem Titel „Informationen über Mitteilungsblätter, Kurzbestandsübersichten und Findbücher von Archiven der neuen Bundesländer

richterstattung sollte die interessierte Öffentlichkeit über die erheblichen Veränderungen in der archivischen Zuständigkeit und im Bestandsprofil, die sich aus dem Beitritt der DDR zur BRD für die Archive im Beitrittsgebiet ergaben, schnell und umfassend unterrichtet werden. Inhaltliche Grundlage der jeweiligen Informationen waren und sind bis heute die Beiträge in den Mitteilungsblättern aus dem Archivwesen der Länder Brandenburg,⁷ Sachsen⁸ und Thüringen,⁹ die seit 1991 periodisch erscheinen. Ergänzend für die Bundesebene wurden die „Mitteilungen aus dem Bundesarchiv“¹⁰, vor allem die Berichte über Bearbeitung und Inhalt der Archivgutbestände der DDR und die in der SAPMO beim Bundesarchiv vorhandenen archivalischen Überlieferungen der Parteien und Massenorganisationen der DDR, herangezogen.

Die vorgenannten periodisch erscheinenden Publikationsorgane der Archive enthalten neben Bestandsinformationen Darlegungen zur Geschichte des Staatsapparats der DDR in den verschiedenen Verwaltungsebenen, zur Institutionsgeschichte von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sowie zur archivalischen Überlieferungslage (Angaben zur Vollständigkeit, zu Verlusten und Hinweise auf ergänzende Überlieferungen im jeweiligen Archiv bzw. in anderen Archiven). Damit sind diese Beiträge der archivischen Mitteilungsblätter bis heute eine wertvolle Hilfe zur Vorbereitung von Benutzungen.

und Berlin, von Archiven der Parteien und Organisationen, von wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen“. Der konkrete Inhalt der 31 Folgen lässt sich über die Inhaltsverzeichnisse folgender Nummern der MFK erschließen: Nr. 10, 1996, S.26-30; Nr. 20, 2001, S.30-32; Nr. 40, 2011, S.46-48.

7 Brandenburgische Archive. Berichte und Mitteilungen aus den Archiven des Landes Brandenburg. Hrsg. vom Brandenburgischen Landeshauptarchiv und dem Landesverband Brandenburg im VdA-Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. – Alle bisherigen Ausgaben sind abrufbar unter: www.blha.de/FilePool/BA_27_2010.pdf. Erscheint einmal jährlich, kostenlose Abgabe.

8 Sächsisches Archivblatt. Mitteilungen des Sächsischen Staatsarchivs. Hrsg. Sächsisches Staatsarchiv, Dresden, abrufbar unter: www.archiv.sachsen.de. Erscheint halbjährlich, kostenlose Abgabe.

9 Archive in Thüringen. Mitteilungsblatt. Hrsg. im Auftrag des Thüringer Kultusministeriums (TKM), abrufbar unter: www.thueringen.de/de/staatsarchive/mitteilungsblatt. Erscheint halbjährlich, kostenlose Abgabe.

10 Mitteilungen aus dem Bundesarchiv. Hrsg. Bundesarchiv Koblenz. Red. Gisela Müller, abrufbar unter: www.bundesarchiv.de. Erscheint mindestens zweimal jährlich. Bezug über Bundesarchiv Koblenz. Die Archive der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt verfügen über keine Mitteilungsblätter. Für das Land Berlin wird auf das jährlich erscheinende Jahrbuch des Landesarchivs: „Berlin in Geschichte und Gegenwart“ verwiesen, das neben Beiträgen zur Geschichte Berlins auch umfangreiche quellenkundliche Informationen zu Beständen des Landesarchivs Berlin enthält. Aktuelle Bestandsinformationen des Landesarchivs Berlin unter: www.landesarchiv-berlin.de.

Außer den Mitteilungsblättern der Archive fanden und finden Zeitschriften aus anderen Wissenschaftsbereichen¹¹ Berücksichtigung. Publikationen von Archiven zentraler bzw. überregionaler Bedeutung (wie des Bundesarchivs, von SAPMO oder der Archive der Politischen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland) wurden gesondert vorgestellt.¹² Zugleich war es von Anbeginn Anliegen der Herausgeber und der Redaktion der MFK, die wissenschaftliche Öffentlichkeit umfassend nicht nur über die Archivlandschaft in den neuen Bundesländern zu informieren, sondern insgesamt über die sich nach 1990 in ganz Deutschland neu organisierende Wissenschaftslandschaft. Demzufolge wurde ausführlich auf das 1997 in erster Auflage erschienene „Vademecum DDR-Forschung“¹³ und die folgenden Ausgaben¹⁴ aufmerksam gemacht.

Auf internationale Bezüge und Verbindungen von DDR-Geschichte und Geschichte der bis 1989/90 bestehenden Staaten des sozialistischen Staatesystems wurde durch ausführliche Würdigung der von der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin, zu Polen,¹⁵ Rumänien,¹⁶ Tschechien,¹⁷ Ungarn¹⁸ und Bulgarien¹⁹ herausgegebenen Publikationen „Va-

11 Beispielsweise Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien. Hrsg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V. oder IRS aktuell. Hrsg. Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner.

12 So z. B. Verzeichnis der Bestände der Abteilung DDR. Bearb. von Doris Boissier/Beate Friedrich/Margret Fruth u. a. Gesamtedition: Hermann Schreyer. (Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Bd. 64), Bundesarchiv Koblenz 1998, in: MFK, Nr. 15, 1999, S.13f.; Die Bestände Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Kurzübersicht. Hrsg. von der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Red. Elrun Dolatowski/Anette Meiburg/Sigrun Mühl-Benninghaus, Berlin 1996, in: MFK, Nr. 11, 1997, S.12; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv: Führer zu den Archiv- und Bibliotheksbeständen. Hrsg. von Angelika Menne-Haritz, bearb. von Elrun Dolatowski/Beate Friedrich/Margret Fruth/Barbara Kontny/Solveig Nestler/Grit Ulrich, Berlin 2006, in: MFK, Nr. 31, 2007, S.9; Anja Kruke/Harry Scholz (Hrsg.): Die Archive der Politischen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Archivführer (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, H. 6), Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010, in: MFK, Nr. 40, 2011, S.15-22.

13 Ulrich Mähler (Hrsg.): Vademecum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Opladen 1997, in: MFK, Nr. 13, 1998, S.10-12.

14 Dass., 2. überarb. und erw. Auflage, Opladen 1999, in: MFK, Nr. 16, 1999, S.26.

15 Vademecum Zeitgeschichte Polen, Berlin-Leipzig 2004, in: MFK, Nr. 29, 2006, S.6-9.

16 Vademecum Contemporary History Romania, Berlin-Bucarest 2004, in: MFK, Nr. 29, 2006, S.6-9.

17 Vademecum Contemporary History Czech Republic, Praha-Berlin 2005, in: MFK, Nr. 30, 2006, S.9-12.

18 Vademecum Contemporary History Hungary, Berlin-Budapest 2005, in: MFK, Nr. 30, 2006, S.9-12.

demecum Zeitgeschichte. Ein Leitfaden durch Archive, Forschungsinstitutionen, Bibliotheken, Gesellschaften, Museen und Gedenkstätten“ hingewiesen.

In der Rubrik „Archive und Bibliotheken“ der MFK wurden in regelmäßiger Folge Archive und Bibliotheken des In- und Auslands vorgestellt. Anfangs noch in unregelmäßigen Abständen erscheinend, standen zu Beginn der 1990er-Jahre vor allem Informationen über die infolge der gesellschaftlichen Umbrüche oftmals höchst prekäre Situation von Archiven der Parteien, Massenorganisationen sowie von Betriebsarchiven und Spezialarchiven im Fokus der Berichterstattung – verbunden mit dem Aufruf zur Sicherung des Kulturguts. Sieben Hefte der MFK zwischen 1992 und 1996 enthalten etwa 80 Beiträge über 50 Archive bzw. Archivfonds aus neun Ländern oder machen auf die damals schwierige Lage aufmerksam. Elf Bibliotheken aus vier Ländern wurden mit Hinweisen auf ihre Bestände angezeigt.²⁰

Im Zusammenhang mit den umfassenden gesetzlichen Regelungen im Archivwesen des Bundes, der Länder sowie der Städte und Gemeinden veränderte sich der Schwerpunkt der inhaltlichen Berichterstattung: In den Vordergrund traten die Vorstellung der Archive und Bibliotheken mit ihrer Institutionsgeschichte, der Information über die inhaltlichen Schwerpunkte der Bestände sowie ihres quantitativen Umfangs und der Publikations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Ein wichtiger Bestandteil der MFK sind seit deren Gründung die regelmäßigen Informationen über die dem Kuratorium vorgelegten Berichte über die Entwicklung der Archivgutbestände (z. B. Neuzugänge) und des Bibliotheksbestandes der SAPMO sowie über Erschließungsfortschritte beim Archivgut und in der Bibliothek und nicht zuletzt über die Weiterentwicklung des Internetzugangs sowie Digitalisierungsprojekte der Stiftung.²¹

Im Zeitraum von 1997 bis 2001 wurden in der Rubrik „Archive und Bibliotheken“ insgesamt 26 Archive (staatliche, sozialer Bewegungen, partei- und organisationseigene aus dem Bereich Kultur und Wissenschaft u. a. m.) vorgestellt, davon aus Deutschland 13 und aus Russland vier Archive

19 Vademecum Contemporary History Bulgaria, Berlin-Sofia 2007, in: MFK, Nr. 35, 2009, S.8-10. Diese Annotation enthält zugleich den Hinweis auf weitere 2008 erschienene Ausgaben des Vademecums zur Geschichte der Slowakei, der Ukraine und ein Vademecum zur Geschichte der Beziehungen Großbritanniens und Irlands zur DDR.

20 Siehe Register, in: MFK, Nr. 10, 1996, S.26-30.

21 Siehe unter Stichwort SAPMO: Neuzugänge und Bearbeitung, Register, in: MFK, Nr. 20, 2001, S.31; Nr. 30, 2006, S.30f.; Nr. 40, 2011, S.46.

sowie aus Finnland, Indien, Kroatien, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Tschechien, Ungarn je ein Archiv. Von 2002 bis 2006 erfolgte eine umfassende Berichterstattung über 15 Archive, davon elf in Deutschland und drei in Russland beheimatete sowie ein Schweizer Archiv. Insgesamt 20 Archive waren in den Jahren 2007 bis 2011 Gegenstand einer ausführlichen Information, davon 18 Archive aus Deutschland und je ein Archiv aus den Niederlanden und der Schweiz.²²

Das inhaltliche Spektrum umfasst beispielsweise die Beschreibung folgender deutscher Archive: Archive der sozialen Bewegungen in Bochum²³ und Bremen;²⁴ Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel;²⁵ Archiv der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick;²⁶ Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR, Eisenhüttenstadt;²⁷ Deutsches Rundfunkarchiv, Standort (Potsdam-)Babelsberg;²⁸ Archive der Landesorganisationen der Partei DIE LINKE;²⁹ Fritz-Hüser-Institut für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur, Dortmund.³⁰ Von ausländischen Archiven seien an dieser Stelle nur genannt: Arbeiterarchiv in Finnland, Helsinki;³¹ Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung, Oslo;³² Archiv und Biblio-

22 Siehe unter Stichwort Archive, in: MFK, Nr. 20, 2001, S.30f.; Nr. 30, 2006, S.30; Nr. 40, S.46f.

23 Jürgen Mittag: Gedächtnis regionaler und branchenspezifischer Arbeiterbewegung. Das Archiv der sozialen Bewegungen in Bochum, in: MFK, Nr. 40, 2011, S.6-8.

24 Bernd Hüttner: Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, in: MFK, Nr. 20, 2001, S.5-7.

25 Archiv der deutschen Frauenbewegung, in: MFK, Nr. 33, 2008, S.2f.

26 Alexander Schwitanski: Das Archiv der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick, in: MFK, Nr. 39, 2011, S.2.

27 Andreas Ludwig: Das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt, in: MFK, Nr. 26, 2004, S.3-9.

28 Jörg-Uwe Fischer: Die Bestände des Deutschen Rundfunkarchivs am Standort (Potsdam-)Babelsberg, in: MFK, Nr. 24, 2003, S.2-10; Kurt Metschies: Deutsches Rundfunkarchiv am Standort (Potsdam-)Babelsberg. Neuere Erschließungsergebnisse, in: MFK, Nr. 31, 2007, S.2f.

29 Gerlinde Grah: Das Archiv beim Landesvorstand DIE LINKE, Brandenburg, in: MFK, Nr. 34, 2008, S.5-7; Übersicht über die Archive der Landesorganisationen der Partei DIE LINKE, in: MFK, Nr. 35, 2009, S.2-4.

30 Rainer Holtenius: Fritz-Hüser-Institut für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur, in: MFK, Nr. 11, 1997, S.6-8; Ders.: Europas einziges Literaturarchiv der industriellen Arbeitswelt. Das Fritz-Hüser-Institut – ein literatur- und kulturhistorisches Forschungsinstitut mit internationaler Ausstrahlung, in: MFK, Nr. 19, 2001, S.27f.; Ulrich Lins: Das Esperanto-Archiv im Fritz-Hüser-Institut, in: MFK, Nr. 13, 1998, S.2-4.

31 Marjaliisa Hentilä: Das Arbeiterarchiv in Finnland, in: MFK, Nr. 20, 2001, S.2f.

32 Solveig Halvorsen: Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung, Oslo, in: MFK, Nr. 15, 1999, S.2f.

thek der Arbeiterbewegung, Stockholm;³³ Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich.³⁴

Entsprechend der satzungsmäßigen Verpflichtung des Förderkreises, der „Pfleger des kulturellen Erbes, speziell der Arbeiterbewegung“ und der „Verbreitung von Arbeitsergebnissen aus Archiven und Bibliotheken“³⁵ besondere Aufmerksamkeit zu widmen, setzen sich Mitglieder des Förderkreises für die Fortführung des unter wissenschaftlicher Leitung der Historischen Kommission zu Berlin seit 1991 erscheinenden „Inventars zur Geschichte der Arbeiterbewegung“³⁶ ein. Anlass war das Erscheinen des letzten Bandes der Reihe im Jahre 1999 unter der Herausgeberschaft des leitenden Archivdirektors a. D. im Bundesarchiv Dr. Heinz Boberach, des Vorsitzenden der Historischen Kommission zu Berlin Prof. Dr. Wolfram Fischer und von Prof. Dr. Peter Lösche.³⁷

Infolge der vom Berliner Senat vorgenommenen wissenschaftsorganisatorischen Veränderungen des Forschungsprofils der Historischen Kommission zu Berlin, die die Auflösung der Sektion „Geschichte der Arbeiterbewegung“ vorsahen, bestand die Gefahr, dass die Reihe abbrach und vorliegende Ausarbeitungen bzw. Typoskripte in der Historischen Kommission zu Berlin für die wissenschaftliche Forschung ungenutzt blieben. Es sei daran erinnert, dass die Herausgeber und die herausgebende Institution 1991 mit der Erarbeitung eines archivübergreifenden Quelleninventars zum Thema „Arbeiterbewegung“ unter veränderten wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen im vereinten Deutschland auf den Gedanken eines in der DDR initiierten Großvorhabens der „Ar-

33 Martin Grass: Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung, Stockholm, in: MFK, Nr. 12, 1997, S.2f.

34 Urs Kälin: Das Schweizerische Sozialarchiv und seine Bestände, in: MFK, Nr. 27, 2005, S.4-7; Gerd Callesen: 100 Jahre Schweizerisches Sozialarchiv – Arbeiterbewegung und Film, in: MFK, Nr. 31, 2007, S.19-21.

35 Satzung Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Festschrift 20 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1991-2011, Berlin 2011, S.45-47.

36 Kurt Metschies: IGdA – Inventar zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland. Würdigung eines noch unvollendeten wissenschaftlichen Großprojektes der Historischen Kommission zu Berlin, in: MFK, Nr. 19, 2001, S.8-14.

37 Inventar zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland, begonnen von Walter Momper. Hrsg. im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin von Heinz Boberach/Wolfram Fischer/Peter Lösche, Berlin. Reihe B. Überlieferung der Flächenstaaten, Bd. 4: Brandenburgisches Landeshauptarchiv. Überlieferung aus der preußischen Provinz Brandenburg. Bearb. von Lorenz Friedrich Beck, München 1999, 372 S.

chivalischen Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ zurückgegriffen hatten.³⁸ Das Projekt der DDR reicht bis in die Fünfzigerjahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Unter Leitung von Prof. Dr. Leo Stern³⁹ wurden in Form von Manuskriptdrucken, die außerhalb des Buchhandels seit 1963 als Veröffentlichungen der Staats-, Stadt- und Betriebsarchive erschienen, alle vorhandenen Quellen zur Arbeiterbewegung in annähernder Vollständigkeit erfasst und als Materialgrundlage für eine intensive historische Auswertung vornehmlich durch die DDR-Forschung angeboten. Trotz mancher Einschränkungen⁴⁰ haben sich die „Archivalischen Quellennachweise“ als wertvolles Hilfsmittel für die Quellenermittlung bewährt und stellen noch heute – sofern durch die Historische Kommission zu Berlin nicht für die Archive des früheren Staatsgebiets der DDR Neubearbeitungen erfolgten⁴¹ – ein unverzichtbares, wenn freilich kritisch zu benutzendes Kompendium dar.

Das Anliegen, das Großprojekt „Inventar zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland“ fortzuführen, wurde den entsprechenden Gremien und geeigneten Persönlichkeiten zur Kenntnis gebracht und diese um Unterstützung gebeten.⁴² Trotz inhaltlicher Zustimmung zur Fortführung des Großprojektes konnten eine Reihe der angesprochenen Institutionen und Persönlichkeiten weder dessen wissenschaftsorganisatorische Leitung noch die finanzielle Unterstützung übernehmen.⁴³ Auch die folgenden

38 Siehe hierzu die bibliografischen Übersichten über im Rahmen des DDR-Projekts „Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ erschienene Publikationen des Zentralen Staatsarchivs, der Staatsarchive, Stadt- und Betriebsarchive, in: Archivmitteilungen, Berlin, 1980, H. 6, S.242-244; 1987, H. 3, S.106-111; 1989, H. 5, S.190.

39 Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoths/Dieter Hoffmann u. a. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, Berlin 2010, S.1275f.

40 Siehe hierzu die Bemerkungen von Klaus Neitmann, in: IgdA, Reihe B, Bd. 4., S.Vf.

41 Eine Neubearbeitung erfolgte nur für das Brandenburgische Landeshauptarchiv Potsdam (vor 1989: Staatsarchiv Potsdam) und für das Landesarchiv Berlin (vor 1989: Stadtarchiv Berlin, Hauptstadt der DDR, und Landesarchiv Berlin). Für Berlin: Inventar zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland. Reihe C. Überlieferung der Stadtstaaten, Bd. 3: Landesarchiv Berlin. Bearb. von Eckard Fuchs und Rosemarie Lewin, München 1997, XXXVI-XIX, 173 S.

42 Siehe Aus dem Vereinsleben. Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2001, in: MFK, Nr. 21, 2002, S.10.

43 Siehe Aus dem Vereinsleben. Protokoll der 11. Jahresversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 1.6.2002, in: MFK, Nr. 22, 2002, S.19.

vielfältigen Bemühungen des Förderkreises um Fortführung des Großprojektes bzw. der möglichen öffentlichen Nutzung der seit 1999 in der Historischen Kommission zu Berlin befindlichen Ausarbeitungen und Typoskripte von staatlichen Archiven der Bundesrepublik blieben ohne Erfolg.⁴⁴

Das Ende dieses Großprojektes reiht sich ein in das bis in die Gegenwart reichende zunehmende Wegbrechen sozialgeschichtlicher Projekte und Institutionen, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen beschäftigen.

44 Zu den verschiedenen Aktivitäten siehe die jeweiligen Darlegungen in den Geschäftsberichten und den Protokollen der Jahresversammlungen, in: MFK, Nr. 23, 2003, S.22; Nr. 24, 2003, S.22; Nr. 25, 2004, S.22; Nr. 26, 2004, S.21; Nr. 27, 2005, S.22; Nr. 28, 2005, S.21.

Zur Datierung von zwei Briefen Rosa Luxemburgs an Arthur Stadthagen

Holger Czitrich-Stahl

Im vierten Band der Gesammelten Briefe Rosa Luxemburgs finden sich zwei an Arthur Stadthagen gerichtete Mitteilungen, die bislang als undatiert oder nur als ungefähr datiert ausgewiesen sind. Der erste der beiden Briefe befindet sich auf Seite 59 des vierten Bandes und wird auf Mitte Mai 1911 datiert. Der zweite Brief ist im Anhang auf Seite 353 abgedruckt und gemeinsam mit weiteren Briefen mit der Fußnote versehen: „Die folgenden Briefe stammen aus der Zeit vor Beginn des ersten Weltkrieges, konnten aber nicht näher datiert werden.“¹ Nach meinen biografischen Recherchen auf den Spuren Arthur Stadthagens ist es nun möglich, präzisere Datierungen dieser beiden an ihn gerichteten Mitteilungen vorzunehmen.²

Im Wortlaut des Briefes auf Seite 59 heißt es: „Verehrter Genosse! Am Sonntag kann ich unmöglich, da ich an diesem Tage zwei Versammlungen im Mansfeldschen abhalte. Also mag es am Sonnabend sein; für diesen Tag könnte ich mich einrichten. Bitte um Nachricht, ob Ihnen das paßt. Besten Gruß, Ihre R. Luxemburg.“³

Die von Annelies Laschitzka vorgenommene Datierung „Mitte Mai 1911“ ist zweifelsfrei zutreffend, denn der Hinweis auf den 28. Mai 1911 als des Termins zweier Agitationsveranstaltungen in Eisleben und Hettstedt ist eindeutig. Interessant dabei ist, dass es sich höchstwahrscheinlich um die Antwort Rosa Luxemburgs auf eine Einladung Arthur Stadthagens zu seinem 54. Geburtstag am 23. Mai handelt, den er offenbar am 28. Mai mit ihr nachzufeiern beabsichtigte, denn in den Tagen zuvor tagte der Reichstag und Stadthagen war dort als Redner mehrmals eingebunden. Der in der Mitteilung Rosa Luxemburgs enthaltene Ausweichtermin (Sonnabend) muss demgemäß der 27. Mai 1911 gewesen sein.

Doch kann man hier wahrscheinlich noch präziser datieren, wendet man sich zunächst der zweiten, noch völlig undatierten Mitteilung zu. Diese zweite Mitteilung entstammt ursprünglich dem von Benedikt Kautsky

1 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 4, Berlin 1987, S.353.

2 Siehe Holger Czitrich-Stahl: Arthur Stadthagen – Anwalt der Armen und Rechtslehrer der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main u. a. 2011.

3 Luxemburg, Briefe, S.59.

1950 veröffentlichten Band „Rosa Luxemburg. Briefe an Freunde“ aus dem Nachlass seiner Mutter Luise Kautsky. In diesem kurzen Text heißt es: „Lieber Genosse Stadthagen! Herzliche Grüße! Ich freue mich aufrichtig über Ihre Genesung. Es lebe die unverwüstliche Jugend! Ihre Rosa Luxemburg.“⁴

Die beiden kurzen Schreiben sind wohl kurz nacheinander verfasst worden und gehen auf einen Krankenhausaufenthalt Stadthagens im Mai 1911 zurück. Stadthagen brach am 3. Mai 1911 im Reichstag, kurz nachdem er eine Rede über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes gehalten hatte, zusammen. Die Abgeordneten Dr. Mugdan und Dr. Struve, beides Ärzte, leisteten die Erstversorgung des Patienten, bevor er in das St. Urban-Krankenhaus nach Berlin-Kreuzberg gefahren wurde. Es wurde ein unausgeheilter, eingeklemmter Bruch diagnostiziert und umgehend operiert, wie der „Vorwärts“ am 4. Mai 1911 berichtete.⁵ Wie der „Vorwärts“ weiter am 5. und 17. Mai schrieb, verlief der Heilungsprozess schnell und günstig, so dass Arthur Stadthagen bereits am 17. Mai 1911 aus dem Krankenhaus entlassen wurde.⁶

Diese Meldung im Parteiorgan könnte Rosa Luxemburg zu ihrem Glückwunschsreiben veranlasst haben, das also am 17. oder 18. Mai 1911 verfasst worden sein wird. Entsprechend maximal einen Tag später wird Stadthagen diese Nachricht erhalten haben, woraufhin er mit einer Geburtstagseinladung geantwortet haben dürfte. Da er unmittelbar nach seiner Entlassung wieder als Fraktionsredner auftrat, wird die Zeit für eine kleine Feier während der Woche zu knapp gewesen sein, so dass die Einladung für den Sonntag, d. 28. Mai, ausgesprochen wurde.

Da Rosa Luxemburg ausdrücklich nur einen Sonnabend ohne ausdrückliches Datum als Ausweichtermin vorschlug, wird es sich um den 27. Mai gehandelt haben, den Tag vor ihrer Agitationstour. Im Umkehrschluss heißt dies, dass dieser zweite Brief frühestens am 21. Mai geschrieben worden sein wird, ansonsten wäre zumindest der Sonntag, d. 21.5. als Bezugstermin denkbar. Doch da Stadthagen am 23.5. Geburtstag hatte, ist diese Möglichkeit auszuschließen. Es könnte sich also folgendes Szenario ereignet haben: Rosa Luxemburg las die Nachricht von Stadthagens Entlassung im „Vorwärts“ vom 17. Mai und schrieb umgehend einen Glückwunsch. Stadthagen erwiderte diesen Brief am 18. oder 19. Mai mit einer Einladung zu einem Treffen anlässlich seines Geburtstages, aller-

4 Rosa Luxemburg: Briefe an Freunde, Hamburg 1950, S.39, auch in Luxemburg, Briefe, S.353.

5 Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep 030, Nr. 13184, Bl. 262 (Vorwärts, 4.5.1911).

6 Ebenda, Bl. 263, 264 (Vorwärts, 5. und 17.5.1911).

dings zu einem späteren Termin, d. 28. Mai. Rosa Luxemburg antwortete ihm am 21. oder 22. Mai, jedenfalls nicht vorher, mit einer Absage bzw. mit dem Vorschlag „Sonnabend“.

Das Treffen selbst wird wohl nicht zustande gekommen sein, denn in keinem ihrer Briefe aus dem betroffenen Zeitkontext gibt Rosa Luxemburg Hinweise darauf. Da ab dem 1. Juni 1911 der Reichstag seine Sommerpause begann, könnte sich Arthur Stadthagen selbst zu seiner allsommerlichen Lungenkur nach Helgoland begeben haben.

Leserzuschriften

Eine Ergänzung zum Beitrag von Anette Eklund Hansen im JahrBuch III/2011

Heinz Deutschland

Mit Interesse und mit Gewinn habe ich den Beitrag von Anette Eklund Hansen im Septemberheft 2011 des JahrBuchs über „Die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1910 in Kopenhagen“ gelesen. Als kleine Ergänzung zu der generellen Übersicht über die Vorbereitung und den Verlauf der Konferenz sowie zu den zitierten Erinnerungen einiger Teilnehmerinnen können hier einige Auszüge aus Briefen von Käte Duncker an ihren Mann nachgetragen werden.¹

Käte Duncker war als Delegierte der Stuttgarter Parteiorganisation sowohl zur Frauenkonferenz als auch zum sich anschließenden Internationalen Kongress gewählt worden. Clara Zetkin hatte sie frühzeitig in die Vorbereitung der Frauenkonferenz einbezogen und gebeten, zum Tagesordnungspunkt 4 „Soziale Fürsorge für Mutter und Kind“ zu referieren, einen Resolutionsentwurf vorzubereiten und zu begründen.²

Käte Duncker berichtete ihrem Mann bereits über die Reise nach Kopenhagen sowie die Begegnungen mit anderen Delegierten während der Überfahrt. Eine Postkarte, in der Mittagspause des ersten Konferenztages geschrieben und abgeschickt, vermeldete lediglich: „Heute früh ziemlich langweilig.“

Ausführlicher äußerte sich Käte Duncker dann im Brief vom 26./27. August:

„Ich muß sagen, das ewige Übersetzen ins Englische und Dänische (Romanen sind gar keine anwesend, außer einer Vertreterin von 70 Lissaboner Schäftestepperinnen) ist höchst langweilig. Dänen und Schweden

1 Der Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker für die Jahre 1894 bis 1951 wird gegenwärtig zur Edition im Karl Dietz Verlag Berlin vorbereitet. Er soll voraussichtlich 2013 erscheinen.

2 Käte Duncker konnte sich dabei u. a. auf ihre Ausführungen auf der sozialdemokratischen Frauenkonferenz 1906 in Mainz sowie die von ihr erarbeitete Resolution zu diesem Thema stützen. Siehe auch: Käte Duncker: Schutz den Müttern!, in: Die Gleichheit, 17. Jg., 1907, Nr. 9, S.75f.

wollen uns eine Resolution oktroyieren, daß das Nachtarbeitsverbot für Frauen aufgehoben werden soll. Ebenso wollen die Skandinavier und Engländer das beschränkte Frauenwahlrecht als vorläufig annehmbar hinstellen. Noch fraglich, ob man uns mit diesem patentierten Blödsinn nicht majorisiert. Da muß man flink beantragen, daß nach Nationalitäten abgestimmt wird. [...]

Eigentlich ist außer der Gen. [Alexandra] Kollontai niemand da, der mich besonders zum Kennenlernen reizte. Doch, da bedankt sich eben die finnische Genossin [Hilja] Pärssinen (Landtagsabgeordnete) für die Sympathieerklärung der Konferenz. Das ist eine sympathische Erscheinung! Jetzt geht der Kampf wegen des beschränkten Frauenwahlrechts los! Eine Amerikanerin spricht ausgezeichnet dagegen. [...] Zwei Schwedinnen mit viel Temperament gegen Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauen. Eine Engländerin spricht langweilig, [bittet], doch nicht der englischen Bewegung Steine in den Weg zu werfen.

Die Genossin [Dora] Montefiore spricht mit viel Temperament und klaren Worten gegen ihre Landsmännin. Eine sympathische alte Dame. Ich habe noch immer nichts Schriftliches für morgen – war gestern zu müde. [...]

[27. 8.] Ich bin [gestern] abends umgezogen und habe dann bis spät gearbeitet. Freilich, ich bin nicht zufrieden, auch nicht mit der Rede, die ich eben losgeworden bin. Ich kam gegen die Befangenheit nicht an.³

Heute früh ist noch immer über das Wahlrecht gestritten worden. Resolution aber doch gegen 10 Engländerinnen angenommen worden.“

Im Brief vom 30. August folgen dann ein kurzer Bericht über das Abendessen nach Abschluss der Frauenkonferenz und erste Eindrücke von der Eröffnung des Internationalen Sozialistenkongresses:

„Endlich mal eine ruhige halbe Stunde zum Schreiben. Bis Samstagabend habe ich Dir ja berichtet. Nachdem die Frauenkonferenz nach allerlei Mißhelligkeiten geschlossen war, begaben wir uns in ein Prachthotel, wo uns die dänischen Genossinnen ein solennes Abendessen gaben. Ein Saal mit wunderbarer Ausstattung, mit einer Reihe ‚Anhänge‘zimmern, die äußerst geschmackvoll und modern eingerichtet waren. Ein Gastmahl, wie es wohl den allermeisten noch nie zuteil geworden ist. Die [Anna] Gradnauer und ich haben freilich uns sehr unanständig aufgeführt. Es

3 Im Bericht der „Gleichheit“ (20. Jg., 1910, Nr. 25, S.388) über die Konferenz ist vermerkt, dass für die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes – und damit für die Ausführungen Käte Dunckers – wegen der ausufernden Diskussionen zum Wahlrecht und zur Nachtarbeit nur noch extrem wenig Zeit zur Verfügung stand. Zum Inhalt des Referats siehe Vorwärts, 30.8.1910, 3. Beil., S.1.

war nämlich so unnachahmlich komisch, wie zaghaft und ungelent die allermeisten sich in dieser Pracht ausnahmen, daß wir entsetzlich lachen mußten. D. h. wir lachten nicht nur über die anderen, sondern auch über uns. Am Schluß wurden zum Beispiel kleine Metallschälchen herangebracht. Die meisten rieten auf Kaffee oder Tee. Dann war es parfümiertes Wasser zum Händebetupfen. Und mehr als eine dachte zu trinken. Aber dann zog man sich in die Einzelräume zurück, und es wurde sehr gemütlich. Nur störte es mich, daß fast die sämtlichen Weiblein dann rauchten wie die Schornsteine, und zwar nicht etwa nur Zigaretten, sondern Zigarren! Nur ein Mißton: Während wir noch bei Tisch saßen, sang uns eine alberne Chansonette, die noch dazu Parteigenossin sein soll, alberne Lieder mit albernem Gesten vor. [Emanuel] Wurm beantragte dann zu meiner Freude die Marseillaise.

An die Eröffnungsfeier am Sonntag [28. 8.] will ich immer denken, so alt ich werde. Die hat mich wirklich überwältigt. Nach Begrüßungsreden von einem Prof. [Gustaf] Bang in drei Sprachen sprach [Émile] Vandervelde (ein großer Schauspieler) und [Thorvald] Stauning von Dänemark ([Hendrik] de Man übersetzte). Dann kam ein musikalischer Empfang. Ein vorzügliches Orchester und 500 Sänger, ein Hofsänger und eine Hofsängerin für die Soli. Ein Parteigenosse hatte ein großartiges Musikwerk geschaffen, dessen Hauptbestandteile die Arbeiterlieder der einzelnen Länder waren, verbunden durch wunderbare Übergangsmusik, die allerdings wohl etwas [unleserlich], aber vielleicht gerade deshalb außerordentlich wirkte. Ich habe Wurm gebeten, die Musik zu beschaffen, damit ich sie Dir bringen kann. Das dänische Lied möchte ich besonders gern haben. Diese Musik, die wirklich etwas Künstlerisches war, hatte auf die ca. 1000 Delegierten und ebensoviel Zuhörer eine großartige Wirkung. Außer den skandinavischen, englischen und österreichischen Liedern, die mir unbekannt waren, ertönten die Marseillaise, die Rote Fahne, der Sozialistenmarsch und zum Schluß die Internationale, immer in bester Orchesterbegleitung und von ausgezeichneten Sängern mehrstimmig. [...]⁴ Gestern (am Montag [29. 8.]) war nicht viel los. Wir hatten erst in der deutschen Delegation kurzen Appell. [...] Und abends war ich dann bei dem Dr. Bang, der die Versammlung begrüßt hatte und dessen Frau auch bei den Frauen übersetzt hatte. [...] Heute abend will ich die Milchgenossenschaft besichtigen. Morgen vormittag ist gemeinschaftliche Seefahrt.

4 Aus Platzgründen muss auf die ausführliche Schilderung des Meetings, der Demonstration sowie auf Begegnungen und Gespräche Käthe Dunckers mit anderen Delegierten verzichtet werden.

Wer weiß, ob wir heil davonkommen. Die Syndikalisten schicken Drohflugblätter und wollen uns alle in die Luft sprengen. Na ‚eines Todes müssen wir alle sterben‘. [...] Aber ich hätte meine Knöchlein gerne beieinander am jüngsten Tag.“

Schließlich noch ein Nachtrag vom 13. September⁵ zur Abschlussveranstaltung des Internationalen Kongresses:

„Die Samstagschlußversammlung [3. 9.] war auch imposant, wenn auch nicht so wie die Eröffnungsversammlung. [Hermann] Molkenbuhr fiel gegen [Morris] Hillquit und [Jean] Jaurès sehr ab. Dann sangen die verschiedenen Nationalitäten ihre Hymnen, die Engländer ausgerechnet auf die Melodie: ‚O Tannebaum, o Tannebaum!‘, was ziemliche Heiterkeit erregte. Ich war ärgerlich, daß ich die Internationale nicht kann.

Abends trafen sich die Delegationen im Kopenhagener Rathaus. Ein imposanter Bau! Nur war es nicht nach meinem Geschmack, daß man für diese Feier 12 000 Kronen ausgegeben hat! Das scheint mir denn doch zu viel des Guten. [...] Zwar habe ich einige nette Zusammentreffen gehabt. [...] Gegen 12 Uhr wurde es sehr belebt, die Franzosen tanzten die Carmagnole und rissen alles mit in den Strudel. Ich bin dabei beinahe in Stücke gerissen worden.“⁶

Abschließend noch eine kleine Ergänzung zur Anmerkung 3 im Artikel von Anette Eklund Hansen. „Erste Ministerin der Weltgeschichte“ war nicht Nina Bang, sondern die russische Delegierte der Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen Alexandra Kollontai. Sie wurde bereits am 17. November 1917 als Volkskommissarin (Ministerin) für Staatliche (Soziale) Fürsorge in die erste Regierung unter Vorsitz von W. I. Lenin berufen, aus der sie allerdings im März 1918 aus Protest gegen den Brester Friedensvertrag ausschied.

5 Hermann Duncker war bereits vor der Rückkehr seiner Frau nach Stuttgart zu seinen nächsten Wanderkursen aufgebrochen. Käte Duncker hatte zunächst ihre erkrankte Tochter zu pflegen.

6 Alle Zitate aus SAPMO-BArch NY 4445/127 (Nachlass Käte und Hermann Duncker; Briefe 1910).

Kritische und ergänzende Bemerkungen zum Beitrag von Mario Keßler im JahrBuch II/2011

Joachim Eichler

Mit Interesse habe ich die Abhandlung von Prof. Mario Keßler über „Berlin 1936 – nur Spiele der Nazis? Olympia zwischen Sport und Politik“ im JahrBuch II/2011 gelesen. Der Autor betrachtet die Thematik unter mehreren Gesichtspunkten. Einen Schwerpunkt bilden die Darlegungen über die unterschiedlichen Boykottbewegungen. Sie assoziieren auch einen Vergleich mit dem Aufruf verschiedener Staaten, den Spielen der XXII. Olympiade 1980 in Moskau fernzubleiben. Während es 1936 einzelne Athleten waren – vor allem „eine große Zahl jüdischer Sportlerinnen und Sportler“ (S.17) –, die freiwillig oder erzwungen von einem Start zurücktraten, boykottierten 1980 zahlreiche NOKs die Teilnahme ihrer Länder in der sowjetischen Hauptstadt. Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch an den „Gegenboykott“ der Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles vor allem durch sozialistische Länder erinnert werden.

Bemerkenswert ist die Hervorhebung des Autors, dass die Erfolge afroamerikanischer Sportler den Durchbruch in der internationalen Wahrnehmung bedeuteten. Ihre Medaillengewinne widerlegten eindeutig die nazistische Propaganda von der Überlegenheit der weißen Rasse. Hier halte ich den Vergleich der Erfolge afroamerikanischer Athleten mit den Spielen der Jahre 1924, 1928 und 1932 für sehr wichtig (Fußnote 64 auf S. 23). Denn 1932 im eigenen Land (Los Angeles) hatten die USA insgesamt 110 Medaillen gegenüber 57 in Berlin gewonnen. Aber für die Afroamerikaner war es dennoch weiterhin schwierig, von der amerikanischen Gesellschaft akzeptiert zu werden. Es sei hier nur an ein sehr viel späteres Ereignis erinnert, das mit Olympia zusammenhängt. Bei den XIX. Olympischen Spielen in Mexiko-Stadt 1968 protestierten die Afroamerikaner Tommie Smith und John Carlos während der Siegerehrung über 200 Meter gegen den Rassismus in ihrem Land durch Senken der Köpfe und Hochrecken der Fäuste.

Dem Autor ist in seinem Beitrag leider ein Fehler unterlaufen, wenn er bei den Erfolgen den Boxer Joe Louis zu den afroamerikanischen Olympioniken zählt. Joe Louis hat nie an Olympischen Spielen teilgenommen. Am 19. Juni 1936 – also kurz vor den Olympischen Spielen in Berlin – fand aber in New York der Boxkampf zwischen Joe Louis und Max

Schmeling statt, den der Deutsche gewann. Da das natürlich Wasser auf die Mühlen der Nazi-Propaganda von der Überlegenheit der weißen Rasse gewesen sein dürfte, ist diese falsche Information im „Jahrbuch“ besonders bedauerlich.

Auch einige andere Details sind nicht exakt, wenn zum Beispiel Ralph Metcalfe als Olympiasieger im Weitsprung genannt – er gewann Staffellgold über 4x100 Meter – oder Frederick Pollard als Bronzemedaille Gewinner über 400 Meter Hürden statt 110 Meter Hürden aufgeführt wird.

M. Keßler hebt hervor, dass im Unterschied zu den stets erkennbaren afroamerikanischen Sportlern die Erfolge der jüdischen Sportler eine Sache der „Binnenwahrnehmung“ waren. Ein Beispiel dafür ist die ungarische Olympiasiegerin im Hochsprung Ibolya Csák. Zu ihr findet sich bei Volker Kluge die Anmerkung: „Csák (*1915), die 1930 bei NTE Budapest begann, wird als ungarische Jüdin bezeichnet (The Olympic Century, Volume 11, S. 35), wovon aber das Budapester Sportmuseum nichts weiß. In seiner Publikation ‚Jews in Hungarian Sports‘, Tel Aviv, 1993, taucht sie nicht auf.“¹

Vielleicht ist ein weiteres Zitat aus dem eben genannten Olympiabuch von Kluge² eine interessante Ergänzung zu der Darstellung von Prof. Keßler (S.7f.), dass sich Avery Brundage, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der USA, bei einem Deutschlandbesuch im August 1934 für die Nazi-Sportführung einnehmen ließ: „US-Cheftrainer Lawson Robertson [...] war der Ansicht, daß Jesse Owens mit seinen drei Einzelsiegen genug Goldmedaillen gewonnen hat, weshalb er anderen Athleten [...] in der Staffel eine Chance geben wollte. Vorgesehen waren die beiden einzigen Juden im US-Team Martin Glicksman (Grand St. Boys) und Sam Stoller (Michigan) [...] Zwei Tage vor dem Rennen informierte Robertson die beiden ohne Angabe von Gründen, daß sie nicht eingesetzt würden. Glicksman ist bis heute der Ansicht, daß bei dieser Entscheidung NOK-Präsident Avery Brundage seine Hände im Spiel hatte, der damit Hitler gefallen wollte.“

Insgesamt halte ich diesen Artikel von Prof. Keßler trotz meiner kritischen Bemerkungen für eine interessante Lektüre, weil er neben der Boykottbewegung gegen die Sommerspiele 1936 in Berlin einen speziellen Blick auf die afroamerikanischen und jüdischen Sportlerinnen und Sportler wirft.

1 Volker Kluge: Olympische Sommerspiele. Die Chronik I, Berlin 1997, S.888, Fußnote 139.

2 Ebenda, S.881, Fußnote 73.

Zum Schluss möchte ich einen Gedanken äußern, der vielleicht als Anregung für einen weiteren Artikel zu dieser Thematik dienen kann. Wenn es um „Spiele der Nazis“ geht, wird stets auf die Spiele der XI. Olympiade in Berlin verwiesen. Im selben Jahr gab es aber auch vom 6. bis 16. Februar die IV. Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen.

In eigener Sache

Zu der in den Jahrbuch-Heften II und III/2011 ausgetragenen Kontroverse zwischen Martin Holler und Erhard Pachaly um die Rezension von Holler in Heft III/2010 zum Buch „Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen. Lebensbilder“ hat die Redaktion zwei weitere Leserzuschriften erhalten. Die Stellungnahmen von Ruth Stoljarowa und Gerd Kaiser decken sich weitgehend mit der Pachalys. Die unterschiedlichen Positionen werden in den bisherigen Beiträgen bereits deutlich, sodass die Debatte um dieses 2007 erschienene Buch im Jahrbuch nicht ausgeweitet zu werden braucht. Wir möchten zugleich, und das gilt für die Zeitschrift grundsätzlich, unterstreichen, dass Beiträge von Autoren stets deren Meinung widerspiegeln und nicht mit der Position der gesamten Redaktion oder einzelner Redaktionsmitglieder übereinstimmen müssen.

Holler hatte Kritik geübt und aus dem aus seiner Sicht Kritikwürdigen Einschränkungen für die wissenschaftlich-pädagogische Nutzung abgeleitet. Pachaly hielt entgegen, dass die Erinnerungen der 18 zur Zeit der Entstehung des Buches noch lebenden ehemaligen Buchenwaldhäftlinge in jedem Fall den Lesern zu empfehlen sind. Die an der Kontroverse Beteiligten und selbstverständlich auch die Redaktion sind einhellig der Ansicht, dass das antifaschistische Vermächtnis der überlebenden Buchenwaldhäftlinge gewahrt und den folgenden Generationen als wertvolle Orientierung vermittelt werden muss. Dies gilt um so mehr, da es künftig kaum noch neue Erinnerungen von Zeitzeugen des antifaschistischen Widerstandes und der nazistischen Verbrechen geben wird.

Die Redaktion

Buchbesprechungen

Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Erste Abteilung. Werke. Artikel. Entwürfe. Bd. 30: Mai 1883 bis September 1886. Text und Apparat. Bearb. von Renate Merkel-Melis, 2 Bde., Akademie-Verlag, Berlin 2011, X, 1154 S.; **Bd. 31: Oktober 1886 bis Februar 1891.** Text und Apparat. Bearb. von Renate Merkel-Melis, 2 Bde., Akademie-Verlag, Berlin 2002, XI, 1440 S.; **Bd. 32: März 1891 bis August 1895.** Text und Apparat. Bearb. von Peer Kösling. Mit einer Einführung von Till Schelz-Brandenburg, 2 Bde., Akademie-Verlag, Berlin 2010, XIV, 1590 S.

Mit den Bänden I/30, I/31 und I/32 der Marx-Engels-Gesamtausgabe liegt nun ein erheblicher Teil des Spätwerks von Friedrich Engels seit dem Tod von Karl Marx (1883) bis zu seinem eigenen Ableben (1895) in historisch-kritischer Ausgabe vor.

In seiner eigenen Einschätzung handelt es sich insofern eher um Nebenarbeiten, als die Edition des zweiten (1885) und des dritten (1894) Bandes des „Kapital“ für ihn die Hauptarbeit dieser Jahre darstellte. Innerhalb der zweiten MEGA-Abteilung ist – mit Ausnahme des noch ausstehenden Bd. II/4.3 – auch hier die historisch-kritische Ausgabe abgeschlossen, sodass das Verhältnis von Engels’ Auswahl- und Redaktionsarbeit zu Marx’ Manuskripten nunmehr auf breiterer Basis erforscht werden kann.

Es gibt aber noch einen dritten Aspekt seiner Aktivitäten nach Marx’ Tod: das

ist die stetige operative politische Arbeit für die internationale sozialistische Bewegung. Die Quellen hierfür sind vor allem seine Briefe. Ihre Edition für den hier interessierenden Zeitraum steht noch völlig aus. Sie wird zwar gegenwärtig für mehrere Bde. vorbereitet, von denen aber noch kein einziger abgeschlossen ist (Bd. III/30, Oktober 1889–November 1890, ist für 2012 angekündigt). Insbesondere in die Vorbereitung des internationalen Sozialistenkongresses 1889 griff Engels in dichter Abfolge ein. Dies kann immerhin schon lange anhand seiner Briefe in den Marx-Engels-Werken (MEW) nachvollzogen werden, wenngleich die Schreiben seiner Partner bislang nur teilweise publiziert sind.

Die größeren selbstständigen Arbeiten, die Friedrich Engels zwischen 1883 und 1895 veröffentlicht hat, liegen in den MEGA-Bänden I/30–32 zwar nun endlich historisch-kritisch vor, und Gleiches gilt auch für seine Zeitungs- und Zeitschriftenartikel. Ein besonderer Reiz aber liegt in den apokryphen Texten: Stellungnahmen, teilweise sogar längeren Arbeiten, die nicht unter seinem Namen erschienen sind, aber von ihm verfasst oder doch zumindest von ihm angeregt und dann so gründlich mitgestaltet wurden, dass sie zu Recht als Teil seines Werkes gelten können. Dass sie in diese Ausgabe aufgenommen wurden und in den Erläuterungen jeweils Engels’ Anteil rekonstruiert ist, ist verdienstvoll. Ihr Umfang dokumentiert ebenfalls den Anteil operativ-praktischer Arbeit im Spätwerk von Friedrich Engels.

Dieser wies zu Marx' Lebzeiten immer wieder darauf hin, dass er neben dem Freund nur die „second fiddle“ gespielt habe. An seinem Selbstverständnis hat sich nach 1883 nichts geändert. Nachgerade demonstrativ betonte er im Vorwort zur dritten Auflage des „Kommunistischen Manifests“ aus diesem Jahr, dass der Grundgedanke „einzig und ausschließlich Marx“ angehöre: „Ich habe das schon oft angesprochen, es ist aber gerade jetzt nöthig, dass es auch vor dem Manifest selbst steht.“ (I/30, S.7) Der Bezug auf das aktuelle Erfordernis, dies zu betonen, mag durch die unmittelbare Wirkung von Marx' Tod bestimmt gewesen sein. Doch auch drei Jahre später, in der Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ weist Engels auf seine nach seiner Auffassung nur sekundäre Rolle bei der Entstehung des Historischen Materialismus hin (I/30, S.147f.). Ebenso findet sich diese Betonung der Rangfolge, was die Leistung der beiden Begründer dieser Theorie angeht, in den Reden wieder, die Engels 1893 zum Abschluss des Sozialistenkongresses in Zürich und bei Meetings in Wien und Berlin hielt. Es geht hier nicht um persönliche Bescheidenheit, sondern um einen Aspekt, der bei seiner Beurteilung bislang noch nicht genügend beachtet worden ist: das Verständnis von Bewegung und Organisation, zu welcher der Einzelne beitragen, die er aber nicht bestimmen kann. Nach Engels' Wahrnehmung hatte der internationale Sozialismus zum Ende seines Lebens eine Breite erlangt, die den Anteil des Individuums in dem Maße relativierte, wie

es im Historischen Materialismus zwar ohnehin prinzipiell angelegt ist, aber im Verlaufe der Geschichte jetzt immer deutlicher hervorgetreten sei. Seine Aufforderung zur Beachtung der innerparteilichen Demokratie in den Auseinandersetzungen um die späte Veröffentlichung der Marx'schen Kritik am Gothaer Programm und die Analyse des Eindringens der sozialistischen Bewegung in das Kapillarsystem der bürgerlichen Gesellschaft in der Einleitung zu Marx' Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ gehören ebenfalls hierher.

M.-M. (I/30; I/31) und K. (I/32) haben die drei Bde. auf dem MEGA-üblichen hohen Standard erarbeitet. Ihre Einführungen werden dem ab 1990 explizit formulierten Anspruch gerecht, keine parteilichen Wertungen vorzunehmen, sondern lediglich die Benutzung der Texte zu erleichtern. Für Bd. I/32 hat nicht der Bearbeiter K. die Einführung verfasst, sondern S.-B. Er vertritt dort die Ansicht, dass die lange Zeit, die Engels für die Edition des dritten Bandes des „Kapital“ benötigte, auf Unsicherheiten und Schwierigkeiten bei der Herleitung des Verhältnisses von Arbeitswert und Produktionspreis zurückzuführen sei. Außerdem vermutet er unter Berufung auf Clara Zetkin, dass August Bebel der Vater des Kindes von Louise Freyberger gewesen sei. Das geht über die geforderte ausschließliche Hilfsfunktion einer Einleitung zu einem MEGA-Bd. hinaus und hätte einen angemessenen Platz wohl eher im Marx-Engels-Jahrbuch gefunden. (Gleiches gilt für die Einführung Bertram Schefolds zum dritten Band des „Kapital“, II/15, in der er seine eigene

neocardianische Auffassung darlegt, während Regina Roth, Eike Kopf und Carl-Erich Vollgraf, die die Edition besorgt haben, nicht zu Wort kommen.) Auf S. 556 wird eine Äußerung von Bebel an Kautsky aus dem Jahr 1913 auf den fünfzigsten Todestag Lassalles bezogen, der jedoch erst 1914 war. *Georg Fülberth*

Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt (Reihe theorie.org), Schmetterling Verlag, Stuttgart 2011, 192 S.

Mit dieser Schrift lenkt die Autorin unsere Aufmerksamkeit auf das Feld der alternativen Ökonomie (auch als solidarische, lokale, moralische, Gemeinwesen- oder Gegenökonomie bezeichnet). Gemeint ist jener „Übergangsbereich zwischen der marktzentrierten kapitalistischen Wirtschaft, dem öffentlichen Produktions- und Dienstleistungssektor und der sogenannten informellen Ökonomie“ (S.28). Dazu zählen genossenschaftliche und selbstverwaltete Betriebe, gemeinwesenorientierte Projekte und Non-Profit-Organisationen. Zu deren Hauptbetätigungsfeldern gehören Druckereien, Verlage und Buchläden, Zeitungen, Vertriebe, Beratungs- und Bildungseinrichtungen, freie Schulen, Frauenhäuser, Teestuben, Cafés, Kneipen, Theater- und Filmgruppen, Unternehmungen im handwerklichen und im Dienstleistungsbereich, Technologieprojekte.

N. bietet einen – zumindest für den deutschsprachigen Raum – auf intensives Literaturstudium gestützten, dichten und ausgewogenen Überblick über jene theoretischen Reflexionen, die

mit den praktischen Bestrebungen alternativen Wirtschaftens einhergehen. Dafür setzt sie eingangs ebenso grundsätzliche wie praxisnahe Kriterien, indem sie sich an der realen Situation des arbeitenden Menschen und an der gefährdeten natürlichen Umwelt orientiert. Dem neoliberalen Glauben an ungebremstes Wachstum, Effizienz und Markt stellt sie ein anderes Verständnis von Arbeit, von Produktion und Destruktion entgegen. Sie fragt danach, „welche Arbeiten in den verschiedenen Arbeitsbereichen wünschenswert, sinnvoll und gesellschaftlich nützlich sind“ (S.14). Daran gemessen, erscheinen viele in der Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionssphäre geleisteten bezahlten Arbeiten als destruktiv, die meiste außerhalb dieser Sphäre geleistete unbezahlte, familiäre oder ehrenamtliche Arbeit der Fürsorge, Pflege, Erziehung als produktiv. Immer im Blickfeld sind dabei die geschlechtsspezifischen Aspekte und die Kritik an patriarchalischen Strukturen. Doch konstatiert sie bereits im vorderen Teil ihrer Analyse: „Bis heute gibt es kein einheitliches Theoriegebäude im bisher üblichen Verständnis eines geschlossenen Denkmodells zu einer alternativen Ökonomie.“ (S.24) Auch sie erhebt nicht den Anspruch, eine übergreifende Theorie zu entwickeln, gleichwohl – ihre Verallgemeinerungen gehen über zahlreiche Einzeluntersuchungen und Bewertungen hinaus und leisten einen wertvollen Beitrag zu einer Gesamtschau auf Möglichkeiten und Grenzen alternativen Wirtschaftens. In ihrem Streifzug durch die Geschichte geht sie nicht nur auf die Ansichten von Utopisten wie Thomas

Morus, Tommaso Campanella, Robert Owen und Charles Fourier ein, nicht nur auf Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus wie Karl Marx und Friedrich Engels, August Bebel und Rosa Luxemburg, sondern auch auf Propagandisten alternativen Wirtschaftens wie Pjotr Kropotkin, Gustav Landauer, Rudolf Rocker, Franz Oppenheimer und Sylvio Gesell.

Den realen Hintergrund theoretischer Erwägungen und Interpretationen bildeten zunächst vor allem praktische Unternehmungen im Umfeld der Arbeiterbewegung wie Produktions- und Konsumgenossenschaften, Kleingartenanlagen, Nachbarschaftshilfe, Wohnungsbau-Gesellschaften und Projekte der Arbeiterkultur. Den Genossenschaften (Produktiv-, Konsum-, Wohnungsbaugenossenschaften) ist ein spezieller Abschnitt gewidmet, in dem Konzepte von Lassalle, Schulze-Delitzsch und Marx erörtert werden, aber auch auf praktische Erfahrungen eingegangen wird. Die Autorin bedauert, dass die in den neuen Bundesländern auch in der Wendezeit fortexistierenden oder sich neu formierenden Genossenschaften überwiegend dem Privatisierungsdruck der Anschlusspolitik zum Opfer gefallen sind, hätten doch sie einen Impuls für das gesamte neuvereinigte Deutschland geben können. Von Anfang an und bis heute anhaltend, drehten sich die theoretischen Auseinandersetzungen und damit auch die Trennlinien zwischen politischen und sozialwissenschaftlichen Lagern wesentlich um die Frage: Sind Formen alternativen Wirtschaftens geeignet, einen Gegenpol zur kapitalistischen Profitwirtschaft zu bilden und über den Kapitalismus hinausweisende Trans-

formationsprozesse einzuleiten oder offenbaren sich hier Illusionen über die Kapitalherrschaft, und wird so nur von der Notwendigkeit der unverzichtbaren Überwindung des Kapitalismus abgelenkt, die letztlich nur als Ergebnis des politischen Kampfes denkbar ist?

In den Sechziger- und Siebzigerjahren des vergangenen Jh. erweiterten sich die Ansätze und Formen alternativen Wirtschaftens ganz erheblich und damit auch die Bemühungen, diese zu beschreiben, zu systematisieren, zu interpretieren und zu kritisieren. Das umfangreiche Literaturverzeichnis bezeugt dies. In der Gliederung dieses Hauptteils ihrer Schrift hat sich die Autorin aus gutem Grunde nicht mehr an den Konzepten bestimmter Personen orientiert, sondern vor allem an den unterschiedlichen Formen praktischen alternativen Wirtschaftens. Die Zwischenüberschriften lauten nun: Selbstverwaltete Wirtschaft, Subsistenzwirtschaft, Dualwirtschaft und Eigenarbeit, Ökосоzialismus, Solidarische Ökonomie, Tauschökonomie, Schenk-Ökonomie und Umsonstökonomie, Kommunale Gemeinschaftsgärten, Kommunebewegungen usw. Dem Leser wird so nicht nur ein Überblick über die breite Palette alternativer Projekte geboten, sondern auch über das sich in der Literatur widerspiegelnde Für und Wider in deren Beurteilung.

Die Darstellung mündet ein in „Kritische Betrachtungen zur alternativen Ökonomie“ und in ein „Perspektiven“ überschriebenes Schlusskapitel. N. bejaht und begrüßt die alternative Ökonomie und warnt zugleich davor, sie zum Allheilmittel hochzustilisieren.

Alternatives Wirtschaften kann wertvolle Anstöße geben, Erfahrungen vermitteln, Denkweisen verändern. Aber es kann die Gesetze der „Waren-gesellschaft“ nicht aufheben, „wenn nicht ein entsprechendes globales, politisches und ökonomisches System angestrebt wird und Handlungsstrategien zu seiner Verwirklichung eingeleitet werden“ (S.169).

Wer über Transformationsprozesse, Basisdemokratie, Genderprobleme usw. nachdenkt, sollte unbedingt auch zu dieser Veröffentlichung greifen.

Günter Benser

Heidi Beutin u. a. (Hrsg.): Die Frau greift in die Politik. Schriftstellerinnen in Opposition, Revolution und Widerstand (Bremer Beiträge zur Literatur- und Ideengeschichte, Bd. 57), Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2010, 373 S.

Der Bd. dokumentiert eine vom Deutschen Gewerkschaftsbund und ver.di veranstaltete Konferenz gleichen Titels. Anlass bot das Jahr 2009, da sich in diesem Jahr gleich mehrere des Gedenkens würdige Ereignisse der deutschen Geschichte jährten. Ereignisse, an denen auch Frauen ihren Anteil hatten. Im Vorwort der Hrsg. wird die Veranstaltung jedoch fälschlicherweise auf den 12. bis 14. Juni 2008 datiert. Dies ist leider nicht der einzige Flüchtigkeitsfehler, der durch ein gewissenhafteres Lektorat hätte vermieden werden können. Man hat leider auf ein einheitliches Lektorat und damit auch auf ein einheitliches wissenschaftliches Belegen benutzter Quellen verzichtet. Der auch durch manche der Beiträge entstehende

Eindruck, dass der Sammelbd. „mit heißer Nadel gestrickt“ ist, lässt den Preis von 49,80 Euro als nicht gerechtfertigt erachten und schmälert ein wenig das Lesevergnügen.

Ohne Frage verdienen die behandelten Frauen die Würdigung, die sie mit Konferenz und Publikation erfahren. Zu begrüßen ist dabei, dass diese mit vielen Auszügen aus Werk und Korrespondenz selbst zu Wort kommen. Jedoch erstaunt die Auswahl der porträtierten Protagonistinnen, da man einigen von ihnen nicht zwangsläufig zuschreiben würde, „in die Politik gegriffen“ zu haben. Obwohl es sich um eine Gewerkschaftsveranstaltung handelte und nun wirklich nicht behauptet werden kann, dass den Frauen der Arbeiterbewegung in Öffentlichkeit und Forschung stets eine angemessene Berücksichtigung zuteil wird, wollten die Veranstaltenden den Anteil adliger und bürgerlicher Schriftstellerinnen an Opposition, Revolution und Widerstand trotzdem nicht schmälern. So fasste man schließlich unter dem „Forschungsbegriff“(!) „Ausnahmefrauen“ (S.8) folgende zusammen: Gertrud Kolmar, Lida Gustava Heymann, Anita Augspurg, Rosa Luxemburg, Erika Mann, Ricarda Huch, Lou Andreas-Salomé, Toni Sender, Clara Zetkin, Ruth Fischer, Anna Seghers. Manche dieser Frauen hatten mehr direkten Einfluss auf das politische Leben ihrer Zeit als die anderen, aber das macht den Bd. wiederum interessant: In welchen verschiedenen Bereichen öffentlichen Lebens war politisches Denken und Handeln außerhalb der „Politik der alten Männer“ möglich? Weitere Beiträge berücksichtigen neben dem Werdegang politisch aktiver

Frauen vor allem deren Wirken im Rahmen von Netzwerken: Frauen an der Fürsorgefront, Publizistinnen in der frühen Frauenbewegung, Frauen von Riederau am Ammersee bzw. in Bayern während der Räterepublik. Besonders in diesen Aufsätzen werden Frauen vorgestellt, die – je nach eigener politischer Gesinnung – Vorbildfunktion haben, aber mehr oder weniger unbekannt geblieben sind. Hier sind vor allem Charlotte Kornfeld, Gabriele Kaetzler und Hilde Kramer zu nennen. Ihr Engagement für die Räterepublik war – so Egon Günther/Thies Marsen – auf „die unerlässlichen Hilfsdienste in der zweiten Reihe“ (S.189) begrenzt. Jedoch zeigt ja besonders ihr Schicksal als politisch Verfolgte, dass sie sich in der zweiten Reihe keinesfalls „bequem zurücklehnen“ konnten. Auch wird es nicht daran liegen, dass sie „nur“ nötige „Hilfsdienste“ leisteten, weswegen sie in der „offiziellen Geschichtsschreibung der Revolution 1918/19“ (S.190) noch heute unerwähnt bleiben. Sie waren Frauen – und schlimmer noch: Sie waren linke Frauen.

Der Sammelbd. kombiniert in seinen 18 Aufsätzen das Einführende mit dem Speziellen, das Populäre mit dem Wissenschaftlichen, wird aber keinem der auf diese Weise an ihn zu stellenden Ansprüche gerecht. Besonders der wohl als Überblick und Einführung gedachte skizzenhafte Beitrag Wolfgang Beutins „Zur Geschichte der Frau und der Frauenbewegung, mit Schwerpunkt auf Deutschland und Österreich. Namen, Daten und Stichwörter“ (S.17-25) ist gleich zu Anfang ein Beispiel für die Unentschlossenheit der Hrsg., welche Art von Publikation

sie eigentlich vorlegen wollten. Nachahmenswert ist nicht dieses Nebeneinanderstellen verschiedener Ebenen, sondern das Nebeneinanderstellen verschiedener Biografien, nämlich die berühmter und die bisher unbekannter Frauen. Hiervon könnte ein Funke ausgehen, der belebend auf die von Mechthild Jansen in ihrem sehr provokativen Beitrag konstatierte Inspirationslosigkeit der aktuellen Frauenbewegung (siehe S.358) wirkt.

Mirjam Sachse

Emma Goldman: Gelebtes Leben. Autobiografie. Mit einem Vorwort von Ilija Trojanow, Nautilus-Verlag, Hamburg 2010, 928 S.

„Der Tag meiner Ankunft in New York City war der 15. August 1889. Ich war zwanzig Jahre alt, und alles, was in meinem Leben bisher passiert war, hatte ich hinter mir gelassen, weggeworfen wie abgetragene Kleidung“, schreibt G. in ihrer Autobiografie (S.15). Und geriet in dieser neuen Welt sofort in anarchistisch-sozialistische und russisch-jüdische Kreise. Gleich am ersten Abend lernte sie Alexander Berkman kennen, ihren lebenslangen Partner, und nahm gleich noch an einer Versammlung deutsch-amerikanischer Anarchisten im verrauchten Hinterzimmer einer Kneipe teil, in der Johann Most eine donnernde Rede hielt, der Mann, der zum anderen einflussreichen Gefährten in ihren ersten New Yorker Jahren wurde.

Die Anarchistin und Frauenrechtlerin G. (1869-1940) schildert anschaulich – gleichsam atemlos – ihr aufregendes, ungewöhnliches Leben, in dem sie

Sigmund Freud, Louise Michel, Errico Malatesta und Ernest Hemingway begegnete und mit Peter Kropotkin, Maxim Gorki und W. I. Lenin diskutierte. Sie hat mit gleicher Leidenschaft für die Rechte der Arbeiter, für die volle Gleichberechtigung der Frau und für die Rechte der Kinder gestritten wie für die „freie Liebe“ – eine kämpferische, unabhängige Frau. Zugleich bieten ihre Memoiren interessante Einblicke in die anarchistische und anarchosyndikalistische Bewegung in den USA wie in Europa im späten 19. und im ersten Drittel des 20. Jh. – mit all ihren Rivalitäten und internen Auseinandersetzungen.

G., als Tochter eines russisch-jüdischen Theaterdirektors hineingeboren in ein bildungsbürgerliches Milieu in Russland, emigrierte mit 17 Jahren in die USA. In der Textilindustrie von New Haven und Rochester verdiente sie ihren Lebensunterhalt zunächst als einfache Arbeiterin und lernte so die Lebensverhältnisse des amerikanischen Proletariats aus eigener Erfahrung kennen. Durch die Haymarket-Affäre von 1887 politisiert, begann sie sich immer stärker mit anarchistischem Gedankengut zu beschäftigen. In Diskussionen mit Berkman, Most und anderen Anarchisten erkannte sie bald ihr großes rhetorisches Talent. Ab 1893 setzte sie dieses Talent bei Vortragsreisen und Agitationsveranstaltungen für die libertär-sozialistische Bewegung ein. Alexander Berkman schrieb dazu: „Sie spricht schnell und abgehackt. Ihre Stimme klingt wie der Klagelaut eines verwundeten Tieres, in ihren melodischen Klang mischt sich Verbitterung, die Bitterkeit hilfloser Agonie.“ (S.11)

Schon nach kurzer Zeit wurde G. als „rote Emma“ eine gleichermaßen verehrte wie gefürchtete Symbolfigur des Anarchismus. Sie setzte sich in ihren Reden und Schriften entschieden für Belange der Arbeiter und der Unterdrückten ein, agitierte im Sinne der anarchistischen „Propaganda der Tat“ und wurde mehrere Male – unter anderem wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ – zu Gefängnisstrafen verurteilt. Beeinflusst vor allem von den Ideen Kropotkins, Pierre-Joseph Proudhons, Michail Bakunins und Leo Tolstojs, aber auch Friedrich Nietzsches, spielte G. eine wichtige Rolle bei der Entwicklung einer anarchistischen politischen Philosophie in den USA und in Europa.

Von 1906 an gab die Frauenrechtlerin die anarcho-feministische Monatszeitschrift „Mother Earth“ heraus und verbreitete Informationsmaterial über Geburtenkontrolle. Während des Ersten Weltkriegs hielt G. Reden gegen den Krieg und gegen die Wehrpflicht. Im Zuge der allgemeinen Anarchistenhetze wurden sie und Berkman Ende 1919 aus den USA ausgewiesen und nach Sowjet-Russland deportiert. Wie andere Anarchisten auch kamen beide voller Hoffnung in das nachrevolutionäre Russland. Doch die Wirklichkeit entsprach keineswegs ihren anarchistischen Vorstellungen von einer neuen Gesellschaft. Diese Wirklichkeit war nicht nur von einer unbeschreiblichen materiellen Not gekennzeichnet, sondern auch dadurch, dass – in den Augen von G. und Berkman besonders kritikwürdig – die Bolschewiki, statt staatliche Gewalt abzuschaffen, einen neuen Staat mit rigidem Zentralismus und ausufernder Büro-

kratie errichteten, der Anarchistinnen und Anarchisten verfolgte. In einer Debatte mit Lenin am 8. März 1920 setzten sie sich für die Freilassung gefangener Gesinnungsgenossen ein. Die blutige Niederschlagung des Kronstädter Aufstands durch die Bolschewiki im März 1921 veranlasste sie, Sowjet-Russland endgültig tief enttäuscht den Rücken zu kehren.

Zu ihrer Ausreise aus Sowjet-Russland notierte G.: „Im Zug, 1. Dezember 1921! Meine Träume zerstört, mein Glaube gebrochen, mein Herz ein Stein. [...] Ich klammerte mich an den Griff der vereisten Fensterscheibe, biss die Zähne zusammen und unterdrückte mein Schluchzen.“ (S.845) Sie konstatierte, „der Bolschewismus hatte Russland in ein Gefängnis verwandelt“ (S.847).

G. ging zunächst nach Deutschland, zwei Jahre später nach Großbritannien, dann in den Süden Frankreichs. In Saint-Tropez schrieb sie ihren Lebensbericht, der unter dem Titel „Living My Life“ 1931 erstmals erschien. 1936 engagierte sie sich im Spanischen Bürgerkrieg aufseiten der Anarchisten und Anarchosyndikalistinnen, kritisierte aber in scharfer Form den Beitritt von CNT-Führern zur republikanischen Regierung im November des gleichen Jahres. Anfang 1939 kehrte sie auf den amerikanischen Kontinent zurück. Im Alter von 70 Jahren starb sie in Toronto (Kanada).

Der dickleibige Bd. wird durch ein informatives Vorwort des Verlegers T. eingeleitet, durch ein Personenregister erschlossen und durch eine Chronik ergänzt. G.s Memoiren sind insgesamt eine erregend geschriebene, spannen-

de Lektüre – auch für jemanden, der sich ansonsten nicht mit anarchistischen Ideen anfreunden kann.

Jochen Weichold

Ursula Herrmann: Aus dem Alltag eines Arbeitervereins 1891 bis 1901. Der sozialdemokratische Arbeiterverein von Lichtenberg-Friedrichsberg in Protokollen und Berichten, FIDES Verlag, Berlin 2011, 277 S.

Unter den ohnehin nicht sehr zahlreichen Dokumentenpublikationen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kann die vorliegende Quellenedition einen besonderen Platz einnehmen, da sie die Basis der Sozialdemokratie widerspiegelt, wie sie sich vor nunmehr genau 120 bis 110 Jahren gestaltete. Man konnte sich für die Herausgabe und Bearbeitung kaum eine kompetentere Autorin wünschen als H., die seit Jahrzehnten in dieser Periode der deutschen Arbeitergeschichte forschend und publizierend tätig ist.

Den „Grundstock“ (S.7) der Publikation bildet das Protokollbuch des Arbeitervereins von Lichtenberg-Friedrichsberg aus den Jahren 1893 bis 1901, ein einmaliges Dokument mit 87 handschriftlichen Protokollen. Das Original liegt im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn. (Es wäre interessant zu erfahren, wie es seinen Weg dorthin gefunden hat, welches Format und wie viele Seiten das Buch hat.) Ergänzt wird diese Quelle durch Berichte aus sozialdemokratischen Zeitungen, dem zentralen Berliner „Vorwärts“ und dem „Volksblatt. Organ für die arbeitende Bevölkerung der Kreise Teltow-

Beeskow-Storkow und Charlottenburg, Ober- und Niederbarnim [Lichtenberg-Friedrichsberg gehörte zum Niederbarnim, I. M.] und Schwedt – Prenzlau – Angermünde“, über etwa 80 öffentliche Volksversammlungen in dieser Zeit. Außerdem wurden im Landesarchiv Berlin die Protokollbücher der Gemeindevertretung Lichtenberg eingesehen. Zu dieser bis zur Eingemeindung nach Berlin 1920 selbstständigen Gemeinde Lichtenberg, einem Dorf, und später dann Stadt gehörte auch die „Kolonie“ Friedrichsberg. Die Grenzen dieser Siedlung (wie dann auch die Versammlungsorte – S.218ff.) werden genau beschrieben, man wünschte sich für weniger Ortskundige eine Kartenskizze.

In ihrer „Einführung“ (S.7-22) gibt H. eine Übersicht über die Mitgliederversammlungen des 1891 gegründeten Arbeitervereins, dann „Arbeiterbildungsverein“, schließlich „Sozialdemokratischer Wahlverein für Lichtenberg-Friedrichsberg“, der immer mit der Berliner Arbeiterbewegung verbunden war. Knapp skizziert wird die Struktur der Gemeinde, deren Einwohnerzahl sich infolge der Industrialisierung von 1890 mit etwa 23.000 bis 1900 fast verdoppelte. Die Themen der Mitglieder- und Volksversammlungen waren „breit gefächert“ (S.8), sie reichten vom ersten „Die Arbeiterbewegung einst und jetzt“ (1893) bis zum letzten „Die neuesten Errungenschaften der Naturwissenschaft“ (1901). Die Tätigkeit des Vereins war stets mit der allgemeinen Entwicklung der Sozialdemokratie, mit Problemen der aktuellen Politik verbunden. In einer Übersicht der Versammlungen

(S.194-211) sind die Themen und Referenten von 1893 bis 1901 zusammengestellt, faktisch ein Sachregister. Da zudem eine Übersicht über die „leitenden Persönlichkeiten“ im Arbeiterverein für diese Zeit chronologisch-systematisch geordnet (S.213-217) sowie ein Personenregister (S.220f.) und eine Übersicht über die Versammlungsorte des Arbeitervereins geboten werden, ist die Benutzung sehr erleichtert.

Weil das Protokollbuch erst 1893 einsetzt, wird in einem einleitenden Abschnitt (S.23-26) über die Gründung des Vereins mit etwa 100 Mitgliedern und die Tätigkeit bis März 1893 aus der Presse überblickend berichtet. Die Umriss der Vereinsarbeit sind deutlich erkennbar: fast monatlich stattfindende Mitglieder- und Volksversammlungen mit politischem und wissenschaftlichem Inhalt, „Lese- und Diskutierabende“, die Errichtung einer Bibliothek, die Bildung einer Sängerguppe. Von Beginn an widmete der Verein seine Aufmerksamkeit lokalen Angelegenheiten wie z. B. Missständen in der Gemeinde. Die Mitglieder unternahmen Agitationseinsätze im Kreis, sie feierten den 1. Mai und die übliche Lassalle-Feier im August. Oft wurde der Märzgefallenen von 1848 sowie der Pariser Kommune von 1871 gedacht.

Zu großen Politikthemen, wie zur Umsturzvorlage, zur Tabaksteuer, zur Frauenfrage, zur Gewerkschaftsbewegung, zur Zuchthausvorlage, zu Flottenrüstung und Militarismus und über das BGB, sprachen in Volksversammlungen prominente Parteigenossen: Arthur Stadthagen, Theodor Metzner, Fritz Zubeil, Adolph Hoffmann, Ewald Vogtherr; selbst August Bebel,

Wilhelm Liebknecht und Paul Singer traten auf und berichteten über die Arbeit der Partei im Reichstag. Diese enge Verbindung zum werktätigen Volk prägte die gesamte Tätigkeit des Arbeitervereins. Immer waren Wahlen auf den verschiedenen Ebenen, Reichstag oder Gemeinde, Anlass und Gegenstand der öffentlichen Versammlungen.

Es gelang Arthur Stadthagen, seit 1890 den Reichstagswahlkreis Niederbarnim zu gewinnen (S.9). Bei den Gemeindevertreterwahlen 1901 errangen die Sozialdemokraten alle acht Sitze in der III. Wählerklasse. Die Beteiligung an den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus war wegen des Drei-Klassen-Wahlrechts hier wie in der Gesamtpartei strittig.

In den Mitgliederversammlungen standen häufig naturwissenschaftliche Themen, Fragen der Gesundheit und Hygiene, der Religion, Sozialpolitik, Justiz und umfassende Themen wie die Geschichte der Menschheit und der internationalen Arbeiterbewegung, das Parteiprogramm und die Thesen E. Bernsteins auf der Tagesordnung. 1899 diskutierte man „Der Marxismus und die Zukunft“. Dazu hätten wir natürlich gern mehr gewusst, aber leider sind die Protokolle nicht im Detail ausgeführt. Gerne hätte man einige Manuskriptseiten (wie auf dem Titel) im Bd. gesehen. Auch in den Parteiversammlungen sprachen kompetente Persönlichkeiten, Fachleute, z. B. Mediziner. Das wichtige Problem der Verbindung der Arbeiterbewegung mit der Intelligenz wird nur gestreift (S.19).

Im Verein entwickelte sich ein fester Stamm von örtlichen Funktionären,

einige werden genauer vorgestellt (S.12ff.). Man kann für künftige Forschungen nur wünschen, dass versucht wird, ihr weiteres Leben und Wirken über 1901 hinaus zu ergründen, so wäre z.B. Paul Hirsch als preußischer Ministerpräsident nach der Revolution 1918 zu würdigen (S.141).

H. hat eine detaillierte Forschung zu Personen und Sachen geleistet. Es wird das Einzelne, das Detail, das Besondere dieses Vereins zur Aussage für das Allgemeine gebracht. Die Protokolle zeigen das „demokratische Innenleben“ des Vereins: regelmäßige Versammlungen und Wahlen, genaue Buchführung über die Finanzen. Die Mitglieder, zunächst 1891 – 100, 1901 dann 486 (S.14), legten die Finger auf jeden Posten, waren stets mit dem Alltagsleben der arbeitenden Menschen verbunden, wirkten für Veränderungen und Verbesserungen mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft. Die Publikation der Protokolle und Berichte ist als ein „Baustein“ für die Gesamtgeschichte, so H., zu würdigen.

Ingo Materna

Gerhard Engel: Johann Knief – ein unvollendetes Leben (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. XV), Karl Dietz Verlag, Berlin 2011, 457 S.

Der Autor, der vor viereinhalb Jahrzehnten mit einer Dissertation über Johann Knief promovierte, hat sich nun auf einer wesentlich umfassenderen Quellengrundlage und befreit von einengenden Vorgaben parteioffizieller Geschichtsbetrachtung erneut dieser Persönlichkeit zugewandt. Für ihn

ist Knief „eine der Zentralgestalten der radikalen linkssozialdemokratischen Opposition gegen den imperialistischen Krieg und gegen jene in der Sozialdemokratie [...], die den Krieg um einiger Reformzugeständnisse willen unterstützten, aber auch gegen jene, die ihn zwar ablehnten, aber nicht bereit waren, zu außerparlamentarischen Massenaktionen aufzurufen“ (S. 235). Wenn im Buchtitel von einem „unvollendeten Leben“ die Rede ist, möchte E. dies in dreifachem Sinne verstanden wissen – bezogen auf den frühen Tod Kniefs, bezogen auf Lücken in den Überlieferungen und vor allem bezogen auf den Tatbestand, dass die Sache, für die Knief gekämpft hat, noch der Vollendung harret. Der Autor hat die vorhandenen Quellen gründlich ausgeschöpft und durch intensive Recherchen zum sozialen, politischen und geistig-kulturellen Umfeld seines Protagonisten dessen Lebenswelt und Entwicklungsweg umfassend erschlossen, sodass sich Lücken höchstens in Bezug auf Kniefs Familienleben ausmachen lassen.

Der am 20. April 1880 geborene Johann Heinrich Knief wuchs in der Hansestadt Bremen in einem kleinbürgerlich geprägten Elternhaus auf. Aus dem intellektuell und musisch begabten Jungen wurde nach dem Besuch des Lehrerseminars der Lehrer Knief, der sich im Bremer Lehrerverein an die Seite der konsequenten Schulreformer stellte, die im gesamten Deutschen Reich eine Art Pionierrolle übernommen hatten. Hier reifte bei ihm die Erkenntnis, dass das verknöcherte, unsoziale, nicht kindgerechte und letztlich der Herrschaftssicherung

dienende Schulwesen nur im Gefolge eines grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Wandels nachhaltig zu verändern ist. Das führte ihn in die Reihen der mehrheitlich linksorientierten Bremer Sozialdemokratie, wie umgekehrt sein Wirken in der Partei und seine Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zur Radikalisierung seiner pädagogischen Anschauungen und Aktivitäten beitrugen. Dabei verschweigt E. nicht Kniefs Neigungen zu sektiererischem und unflexiblem Auftreten, die sich zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichen Zusammenhängen wiederholt äußerten.

1911 quittierte Knief den Schuldienst und trat in die Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung“ – eines der wichtigsten Publikationsorgane des linken Parteiflügels – ein. „Politischer Redakteur und Musikkritiker“ ist das zeitlich bis Beginn des Ersten Weltkriegs reichende Kapitel überschrieben. Hier, wie auch in den folgenden Kapiteln des Buches, erfahren wir viel über die zahlreichen Weggefährten Kniefs, deren Ansichten er teilte oder mit denen er sich auseinandersetzte. Im Zentrum stehen die Richtungskämpfe in der Vorkriegssozialdemokratie, die sich nicht zuletzt an der „Affäre Radek“ entzündeten, in der es nach E. „im Kern der Sache um den Richtungsstreit zwischen einem reformistischen und einem revolutionären Politikverständnis der Sozialdemokratie“ ging (S.144). Im Falle Radek geriet Knief erstmals in Widerspruch zu Rosa Luxemburg. Die im Deutschen Reichstag zur Abstimmung stehende Wehr- und Deckungsvorlage und die Massenstreikdebatte bildeten wesentliche Felder, auf denen sich die Strö-

mungen der Partei profilierten und voneinander abgrenzten. Es wird deutlich, wie schroff gerade die in vieler Hinsicht einander verbundenen Linken schon damals ihre Differenzen austrugen. Für Knief stand das Endziel vornan, während ihn Zwischenstufen weniger interessierten. Was ihn bewegte, waren vor allem außerparlamentarische Kämpfe, Druck von unten, offensiv geführte Massenaktionen. Neu wird sicherlich selbst für viele Kenner der Geschichte der Arbeiterbewegung sein, wie sachkundig sich Knief als Musikkritiker und im Streit um Richard Wagner zu äußern vermochte. Die Beschreibung und Bewertung dieser Seite des Wirkens von Knief stellte gewiss auch für den Biografen eine Herausforderung dar, die überzeugend gemeistert wurde. Das immense Arbeitspensum, das sich Knief zeit seiner Teilnahme am politischen Kampf auferlegte, nötigt wohl jedem Leser höchsten Respekt ab.

Dass wir Knief im Juli/August 1914 an der Seite der entschiedensten Kriegsgegner finden, kann niemanden überraschen. Erwartete er zunächst, dass der Krieg die Massen radikalisieren und die Burgfriedenspolitiker isolieren könnte, so schlug dies in der Folgezeit in eine eher pessimistische Haltung um. Als ehemaliger „Einjährig-Freiwilliger“ gehörte Knief mit zu den ersten, die einberufen wurden. Das Kriegserleben löste bei ihm bereits im Oktober 1914 einen Nervenzusammenbruch aus, sodass er ein halbes Jahr später als dauernd militäruntauglich eingestuft und entlassen wurde. E. führt uns eindringlich vor Augen, wie sich in dieser Zeit bei Knief eine Desillusionierung hinsicht-

lich der Erwartungen an die Massen, eine vollständige Abkehr von der Parteibürokratie – verbunden mit einer Geringschätzung der Vorleistungen und der Kontinuität der Arbeiterbewegung – vollzog, womit wiederum weitsichtige Voraussagen künftiger Entwicklungen einhergingen.

Im Herbst 1915 trat Knief wieder in die vorderste Front der innerparteilichen Kämpfe ein. Er stieß zu einem Oppositionszirkel Bremer Sozialdemokraten, der wohl als erster die Frage einer Trennung von der Partei der Burgfriedensbefürworter aufwarf und sich aus einem Zentrum des Diskurses zu einer linksradikalen Zelle entwickelte. War die Trennung von den Rechten längst vollzogen, wurde nun der Bruch mit den Zentristen angestrebt und von Knief in die Öffentlichkeit getragen. Mit der Spartakusgruppe fühlte er sich verbunden und gestand dieser auch die Leitfunktion zu, aber er beharrte auf der Eigenständigkeit der Bremer Linksradikalen mit eigener Taktik und einem anderen Verständnis von Zentralismus und selbstbestimmter Basis. Als sich jedoch die Spartakusgruppe der USPD anschloss, griff Knief ihre Führer rigoros an. Die folgenden Schritte der Formierung der Bremer Linken und deren Ringen um Meinungsführerschaft sind detailliert und differenziert dargelegt. Hier erfahren wir auch so manches über die Vernetzung der Linkssozialisten. In dieser Zeit zerbrach die Ehe von Johann Knief, der in der wesentlich jüngeren Charlotte Kornfeld eine ihm seelenverwandte, politisch gleichgestimmte, hoch engagierte Lebensgefährtin fand. Im Januar 1918 wurden beide in Haft genom-

men. Kniefs damals an sie geschriebene Briefe sagen viel über seine Geisteshaltung und seine psychische Verfassung aus.

Die Novemberrevolution befreite Johann Knief aus einer Nervenheilanstalt und Charlotte Kornfeld aus dem Berliner Frauengefängnis Barnimstraße. Das Revolutionsgeschehen beurteilte Knief äußerst skeptisch und undifferenziert. Er war weniger auf die reale Massenbewegung als auf eine rasche Parteigründung, auf die Bewaffnung einer revolutionären Vorhut und auf ein enges Bündnis mit den Bolschewiki fixiert. Am 23. November wurde für Bremen und sein Umland die Parteigründung mit dem Namen „Internationale Kommunisten Deutschlands, Gruppe Bremen“, die mit Stützpunkten in anderen Gebieten des Reiches verbunden war, zur Realität. Für den Gründungsparteitag der KPD, an dem sich die Internationalen Kommunisten beteiligten, besaß Knief kein Mandat. Er war gegen einen Boykott der Wahlen zur Nationalversammlung und mit der ihm eigenen Konsequenz somit nicht bereit, ein gebundenes Mandat anzunehmen, das ihn gezwungen hätte, gegen seine Überzeugung zu stimmen. Aber es war ihm ohnehin nicht beschieden, auf den Aufbau der neuen Partei direkten Einfluss zu nehmen. Anfang Januar erlitt ihn eine eitrige Blinddarmentzündung und fesselte ihn ans Krankenbett. Deshalb wird in dieser Biografie die Bremer Räterepublik auch nur am Rande gestreift. Nach mehreren Operationen setzte eine Blutvergiftung in der Nacht vom 5. zum 6. April 1919 dem Leben des

noch nicht einmal Neununddreißigjährigen ein frühes Ende.

In einem Epilog referiert E. nicht nur unterschiedliche Bewertungen der Vita Kniefs; er wirft auch die hypothetische Frage auf, wo Knief in den Konflikten, die in der Folgezeit den deutschen Parteikommunismus prägten und lähmten, seinen Platz gefunden hätte. Die Wahrscheinlichkeit, dass er sich – wie so mancher seiner Mitstreiter – einer gegen das Einschwören auf Stalin gerichteten oppositionellen Strömung angeschlossen hätte, ist groß.

Dieses Lebensbild von Johann Knief wird sich vermutlich in diesem oder jenem Detail ergänzen lassen; andere Autoren werden andere Akzente setzen – in ihrem Informationsgehalt und ihrer wissenschaftlichen Akribie wird diese Biografie nicht zu übertreffen sein. Allerdings muss der Leser echtes Interesse am widersprüchlichen Weg der deutschen Arbeiterbewegung mitbringen, um sich auf die Fülle der hier dargebotenen Details und auf die abwägenden Interpretationen des Autors einzulassen.

Günter Benser

Narihiko Ito/Annelies Laschitzka/Ottokar Luban (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Tokio, April 2007, und Berlin, Januar 2009, Karl Dietz Verlag Berlin 2010, 236 S.

Nachdem die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft (IRLG) bereits über ihre Tagungen in Chicago, Tampere, Berlin und Zürich (1998-2000) sowie in Guangzhou (2004) in

entsprechenden Publikationen unterrichtet hat, liegen hier die Konferenzbeiträge von Tokio (April 2007) und Berlin (Januar 2009) vor. Der Titel weist auf eine weit gefächerte Thematik hin. Die Teilnehmer aus Argentinien, Brasilien, China, Deutschland, England, Indien, Japan, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Russland, der Türkei, der Schweiz und den USA unterstreichen nicht nur neuerlich das fortdauernde Interesse an Leben und Werk Rosa Luxemburgs, es wurden auch Vorträge geboten, die ihr nationalökonomisches Denken und seinen Bezug auf die gegenwärtige Entwicklung der Weltwirtschaft wie in einzelnen Ländern widerspiegeln. Die „historisch-politischen Aspekte“ ihres Werkes regen zum Nachdenken über die Probleme des Sozialismus im 21. Jh. an.

Aus 22 Beiträgen ragt der Vortrag „Rosa Luxemburg und die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus“ von Michael E. Krätke (jetzt Lancaster) durch Umfang (S.130-174, davon 12 S. Apparat) und wissenschaftliche Tiefe heraus. Wichtigster Bezugspunkt ist Luxemburgs fundamentale Arbeit „Die Akkumulation des Kapitals“ (1913), auf die sich auch andere Autoren konzentrieren. Es geht damals wie heute um „eine neue, streng wissenschaftliche Begründung des Imperialismus und seiner Widersprüche“ (S.157).

Hervorzuheben ist dann der Vortrag von Isabel Loureiro „Die Aktualität der Ideen Rosa Luxemburgs aus brasilianischer Sicht“ (S.10-21), da unser Augenmerk auf die jüngsten Entwicklungen in Südamerika besonders gerichtet ist. Zudem ist – schon durch

sprachliche Probleme – wenig über marxistische Forschungen, marxistisches Denken und Handeln bekannt, auch ist z.B. Rosa Luxemburg „kein Gegenstand akademischer Forschung“ (S.10) in Brasilien. Ausführlicher behandelt ihr Vortrag Mario Pedrosa, der „der größte sozialistische Denker“ des weiten Landes sei. Ähnlich informativ angelegt sind die Beiträge über China: Wang Xue-Dong „Zum Stand der Rosa-Luxemburg-Forschung in China“ (S.22-29), He Ping „Rosa Luxemburgs ‚Die Akkumulation des Kapitals‘ und China“ (S.43-49) und Zhang Wenhong „Eine Umfrage über Rosa Luxemburg in Beijing“ (S.214-219), die überraschende Ergebnisse zeitigte und zu ähnlichen Untersuchungen in anderen Ländern anregt.

„Historisch-politische Aspekte“ des Wirkens von Rosa Luxemburg wurden besonders auf der Berliner Konferenz erörtert. Schon in Tokio referierte Ulla Plener kurz über „Rosa Luxemburg und Lenin. Gemeinsamkeiten und Kontroversen. Gegen ihre dogmatische Entgegenstellung“ (S.63-65); in dessen erschien dazu eine gesonderte Publikation. Annelies Laschitzka sprach über „Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in den Wochen der Revolution“ (S.113-129) und konnte sich hier natürlich vor allem auf ihre Standard-Biografien sowie auch auf die neuen gemeinsamen Untersuchungen mit Klaus Gietinger über den Mord an den beiden Revolutionären Luxemburg und Liebknecht beziehen (S.198-207). Der Nestor der Forschungen zur deutschen Revolution 1918/19 Jakob Drabkin sprach über „Rosa Luxemburg und Probleme der Gründung der Komintern“ (S.208-213) und hob im

Weiteren die jüngsten Artikel zur Geschichte des Spartakusbundes des „immer jungen Forschers“ Ottokar Luban hervor, der die Kenntnisse und Erkenntnisse auf eine höhere Stufe gehoben habe! Damit werden dessen Forschungen über Spartakus im Ersten Weltkrieg insgesamt, besonders aber zum Anfang Oktober 1918 gewürdigt. Mit Hinweis auf Lubans Veröffentlichung in diesem Bd.: „Rosa Luxemburg zum Massenstreik. Zwei unbekannte Reden vom Sommer 1913“ (S.80-85) schließe ich mich Drabkin gerne an. Übrigens ein neuerlicher Beweis für die Fruchtbarkeit archivalischer Studien; diese Quellen sind in den Akten des Berliner Polizeipräsidenten im Landesarchiv Berlin zu finden.

Der Bd. enthält zudem eine Reihe von Artikeln, die Rosa Luxemburg in Beziehung zu Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung zeigen: Lenin (s. o.), Nikolai Bucharin, Ernst Meyer, Karl Radek und Leo Jogiches. Hier sei noch der Wunsch geäußert, dass Feliks Tych Kraft und Zeit finden möge, die lang erwartete Biografie über Jogiches zum guten Ende zu bringen.

Viele Themen und Probleme sind offen, einige wichtige nennt Evelin Wittich in „Abgegoltene bei Rosa Luxemburg. Nationale und internationale Diskussionen der sozialistischen Linken“ (S.105-112). Ohne Studien in Bibliotheken und Archiven der Arbeiterbewegung wird es nicht gehen! Den Hrsg., dem Präsidenten der IRLG Narihiko Ito, Annelies Laschitzka und Ottokar Luban, sowie Hartmut Henicke für sorgfältige wissenschaftliche Redaktion des Bd. sei gedankt. *Ingo Materna*

Annika Wilmers: Pazifismus in der internationalen Frauenbewegung (1914-1920). Handlungsspielräume, politische Konzeptionen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen, Klartext Verlag, Essen 2008, 348 S., 10 Abb.

„Pazifismus in der internationalen bürgerlichen Frauenbewegung“, so müsste der Titel des Buches heißen, denn die friedensbewegte sozialistische Frauenbewegung, die bekanntlich ebenso international organisiert war, ist nicht Inhalt des Buches, es sei denn – ziemlich am Ende des Buches – in deren Beziehung zu bürgerlichen Feministinnen (S.244ff.). W. erklärt (S.10), dass sie sich auf die „Bürgerliche Frauenbewegung“ konzentrieren will. Sie versteht unter „bürgerlich“ die bürgerliche Herkunft der Frauen und ihr Selbstverständnis, sich in bürgerlichen Frauenorganisationen zu engagieren. Warum, bleibt unbestimmt; unterschiedliche Konzepte bleiben unerläutert. Durch die Einschränkung bleiben wesentliche Ereignisse des Pazifismus in der internationalen Frauenbewegung unerklärt. Das immer wieder gebrauchte „die Frauen“ und „die Frauenbewegung“ suggeriert nicht nur eine nicht vorhandene Einheitlichkeit der bürgerlichen international gesinnten Feministinnen/Pazifistinnen, sondern „der Frauenbewegung“ insgesamt. Das beeinflusst auch den methodischen Ansatz des internationalen Vergleichs und der transnationalen Geschichtsschreibung, die damit auf nur einen Teil der Frauenbewegung bezogen wird. Für diesen Bereich ihrer als Buch veröffentlichten Dissertation hat die Tübinger Histori-

kerin allerdings umfangreiches Material zusammengetragen, die Schriften der von ihr ausgewählten Bewegungen analysiert, Nachlässe der Vereine ausgewertet sowie berühmte Protagonistinnen beforcht.

Die entstandene Studie setzt sich aus drei Hauptteilen und einem Ausblick zusammen. Die Anordnung der Kapitel ist thematisch geordnet; innerhalb jedes Hauptteils orientiert sich die Reihenfolge der Abschnitte überwiegend an der chronologischen Abfolge der Ereignisse und Debatten. Dabei wechselt die Blickrichtung zwischen den nationalen Vergleichsebenen und der internationalen Ebene der Frauenbewegungen.

Zunächst werden im ersten Kapitel der pazifistische Flügel der internationalen Frauenbewegung und dann im zweiten Kapitel die Debatten zwischen den Pazifistinnen und den national gesinnten Vertreterinnen der Frauenbewegung untersucht. Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, wie die öffentliche Meinung außerhalb der Frauenbewegungen in den untersuchten Ländern Deutschland, Österreich, Frankreich und Belgien reagierte. Im vierten Kapitel erfolgt ein abschließender Ausblick auf die folgenden Jahre. Dazu wird der Frage nachgegangen, wie die Gründungsphase der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ (IFFF) in den 1920er- und 1930er-Jahren deren Selbstbild prägte und sich auf die weitere Entwicklung der Liga auswirkte. M. untersucht den Stellenwert des Frauenfriedenskongresses 1915 in Den Haag, auf dem die Vorgängerorganisation der IFFF, der „Internationale Ausschuss für

dauernden Frieden“ (WILPF) gegründet wurde, und des ersten internationalen Friedenskongresses nach dem Ersten Weltkrieg 1919 in Zürich, auf dem die IFFF ihren heutigen Namen erhielt. In der IFFF bekannnten sich von ihrer Gründung bis heute immer auch Mitglieder zum Sozialismus. Auch deshalb erscheint die oben angeführte Trennung problematisch.

Einen breiten Raum der Studie nimmt die Bewegung der bürgerlichen Pazifistinnen ein. Inmitten des Ersten Weltkriegs erregten ihre Forderungen nach Frieden und politischer Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern nicht nur die Öffentlichkeit in den Krieg führenden Ländern, sondern riefen auch innerhalb der Frauenbewegungen selbst heftige Diskussionen über ein angemessenes Verhalten in Kriegszeiten hervor. Das traf auch für die von Sozialistinnen Ende März 1915 – gegen den Widerstand des SPD-Parteivorstandes – organisierte Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Bern zu. Freilich haben sich sozialistische Pazifistinnen (damals) nicht als Feministinnen bezeichnet. Die Berner Konferenz erscheint erst auf S.252 als Randnotiz. Hingegen wird der Haager Kongress als „erster internationaler Frauenfriedenskongress“ (S.15) bezeichnet. Nach dieser Definition fand dann der „zweite internationale Frauenfriedenskongress“ im Mai 1919 in Zürich statt. Auch er wird ausführlich behandelt, war es doch das erste Mal, dass sich die Pazifistinnen über die Kriegszeit austauschen und zu aktuellen Ereignissen Stellung beziehen konnten. Die Sozialistinnen hatten sich auch dieses Mal vorher, nämlich anlässlich der Internationalen

Arbeiter- und Sozialistenkonferenz im Februar 1919 wiederum in Bern getroffen. Im Rahmen dieser Konferenz wurde eine eigene Frauensitzung abgehalten (S. 270).

Die Autorin beschreibt die Probleme für die Frauenverbände, die mit der Auslösung des Ersten Weltkriegs im August 1914 verbunden waren und zu einer starken Einschränkung ihrer internationalen Kontakte führten. Die Mehrzahl der Verbände aus den Krieg führenden Ländern bekannte sich zur „Verteidigung des Vaterlandes“. Wie in Deutschland – dem Aufruf der Vorsitzenden des Bundes deutscher Frauenvereine Gertrud Bäumer zu einem „Nationalen Frauendienst“ folgend – wurden auch in Österreich, Belgien und Frankreich die Frauen aufgerufen, an den sogenannten Heimatfronten ihre patriotische Pflicht zu erfüllen. Viele erhofften durch ihren Einsatz an der „Heimatfront“ ihre staatsbürgerliche Reife zu beweisen und als Gegenleistung die Gewährung des Frauenstimmrechts nach dem Ende des Krieges. In Deutschland folgten auch zahlreiche proletarische Frauen der Aufforderung der bürgerlichen Frauenbewegung zum „Nationalen Frauendienst“, und es kam erstmals zu einer breiten – vom linken Flügel der Sozialistinnen scharf kritisierten – Zusammenarbeit, die den antimilitaristischen Kampf schwächte. Das wird in der Studie wenig problematisiert.

Durch die Untersuchung der unterschiedlichen Positionen der bürgerlichen Frauenbewegungen in den Krieg führenden Ländern und den Blick auf die drei Dachverbände, die erwähnte IFFF sowie den Internationaler Frau-

enweltbund (ICW) und den „Weltbund für Frauenstimmrecht“ (IWSA), werden die teilweise erbittert geführten Kontroversen über Nation und Pazifismus und die Auseinandersetzungen innerhalb der internationalen Frauenbewegung deutlich. Zu Recht kritisiert die Autorin die Zuschreibungen „radikal“ und „gemäßigt“ als all-gemeingültige Charakteristika, benutzt sie jedoch als Abgrenzung unterschiedlicher Positionen. Besonderes Augenmerk richtet W. auf die öffentlichen Reaktionen, die das vom Kriegskonsens (Burgfrieden, Union sacrée) abweichende Handeln der Pazifistinnen hervorrief.

Verdienstvoll ist, dass W. in ihrer Studie sich auch mit der unmittelbaren Nachkriegs- und Revolutionszeit befasst. Die nationalen Frauenvereine mussten die im Weltkrieg unterbrochenen internationalen Kontakte wieder aufnehmen. Nun verweist W. auch auf Anknüpfungspunkte, die sich zwischen Sozialistinnen und den bürgerlichen Pazifistinnen in Deutschland, Österreich, Frankreich und Belgien ergaben. Sie waren sich zu dieser Zeit darin einig, sich in ihren Herkunftsländern von nationalistischen Positionen abzugrenzen. Dabei wird von der Autorin nicht übersehen, dass – wie besonders in Deutschland mit der Gründung der KPD – neue Distanzierungen, nun zu den Kommunistinnen, vorgenommen wurden.

Trotz der erwähnten Kritikpunkte bietet das Buch insgesamt einen guten Überblick über einen wichtigen, fast vergessenen und in Schulbüchern kaum erwähnten Ausschnitt aus der Arbeit der internationalen bürgerlichen Frauenbewegung. *Gisela Notz*

David North: Verteidigung Leo Trotzki, Mehring Verlag GmbH, Essen 2010, 259 S.

Der Revolutionär Leo Trotzki (1879-1940) galt spätestens seit seiner Ausweisung aus der Sowjetunion 1929 in diesem Staat (und danach auch in den Ländern des sogenannten realexistierenden Sozialismus) als Unperson, über dessen Verdienste und Lebensstationen nicht mehr berichtet wurde. Dabei war der als Lew Bronstein Geborene eine der herausragenden Führungsfiguren der russischen Oktoberrevolution von 1917. Lenin kritisierte ihn zwar in seinem politischen Testament, er habe ein „Übermaß von Selbstbewußtsein“ und eine „übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen“, hielt ihn aber für den „wohl fähigste[n] Mann im gegenwärtigen ZK“, der sich „durch hervorragende Fähigkeiten“ auszeichne (Werke, Bd. 36, S.579).

Der Sohn eines wohlhabenden Gutsbesitzers gehörte 1897 zu den Mitbegründern des sozialdemokratischen Südrussischen Arbeiterbundes. Nach seiner Flucht aus der sibirischen Verbannung schloss sich Trotzki der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) an. 1903/04 gehörte er zu den Menschewiki. In der russischen Revolution von 1905 übernahm Trotzki den Vorsitz des Sowjets der Arbeiterdeputierten in St. Petersburg. Nach der Niederschlagung der Revolution konnte er sich einer erneuten Verbannung durch die Flucht nach Westeuropa entziehen, wo er sich vor allem journalistisch betätigte. Politisch nahm er eine zentristische Position ein.

1917 kehrte er nach Russland zurück und schloss sich den Bolschewiki an. Als Vorsitzender des Petrograder Sowjets und des Militärrevolutionären Komitees war Trotzki führend an der Oktoberrevolution beteiligt. Im November 1917 wurde er Volkskommissar für äußere Angelegenheiten. Ab Dezember 1917 leitete er die Sowjetdelegation bei den Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten in Brest-Litowsk, unterlief aber Lenins Ziel eines schnellen Friedensschlusses mit Deutschland. Zwar stimmte er dann für die Unterzeichnung des Friedensvertrages vom 3. März 1918, trat aber als Volkskommissar für äußere Angelegenheiten zurück. Am 18. März 1918 wurde er zum Volkskommissar für das Kriegswesen ernannt und spielte in dieser Funktion die führende Rolle bei der Organisation und Leitung der Roten Armee – Voraussetzung für den Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg. Von 1919 bis 1922 war er – neben Lenin – einer der einflussreichsten Führer der Kommunistischen Internationale.

Im Machtkampf nach Lenins Tod 1924 unterlag Trotzki Stalin, der ihn 1925 aus Regierungs- und 1926/27 aus Parteiämtern entfernte, 1928 nach Kasachstan verbannte und 1929 aus der Sowjetunion auswies. Im Exil prangerte Trotzki vor allem die bürokratische Entartung der Sowjetmacht und den stalinistischen Terror an. Da die (Dritte) Kommunistische Internationale in seinen Augen versagt hatte, betrieb er 1938 die Gründung der (trozkistischen) Vierten Internationale. 1940 wurde er in Mexiko von einem Agenten der sowjetischen Geheimpolizei mit einem Eispickel erschlagen.

N. hat nun eine neue Arbeit zu Trotzki vorgelegt. Der Bd. gliedert sich in drei Teile: Teil 1 enthält zwei Vorträge über das Leben und die Ideen Leo Trotzkis, die der Autor im Januar 2000 in Sydney und im November 2008 in Philadelphia gehalten hat. Den zweiten Teil bildet eine Sammelrezension N.s von 2007 zu den Trotzki-Biografien der konservativen britischen Historiker Ian Thatcher (2003 erschienen) und Geoffrey Swain (2006 publiziert). Teil 3 birgt schließlich eine Rezension des Autors zu einer weiteren Trotzki-Biografie, die aus der Feder des bekannten britischen Historikers Robert Service stammt und 2009 herausgebracht wurde, sowie drei Vorträge N.s im Dezember 2009 in London, im Februar 2010 in Sydney und im Mai 2010 am St. Catherine College in Oxford.

Keineswegs zu Unrecht wirft N. Swain, Thatcher und Service vor, mit ihren Arbeiten das Ziel zu verfolgen, „Trotzki als historische Persönlichkeit vollständig zu diskreditieren“ (S.15), und sich dabei „der herkömmlichen stalinistischen Lügen und Fälschungen im Interesse eines zeitgenössischen Antikommunismus [zu] bedienen“ (S.150). Äußerst detailliert analysiert N. die drei Trotzki-Biografien und kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere die Werke von Thatcher und Swain „vor historischen Fälschungen nur so strotzen und absolut wertlos sind für jemanden, der etwas über das Leben und die Ideen Trotzkis erfahren will“ (S.150).

Von einem Buch mit dem Titel „Verteidigung Leo Trotzkis“ wird man nicht erwarten, dass es Trotzki einer Fundamentalkritik unterwirft; und von

N., dem Vorsitzenden der US-amerikanischen Socialist Equality Party (einer Sektion der trotzkistischen IV. Internationale), erst recht nicht. Aber statt einer ausgewogenen, kritischen Würdigung Trotzkis, die dem Revolutionär 70 Jahre nach seiner Ermordung durch Stalins Schergen angemessen wäre, findet der Leser eine unkritische, Trotzki überhöhende und verherrlichende Darstellung vor. So behauptet N., dass Trotzki schon zu Lebzeiten seine politischen Zeitgenossen überragt habe und „zu den größten Schriftstellern des zwanzigsten Jahrhunderts gehört“ (S.27). „Trotzkis Worte beeinflussten die Weltmeinung“, schreibt N. (S.228). „Wer immer die Russische Revolution, das zwanzigste Jahrhundert und überhaupt das historische Schicksal der Menschheit verstehen will, muss sich mit den Ideen Leo Trotzkis auseinandersetzen.“ (S.223)

Problematische oder zumindest kritisch zu hinterfragende Seiten von Trotzkis Wirken werden dagegen ausgeblendet. Dazu gehört Trotzkis Rolle bei der Bekämpfung des Kronstädter Aufstandes 1921, als sich die sogenannte Vorhut des Proletariats von der „revolutionärsten Abteilung“ der russischen Arbeiter, dem Kronstädter Proletariat, trennte und sie niedermetzelte. Trotzki leitete die Strafexpedition gegen die Aufständischen und drohte ihnen: „Ich werde Euch wie Fasanen niederknallen!“ (zit. nach: Augustin Souchy: Anarchistischer Sozialismus, Münster 2010, S.116.)

Zu den problematischen Auffassungen Trotzkis gehört seine Position, die Arbeiter in der Produktion demselben Reglement zu unterwerfen wie die

Soldaten in der Roten Armee, sie faktisch als Arbeitsarmeen zu organisieren. In diesem Sinne forderte er 1919/20 nichts weniger als die völlige „Militarisierung der Arbeit“ und eine Militarisierung der Gewerkschaften: Der im Bau befindliche sozialistische Staat brauche die Gewerkschaften nicht zum Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, „sondern um die Arbeiterklasse zu Produktionszwecken zu organisieren, zu erziehen, zu disziplinieren, zu verteilen“ (zit. nach: Willy Huhn: Trotzki – der gescheiterte Stalin. Trotzki's Bonapartismus 1918 bis 1923, <http://marxists.catbull.com/deutsch/archiv/huhn/1973/trotzki/3-bonapartismus.htm>).

Mehr als diese Ausblendungen verwundert den Rezensenten, dass N. – insbesondere in seinen Vorträgen zu Leben und Werk Trotzki's – nicht ausführlicher auf dessen Theorie der permanenten Revolution eingeht, gilt sie doch als das tragende Element in Trotzki's Theoriegebäude. N. selbst schreibt, dass diese Theorie „über 35 Jahre hinweg für Trotzki's politische Arbeit grundlegend“ war (S.156) und dass sie „eine realistische Konzeption der Weltrevolution“ ermöglichte (S.41). Aber die Frage nach einer Bewertung dieser Theorie aus heutiger Sicht lässt er unbeantwortet. Der Leser erfährt auch nichts über die Vorstellungen Trotzki's hinsichtlich der Gestaltung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung. Wer sich wirklich mit Leben und Werk Trotzki's vertraut machen will, ist mit Isaak Deutschers dreibändiger Trotzki-Biografie allemal besser bedient.

Jochen Weichbold

Anerkennung und Repression. Dokumente zur Geschichte der Tarifpolitik der IG Metall und ihrer Vorgänger, hrsg. von Jürgen Peters, bearb. und eingel. von Holger Gorr, 1. Halbbd. 1918-1930, 2. Halbbd. 1930-1945, Steidl Verlag, Göttingen 2009, 2190 S.; **In freier Verhandlung. Dokumente zur Tarifpolitik der IG Metall 1945 bis 2002, hrsg. von Jürgen Peters, bearb. und eingel. von Holger Gorr,** Steidl Verlag, 2. Aufl., Göttingen 2009, 1017 S.

Die Tarifpolitik ist in der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung eher ein Randthema. Stattdessen ist sie im Wesentlichen von Organisationsgeschichten, von Fragen nach den politischen Konfrontationen in ihren Reihen oder, in einem Gegen-Paradigma, von der Hervorhebung einer „reinen Spontaneität“ bestimmt. Die Tarifentwicklungen sind dagegen Schnittpunkte ökonomischer Probleme und technologischen Wandels, der Entfaltung von Organisationsstrukturen und der Kontrolle über „Tarifpartner“. Zwar spielen hierbei auch Streiks, also das „Zentrum der Klassenkämpfe“, eine gewichtige Rolle, doch das Ziel von Tarifverträgen liegt nun mal in dem vertraglichen Kompromiss, der Arbeitskämpfe beenden und sie darüber hinaus möglichst regulieren oder am besten gar nicht erst stattfinden lassen soll.

Was man aber daraus an systematischen Erkenntnissen gewinnen kann, zeigt der 2004 von Karl Christian Führer hrsg. und auf eine Tagung zurückgehende Sammelbd. „Tarifbeziehungen und Tarifpolitik in Deutschland im historischen Wandel“ an, der

die Tarifbeziehungen in Deutschland seit Festschreibung der gesetzlichen Grundlagen im Zusammenhang mit der Novemberrevolution – als Folge des sogenannten Stinnes-Legien-Abkommens – anhand von Fallstudien analysiert (siehe dazu auch meine Besprechung in: *JahrBuch*, 2006/III, S.185-187). Darin werden etwa der Wandel hin zur „modernen“ Tarifformel (Inflationsausgleich plus Produktivitätsfortschritt) oder die Ablösung der „klassischen“, noch auf handwerklichen Qualifikationsschemata beruhenden Einteilungen von Lohngruppen durch die Bewertung anhand von Tätigkeitsmerkmalen dargestellt. Oder die tarifliche Einordnung weiblicher Arbeitskräfte und die Abschaffung der ihnen lange Zeit automatisch zugeordneten Niedriglohngruppen in dem Maße, wie Frauen sich zunehmend beruflich qualifizierten und dieselben Ausbildungen wie die Männer durchliefen. Und nicht zuletzt die Auswirkungen von tarifpolitischen Entwicklungen auf die Gewerkschaften.

Das hier zu besprechende dreibändige Werk ist eine Dokumentation, die sich am Interesse der herausgebenden Institution, der IG Metall, ausrichtet. Sie will darin die historische Entwicklung ihrer Tarifpolitik bzw. ihrer Vorläuferorganisation bis 1933, des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), nachzeichnen, sich damit ihrer Geschichte versichern und sie nicht zuletzt für ihre Bildungsarbeit nutzbar machen.

Es hatte zwölf Jahre gedauert, bis sich der 1891, ein Jahr nach dem Fall des Sozialistengesetzes, gegründete und von Anfang an nach dem Prinzip einer

Industriegewerkschaft organisierte DMV im Jahre 1903 dazu entschloss, den Abschluss von Tarifverträgen anzustreben. Eben wegen der Bindungswirkung für die Gewerkschaften. Allerdings lehnte es die große Mehrheit der deutschen Metallindustrie-Firmen zunächst ab, solche Verträge einzugehen, was sich erst mit der Novemberrevolution änderte. Damit wurden gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen und Tarifvorrang und Günstigkeit festgelegt, die durch das Tarifvertragsgesetz von 1949 auch heute noch Gültigkeit besitzen.

Mit Blick auf den hundertsten Jahrestag des DMV-Beschlusses von 1903 wurde das Buchprojekt, noch unter dem damaligen IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters, angestoßen. Die ursprüngliche Erwartung einer verhältnismäßig einfachen Kompilationsaufgabe erwies sich schnell als zu optimistisch, weil eben Tarifpolitik keinen linearen Aufstieg kennt, sondern oft genug auch Niederlagen und Rückschläge einschließt. So konnte im Jahre 2003 erst ein Bd. über die Jahre nach 1945 vorgelegt werden, der also die zeitliche Darstellung abschließt. Die Ergebnisse der Arbeit über den Zeitraum zuvor erwiesen sich als so umfangreich, dass sie schließlich zu zwei Teilbd. führten. Bei ihrem Erscheinen zeigte sich das große Interesse am Thema darin, dass der Nachkriegsbd. bereits in einer zweiten Auflage herauskommen musste, damit das ganze Werk in einer repräsentativen Kassette vorgelegt werden konnte.

Es enthält in seinen drei Teilbd. insgesamt über 500 Dokumente auf über dreitausend Seiten, in denen sich die Entwicklung von Löhnen und Ar-

beitsbedingungen sowie des dafür bestimmenden gesetzlichen und politischen Rahmens ausdrücken. Manche prägende Ereignisse, gesetzliche Bestimmungen oder richtungweisende Erklärungen und Vorgaben sind ihrer Bedeutung angemessen durch mehrere Dokumente erläutert. Die Dokumentation erfolgt chronologisch und ist in Kapitel unterteilt, die jeweils einen bestimmten Zeitraum umfassen, für den eine bestimmte Charakteristik gilt, also z. B. die revolutionäre Nachkriegskrise nach 1918, die Jahre der Weltwirtschaftskrise usw. Dies geschieht nicht nur wegen der besseren Übersichtlichkeit, sondern vor allem auch aufgrund innerer Zusammenhänge. Statt eines Anmerkungsapparats, der nun mal den Lesefluss stört, sind den einzelnen Kapiteln ausführliche Einleitungen vorangesetzt, die die Dokumente in ihren Zusammenhang einordnen und dem heutigen Leser das nötige Hintergrundwissen vermitteln. Im Übrigen sprechen die Dokumente weitgehend für sich selbst. Sie zeigen, wie wichtig für einen erfolgreichen Tarifikampf mobilisierungsfähige Formulierungen sind, wie oft aber auch innergewerkschaftlich hart gerungen und mancher Kampf im Ablauf und vor allem im Ergebnis kritisch gesehen wurde. Zur Erhöhung der Aussagefähigkeit der gewerkschaftlichen Dokumente sind ihnen eine Reihe von Unternehmerstellungen gegenübergestellt. Ein Gutteil der Materialien entstammt zeitgenössischen Publikationen. Eine Reihe von abgedruckten Archividokumenten ist zwar bereits in Veröffentlichungen zugänglich. Beim Abdruck hier haben sie aber den Vorteil, in einen sachlichen Zusammenhang gestellt zu sein.

Man kann angesichts des begrenzten Platzes für eine solche Besprechung einzelne Tarifaueinandersetzungen nicht gesondert hervorheben. Vertreten sind alle, die von größerer Bedeutung für die Gesamtorganisation waren. Die prägenden Linien sind in den Titeln der drei Teilbde. angegeben: die gesetzliche Anerkennung nach 1918, die Repression ab 1933 und die freie Verhandlung der Tarifpartner, die die letztinstanzliche staatliche Schlichtung der Weimarer Republik ersetzte. Gerade die Entscheidung, die Zeit von 1933 bis 1945 mit aufzunehmen, in der es bekanntlich keine Tarifverträge, sondern staatliche Verordnungen gab, ist zu begrüßen. Nichts zeigt anschaulicher, was die Zerschlagung der Gewerkschaften bedeutete. Trotz manchen jüngsten Behauptungen war eben die Nazi-Diktatur keineswegs ein Sozialstaat. Die Löhne auf dem Niveau der Weltwirtschaftskrise wurden drastisch gespreizt, um die Belegschaften zu entsolidarisieren und verstärkt auszunutzen. Ein besonderes Moment stellte die massive Lohnsenkung bei den Frauen dar.

Abgeschlossen werden die Bde. durch ausführliche Statistiken und Tabellen zur sozialen und ökonomischen Entwicklung sowie durch ausführliche Zeittafeln und Bibliografien. Detaillierte Register für Namen, Orte und Themen erleichtern die Arbeit mit den Dokumenten. Zudem bringen Fotos Anschaulichkeit in eine ansonsten unvermeidliche „Bleiwüste“.

Mit der Dokumentation liegt ein grundlegendes Werk vor, aus dem nicht nur die gewerkschaftliche Bildungsarbeit schöpfen kann, sondern das auch ein wichtiger wissenschaftli-

cher Beitrag zur Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung wie auch zur Diskussion aller mit Tarifpolitik zusammenhängenden Fragen in anderen Wissenschaftsdisziplinen darstellt.

Reiner Tosstorff

Petra Weber: Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918-1933/39) (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 77), R. Oldenbourg Verlag, München 2010, 1245 S., 37 Tab.

W., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, fragt in diesem opulenten Werk nach dem Zusammenhang von Krisen des Sozialstaates und der Destabilisierung demokratisch verfasster Gesellschaften. Wie man leicht erkennen kann, ist das Problem nicht nur von historischem Interesse. Was passiert, wenn die fragile Balance von wirtschaftlichen und sozialen Interessen ins Rutschen kommt? Die Frage zielt auf eine Geschichte von Klassenkämpfen. Die beiden hier präsentierten und miteinander verglichenen Beispiele Deutschland und Frankreich bieten dafür mehr als genug Belege. Das gilt insbesondere für die Zwischenkriegszeit, auf die der Fokus dieser Untersuchung gerichtet ist. Die von der Vf. akribisch herausgearbeitete Differenz politischer, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungspfade im Wilhelminischen Kaiserreich und der Weimarer Republik einerseits und der Dritten Republik in Frankreich

andererseits erhellt nicht nur die Relevanz nationaler historischer Kontexte, sondern sie lässt auch transnationale Systemzusammenhänge der sich modernisierenden Industriegesellschaften beiderseits des Rheins deutlicher hervortreten.

Das erste Kapitel behandelt die industriellen Beziehungen, das Verhältnis zwischen Staat und Arbeiterbewegung und den Mechanismus von Repression und Integration in der Zeit vor 1914. Im zweiten Kapitel geht es um die Dialektik von Reform und Radikalisierung während des Ersten Weltkrieges. Hervorzuheben ist hier die Akzentuierung von Arbeitermangel, Rationalisierung und Neuordnung der industriellen Beziehungen. Im dritten und vierten Kapitel wendet sich W. den Arbeiterprotesten und den Gegenoffensiven der Unternehmenseite zwischen Kriegsende und Inflationskrise zu. Zu Recht unterstreicht sie die moderierende Wirkung betrieblicher Sozialpolitik. Auch wirft die Darstellung ein erhellendes Licht auf den oft unterschätzten Sozialpaternalismus, besonders in Frankreich. Im fünften Kapitel behandelt die Vf. die höchst widersprüchliche Beziehung zwischen Rationalisierung und Sozialreform in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre. Hier ist eine Konstellation zu besichtigen, die einerseits von historischer Pfadabhängigkeit bestimmt wurde, in der aber andererseits „Versailles“ und Weltwirtschaftskrise eine höchst explosive Mixtur bildeten. Während die französischen Unternehmer der staatlichen Sozialversicherung reserviert gegenüberstanden, nicht aber an den Grundfesten der Republik rütteln wollten, hatte sich das deutsche Un-

ternehmertum zwar mit dem Versicherungsprinzip Bismarckscher Provenienz arrangiert, zur entschiedenen Verteidigung der Republik war es gleichwohl nicht bereit, sondern tendierte zu autoritären Lösungen. Von der als Krisenmanagement angelegten Deflationspolitik, ihrem Scheitern und den verhängnisvollen Folgen für die industriellen Beziehungen sowie von den politischen Radikalisierungstendenzen bis hin zur Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland berichtet das sechste Kapitel. Gegenstand des siebten Kapitels ist die 1934 beginnende Volksfront-Periode mit Massenstreiks, dem Matignon-Abkommen zwischen Unternehmern und der Gewerkschaft CGT, der Kehrtwende unter Daladier und dem Zurückstutzen des französischen Sozialstaates. Auch der Widerspruch zwischen deutschem Schlichtungswesen und französischer Patronage kommt zur Sprache. Das Kapitel schließt mit einem kurzen Ausblick auf das Vichy-Regime und seine korporatistische Charte du travail. Am Ende resümiert die Vf. mit wiederholtem Seitenblick auf Großbritannien die unterschiedlichen Traditionshaushalte industrieller Beziehungen sowie deren Rolle beim Umgang mit Krisen der Wirtschaft und des Sozialstaates. Nationale Überempfindlichkeiten, wie sie beiderseits des Rheins anzutreffen waren, standen in Spannung zur Realität dieser Krisen als europäisches Phänomen.

Wer historisch-vergleichende Arbeiten kennt, weiß, dass der komparatistische Anspruch sich nicht selten in einer Parallelgeschichte erschöpft. Das muss nicht von Nachteil sein, wie Marc Ferro mit seinem Konzept der „histoi-

re parallèle“ gezeigt hat. W. indes gelingt es, die beiden in sich kohärenten nationalgeschichtlichen Erzählstränge immer wieder aufeinander zu beziehen und so weit offen zu halten, dass an den entscheidenden Stellen sehr plausibel nach Ähnlichkeiten und Unterschieden gefragt werden kann. Heraus kommt nicht etwa ein Artefakt, sondern der Nachweis von realen Wechselwirkungen ebenso wie von mitunter erstaunlichen Eigenheiten des deutschen und französischen Sozialstaates der Zwischenkriegszeit. In methodischer Hinsicht hebt sich das Buch wohltuend von manchen modischen Kunststücken auf der geschichtswissenschaftlichen Metaebene ab. Als Leser hat man es fraglos mit einem – vulgo – „Wälzer“ zu tun, doch liest sich das Ganze geradezu spannend, und viel lässt sich daraus lernen. Es ist ein konzeptionell und methodisch wohlgedachtes, in der Darstellung quellengesättigtes und klug differenzierendes, Struktur und Ereignis souverän in Beziehung setzendes, ein gut geschriebenes Buch.

Peter Hübner

Sandra Dahlke: Individuum und Herrschaft im Stalinismus. Emel'jan Jaroslavskij (1878-1943) (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 29), R. Oldenbourg Verlag, München 2010, 484 S.

D. hat die ihrem Buch zugrunde liegende Arbeit im August 2005 am Historischen Seminar der Universität Hamburg verteidigt. Jaroslavskijs Tochter und deren Mann, die der Autorin Einblick in das Familienarchiv gewährten und Jaroslavskijs Briefe an

seine Frau Klavdija Kirsanova zur Verfügung stellten, haben die Drucklegung und Veröffentlichung der 2008 mit dem Fritz-Theodor-Epstein-Preis ausgezeichneten Studie leider nicht mehr erlebt. Allein schon wegen dieser Briefe ist die Lektüre des Buches zu empfehlen. „In Jaroslavskijs Briefen zeigt sich zudem ein sehr eingeschränktes Interesse, sich auf das in den besuchten westeuropäischen Städten Erlebte intensiver einzulassen, und stattdessen eine hohe Bereitschaft, vorgefaßte Urteile zu bestätigen.“ (S.78) Aus dieser selektiven Wahrnehmung der fremden Umgebung, die man z. B. auch aus Adoratskijs Briefen oder Beschreibungen von Stalins Aufenthalt in Wien kennt, versucht D., ein Koordinatensystem und Denkmuster herauszufiltern, die sich von denen der „berechnenden, rational agierenden, effektiven, in Hierarchien denkenden, seelenlosen Bürokraten“ (S.79) unterscheiden.

Leider sind Jaroslavskijs überlieferte Tagebücher (die Parallelen zu Dimitroffs „Tagebüchern“ liegen auf der Hand) lückenhaft (S.30, Anm.49f.). Sie spiegeln, fasst D. zusammen, „seine vorbehaltlose Aufrichtigkeit sowie seine Distanzlosigkeit gegenüber Stalin und der Partei“ wider (S.445). Gerade deshalb ist die von der Autorin angeordnete Suche nach aussagefähigen Texten durchaus berechtigt und angebracht, denn anders als für seine Kampfgefährten war für Jaroslavskij der Bürgerkrieg nicht die prägende Erfahrung. Hinzu kommt, dass Jaroslavskij die Zeit von 1907 bis 1917 fast ausschließlich in Gefängnissen, Einzelhaft oder in der Verbannung verbrachte (S.56). D. findet auf die von

ihr aufgeworfene Frage eine originelle Antwort: Jaroslavskij dachte und fühlte in politischen Kategorien, „die dem idealtypischen Konstrukt der Gemeinschaft sehr nahe kommen“ (S.77).

Im Folgenden untersucht sie Jaroslavskijs Agitationsarbeit von den sozialdemokratischen Zirkeln bis hin zu den Traditionsgesellschaften der Vereinigung der Alten Bolschewiki. Die Analyse der „Formen der Lebensbeschreibung: anketa, avtobiografija, vospominanie“ hätte noch gewonnen, wenn D. Informationen zu den Auftraggebern, Anlässen und der jeweiligen „Konfliktsituation“ in der KPR(B) (z. B. im Falle der Autobiografien für die Granat-Enzyklopädie) mitgeliefert hätte. Dann würde die Parteinahme für Stalin oder den von ihm verkörperten Typus sowie die Absage an einstige oppositionelle Irrungen nicht als Bruch, sondern als Kontinuitätslinie in Jaroslavskijs Vita erscheinen.

Es ist kein Zufall, dass Jaroslavskij auf einer 1927, nach dem 15. Parteitag, entstandenen Karikatur neben dem Gendarmen Stalin abgebildet ist. Um seine Füße streicht der geifernde Spürhund Jaroslawka, auf dessen Halsband die Abkürzung für „Zentrale Kontrollkommission“ ZKK steht. Beide trampeln auf der innerparteilichen Demokratie herum. Auf einem Selbstporträt aus dem Jahre 1923 notierte Emeljan Jaroslavskij, der selber gerne zeichnete, „Emeljan, der Gottlose“. Das sind nur zwei der Tätigkeitsbereiche, denen D. in der als Biografie angelegten Abhandlung über Ideologie, Realitätswahrnehmung und Macht nachgeht. „In diesem Sinne soll Jaroslavskij [...] nicht so sehr als herausragender politischer Akteur dargestellt werden, [...] sondern als

Fokus dienen, um zu zeigen, wie bolschewistische Herrschaft funktioniert und wie sie auf ihre Träger zurückgewirkt hat.“ (S.16)

Wie andere jüngere Vertreter ihrer Zunft ist sie auf der Suche nach auswertbaren Diskursen und zu entschlüsselnden Codes, um so spezifischen Herrschaftsmechanismen auf die Spur zu kommen. Im 3. Kapitel „Aufstieg in der Stalin-Fraktion“ zeichnet D. Jaroslavskijs politische Karriere von 1917 bis 1929 nach. In den Jahren von 1917 bis 1921 gehörte er unterschiedlichen oppositionellen Gruppen innerhalb der Partei an. Im Unterschied zu deren Wortführern entschied er sich 1921 für Stalin. Als Vorsitzender der ZKK war er für die Bekämpfung der Opposition zuständig. Die Erklärung des Kurswechsels unter Hinweis auf die in Sibirien gesammelten Erfahrungen (S.126) greift m. E. zu kurz, denn Jaroslavskijs Mitstreiter zogen ebendiese Erfahrungen in ihrer Begründung für die Hinwendung zur NÖP heran. An ihre Analysen und die daraus hervorgegangenen theoretischen Abhandlungen über Ökonomik und Staat kommen Jaroslavskijs platte Agitationsschriften nicht heran. In einer Übergangsphase, im „Jahr des großen Umschwungs“, griff Stalin kurzfristig auf diese zurück. Jaroslavskijs Angriffe auf Vaganjan oder Pokrovskij sind Ausdruck dieser Entwicklung, die D. ausführlich untersucht.

Inzwischen ist auch das im FSB-Archiv aufbewahrte Tagebuch des Historikers Piontkovskij veröffentlicht, das die Vf. nur in Auszügen auswerten konnte (S.241). Unmittelbar nach der Veröffentlichung von Stalins Brief an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarska-

ja revolucija“ 1931 setzten die Angriffe auf den Lehrbuchautor und Schulbildner ein, dem „antileninistische Auffassungen“ vorgeworfen wurden. Der im Brief geforderte Kampf gegen die „trozistische Konterbande“ und die Orientierung auf den „Kampf gegen die bürgerliche Geschichtswissenschaft“ gingen in eine neue Runde. An letzterer Auseinandersetzung wirkte Piontkovskij aktiv mit. Parallel dazu, alles das ist im Tagebuch festgehalten, versuchte er durch „Selbstkritik“ den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Das unter Leitung von Jaroslavskij an einer Geschichte der KPdSU(B) arbeitende Autorenkollektiv, dem er angehörte, wurde auseinandergelagert, die Historiker in die Provinz abgeschoben. Hier gingen die Kritik- und Disziplinierungskampagnen weiter. Am Ende der zermürbenden Kampagne stand der Beschluss des ZK der KPdSU(B) „Über den Geschichtsunterricht an Schulen“, der 1934 den von Stalin vorgegebenen Kurswechsel auf die Propagierung des Aufbaus des Sozialismus in einem Land festschrieb.

Nachdem der Mohr seine Schuldigkeit getan hatte, wurde er nicht mehr gebraucht und 1932 endgültig von Stalin fallen gelassen. Jaroslavskijs Reueerklärung war Bestandteil des Spiels um die Macht, die von nun an mit dem „Kurzen Lehrgang“ auskam. Außerordentlich aufschlussreich sind die Passagen über den Kult und die Kulturproduktion, in denen die Autorin die interne Auseinandersetzung über die Ausgabe der Werke und die Vorlage einer Biografie von Stalin beleuchtet.

Wladislaw Hedeler

Peter Huber (in Zusammenarbeit mit Ralph Hug). Die Schweizer Spanienfreiwilligen. Vorwort von Jakob Tanner. Biografisches Handbuch, Rotpunktverlag, Zürich 2009, 478 S.

„Rund 800 Freiwillige aus der Schweiz nahmen trotz Behördenverbot am Spanischen Bürgerkrieg teil. Sie entstammten zumeist der Arbeiterbewegung und kämpften in Spanien gegen die drohende faschistische Diktatur und für die Republik und eine neue Gesellschaft. Im historischen Gedächtnis der Schweiz blieben sie lange vergessen.“ So wird der Leser mit dem Klappentext auf das Buch eingestimmt. Die Autoren sind beide Jg. 1954 und befassen sich seit Jahren mit dem Spanischen Bürgerkrieg. Hug arbeitet als Journalist, Huber als Historiker.

Der Bd. ist klar gegliedert: Dem Vorwort folgen nach Abkürzungsverzeichnis und der Einleitung (S.15-24) Texte über „Die Internationalen Brigaden“ (S.25-50) und „Die Schweizer Spanienfreiwilligen – ein soziobiografischer Querschnitt“ (S.51-96). Den Hauptteil umfassen die Biografien (S.97-423) und eine Auflistung „Freiwillige ohne biografische Angaben“ (S.424-426). Beschlossen wird der Bd. durch einen Anhang mit Dokumenten, Quellenangaben und Namenregister.

Im Vorwort „Antifaschismus und die Schweiz“ ordnet Tanner, Professor für Allgemeine und Schweizer Geschichte der neueren und neuesten Zeit an der Universität Zürich, den Bd. ein als Beitrag zur notwendigen „historischen Aufarbeitung des schwei-

zerischen Antifaschismus“, um das Geschichtsbild der Nation zu verändern. Es gehe um die Freilegung von „verdrängten Dimensionen der Schweizer Geschichte“ und deren Einbettung in den europäischen und globalen Kontext (S.9, 11).

Einige Wertungen der Autoren sind zu hinterfragen bzw. anzuzweifeln. So soll Franco nur „eine Diktatur *faschistischen Zuschnitts* errichtet“ (Hervorhebung H. M.) haben. (S.15). Geriet die spanische Regierung wirklich so stark „unter Einfluss der spanischen KP und der Sowjetunion“ (z. B. S.16) wie hier und im Bd. insgesamt suggeriert wird. Und gab es tatsächlich unter den Linken einen „Bürgerkrieg im Bürgerkrieg“, der zur Niederlage der Republik beitrug (S.17).

Im Abschnitt zu den Interbrigaden skizzieren die Autoren die Entstehung der Milizen und militärischer Einheiten (Kolonnen), die ab Juli 1936 an die Front kamen und später in der neuen, einheitlich strukturierten Volksarmee aufgingen. Immer noch nicht zweifelsfrei zu belegen ist, wann die Komintern ihre Sektionen aufrief, Freiwillige nach Spanien zu senden.

Die Autoren folgen bei ihrer Darstellung der Formierung der internationalen Brigaden und Bataillone im Herbst 1936 der Version, dass dies auf der EKKI-Sekretariatsitzung vom 18. September 1936 geschah (S.32). Zugleich schreiben sie, dass „aber in den ersten Augusttagen schon Hunderte Personen [...], also zu einem Zeitpunkt, als die KP-Leitungen noch auf das grüne Licht aus Moskau warteten“, nach Spanien reisten (S.32). Letzteres ist wohl kaum für alle Parteien/Länder zutreffend. Das Gegenteil belegt der Aufruf der KPD vom 7. August.

Die Interbrigaden standen von Anfang an bis zur ihrer Verabschiedung an vorderster Front. Detailliert schlüsseln die Vf. auf, in welchen Einheiten der Interbrigaden die Schweizer eingesetzt wurden. Aus der Mehrsprachigkeit der Schweiz resultierte eine Besonderheit: Westschweizer wurden zumeist Verbänden mit mehrheitlich französischer Sprache, die Deutschschweizer Einheiten mit deutscher Sprache, Tessiner den Italienern zugewiesen (S.35). Wenn im Bd. Vergleiche der Schweizer Freiwilligen zu anderen Länderkontingenten erfolgen, wird spürbar, dass auch hierzu international noch einiges an Forschungen zu leisten ist.

Im Abschnitt zur „politischen Überwachung und Repression“ versuchen die Autoren ihre – letztlich unbewiesene – Annahme, dass die „Interbrigaden stärker als bisher angenommen unter der Kontrolle von verdeckten kommunistischen Netzwerken standen“, zu untermauern. Zugleich warnen sie vor der Folgerung, dass es sich bei den Brigaden „um eine ‚Armee der Komintern‘“ gehandelt habe (S.48). Auch wenn der „stalinistische Apparat und sein Alltag [...] getreu dem sowjetischen Muster einfach nach Spanien transferiert“ worden wären, hätten die Repressionsorgane nicht so wie „in Moskau“ funktionieren können (S.49). Unter den Freiwilligen, die aus der Schweiz nach Spanien gingen, befanden sich neben fast 650 Schweizer Staatsbürgern auch etwa 130 Ausländer – meist Italiener oder Deutsche –, die in der Schweiz lebten und von hier aus ab Juli 1936 nach Spanien aufbrachen (S.52). Fast ein Viertel der Schweizer Freiwilligen bezahlte seinen

Einsatz für Demokratie und gegen Faschismus mit dem Leben (S.7, 85), jeder zweite Überlebende wurde verwundet. Die 550 Überlebenden und in die Schweiz Zurückgekehrten wurden vor Schweizer Militärgerichte gestellt. 420 Freiwillige wurden abgeurteilt und ins Gefängnis gesteckt bzw. ihrer bürgerlichen Rechte beraubt (S. 7, 51). T. und die Autoren unterstreichen, dass die Schweiz die antifaschistischen Freiwilligen am härtesten bestrafte, dass „keine andere Demokratie eine solche Härte gegen die antifaschistische Solidaritätsbewegung“ zeigte (S.7, 18f.). Forderungen einer juristischen Rehabilitation der Schweizer Spanienkämpfer wurden noch 1999/2000 abgeblockt, erst im Frühjahr 2009 – fast zeitgleich mit dem Erscheinen dieses Buches – hatten sie mit einem Beschluss des Ständerats Erfolg.

Das Durchschnittsalter der Schweizer Freiwilligen betrug 28 Jahre, wobei zwei Drittel zwischen 20 und 30 Jahre alt waren. Der Jüngste war Cyprian Held, der ebenso wie Eolo Morenzoni 16 Jahre zählte. Der sozialen Herkunft kamen 70 Prozent aus Arbeiter- und Handwerkerfamilien, dem Beruf nach gar 85 Prozent. Der politischen Zugehörigkeit nach waren etwa 60 Prozent Kommunisten, zwölf Prozent Sozialdemokraten, 20 Prozent parteilos (S.52-56). Von den 28 Frauen, das sind vier Prozent, leistete aber nur Clara Thalman Dienst mit der Waffe (S.68).

Die Autoren arbeiten heraus, dass die Beweggründe der Spanienfreiwilligen vielfältig und mehrschichtig waren; im Vordergrund standen politische Motive, insbesondere eine antifaschistische Einstellung und Solidarität mit dem

spanischen Volk. Oft verschmolzen diese Motive mit wirtschaftlichen Gründen (Arbeitslosigkeit, beruflich als unerträglich empfundene Lage in der Schweiz).

Für die Biografien konnten die Autoren auf eine relativ günstige Quellenlage zugreifen. Zum einen sind die Freiwilligen, die in die Schweiz zurückkehrten, systematisch in Akten erfasst worden: Gerichtsprozesse, Militärjustiz, Polizeirapporte, Leumundsberichte und Zeugenaussagen. Zum anderen basieren die Biogramme auf Unterlagen der Interbrigaden selbst (vor allem der Kaderabteilung in Albacete, Führungsberichte und politische Einschätzungen). Dass es angesichts dieser gegensätzlichen Quellen nicht immer gelingen konnte, „ein authentisches Bild des Porträtierten zu zeichnen“, ist den Autoren bewusst (S.97).

Die Biogramme enthalten – soweit bekannt – Geburts- und Sterbejahr, Herkunft, berufliche und politische Entwicklung, den Einsatz in Spanien sowie die Zeit unmittelbar nach Beendigung des Bürgerkriegs. Leider endet die Darstellung spätestens in der Zeit des Weltkrieges; der Leser erfährt nichts über den weiteren Lebensweg des Spanienkämpfers. Das ist sehr bedauerlich und eine – konzeptionell in Kauf genommene – Schwäche des Bd. *Herbert Mayer*

Bob, du mußt rennen, der Krieg ist vorbei! Zeitzeugen erinnern sich an den 8. Mai 1945, den Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Hrsg. Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland“ e.V., Karl Dietz Verlag, Berlin 2010, 57 S.

Zum 65. Jahrestag der Befreiung schildern Zeitzeugen in diesem Bändchen ihre Erlebnisse am Kriegsende 1945. Der inzwischen verstorbene renommierte Historiker und Diplomat Stefan Doernberg betont in seinem Geleitwort die zivilisationsrettende Tat der Antihitlerkoalition, die in beispielloser Anstrengung den deutschen Faschismus niederwarf. Obwohl der deutsche antifaschistische Widerstand keinen entscheidenden Beitrag dazu leistete, verdienen doch jene Deutsche, die auf verschiedenste Art und Weise Widerstand leisteten, Anerkennung. Doernberg weist auf die schwindende Zahl der Zeitzeugen hin und unterstreicht die Notwendigkeit, ihre Erinnerungen für die Nachwelt zu bewahren.

Nun ist die Idee, Zeitzeugenberichte gerade zu diesem jährlichen Gedenken herauszugeben, nicht neu, und die Lektüre der teilweise sehr kurzen Erinnerungstexte (der von Leonhard Helmschrott ist acht Zeilen lang) lohnt nicht immer. Es kommen jedoch viele später prominente und bekannte Personen zu Wort, Künstler (Willi Sitte, Gerhard Zadek), Journalisten (Klaus Wilczynski, Harri Czepuck), Wissenschaftler (Stefan Doernberg, Fritz Straube), Politiker (Heinz Kessler, auf S.31 versehentlich Kessler geschrieben), Peter Florin und Kurt Hälker, die das Kriegsende im Gefangenenlager, als Widerständler bzw. als Angehörige der alliierten Armeen erlebten.

Die Publikation bereichert das breite Spektrum der Nachkriegs- und Erinnerungsliteratur zumindest um ein kleines Mosaiksteinchen. Auf www.drafd.de sind weitere Zeitzeugenberichte abrufbar. *Daniela Schnitter*

Siegfried Kupper: Zone – Macht – Staat. Politische und ökonomische Entwicklungen in der sowjetischen Besatzungszone, Schkeuditzer Buchverlag, Schkeuditz 2010, 386 S.

K., Jg. 1935, von Haus aus Diplom-Politologe, ist im Zusammenhang mit seiner Arbeit in der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Fragen mit Beiträgen über die innerdeutschen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die Wirtschaftsentwicklung und die Außenpolitik der DDR hervorgetreten, was sich in den betreffenden Schwerpunkten seiner Darstellung vorteilhaft niederschlägt. Hervorzuheben ist auch der Bezug auf viele ostdeutsche Publikationen zum Thema. Gestützt auf die einschlägige Forschungsliteratur, vor allem auf die in den letzten Jahren erschienenen Quelleneditionen, Handbücher und Darstellungen zur sowjetischen Politik gegenüber und in Deutschland, gliedert K. seine dichte und materialreiche, um Objektivität bemühte synthetisierende Darstellung in drei Teile: 1. Politische und strukturelle Rahmenbedingungen; 2. Sowjetische Besatzungspolitik; 3. Wirtschaftliche und soziale Folgen von Besatzung und Krieg. Ausführlich problematisiert K. im ersten Teil das Verhältnis von Siegermächten und deutschem Volk und die Errichtung der Vier-Mächte-Verwaltung. Er geht auf einzelne Aspekte wie die „Aufnahme von Vertriebenen“ und „wirtschaftliche Planentwürfe“ ein. Richtig hebt K. eingangs hervor: „Trotz ihrer Differenzen blieben die Siegermächte [...] entschlossen, ihre Bündnispolitik weiterzuführen und die während des Krieges getroffenen Abmachungen zu

realisieren.“ (S.15) Statt auf diese Realisierungen bzw. Realisierungsversuche und -ansätze einzugehen, springt die Darstellung jedoch schnell zu „1.2. Kalter Krieg und Teilung“. Diese Vorgehensweise zwingt K., im zweiten Teil immer wieder auf die Ausgangsposition von 1945 zurückzugreifen, die nun aber schon im Schatten des Kalten Krieges liegt und stark von dieser Perspektive aus beleuchtet wird, statt aus der Perspektive von Niederlage, Besetzung und Befreiung behandelt zu werden. Das hat zur Folge, dass die Spezifik koordinierter alliierter Politik und gleichgerichteter Transformationen oder Transformationsansätze der ersten beiden Jahre verwischt und der sich aus dem Kalten Krieg ergebende Entwicklungsbruch eingeebnet wird. So kommt es immer wieder zu solchen Widersprüchen, dass K. einerseits gleichgerichtetes Vorgehen in den Besatzungszonen konstatiert, andererseits aber der SMAD ihre Herangehensweise, insbesondere in Enteignungsfragen, irgendwie negativ anlastet und in einen Sowjetisierungsbezug stellt. Demgegenüber, so der Vf., hebe sich positiv ab, dass die Bodenreform in den Westzonen angeblich „bei Wahrung rechtsstaatlicher Gepflogenheiten ‚im Ganzen recht nachsichtig‘ durchgeführt“ (sic!) worden sei (S.192). Kritiklos und unhinterfragt wird konstatiert, dass in den Westzonen die Sozialisierungsforderungen nicht umgesetzt wurden, „weil die Besatzungsmächte nach anfänglichem Wohlwollen von ihnen abrückten“ (S.181). Das stellte aber nicht eine andere Interpretation der ursprünglichen alliierten Zielsetzung dar, wie es bei K. in Kritik am sowjeti-

schen Vorgehen erscheint, sondern erfolgte im Zuge eines mit dem Kalten Krieg verbundenen deutschlandpolitischen Kurswechsels und Entwicklungsbruchs.

K. findet offensichtlich keinen Zugang zu der Tatsache und den damit verbundenen Konsequenzen, dass Stalin und die KPD außerordentlich „gemäßigt“ auftraten und die Ziele des Aufrufes vom 11. Juni 1945 für ganz Deutschland praktikabel waren. Der spätere „volksdemokratische“ Entwicklungsweg ergab sich keineswegs schon aus dem Aufruf und auch nicht, wie behauptet wird (S.154), aus den „Grundsätzen und Zielen der SED“, die vielmehr auf einen „besonderen deutschen Weg“ ausgerichtet waren. Das Gleiche trifft cum grano salis auf Bodenreform, Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, Entnazifizierung und Elitenwechsel sowie die Länderverfassungen, die marginalisiert werden, zu. Die Länder der SBZ hätten sich bei einer deutschen Friedensregelung 1947 als integrierte Bestandteile eines deutschen Nachkriegsstaates einordnen können, eines Staates, der sich sowohl von der späteren BRD wie auch der DDR deutlich unterschieden hätte. Dies schlug sich dann auch noch in der vom Volksrat ausgearbeiteten gesamtdeutschen (!) Verfassung von 1949 nieder, die zur Verfassung der DDR umfunktioniert wurde. Dies liegt aber außerhalb des Blickfeldes der Darstellung.

Der dritte Teil kann wohl als der informativste und stimmigste hervorgehoben werden. Das betrifft insbesondere die über die SBZ hinausgreifenden, differenzierten Analysen von Kriegszerstörungen und –auswirkun-

gen, Demontagen, Reparationen und Teilungsfolgen, SAG und Entnahmen aus der laufenden Produktion, Währungsreform in Ost und West, Interzonen- und Außenhandel, Arbeitsproduktivität, Plan und industrielle Gesamtentwicklung, die sich zu einem ausgewogenen Gesamtbild wirtschaftlicher Ausgangs- und Grundbedingungen von SBZ und DDR verdichten. K. kommt zu dem Schluss: „Die negativen Folgen der sowjetischen Reparationspolitik behinderten die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands bis zum Ende der DDR.“ (S.265) Informativ auch der letzte Abschnitt, der sich mit Schwarzmarkt, Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Einkommen, sozialer Fürsorge, der Frauen- und Vertriebenenproblematik befasst.

K.s knappe Bilanz endet mit der Feststellung, dass die von den Siegermächten nach 1945 geschaffene Nachkriegsordnung positiv beurteilt werden könne, da das Hauptziel der Potsdamer Vereinbarungen durch Wandlungsprozesse in beiden Teilnationen erreicht worden sei. Das kam insbesondere darin zum Ausdruck, dass sie nicht versucht hätten, „ihre Teilungskonflikte mit Waffengewalt zu lösen, wie das in Korea der Fall war. [...] Dieser politische Wandel bewog die Siegermächte schließlich 1990, den Deutschen mit dem einem Friedensvertrag gleichenden Zwei-Plus-Vier-Vertrag die Vereinigung und die Wiedererlangung der Souveränität [...] zu gewähren.“ (S.346f.) Ein Anhang, auch mit aussagekräftigen Tabellen, beschließt die mit Gewinn zu lesende Darstellung.

Rolf Badstübner

Mario Niemann/Andreas Herbst (Hrsg.): SED-Kader: Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon der Sekretäre der Landes- und Bezirksleitungen, der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der Räte der Bezirke 1946 bis 1989, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn u. a. 2010, 591 S.

Bereits mit dem Buch N.s „Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952-1989“ (siehe die Rezension von Günter Benser in: *JahrBuch* 2009/I, S.210-212) offenbarte sich in der Geschichtswissenschaft ostdeutscher Universitäten eine neue Tendenz: Auch bei Forschungen über die Geschichte der DDR scheinen jene Historiker Raum zu gewinnen, die ungeachtet sonstiger Ranke-Kritik dessen Forderung zu befolgen suchen, die Geschichte so darzustellen, „wie es eigentlich gewesen ist“. N. (geb. 1971), Dr. phil. habil. und Dozent an der Universität Rostock, hatte mit dieser Zielstellung begonnen, SED-Bezirkssekretäre kritisch zu befragen. Dieses Werk diene zugleich der Vorbereitung eines biografischen Lexikons.

Nach der Einleitung des vorliegenden Bd., in der N. den Mitarbeitern zahlreicher Archive, 116 Funktionären und deren Angehörigen, die an der Entstehung des Lexikons mitgewirkt hätten, dankt, sowie einer Einführung, die von Kenntnis der Struktur und Arbeitsweise der Bezirksleitungen und der Kaderpolitik der SED zeugt, beginnt unter 4. und 5. der lexikalische Hauptteil. Dieser ist im Verhältnis zum ersten Buch von einer Vergrößerung des untersuchten Zeitraums und von einer Vervielfachung der aufre-

tenden und behandelten Persönlichkeiten bestimmt. Und während der erste Titel im Jahr 1952 einsetzt, als die territoriale Binnenstruktur der DDR bereits aus 14 Bezirken und Ostberlin bestand, bezieht das Lexikon auch die vorherige Periode von 1946 bis 1952 ein, als sich die SBZ in fünf Länder und Ostberlin gliederte. Dem folgte damals auch die Strukturierung der SED. So wird zunächst auf die personelle Zusammensetzung der Sekretariate der Landes- und Bezirksleitungen eingegangen. Hinsichtlich der Landesleitungen werden die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter bzw. der 1. und 2. Sekretär sowie die Ministerpräsidenten (im Falle von Ostberlin der Oberbürgermeister) genannt. Im Hinblick auf die Bezirksleitungen finden nach dem 1. und 2. Sekretär alle Ressort-Sekretäre sowie der Ratsvorsitzende (im Falle von Ostberlin wiederum der Oberbürgermeister) Erwähnung. Unter 5., dem eigentlichen „Biographischen Teil“, werden die zuvor genannten Personen in alphabetischer Folge – beginnend mit Adolph, Karl und endend mit Zylla, Karl – angeführt. Während unter 4. nur die Namen und Vornamen enthalten sind, finden sich unter 5. weitere Daten und in der Regel aussagekräftige Porträts. Gleichfalls wird über bislang – zumindest der Öffentlichkeit – weitgehend unbekanntes Tatsachen informiert.

Die Autoren versuchen auch, die Sekretäre nach ihrem Alter zu gruppieren. Dafür sei das Jahr 1920 entscheidend. Im Unterschied zu den zuvor Geborenen hätten die Nachgeborenen „ihre parteipolitische Prägung erst nach Kriegsende erfahren“ (S.47). Auf eine Definition dieses Begriffs

wird verzichtet. Offensichtlich wollten die um Sachlichkeit bemühten Autoren nicht in primär parteipolitische Diskussionen um Kommunismus, Stalinismus etc. hineingeraten. Stellungnahmen zu einzelnen Persönlichkeiten wie Karl Schirdewan, Bernhard und Wilhelm Koenen sowie Roland Wötzel und Kurt Meyer lassen aber erkennen, dass der Kommunismus-Begriff keiner totalitaristischen Abwertung unterliegt. Das Jahr 1920 erscheint jedoch als ein problematisches Kriterium. Nur Wenige der 1920 und einige Jahre zuvor Geborenen hätten im faschistischen Deutschland eine parteipolitische Prägung erfahren können. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass vor allem jüngere Soldaten, die in Kriegsgefangenschaft gerieten, aufgrund eigener Erfahrungen und in Diskussionen mit älteren Kameraden, die sich als Kommunisten erwiesen, noch vor dem 8. Mai 1945 eine Entwicklung zu nehmen begannen, die zu jener Haltung führen konnte. Im Falle der sowjetischen Kriegsgefangenschaft erfolgte dies auch unter dem Einfluss führender kommunistischer Emigranten und der Gewahrsamsmacht. Dies dürfte für sechs Sekretäre zutreffen, die schon vor diesem bedeutenden Datum sowjetische Kriegsgefangene wurden. Analoge Entwicklungen vollzogen sich auch in französischer Kriegsgefangenschaft, vor allem in Nordafrika. Hier leisteten kommunistische Angehörige der Strafeinheit 999 eine umfassende marxistische Schulungsarbeit auch unter ihren zumeist noch nazistischen Mitgefangenen, die bis nach Frankreich ausstrahlte. Eine „stalinistische“ Problematik ihrer kommunistischen Prägung, die zugleich

konsequent antifaschistisch war, wurde ihnen in Diskussionen und Konfrontationen mit faschistischen Mitgefangenen nicht bewusst.

Geradezu spannend sind mehrere Biografien, die über bislang unbekannte bzw. unveröffentlichte Tatsachen berichten – so hinsichtlich Hans Lauter und Herbert Kroker. Während Lauter als Sekretär in Leipzig der Absicht des 1. Sekretärs Paul Fröhlich und Walter Ulbrichts entgegentrat, die Universitätskirche abzureißen, kritisierte Kroker als Mitglied der Bezirksleitung Erfurt die Wirtschaftspolitik von Erich Honecker und Günter Mittag in der Überzeugung, dass es angesichts niedriger Arbeitsproduktivität und fehlender Toleranz 2000 keine DDR mehr geben werde. Einige Biografien könnten ergänzt werden. Das kann für die mutige Entscheidung der drei Leipziger Sekretäre Kurt Meyer, Hans-Joachim Pommert und Roland Wötzel gelten, die sich mit Generalmusikdirektor Kurt Masur, dem Theologen Peter Zimmermann und dem Kabarettisten Bernd-Lutz Lange am 9. Oktober 1989 im Vorfeld der Demonstration mit Erfolg gegen Gewalt wandten. Das betrifft auch das Auftreten des Altkommunisten Bernhard Quandt am 3. Dezember 1989 auf der letzten Sitzung des bisherigen ZK, das mitsamt Sekretariat, Politbüro und Generalsekretär zum Rücktritt gezwungen wurde. Da dies weitgehend durch neue, demokratisch gewählte Bezirkssekretäre erfolgte, die nach N.s. Definition bislang die „mittlere Ebene“ darstellten, kann dieser Vorgang auch als eine Umkehr, eine Aufhebung der Ebenen und als Beginn einer neuen politischen Prägung der Mit-

glieder einer neuen sozialistischen und demokratischen Partei charakterisiert werden.

Die Vf. haben eine weitere Grundlage für umfassende Untersuchungen geschaffen, die zugleich mentalitätsgeschichtliche Aspekte zu berücksichtigen vermag. Es wäre zu begrüßen, wenn in einem weiteren lexikalischen Bd. nach der zweiten auch die erste Ebene auf die gleiche Weise vorgestellt und eventuell mit jener in einem Doppelband vereint würde. Das könnte gleichermaßen für die anderen Parteien der DDR sowie die der alten wie der neuen BRD als Grundlage einer deutschen Geschichte seit 1945 im Rahmen der europäischen und der globalen Geschichte gelten.

Werner Berthold

Herbert Graf: Interessen und Intrigen. Wer spaltete Deutschland? Ein Exkurs über internationale Beziehungen, edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2011, 319 S.

Der Exkurs widmet sich nur zum Teil dem Titelthema, fast mehr noch liest er sich wie eine Auseinandersetzung mit den äußeren Belastungen und Benachteiligungen der DDR bis zu ihrem Untergang. Das ist nicht uninteressant, aber nur ein Teilaspekt, der, wie sich zeigt, bei ungenügender Einbettung in übergreifende Zusammenhänge zu Einseitigkeiten und Vereinfachungen führt. Als enger Mitarbeiter Walter Ulbrichts schätzt G. dessen Reformkurs (bei wenig kritischer Analyse) hoch ein. Intensiv werden Breshnews Interventionen und die Aktivitäten zur Ablösung Ulbrichts behandelt. G. konzentriert sich dann darauf zu

hinterfragen, wie Moskau, angefangen bei den Berlin-Verhandlungen, die DDR übergang und hinter ihrem Rücken gesonderte Kontakte oder auch geheimdienstliche Kanäle Richtung Bonn und Washington aufbaute. Der Bogen spannt sich bis zum 2+4-Vertrag, dem Liquidationskurs Gorbatschows und dem Ende der DDR. Die DDR erscheint so vor allem als Opfer von Intrigen und großmachtpolitischen Interessen. Beim zeitlichen Rückgriff moniert G., was nicht neu ist, nämlich dass die Vorbereitung der Oststaatsbildung durch Stalin erschwert und verschleppt und die entstandene DDR als Verhandlungsmasse angesehen wurde, die Berija später sogar „verkaufen“ wollte. Relativ breit behandelt und gut belegt wird die internationale Dimension von Berlin-Krise und Mauerbau. Aber reicht das aus? Die intensive Auswertung von Erinnerungsliteratur macht die Darstellung interessant, wird aber dort zum Problem, wo sich Autoren, z. B. Semjonow, irren. Über die Spaltungsproblematik gibt es bekanntlich eine umfängliche zeitgeschichtliche Literatur. Demgegenüber glaubt G. jedoch, den gordischen Knoten zerschlagen zu müssen und mit geschichtswissenschaftlichem Anspruch, der durch den umfänglichen Anmerkungsapparat und durch apodiktische Urteile bekräftigt wird, neue Sichtweisen etablieren zu können.

Für G. ist die Spaltungsproblematik viel einfacher, als bisher dargestellt: Deutschland wurde zwar gemeinsam besetzt, aber es gab keinerlei einvernehmliche Zielvorstellungen, und für „die Konzipierung einer gemeinsamen künftigen deutschen Friedensordnung

waren im Sommer 1945 keine Voraussetzungen vorhanden. Die Unterschiede in den sozialen Positionen, den politischen Auffassungen und den Interessen [...] waren unüberbrückbar.“ Es habe sich um „den tiefgreifenden Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ gehandelt. Mit der Besetzung sei also de facto die Spaltung vollzogen gewesen, habe doch „der Kalte Krieg unmittelbar nach der russischen Oktoberrevolution“ begonnen (S.128). Krieg, auch wenn er „kalt“ ist, so G., schließt Kooperation aus. Die Antihitlerkoalition hätte es danach eigentlich gar nicht geben dürfen und Nachkriegskooperation schon gar nicht! Aus G.s Sicht wären die Stalinischen deutschlandpolitischen Zielsetzungen und der damit konform gehende, auf ganz Deutschland zielende Aufruf der KPD nur Taktik, Propaganda oder Selbsttäuschung gewesen. Aber so wertet er sie wiederum nicht – und damit ist die Konfusion perfekt! G. schneidert sich die Nachkriegsgeschichte so zu, wie er sie für seine Positionierung braucht. So behauptet er mit Nachdruck, dass sich „die Militärkommandeure der Westmächte rigoros und kompromisslos gegen jeden ‚Sozialisierungsversuch‘“ (S.121f.) stellten. Doch der britische Militärgouverneur war in die von der Labourregierung öffentlich verkündeten und seit Oktober 1946 ernsthaft, wie die Aktenlage ausweist, betriebenen Sozialisierungsvorbereitungen einbezogen, die erst im August 1947 auf US-amerikanischen Druck und im Zuge des Kalten Krieges aufgegeben wurden.

Bei G.s Herangehen entsteht ein recht simples Bild von der Nachkriegsge-

schichte in Deutschland und von der DDR. Demokratie- und andere Defizite sowie die eigentlichen Problemzonen bleiben ausgeblendet. G. polemisiert gegen Vorstellungen von dritten Wegen, die im Nachkriegsdeutschland in unterschiedlichen Varianten vertreten wurden, und übersieht, dass die „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ in der SBZ faktisch einen solchen Weg verkörperte. Strategische Überlegungen wie „nationale Wiedergeburt“ (Ulbricht 1958), Koexistenz, Konföderation, Koalition der Vernunft bleiben außen vor, obwohl sie doch zum Thema gehören. G. schreibt, dass es über den Verfassungsentwurf der SED vom November 1946 „eine annähernd zwei Jahre verlaufende öffentliche Debatte“ gegeben haben soll, bis dann im März 1949 der Volksrat den endgültigen Verfassungsentwurf bestätigte (S.205f.). Ein fataler Irrtum! Er führt dazu, dass man über die vom Verfassungsausschuss des Deutschen Volksrates 1948/49 ausgearbeitete überparteiliche gesamtdeutsche Verfassung, die dann zur Verfassung der DDR umfunktionierte, nichts erfährt. Die Leistung Otto Grotewohls als Vorsitzender des Verfassungsausschusses bleibt im Dunkeln, und die DDR-Verfassung wird nicht gemäß ihrer das Grundgesetz sogar in vielem überragenden Qualität gewertet. Die Widersprüche zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit sind G. keine Überlegung wert. Als misslungen und im Ansatz falsch muss der Vergleich des 17. Juni 1953 mit dem Generalstreik vom November 1948 in Westdeutschland angesehen werden.

Auch im Nachwort findet man keine bündige Antwort auf die Titelfrage des

Exkurses, stattdessen eine geradezu trotzig-gestrigte, die Errungenschaften der DDR unkritisch verklärende Sicht aus der Königsperspektive. Bilanz: Vieles mehr oder weniger Bekanntes wird angeboten, aber oft unter Vernachlässigung des Forschungsstandes. Das führt zu Einseitigkeiten, Widersprüchen und Ungereimtheiten. Der Exkurs greift durch Ausblendung gesellschaftlicher Realitäten entschieden zu kurz. Es gibt durchaus lesenswerte Passagen, aber der große Wurf, wie es der Verlag suggeriert, ist es keineswegs. G. hat einen sehr persönlichen, eigenwilligen, auch zum Nachdenken anregenden, aber mehr noch begründeten Widerspruch provozierenden und oft in die Irre führenden Exkurs vorgelegt.

Rolf Badstübner

Jens Hildebrandt: Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969 (Mannheimer Historische Forschungen, 31), Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert 2010, 723 S.

Die 2008 bei Klaus Schönhoven eingereichte Dissertation versteht in Anlehnung an Christoph Kleßmann die DGB-FDGB-Beziehungen als asymmetrisch verflochtene Parallel- und Abgrenzungsgeschichte. Im Mittelpunkt stand der „politische Wettbewerb“ um „Ordnungsvorstellungen“, der von Beginn an gesamtdeutsch orientiert war (S.22). Insgesamt, dies schon vorweg, überzeugt die Darstellung nicht. Sie ist im Wesentlichen Organisationsgeschichte, der Umgang mit den Quellen ist problematisch,

eine Vielzahl an Datierungsfehlern lässt einen stolpern, und auch die Materialanordnung (separate Darstellung der DGB- und der FDGB-Politik) erschwert die Lektüre.

Die DGB-FDGB-Beziehungen waren bis zum Mauerbau vom Alleinvertretungsanspruch des DGB für eine gesamtdeutsche Arbeiterschaft sowie vom Ziel des FDGB, einen gesamtdeutschen Klassenkampf zu organisieren, geprägt. Während der DGB jeglichen Kontakt ablehnte, seine Mitgliedschaft gegenüber ostdeutschen Kontakt- und Kooperationsangeboten abschirmte und öffentlich für das bundesrepublikanische Modell warb, versuchte der FDGB über Delegationen und die Aktivierung Weimarer Gewerkschaftsveteranen „nach Westdeutschland“ zu arbeiten. Nach Mauerbau und Ende der Kuba-Krise setzte auf beiden Seiten eine Neuorientierung ein. Der FDGB thematisierte nun innerbundesrepublikanische Widersprüche (Notstandsgesetze, atomare Bewaffnung), die auch in den Gewerkschaften auf Resonanz stießen. Er identifizierte die IG Metall als antikapitalistischen Flügel innerhalb des DGB und unterstützte beispielsweise den baden-württembergischen Metallarbeiterstreik 1963.

Im DGB wurde die Kontaktsperre zunächst durch die Gewerkschaftsjugend und ihre zahlreichen Gedenkstättenfahrten (Auschwitz) infrage gestellt. Ab 1964 suchte die ÖTV nach einer eigenständigen Ostpolitik und signalisierte entsprechende Bereitschaft auch gegenüber dem FDGB. 1966 beschloss der DGB, Informationsreisen nach Osteuropa (exklusive der DDR) zu fördern, und seit 1967 war die Delega-

tionswelle in die Sowjetunion, die ČSSR und nach Ungarn „nicht mehr zu bremsen“ (S.543). Die Invasion in die ČSSR im August 1968 unterbrach zwar kurzzeitig die Kontakte, konnte aber die Entwicklung nicht mehr aufhalten. 1969 beschloss der Bundeskongress de facto die Kontaktaufnahme zum FDGB.

Ausführlich verfolgt H. die politischen Strömungskonflikte im DGB um Wiedervereinigung, Remilitarisierung und Anerkennung der DDR. Der FDGB setzte dagegen, so H., lediglich die parteipolitischen Vorgaben der SED um, obwohl der Vf. selbst einen Forschungsmangel ausmacht, um hierüber „präzise Aussagen“ treffen zu können (S.59). Schwerer wiegt jedoch der fehlende Blick auf das Verhältnis des DGB zur regierungsamtlichen Außenpolitik, hier wird nicht einmal die Frage gestellt.

Die Studie beginnt 1955, was mit der „formellen Bestätigung der beiden deutschen Staaten im Zuge der doppelten Blockbildung“ (S.53), also NATO-Beitritt der BRD im Rahmen der Pariser Verträge und Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt, begründet wird. Dies überzeugt wenig. Einerseits greift H. selbst vielfach in das Jahr 1954 zurück, vor allem aber hätte die Befassung mit der Währungsunion, dem Marshall-Plan, dem Schuman-Plan bzw. der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) deutlich die außenpolitische Kontinuität des DGB nach 1945 aufgezeigt. Es handelte sich um Maßnahmen der West- und Blockintegration, denen die Gewerkschaften, bei aller Kritik im Einzelnen, letztlich zustimmten. Folgt man den For-

schungen von Detlev Brunner, Heinrich Potthoff und Michael Ruck, so gingen die Freien Gewerkschaften auch während der Weimarer Republik in äußeren Angelegenheiten weitgehend mit der jeweiligen Regierungspolitik konform (Revision der Versailler Verträge, Einsatz für den Verbleib Oberschlesiens im Reichsgebiet, Beteiligung am Ruhrkampf 1923). Die Studie von Ernst-Dieter Köpper, die sich mit dem Verhältnis von „Gewerkschaften und Außenpolitik“ bis Mitte der Fünfzigerjahre befasst, wird nicht zur Kenntnis genommen. Die proeuropäische, promarktwirtschaftliche, westintegrative und antikommunistische Haltung des DGB in den Fünfzigerjahren war, allen Rudimenten sozialistischer Politikbestandteile und Rhetorik zum Trotz, kaum überraschend. Stattdessen interpretiert H. die teils zurückhaltenden, teils widersprüchlichen Formulierungen des DGB zu den Pariser Verträgen und zur Wiedervereinigung ausschließlich vor dem Hintergrund miteinander streitender Gewerkschaftsströmungen. Ein möglicher Zielkonflikt zwischen Kooperation mit der oppositionellen SPD und prinzipieller Zustimmung zur Westintegration Adenauers kann so nicht analysiert werden.

Für die intensive außenpolitische Abstimmung des DGB mit der Bundesregierung legt die Untersuchung selbst ausreichend Fahrten. Der DGB hatte sich etwa hinsichtlich seines „Manifests zur Wiedervereinigung“ 1956 mit dem Minister für gesamtdeutsche Fragen und Herbert Wehner beraten. Da H. diesem Manifest eine immense Bedeutung beimisst und es als Kettenglied zwischen dem noch sozialistisch

angehauchten Gründungsdokument von 1949 und dem Grundsatzprogramm von 1963 einordnet, der DGB sich darin implizit zum politischen und ökonomischen System der BRD bekannte, drängt sich die Frage nach dem Standort des DGB zwischen Regierungspolitik und oppositioneller Sozialdemokratie unmittelbar auf.

Auch die deutschlandpolitische Situation bekommt H. nur schwer in den Griff. So kam zwar im Mai 1955 die Blockbildung an ihr Ende, weshalb der DGB vor „veränderten Rahmenbedingungen“ stand. Zugleich habe aber der österreichische Staatsvertrag mit seiner Neutralitätsklausel vom Mai 1955 ebenso die Hoffnungen auf „eine neue Etappe der Deutschlandpolitik auf Grundlage des Status quo“ genährt, wie der Genfer Gipfel der vier Siegermächte im Juli die „Offenheit“ der deutschlandpolitischen Situation gezeigt habe (S.114). Hier bleibt angesichts der Knappheit der Darstellung die Frage, welcher „Status quo“ und welche „Offenheit“ gemeint sind, da der Genfer Gipfel das Ende der sowjetischen Neutralisierungsbemühungen und keine neue offene Situation darstellte. Interessant wäre hier, Genaueres über die DGB-Einschätzung der sowjetischen Initiativen zu erfahren, zumal H. später den Chefredakteur der „Welt der Arbeit“ ins Zentrum rückt, der mit der im DGB „vorherrschenden Ansicht“ gebrochen habe, „die Sowjetunion könnte zu einem Einlenken in der Deutschen Frage gebracht werden“ (S.304f.).

Die unkritische Quellenarbeit wird schon eingangs deutlich. Die 1962 vom DGB herausgegebene und im Tonfall des Kalten Krieges gehaltene

Propagandaschrift „Der FDGB – Erfüllungsgelhilfe der SED“ wird als „Studie“ charakterisiert (S.61, Anm. 182). Ein gravierendes Beispiel stellt H.s Aussage dar, der Beschluss der IG Druck und Papier von 1959, eine Studiendelegation zum FDGB zu entsenden, habe „zu den wenigen erfolgreichen Manipulationsversuchen des FDGB“ gezählt (S.319). Gestützt wird dies lediglich auf ein FDGB-internes Schreiben von 1964, wonach der Antrag „über den Schriftführer des Bezirksvorstands der IG Druck und Papier in Bremen lanciert worden“ sei (S.381).

Die offensichtlichen Sympathien des Vf. für die gewerkschaftliche Anti-Kontaktpolitik bis Mitte der Sechzigerjahre und die Ablehnung des linken Flügels um Theo Pirker, Viktor Agartz oder Ludwig Linsert (DGB Bayern) sind legitim. Allerdings versperrt die politische Motivation den Blick auf mögliche Fragestellungen. Offen bleibt damit beispielsweise die berechnete Frage, ob die (linken) Einschätzungen, die das Scheitern der Stalin-Note 1952 und die Blockbildung 1955 als Abschluss der deutschen Teilungsphase betrachteten, nicht einen höheren Realitätsgehalt aufwiesen als die DGB-Hauptlinie, die erst Mitte der Sechzigerjahre die DDR als Realität anerkennen wollte?

Stefan Müller

Klaus Froh: Chronik der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der DDR 1956-1990, Verlag Dr. Koester, Berlin 2010, XIII, 775 S.

Der Autor, Jg. 1939, Dr. phil., einst Truppenoffizier der NVA und Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Mili-

tärgeschichtlichen Instituts der DDR, hat sich mit zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen als profunder Kenner der DDR-Militärgeschichte ausgewiesen. Das hier vorzustellende Buch ist eine weitere bemerkenswert akribische Leistung, fern ideologischer Facetten, die in der Geschichtsdeutung stets den wissenschaftlichen Anspruch beeinträchtigen. Ein Geleitwort, das der langjährige Direktor des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR Prof. Dr. Reinhard Brühl verfasste, sieht den besonderen Wert der Chronik darin, dass sie „das historische Gerüst für die organisatorisch-strukturelle Entwicklung, die Bewaffnung, Ausrüstung und den Kommandeursbestand der NVA sowie der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der DDR [...] ab Regiment aufwärts“ (S.I) liefert. Neuwert biete die Chronik, so Brühl, „insbesondere durch präzise Angaben zum jährlichen Zuwachs an Bewaffnung der NVA, durch die korrekte Bezeichnung und die Standorte der Truppenteile und Verbände, der Offiziers- und Unteroffizierschulen, der Wehrbezirkskommandos und anderer Dienststellen sowie nicht zuletzt durch die namentliche Nennung von Kommandeuren ab Regiment und gleichgestellten Einheiten aufwärts“ (S.I). Der Autor selbst erinnert in seinem Vorwort an die 1989 herausgegebene 2. erweiterte und durchgesehene Auflage der „Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik“, die den „damaligen politischen und militärischen Vorgaben geschuldet entstand“ (S.III) und die politischen Interessen der SED zu bedienen hatte. Indessen gebe es in-

zwischen eine Reihe von Publikationen zur Militärgeschichte der DDR. Der Autor verweist hier auf Arbeiten des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr und ehemaliger Angehöriger der NVA. Allgemeine Beachtung werde „dabei den Wechselbeziehungen von Militär, Staat und Gesellschaft sowie Partei gegeben. In all diesen Publikationen, ob von Berufs- oder sogenannten Hobbyhistorikern bzw. Zeitzeugen“, so der Autor, sei „das Ringen um die Deutungshoheit über die Militärgeschichte der DDR unverkennbar. Die Freigabe aller Akten der NVA [...] schuf insbesondere für Berufshistoriker beste Bedingungen für die Forschung.“ (S.III) Beachtenswert seien inzwischen erschienene Sachbücher zu Teilbereichen und Memoiren. Dagegen bestehe noch immer ein besonderer Bedarf an Nachschlagewerken zur Militärgeschichte der DDR in ihrer Gesamtheit und auch zu einzelnen Bereichen. Mit der Chronik gelang es dem Autor, diese Lücke weitestgehend zu schließen. Die Chronik beginnt mit dem 18. Januar 1956 (Beschluss der Volkskammer: Gesetz über die Schaffung der NVA) und endet am 2. Oktober 1990 mit der Einholung der Truppenfahnen und der Übergabe der Kommandogewalt an das Bundesministerium der Verteidigung am Folgetag. Im Unterschied zu bisherigen Veröffentlichungen konnten in der vorliegenden Chronik Daten präzisiert und ergänzt werden; das beziehe sich, so der Autor, auch auf bisher unbekannte oder der Geheimhaltung unterlegene Daten. F. verweist auf die Einbindung der DDR-Streitkräfte in den Warschauer Vertrag und darauf, dass sich

die NVA unter maßgeblichem Einfluss der sowjetischen Streitkräfte entwickelt habe (S.IV). Dazu werden zahlreiche bislang unbekannte Fakten im historischen Zusammenhang angeführt. Ebenso neu und bemerkenswert sind militärische Fakten und Festlegungen der Sitzungen des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Der Autor verweist auch darauf, dass erstmalig „eine Auflistung wichtiger Ereignisse sowie konkreter Fakten und Daten zu den Handlungen der NVA und der Grenztruppen der DDR in den Jahren 1989 und 1990“ (S.VI) erfolgt. Nicht zuletzt werden einst streng geheime militärische Vorgänge und das Verhalten von Armeeangehörigen in politisch brisanten Situationen aufgeheilt, zu denen auch der Einsatz der NVA am 13. August 1961 (S.101f.) und am 21. August 1968 (S.221f.) gehören. In der Gesamtchronik werden Leistungen der Armeeangehörigen objektiv dargestellt und auch Vorkommnisse, Fehlentwicklungen und Fehlleistungen nicht kaschiert. Mit dem Verzicht auf Wertungen geschichtlicher Ereignisse gewinnt die Chronik in der funktionalen Zweckbestimmung als Nachschlagewerk. Einem solchen entsprechen auch Namensverzeichnis, Sachregister und Verzeichnis der Traditionsnamen (Kasernennamen, Traditionsnamen von Schiffen und Booten der Volksmarine).

Horst Klein

Peter Birke/Bernd Hüttner/Gottfried Oy (Hrsg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion (Texte der RLS, 57), Karl Dietz Verlag, Berlin 2009, 241 S.

Der Bd. dokumentiert eine Tagung an der Universität Hamburg, die sich mit den europäischen Protestbewegungen der „1968er Jahre“ befasste. Geschichtsbilder von den „68ern“ alternieren heute zwischen der Wiederaufnahme der schon überwunden geglaubten dämonisierenden These von der Revolte als politische Gewaltpsychose und dem Fortschreiben des eingebürgerten moderaten Begriffs von der (damals) „Neuen Linken“ als „kulturalistischer Hefe“ einer „zivilgesellschaftlichen Neugründung“ der BRD. Sowohl die vehemente politische Ablehnung als auch die integrierend-entschärfende kulturalistische Anerkennung der „68er“ basieren auf einer zweifelhaften Trennung von Politik und Kultur, worauf die Hrsg. in ihrem Vorwort ebenso unmissverständlich wie kritisch hinweisen. Die Autoren der Beiträge des vorliegenden Tagungsbd. entwerfen dagegen ein Bild von den sozialen Kämpfen jener Zeit, die mögliche Alternativen zu den knechtenden Verhältnissen kapitalistischer und staatssozialistischer Vergesellschaftung aufscheinen ließen. Heute scheint die damals fast tagesaktuelle Hoffnung, dass eine andere Welt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung möglich sei, ferner denn je. Umso mehr überrascht die Vehemenz, mit der die Produzenten heute herrschender Geschichtsbilder diese „Erinnerung an die Zukunft“, diese vergangene Revolte attackieren.

Die Hrsg. verweisen in der Einleitung auf ihre Absicht, mit den vorgelegten Arbeiten „Bodenproben“ auf dem „Terrain der Revolte“ zu nehmen, welche die Vielschichtigkeit der Widersprüche veranschaulichen sollen.

Und der Leser darf sich tatsächlich auf „gute Geschichten“ inmitten dieses unübersichtlichen Terrains einer für die junge Generation mehr und mehr im Dunkel der Geschichte verschwindenden überaus spannenden Periode der „langen 60er-Jahre“ freuen.

Angelika Ebbinghaus versucht mit ihrem einführenden Beitrag einen Blick auf „1968 als globales Ereignis“ zu eröffnen, die Gesamtheit des historischen Inventars in seiner Vielgestaltigkeit und Uneinheitlichkeit zu umreißen und einige seiner strukturellen Ursachen zu finden. Sie sieht in dem übergreifenden Anspruch der „68er“, mit der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse auch sich selbst zu verändern, ein zentrales Charakteristikum dieser Strömung. Die „Neue Linke“ war damit wenigstens in ihrem Denken wirklich radikal. Sie unterschied sich so auch signifikant von den bis dato bekannten traditionellen linken Strömungen und besonders von ihren parteikommunistischen Repräsentanten. Gleichzeitig sieht E. im (neuerlichen) Auseinanderfallen der Momente individueller und gesellschaftlicher Emanzipation auch die Ursache des Scheiterns der „68er“. Ihre Erben sind (in einem sehr eingeschränkten Sinne) die „Neuen Sozialen Bewegungen“ seit den 70er-Jahren: Längst nicht mehr so radikal, universell und politisch wie die „68er“, ist in ihnen doch noch deren rebellischer und antiautoritärer Geist lebendig.

Juliane Schumacher und Armin Kuhn verhelfen mit ihrem Blick auf das Mexiko des Jahres 1968 dem Leser zum genaueren Verständnis der dortigen Revolte sowie zur Einsicht in die besonderen Probleme einer Historisie-

rung der mexikanischen Proteste. Das staatliche Vorgehen gegen die jugoslawischen Studentenproteste vom Juni 1968 kontextualisiert Boris Kanzleiter mit der dortigen Wiederauferstehung eines neuen parteikommunistischen Autoritarismus ab Beginn der 70er-Jahre, womit die jugoslawische Liberalisierung der 60er-Jahre ihr Ende fand. Besonders aufschlussreich ist K.s Hinweis auf die angewandte Herrschaftstechnik des Parteiapparates. Christian Frings stellt in seinem Aufsatz das Forschungsprojekt der World Labor Research Group vor, welches einen Beitrag zur Präzisierung von „1968“ als globales Ereignis verspricht. Analytisch förderten die Untersuchungen des Forschungsprojekts zutage, dass die Jahre um 1968 im Weltmaßstab keineswegs Höhepunkte von „Arbeiterunruhen“ darstellten. Birke verweist auf die Revolte als „suburbaner Aufstand“ gegen das Elend einer industriellen Modernisierung, die sich auch in einer Universität spiegelte, wo AkademikerInnen für das Management der Massenarbeit in der Fabrik oder dem Dienstleistungssektor programmiert werden sollten.

Knud Andresen erinnert in seinem Beitrag an die bundesdeutsche Lehrlingsbewegung 1968 bis 1972, in der sich die Politisierung der Arbeiterjugend dieser Zeit eindrucksvoll abbildete. In dieser Bewegung kollidierte die überkommene autoritär-patriarchalische Ausbildungsstruktur mit dem jugendkulturell geprägten Aufbruch einer bis dahin eher konservativ veranlagten berufstätigen Arbeiterjugend.

Raquel Varela verknüpft am Beispiel einer Analyse der Politik der „alten Linken“ in der portugiesischen Nel-

kenrevolution das Ende stalinistischer Dominanz in den meisten westlichen kommunistischen Parteien (hier: der portugiesischen KP) mit dem Auftrieb einer antistalinistischen Neuen Linken und der neuen sozialen Bewegungen in Europa. Wie die PCF in Frankreich im Sommer 1968, versuchte auch die – damals sogar mitregierende – portugiesische KP im Mai 1974, die sich ihrer Kontrolle entziehenden und sich radikalierenden sozialen Kämpfe einzudämmen.

Das Zusammenspiel der westeuropäischen sozialen Bewegungen untersucht Marcel van der Linden, wobei die von ihm betrachteten ArbeiterInnen-, Jugend- und Frauenbewegungen trotz qualitativ neuer Momente eher den „alten“ sozialen Bewegungen zuzurechnen sind. Er kommt zu dem Schluss, dass eine an Stärke zunehmende und in ihren Bestandteilen interagierende neue radikale Bewegungslinke der „68er“ ihre Antriebskräfte in sich selbst fand, jedoch zu schwach war, neue Momente der Nachhaltigkeit ihrer politischen Bestrebungen zu entwickeln.

Die Debatte um Sexualität und Geschlechterbeziehungen in der bundesdeutschen Neuen Linken rekapituliert Kristina Schulz aus ideen- und aneignungsgeschichtlicher Perspektive. Dabei erinnert sie an die Wiederentdeckung der Schriften des Psychoanalytikers Wilhelm Reich aus den 30er-Jahren durch die Neue Linke. Die radikalisiert wiedererstehende Frauenbewegung machte rasch klar, wie wenig die vermeintliche „sexuelle Befreiung“ mit einer wirklichen Emanzipation von Frau und Mann einherging und dass die 68er-Bewegung keinen

Wandel der repressiven Geschlechterbeziehungen herbeiführte.

Gerhard Hanloser wagt den Versuch, das innovatorische Potenzial der „68er“ zur Bestimmung der „sozialen Frage“ gegenüber der „alten Linken“ innerhalb der linken Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus auf den Begriff zu bringen. Gleichfalls umreißt er die Kampagnenpraxis der politisierten Studenten gegen die persische Diktatur, den Vietnamkrieg und den Springer-Konzern sowie gegen das Beschweigen der Nazivergangenheit und deren Gegenwärtigkeit in der BRD. Ebenso erinnert H. an die Lehrlings- und Schülerbewegung und deren Musik-Subkultur sowie an die vergeblichen operatistischen Versuche von linksradikalen Betriebsgruppen, in den Fabriken Boden zu gewinnen. Abschließend glossiert H. kurz den Ausgang der Sponti- und der Autonomien-Bewegung seit der zweiten Hälfte der 70er-Jahre als „neues Sozialrebellentum“.

Viel Spaß dürfte den meisten Lesern Marcus Mohrs Performance-Text-Repriese zur „68'er-Erbfolgefrage“ machen, die er gestützt auf einen alten Song der „Jungarbeiter-Rockband“ Ton-Steine-Scherben ebenso ironisch wie scharfsinnig herunterschmettert und auch die Veranstalter und Unterstützer der erwähnten Konferenz nicht ohne Spott entlässt. Arndt Neumann geht (anders als gewöhnlich) nicht den gesellschaftskulturellen Folgen der „68er Alternativkultur“ nach, sondern den ökonomischen Folgen von deren kulturellen Praxen. Dass das wirtschaftliche Modell des Fordismus auch die Kulturindustrie prägte, ist für N. Anlass, die Erosion sol-

cherart ästhetischer Prägung der Passivität, Unterordnung und moralinsaurer Normierung seit den 60er-Jahren zu beschreiben (z. B. Kino der Nouvelle Vague oder postfordistische Videokultur).

Die „Medienpolitik der Revolte“ untersuchen Hüttner und Oy. Das Alternieren des Kampfes der Akteure um Zugang zu den etablierten Medien, ihrem spielerischen Umgang mit ihrer Objekt-Präsenz in ebendiesen Medien und den Bemühungen um eine Gegenöffentlichkeit wird von beiden Autoren ebenso umrissen, wie ihr Ausgang. Doch ist heute die Kernszene der ehemals weit gefächerten „Alternativpresse“ (etwa die linken Stadtteilzeitungen der 70er- und z. T. noch der 80er-Jahre) tot. Die heutige Verstetigung der (wenn auch prekären) Existenz alternativer Medien kann nichts ändern an der Dominanz manipulativer herrschaftsdienender inszenierter „Massenöffentlichkeit“ (S.188).

Gisela Notz diskutiert die Fernwirkungen von Frauenbewegung und Alternativprojekten als Gegenkulturen, deren Wiedererstehung in neuer Form sie im Zusammenhang mit der 68er-Bewegung konstatiert. Sie erinnert an Wohngemeinschaften, Kinderläden und Kommunen als alternative soziale Gemeinschaften zur Veränderung der überkommenen Geschlechterrollen und an die Suche nach Formen herrschaftsfreier Erziehung. Erprobte alternative Gemeinschaftsprojekte existieren ebenso wie andere alternative Gemeinschaften teilweise heute noch bzw. entstehen wieder, haben jedoch weitgehend ihre rebellischen Antriebe und ihr integral-politisches Selbstverständnis eingebüßt.

Hartmut Rübner untersucht die zeitgenössische kulturindustrielle und wissenschaftsbasierte Produktion von Reminiszenzen an „1968“. Obwohl wenig aufklärerischen Wert besitzend, erreichen die zweifelhaften Reflexionen heute konservativ gewendeter, ehemals revoltierender 68er-Protagonisten unfreiwillig den höchsten Unterhaltungswert (etwa Götz Aly). Bedeutsam scheint hier lediglich die Technik, mit der die Ex-Radikalen das „kulturelle Kapital der zuvor nützlichen Sozialstrukturen“ der Revolte nutzen, um mit diesem Erfahrungswissen den „Einstieg in den allmählichen Ausstieg“ einzuleiten und heute besonders rabiat die einstige „moralische Verwirrung“ abzutragen (S.208f). Gerd-Rainer Horn konfrontiert die Bedeutung von „1968“ mit den Wirkungen der „Welt-Revolution“ von 1989: Dem Ende der von bürokratischen Eliten kontrollierten poststalinistischen Diktaturen folgte der neoliberale globale Exzess des „freien Unternehmertums“. Mit dem „Geist von 1989“ waren durchaus andere Ziele emanzipatorischen Charakters verbunden – wenn auch nicht mit so radikalen wie bei den „68ern“. Auch H. problematisiert die heute gängige Lesart, das politische Scheitern der 68er-Revolte enthülle diese im Nachhinein als überflüssig bzw. beschränke ihre Bedeutung auf eine „kulturalistische“ Komponente. H. besteht jedoch darauf, dass die „68er“ in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der „langen 60er-Jahre“ enorme kreative Energien für den Kampf um partizipative Demokratie freisetzen, welche sich auch in den Protestbewegungen von 1989 und deren Suche nach Mög-

lichkeiten einer anderen Organisation des gesellschaftlichen Lebens auswirkten.

Resümierend kommt der Rezensent zu dem Schluss, dass der vorliegende Konferenzbd. zum Besten gehört, was zum Thema „Neue Linke“ von 1968 und deren Fernwirkungen derzeit zu finden ist. Er sei allen Interessenten zur Lektüre anempfohlen.

Thomas Klein

Dario Azzellini: Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela, VSA Verlag, Hamburg 2010, 406 S.

Seit etwa zehn Jahren, nach dem Wahlsieg von Hugo Chávez, verfolgen die Linken Europas hoffnungsvoll, wie die lateinamerikanischen Länder und besonders Venezuela mit ihren Alternativen zum Sozialismus des 21. Jh. voran- und aus ihrer Misere herauskommen. In seinem neuesten Buch untersucht A. erneut die Bewegungen und die soziale Transformation südlich des Rio Grande del Norte. Seine Beispiele konzentrieren sich auf Venezuela.

Im letzten Jahrzehnt wurden der europäischen Öffentlichkeit nur wenige wissenschaftliche Arbeiten vorgestellt, die die grundlegenden Entwicklungsprozesse Lateinamerikas in Richtung einer alternativen, einer möglichen anderen Welt untersuchen. A. geht zunächst zwei Grundthesen nach, die er in der Einleitung näher beschreibt: Erstens, ob die Politik der sozialen Bewegungen in Lateinamerika ein vorher bestehendes, objektiviertes Wissen, quasi als „Blaupause“ für die Ent-

wicklung ihrer Ziele für ein neues alternatives Gesellschaftsmodell nutzt (beispielsweise Erfahrungen des Sozialismus des 20. Jh. Europas, Kubas oder Chinas). Und zweitens, ob der alte Staat mit seinen Institutionen überhaupt für ein neues Gesellschaftsprojekt nutzbar gemacht werden kann. Der Autor kommt zu überraschenden Schlussfolgerungen, die er gründlich belegt.

In den vier Teilen des Buches spannt A. den Bogen über die Entwicklung der jungen lateinamerikanischen Demokratien, die die lange Epoche der Militärdiktaturen in Lateinamerika offensichtlich abgelöst haben, von der Erarbeitung der neuen Verfassungen, die Auskunft über die neuen gesellschaftlichen Ziele geben, bis hin zu Formen der einsetzenden partizipativen Demokratie in den kommunalen Verwaltungen und den Sozialbereichen, die das tägliche Leben der Bevölkerung bestimmen. Aus seinen Feldforschungen und im Verlauf vielfältiger Untersuchungen stellt er fest, dass die zentrale Charakteristik des lateinamerikanischen Prozesses zur Transformation der Gesellschaft sowie zur Neudefinition des Staates von zwei Seiten aus erfolgt: einerseits vom Staat und andererseits von den Bewegungen aus. Es sei ein Aufbau von oben und von unten. Es gibt über den Staatshaushalt eingeleitete Tendenzen, die nicht immer dem traditionellen Muster der kapitalistischen Ordnung zur Verteilung und Machtsicherung folgen (z. B. Bürgerhaushalte, Programme Null-Hunger, Landverteilungen). Speziell für Venezuela sieht er den Transformationsprozess in der sozialistischen Traditionslinie des Rä-

temodells, an die auch indigene und afroamerikanische Erfahrungen anknüpfen können. Der venezolanische Begriff des Sozialismus des 21. Jh. könnte unter anderem an Rätestrukturen in verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren festgemacht werden. A. stellt eine Tendenz fest, den bürgerlichen Staat durch den „Kommunalen Staat abzulösen“. Seine theoretischen Betrachtungen belegt er umfangreich mit Klassikern (Marx, Engels u. a.), mit Forschern der Neuzeit (Gramsci, Negri, Holloway, Lander, Rauber, Maya Lopez u.v.m.) und mit Analysen einschlägiger Institutionen. Er geht davon aus, dass der venezolanische Prozess neue Wege beschreitet, die das Wechselverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft anders gestalten. Am fortgeschrittensten hätten sich die Kommunalen Räte (Consejos Comunales; CCs) in Venezuela entwickelt. Spannend ist die Lektüre des Buches zur Suche nach einer besseren gesellschaftlichen Alternative in Venezuela jenseits des kapitalistischen Modells allemal. Dafür sorgen schon die ausgewählten lebensnahen Beispiele.

Für die an Geschichte interessierten Leser befasst sich A. im ersten und zweiten Teil des Buches ausführlich mit der Entwicklung der Demokratie in Venezuela. Er erschließt für den Leser die historische Entwicklung in der Abfolge: Militärdiktaturen (1935-1958); anschließende Demokratieversuche zweier bürgerlicher Parteien mit ihren Machtinstrumentarien, die den Aufbau eines großen staatlichen Sektors ermöglichten, wobei die Zweiparteiendemokratie schließlich in den Neoliberalismus mündete und der Korruption weite Türen öffnete (1958-

1995); die Suche nach Alternativen durch fortschrittliche Militärs unter Hugo Chávez ab etwa 1995 mit der Gründung der Bewegung der 5. Republik (Movimiento 5. Republica, MVR).

Im 3. Hauptteil wird die Entwicklung neuer Formen der Demokratie, der sozialen, ökonomischen und politischen Partizipation in Venezuela beschrieben und mit vielen Beispielen belegt. Die Themen in diesem Abschnitt verbindet A. mit theoretischen Betrachtungen. Er unterzieht sich der komplizierten Aufgabe, auch Fragen nach dem „Caudillo“ und dem „Populismus“ zu untersuchen. Dazu analysiert er die Meinungen vieler, auch internationaler Wissenschaftler und kommt zu dem Ergebnis, dass beide Begriffe in den bürgerlichen Medien eher aus einer Kontraposition gegen die von Chávez geführte Bewegung behandelt werden, wenn auch die Situation des Landes starke Führungspersönlichkeiten erfordert.

Theoretisch komplizierter, wagt sich der Autor daran, Begriffe wie partizipative und protagonistische Demokratie, direkte und radikale Demokratie, Macht und Gegenmacht, soziale Bewegungen und Selbstorganisation zu klären. Dieser Buchteil war eine Herausforderung, die der Autor dank einer aufwendigen und breiten Analyse wissenschaftlicher Meinungen meistert. Er kann zu den stärksten Abschnitten des Buches gerechnet werden.

Im Buch wird eine Bilanz der ersten sieben Jahre der Regierung unter Chávez zur Sozialpolitik und zur Veränderung staatlicher Verwaltungsstrukturen gezogen. Die Ergebnisse

der Armutsbekämpfung, der Gesundheitsversorgung, der Bildung, im Genossenschafts- und Wohnungswesen, der Sozialversicherung, der Jugendarbeit und in der kommunalen Mitbestimmung sind für Lateinamerika und in Teilen auch für die USA beispielhaft. Die Arbeit der „Missionen“ habe gute Erfolge gebracht. Für viele Venezolaner hat sich die Lebensqualität dank einer neuen Verteilungspolitik der Staatshaushaltsmittel bedeutend verbessert. Die Umwandlung des alten staatlichen Verwaltungsapparates und der Umbau der Wirtschaft, besonders die Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz waren dagegen weniger erfolgreich. Kein Wunder, sind es doch die beiden Hauptbereiche, in denen die nationalen und internationalen politischen Widersacher wirksam sind. Die erreichten Entwicklungsstände stellt der Autor mit den statistisch zugänglichen Daten von 2008 zusammen.

Zu kurz kommen die Analyse der internationalen Arbeit der Regierung Chávez sowie die wichtige internationale Solidarität und wirtschaftliche Integration. A. übersieht, dass dauerhafte Erfolge bei der Schaffung einer anderen Welt von der Brechung der Hegemonie der USA (Monroe-Doktrin) abhängen. Sie war neben der Ausbeutung durch den nationalen Kapitalismus Hauptursache der sozialen Misere und Garant der Aneignung des in Lateinamerika geschaffenen Mehrprodukts.

In einer sehr detaillierten Form wird im 4. Teil des Buches die Entwicklung der kommunalen Räte und territorialen Partizipation als Schwerpunkt behandelt. Auch dieser Teil bilanziert

ein grundsätzlich positives Ergebnis in Richtung der Veränderung kommunaler Budgetpolitik, der Bürgerbeteiligung und der Umwandlung des Staates.

Im Schlussteil stellt A. einschränkend fest, dass dem Aufbau einer gerechten Gesellschaft im Kapitalismus strukturelle Grenzen gesetzt sind. Er sieht Gefahren der Überschätzung erreichter Ergebnisse. Die Verwendung von „Blaupausen“, etwa von Kuba, sei nicht erkennbar.

Das Studium von 516 Quellen und die Führung von 58 Interviews belegen die Gründlichkeit des Autors bei Anfertigung des Buches, das allen Lateinamerika-Analysten empfohlen werden kann.

Günter Bublke

Franz Walter: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie (edition suhrkamp, 2622), Suhrkamp Verlag, Berlin 2010, 142 S.

Die SPD ist in der Krise! So lautet der Befund in den Medien spätestens seitdem die Partei die Bundestagswahl 2009 verlor und eine katastrophale Stimmeneinbuße verbuchte. Unter den zahlreichen Analysen, die sich mit der Lage der SPD befassen, geht diese hier in einer sehr umfassenden Weise – die Geschichte einschließend – den Dingen auf den Grund. Der Parteienforscher W. versteht es, sowohl knapp und präzise zu formulieren als auch in einer Sprache zu schreiben, die es auch Lesern, die über kein Spezialwissen verfügen, erlaubt, den Ausführungen zu folgen. In seinem kleinen Büchlein von 142 Seiten findet sich eine Fülle von Fakten, Erkenntnissen

und Überlegungen, die einen sehr guten Einblick in die Materie vermitteln.

Bis auf das Jahr 1973 greift W. zurück, wenn er vom Anfang der Abwärtsbewegung der Sozialdemokratie schreibt. „1973 versiegte der Nachkriegsboom mit seinen historisch einzigartigen wirtschaftlichen Wachstumsraten.“ (S.7) Die SPD hatte sich infolge einer insgesamt erfolgreichen Harmonisierung von Rentabilitäts- und Verteilungsansprüchen stillschweigend – wenn auch mit Verzögerungen – auf das von der CDU/CSU geschaffene Fundament gestellt und versuchte nun, „wohlfahrtsstaatliche Sahnehäubchen“ zu setzen, was ihr auch eine Zeit lang gelingen sollte. 1967 bis 1973, so W., „waren die sechs großen, glänzenden, besten Jahre der reformistischen Sozialdemokratie in der Geschichte der deutschen Industriegesellschaft“ (S.8). Mit der Erhöhung des Ölpreises im Herbst 1973 wurde die BRD von einem „Schock“ erfasst. Alte Sicherheiten und Erwartungen für die Zukunft gingen nach und nach verloren. Zusammenfassend schätzt er ein: „Seit dem Herbst 1973 kollidierten die kollektive Erfahrung des letzten Vierteljahrhunderts und die daraus gespeiste und von der (sozialdemokratischen) Politik noch verstärkte Zukunftspjektion mit den neuen ökonomischen und sozialen Entwicklungsschüben, die sich fortan vollzogen.“ (S.11) Mit zahlreichen Verweisen auf eine breite einschlägige sozialwissenschaftliche Literatur analysiert der Autor die neue Qualität der in den „Erfolgsjahren“ der SPD vor sich gehenden Aufspaltung der sozialdemokratischen Klassenbasis.

Im zweiten Kapitel unter der Überschrift „Die Spaltung. Die einen steigen auf, die anderen bleiben zurück“ (S.18-30) beschreibt W. die wesentlichen Ursachen des Abstiegs der Sozialdemokratie. Vielen Sozialdemokraten gelang in den „Erfolgsjahren“ der soziale Aufstieg. Damit kam es zu einer weitreichenden Entfremdung der Aufgestiegenen mit den unten Gebliebenen. „Der Erfolg war Seismograph für das, was richtig sein musste, nicht etwa ein Programm, ein Ethos, ja ein Prinzip.“ (S.26) Im Grunde war das der Übergang zu neoliberalen Prinzipien. Die Zurückgebliebenen verloren ihre Interessenvertreter, sahen sich als machtlos an, verweigerten die Teilnahme an Wahlen und reduzierten somit den Arbeiteranteil der SPD bei Wahlen.

Als es den Neoliberalen gelang, den Keynesianismus zu entzaubern, war es kein Wunder, dass der größere Teil der etablierten SPD-Führer den Neoliberalen folgte, deren Politik für „alternativlos“ (Schröder) erklärte und jegliche andere Politik verwarf. Schließlich erwies sich auch der von Blair/Schröder vertretene neue „Dritte Weg“ als Sackgasse, zumal er alle wichtigen Axiome des Neoliberalismus in sich aufgenommen hatte. Er endete als eine Art Spekulationsblase mit bleibenden Vertrauensverlusten für die Sozialdemokratie. Das zeigte sich deutlich, als es im Gefolge der Bankenkrise keine Rückkehr verloren gegangener Wählerschichten zur SPD gab. W. schreibt von einer „schleichenden Auszehrung der sozialdemokratischen Parteien als mobilisierungsfähige Organisationen der kleinen und kleinsten Leute“ (S.68).

Wenn dem Autor mitunter vorgeworfen wird, dass es ähnliche soziale Verwerfungen und weitreichende strukturelle Änderungen in fast allen Parteien gab, so leugnet dieser das gar nicht. Seine ausführlichen und äußerst differenzierten Begründungen für die Krise der SPD sind in jeder Hinsicht nachvollziehbar und vertiefen das Verständnis für die Probleme, mit denen sich die SPD befassen und für die sie eine Lösung finden muss, wenn sie denn in der Zukunft noch eine maßgebliche Rolle in der Politik spielen will.

Außerdem geht W. auf ähnlich gelagerte Probleme in sozialdemokratischen Parteien anderer Länder ein. Dabei plädiert er für ein Zusammengehen mit linkssozialistischen Formationen, zumal die bisherigen Erfahrungen zeigen würden, dass ein „bündnispolitisches Selbstbewusstsein auch nach links [...] nicht auf Kosten der Sozialdemokratie gehen“ müsse (S.81). Seine schärfste Kritik gilt dem politischen Wirken Münteferings und Schröders (Kapitel 6, S.87-117), das dazu beigetragen habe, „dass mehr und mehr Bürger sich als passive Zuschauer der Politik verstanden“ (S.99). In dieser Zeit verlor die SPD über 250.000 Mitglieder. Das „Offizierskorps“ der Funktionäre war ausgezehrt und demoralisiert (S.102). Da die SPD sich „von ihren sozialen Ursprüngen forttransformiert“ habe (S.111), müsse sie sich notgedrungen mit der Existenz der Partei DIE LINKE auf Dauer abfinden, ein „kühl-realistisches Verhältnis“ zu einer Partei links von sich selbst“ suchen, „die nicht einfach wieder verschwinden wird“ (S.111). Das sei nicht leicht,

denn: „Eine selbstverständliche Affinität, die zu einer denkbar leicht einzufügenden Allianz zwischen zwei Parteien aus der Tradition der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts führen könnte, existiert nicht.“ (S.113) Wie vertrackt die Probleme sind, zeigen die Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Gabriel. Während er DIE LINKE im Westen als sektierisch abstempelt, lässt die SPD sich aber in Nordrhein-Westfalen von ihr tolerieren, DIE LINKE im Osten kennzeichnet er als realpolitisch verantwortlich, verweigerte sich jedoch in Sachsen-Anhalt – wie schon zuvor in Thüringen – einer künftigen Koalition mit der Linken unter deren Führung.

W. räumt ein, dass zurzeit schwer zu erkennen sei, was die SPD eigentlich wolle. Ohnehin seien über Jahre hinweg verloren gegangenes Vertrauen und erschöpfte Solidarität nicht so schnell wiederzugewinnen. Die SPD, als Regierungspartei zu „Mitvollstreckern der neuen sozialen Ungleichheiten“ geworden (S.120), zeige sich nicht mehr in der Lage, neue Unterschichtenproteste überzeugend zu vertreten. W. lehnt sich mit seinen Überlegungen über die Perspektive der SPD an aktuelle Untersuchungen zu Problemen des Fortschritts und des Unbehagens an der Moderne an. Er fragt, warum die Sozialdemokratie es nicht verstehe, an den „Bewahrungs-, Tradierungs-, Überschaubarkeits-, Sicherheits- und Innehaltensbedürfnissen derjenigen Menschen“ anzuknüpfen, „die das als modern ausgegebene Nomadentum der globalen Klasse nicht unbedingt für einen erstrebenswerten Glückszustand halten“ (S.125).

Der Leser wird über des Autors Einsichten zum Nutzen von mehr Gleichheit in der Gesellschaft wenig verwundert sein. Hier von einer bleibenden historischen Aufgabe der Sozialdemokratie zu sprechen ist derzeit schon sehr kühn, denn, so schreibt der Autor: „Die Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren viel dazu beigetragen, dass die ordnenden und orientierenden Ideen der Solidargemeinschaftlichkeit und Sozialstaatlichkeit beschädigt wurden.“ (S.132)

Der Autor befasst sich – wie andere Zeitgeschichtler auch – mit unabgeschlossenen Vorgängen, die sich logisch einer abschließenden Bewertung entziehen. Daher verzichtet er auf verbindliche Prognosen für den Fortgang der Krise der Sozialdemokratie, denn, wenn die Geschichte etwas lehren kann, dann dies, dass sie nach vorn stets offen ist.

Harald Lange

Annette Jensen: Im Osten was Neues. Unterwegs zur sozialen Einheit, Rotbuch Verlag, Berlin 2010, 301 S., Abb.

In den Festreden der Politiker zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit wurden die Ostdeutschen oft gelobt. Sie hätten in kurzer Zeit gewaltige Anpassungsleistungen vollbracht. Nicht nur den Politikern, sondern auch dem kleinen Mann sei es zu verdanken, dass der „Einheitsprozess“ eine „Erfolgsgeschichte“ geworden sei. J. reiste fast zwei Jahrzehnte nach der Schaffung der wirtschaftlichen Einheit durch die ehemalige DDR, besuchte wichtige Produktionsstandorte von damals und sprach mit jenen Menschen, die den Übergang vom Kombinatbetrieb zum

privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen erlebt und bis zu einem gewissen Grade mitgestaltet haben.

Aus ihren Berichten ergibt sich: Es ging nicht nur – worauf die Politiker im Rückblick gern hinweisen – ums Erlernen der neuen Spielregeln, ums Ertragen und Durchhalten von schwierigen Umstrukturierungsprozessen auf dem Weg zu den „blühenden Landschaften“. Kaum hatte man in der DDR die DM in der Hand, gerieten die ostdeutschen Betriebe in Turbulenzen, war ihre weitere Existenz unter den von der Wirtschafts- und Währungsunion geschaffenen Bedingungen gefährdet. Anfängliche Zuversicht machte rasch einer allgemeinen Verunsicherung Platz, Entsolidarisierung unter den Belegschaftsmitgliedern beim Kampf um die verbleibenden Arbeitsplätze bzw. Resignation waren die Folge zunehmender Ausweglosigkeit. Unter diesen ungünstigen Bedingungen nahmen die von J. Interviewten den Kampf um die Rettung „ihres“ Betriebes auf, entwickelten, teilweise zusammen mit Vertretern des gleichfalls in seiner Existenz bedrohten ostdeutschen Managements, profunde Vorschläge zur Umstellung der Produktion entsprechend den sich verändernden Marktbedingungen, organisierten Demonstrationen, Streiks, Betriebsbesetzungen gegen Massenentlassungen und Firmenschließungen, übten Druck auf regionale und zentrale Treuhandinstitutionen und auf die Regierungen der neu gebildeten Länder aus – manchmal mit Erfolg und oftmals auch ohne. Je ein Kapitel ist in dem einfühlsam geschriebenen Buch den ehemaligen Mitarbeitern des Werks für Fernseh-

elektronik (später Samsung) in Berlin-Oberschöneweide, den Stahlwerkern von Eisenhüttenstadt, den Angestellten von Robotron (Dresden), den Mitarbeitern von Sachsenring (Zwickau) und den Arbeitern der Neptunwerft in Rostock sowie den Belegschaften mehrerer mittelgroßer Unternehmen in Arnstadt, Apolda und Wiehe (alle Thüringen) gewidmet.

Bei der Auseinandersetzung mit der Treuhandanstalt und den von ihr eingesetzten – meist westdeutschen – Betriebsleitern, die sich in der Regel als willige Vollstrecker der Empfehlungen der von der Treuhand angeheuerten Beraterfirmen erwiesen, fanden die Belegschaften wiederholt Unterstützung durch westdeutsche Gewerkschafter, Funktionäre der IG Metall, die nach der Übernahme der IG Metall Ost den Auftrag hatten, in den neuen Ländern entsprechende Verbandsstrukturen zu schaffen. Manche von ihnen hatten erkannt, dass der Erhalt der in ihrer Existenz bedrohten Metallbetriebe die Voraussetzung für eine gedeihliche gewerkschaftliche Organisationsarbeit in den neuen Bundesländern war und standen den örtlichen Betriebsfunktionären der IG Metall mit ihren Erfahrungen zur Seite. Die Solidarität der IG Metall aus dem Westen hatte dort ihre Grenzen, wo die Aufrechterhaltung des Ost-Betriebes Arbeitsplätze im Westunternehmen gefährdete. Die taz-Redakteurin scheut sich nicht, dies in ihrem Buch, das offensichtlich von der IG Metall gefördert wurde, auszusprechen. Sie spart auch nicht das Desaster des Streiks um die Einführung der 35-Stundenwoche in Ostdeutschland aus, den die IG Metall-

Führung 2003, blind für die Belange ihrer ostdeutschen Mitglieder, organisierte und in dessen Verlauf sie eine herbe Niederlage erlitt, da die Beschäftigten in den neuen Ländern um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze bangten und sich nur halbherzig an der Streikaktion beteiligten. Insgesamt kritischer geraten ist so die Darstellung der IG Metall West in den dem Kampf der Betriebsbelegschaften gewidmeten Kapiteln des Buches im Vergleich zu dem unmittelbar die „Ostexpansion“ der IG Metall beschreibenden zweiten Kapitel, in dem die „Helfer aus dem Westen“ fast uneingeschränkt gelobt werden.

Die Wertung der Tätigkeit der IG Metall im Osten fällt zwangsläufig unterschiedlich aus, je nachdem ob man die Mitbestimmung als Maßstab nimmt oder die im ersten Halbjahr 1990 in DDR-Betrieben entstandenen wirtschaftsdemokratischen Ansätze zum Kriterium erhebt. Die IG Metall West waren stolz darauf, die Belegschaftsschrumpfung im Osten mit den von ihnen erkämpften Errungenschaften wie großzügigen Sozialplänen bzw. der Gründung von Beschäftigungsgesellschaften zu begleiten, während den IG Metallern Ost weitaus mehr am Erhalt von Arbeitsplätzen gelegen war. Das war das Motiv, warum sich die Belegschaftsvertreter mit Vorschlägen bzw. Protestaktionen in den von der Treuhandanstalt autokratisch betriebenen Privatisierungsprozess einschalteten, während die „allgemeine Reaktion“ der Gewerkschaftsvertreter West auf Massenentlassungen im Osten auf den Satz hinauslief: „So ist das nun einmal in der Marktwirtschaft.“

Auf die unmittelbare Einmischung der Belegschaften in das Wirtschaftsgeschehen des Betriebes gerichtete Aktivitäten bleiben im ansonsten die Behandlung von Unzulänglichkeiten, Fehlern und Widersprüchen (insbesondere bei der im ersten Kapitel behandelten Privatisierungspolitik der Treuhand) nicht scheuenden Autorin am Rande. Vermisst wird vom Rezensenten insbesondere das von IG Metallern in Thüringen und Hessen entwickelte und für Ostdeutschland insgesamt konzipierte „Sömmerdaer Modell“, das die Umwandlung des Büromaschinenwerks Sömmerda in eine Aktiengesellschaft vorsah, deren Anteile zu 75 Prozent in die Hände der Belegschaft übergehen sollten. Eine Klausel garantierte, dass die Mehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat auch bei Aktienverkauf (durch Belegschaftsmitglieder) gesichert war. Das „Sömmerdaer Modell“ stieß auf heftigsten Widerstand der bundesdeutschen Arbeitgeberverbände. Das „Handelsblatt“ hoffte inbrünstig, dass „dieses Modell nicht Schule macht“. Dass sich diese Hoffnung erfüllte, war offensichtlich auf eine gewisse „mentale Distanz“ (so Vorsitzender Steinkühler) zwischen West- und Ostvorständen der IG Metall zurückzuführen. Hätten die Belegschaftsvertreter bei der Privatisierung (als Sprecher der Mehrheit der Eigentümer und nicht als Bittsteller) mitreden können, hätte der Sozialplanung in manchem ostdeutschen Metallbetrieb gewiss weniger Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen und wäre der im Buchtitel erwähnte Weg „zur sozialen Einheit“ rascher durchschritten worden. Die Verstetigung der in

der Umbruchsituation 1989/90 entstandenen wirtschaftsdemokratischen Ansätze (bis hin zur Rechenschaftspflicht der Werkdirektoren gegenüber der Belegschaft) wäre nicht nur – wie die im Westen bis 1989 erkämpfte paritätische Mitbestimmung – „im Osten was Neues“ gewesen. Sie hätte – sofern auf Gesamtdeutschland übertragen – auch dem Westen „was Neues“ gebracht, Wirtschaftsdemokratie nämlich, die zwar von den westdeutschen Gewerkschaften angestrebt worden war, aber im Unterschied zur Mitbestimmung bis 1989 nie realisiert werden konnte.

Jörg Roesler

Autorenverzeichnis

Rolf Badstübner, Prof. Dr., Berlin
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Werner Berthold, Prof. Dr., Leipzig
Peter Brandt, Prof. Dr., Fernuniversität in Hagen
Günter Bubke, Berlin
Holger Czütrich-Stahl, Glienicke
Heinz Deutschland, Prof. Dr., Graal-Müritz
Andreas Diers, Dr., Bremen
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Georg Fülberth, Prof. Dr., Marburg
Wladislaw Hedeler, Dr., Berlin
Simone Herzog, Universität Osnabrück
Jürgen Hofmann, Prof. Dr., Berlin
Rainer Holze, Dr., Berlin
Peter Hübner, Dr. sc., Berlin
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Thomas Klein, Dr., Berlin

Harald Lange, Prof. Dr., Berlin
Ingo Materna, Prof. Dr., Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
Kurt Metschies, Potsdam
Stefan Müller, Dr., Universität Duisburg-Essen
Gisela Notz, Dr., Berlin
Wilfriede Otto, Dr., Berlin
Vijay Prashad, Prof. Dr., Trinity College, Hartford/Connecticut
Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
Thomas Reichel, Dr., Brandenburg
Mirjam Sachse, Dr., Kassel
Kurt Schilde, Dr., Stiftung Topographie des Terrors, Berlin
Daniela Schnitter, Dr., Berlin
Reiner Tosstorff, PD Dr., Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
Jochen Weichold, Dr., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur
Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Dr. Christa Hübner
(V.i.S.d.P.), Bärbel Kontny, Dr. Her-
bert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Elke
Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter,
Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:

redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für
Buchbesprechungen:

rez-kon@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de

Website:

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „Jahrbuch“ erscheint dreimal
jährlich (Januar, Mai, September) in
der NDZ GmbH, Weydingerstraße
14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtum-
fang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge
veröffentlicht werden, die nicht bereits
erschienen sind – Internet eingeschlos-
sen – und die außer dem Jahrbuch nicht
gleichzeitig anderweitig zur Veröffentli-
chung angeboten wurden. Manuskripte
können per e-mail oder auf Diskette,
vorzugsweise als word-Datei, einge-
sandt werden. Beiträge sollten

40.000, Berichte 10.000, Buchbespre-
chungen 8.000 Zeichen nicht über-
schreiten. Bitte reichen Sie stets die letz-
te Fassung des Beitrages ein und beach-
ten Sie die im „Jahrbuch“ übliche äuße-
re Manuskriptgestaltung. Die Redakti-
onsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.
Die namentlich gezeichneten Beiträge ge-
ben ausschließlich die Meinung des Au-
tors und nicht die der Redaktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden
nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen so-
wie Spenden bitte an:

Berliner Volksbank eG, BLZ 10090000,
Konto-Nr.: 5744561010

Veröffentlichung gem. Paragraph 7a
Berliner Pressegesetz:

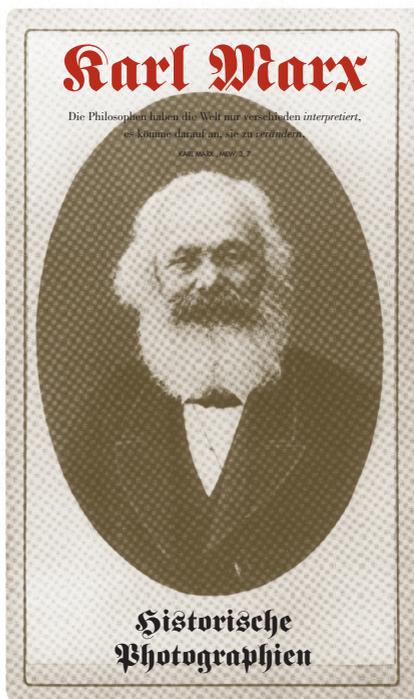
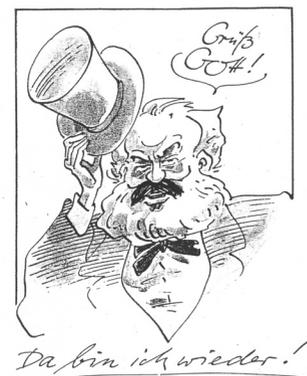
Gesellschafter der NDZ GmbH: Föde-
rative Verlags-, Consulting- und Han-
delsgesellschaft mbH – FEVAC –, Ge-
sellschafter der FEVAC GmbH: Uwe
Hobler, Diplomagraringenieur, Berlin
(40%); Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwäl-
tin, Berlin (30%); Dr. Joachim Philipp,
Rechtsanwalt, Berlin (30%).

Satz: Joanna Boegendorff/Christa
Kouschil

Realisiert in den Typowerkstätten des
Giambattista-Bodoni-Museums e. V.
info@bodonimuseum.com

Sonderdrucke der im Jahrbuch veröf-
fentlichten Beiträge sind möglich. Die
Konditionen sind zu erfragen unter der
Telefonnummer: 030-28 25137

Redaktionsschluss: 7.12. 2011



KALENDER-ALMANACH 2012

Visuelle Reflexionen über 130 Jahre Marx-Bilder · edition bodoni

Klaus Johné (Hg.)

Kalender-Almanach
für 2012 sowie 2013

KARL-MARX Kalender-Almanach

Visuelle Reflexionen über 130 Jahre
Sammlung von Photographien
und „Karlographien“ zu Karl Marx.

26 Blatt, Format: A3
teilweise mit Transparentpapier
25,00 EUR

edition bodoni, Liniestraße 71, 10119 Berlin
Telefon: 030-28387569, info@edition-bodoni.de
www.edition-bodoni.de